C 21734 D

Arbeiterkampf

Jahrg. 5 Nr. 55 28.1.75
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
50 Pfg

Kissinger und Ford:

Marsch in den 'Dritten Weltkrieg'

Anfang Januar hat der (un)heimliche Präsident der USA, Henry Kissinger, in einem Interview mit der Zeitschrift „Business Week" offen mit militärischen Schlägen gegen die arabsichen Ölstaaten gedroht. „Ich will nicht sagen, daß wir unter keinen Umständen Gewalt anwenden würden ... Ich möchte jedoch klarstellen, daß die Anwendung von Gewalt nur im äußersten Notfall erwogen würde". Kissinger erläuterte das später so, daß die USA „nur" dann mit militärischer Gewalt vorgehen würden, wenn sie von denÖlstaaten „stranguliert" (erdrosselt) werden sollten. Die USA maßen sich also das Recht an, sich aus anderen Ländern der Welt auch gegen deren Wille z.B. deren Rohstoffe zu sichern, wenn sie es für richtig halten – was sicher nicht auf die arabischen Staaten und auch nicht aufs Öl beschränkt zu verstehen ist. US-Präsident Ford ließ dazu erklären: „Das Interview spiegelt die Auffassung des Präsidenten wieder". Er verstehe Kissingers Kriegsdrohung als „hochqualifizierte Antwort auf eine hypothetische Situation, die sich nur aus einer der schwierigsten Notsituationen für die industrialisierte Welt ergibt" (US-Pressesprecher Nessen, laut „Süddeutsche Zeitung", 7.1.75).

N e u waren indessen Kissingers Kriegsdrohungen keineswegs: Schon während der „Ölkrise", Anfang 1974, hatte US-Kriegsminister Schlesinger gedroht: *„Falls ihre Politik des Öl-Embargos zur Lähmung des wirtschaftlichen Lebens in der Mehrheit der Industrieländer führen sollte, müßten die arabischen Nationen mit Gewaltanwendung gegen sich rechnen"* („Frankfurter Rundschau", 7.1.74). Und schon im Mai 73 hatte US-Senator Fulbright angedroht, *„daß eine amerikanische Intervention im Nahen Osten nicht undenkbar sei. Die Energiekrise und die zunehmende Abhängigkeit des Westens vom Nahosterdöl könnte zu einem militärischen Einschreiten der USA oder seiner „Helfer", Iran oder Israel, führen, um die Ölgebiete zu besetzen"* („FR", 30.5.73).

Zur Unterstreichung dieser Drohungen führten US-Truppen auf dem Höhepunkt der „Ölkrise" Manöver in der kalifornischen Wüste durch, bei denen es um die Besetzung eines arabischen Staates ging und wobei die „Gegner" als politische Demonstration in Uniformen steckten, die denen der libyschen Soldaten ähnelten.

Auch die jüngsten Kriegsdrohungen Kissingers wurden dadurch begleitet, daß Einheiten der VII. Flotte (Indischer Ozean/Pazifik) demonstrativ in Richtung auf den Persischen Golf in Bewegung gesetzt wurden. Auf Sardinien und angeblich auch an der südfranzösischen Küste (Haut-Var) hielten US-Truppen Landeübungen ab. Vor der Küste von Oman (Persischer Golf) kreuzten US-Kriegsschiffe; die US-Regierung ersuchte den Sultan von Oman um die Genehmigung, Landeübungen durchführen zu dürfen ...

In den früheren Kriegsdrohungen, ebenso wie in den neuerlichen Kissingers kommt die Auffassung des US-Imperialismus zum Ausdruck, die Länder der ganzen Welt (soweit sie nicht – wie etwa das sozialistische China oder die militärisch starke Sowjetunion – in der Lage sind, sich zur Wehr zu setzen) nach Belieben ihren Profitinteressen zu unterwerfen – wobei die Imperialisten zwar in gewissen Grenzen über den Preis mit sich handeln lassen, aber nicht über ihr „Recht" auf Ausplünderung
mit sich handeln lassen, aber nicht über ihr „Recht" auf Ausplünderung
fremder Völker als solches. Das

Fortsetzung Seite 29



„Nein zur Krise, die alles zerstört"
Bericht zum 1. nationalen Kongreß von Lotta Continua/ Italien Seite 11

Abtreibung für immer verboten??

Pünktlich zum Beginn des „Jahr der Frau" wurden die Frauen in der BRD mit folgender Meldung beglückt: Am 20.1.75 hat der erste Senat des Bundesverfassungsgerichtes die ursprünglich für den 29.1.75 vorgesehene Entscheidung über die Fristenlösung des § 218 (straffreie Schwangerschaftsunterbrechung in den ersten drei Monaten, bei vorheriger kontrollierender ärztlicher „Beratung") auf den 25.2.75 ver- verschoben. Angeblich konnten die „hohen" Richter nach vier Sitzungstagen keine Einigung erzielen.

Durch Senatsbeschluß wurde auch die von der CDU/CSU betriebene einstweilige Verfügung gegen das Inkrafttreten der Fristenlösung bis zum 25.2.75 verlängert.

Wenn die Hamburger SPD-Zeitung „Morgenpost" („MoPo") vom 21. 1. 75 in großer Aufmachung schreibt: *„§ 218 – Frauen müssen weiter zittern"*, und die Einschätzung trifft: *„ ... es wird für möglich gehalten, daß die Fristenlösung abgeschmettert wird"*, so ist für die faschistoide „Bild"-Zeitung die Sache schon klar: *„Abtreibung für immer verboten? "* (das Fragezeichen so klein, man sieht es kaum). Während die „MoPo" das Scheitern der Fristenlösung nur für „möglich" hält, schreibt „Bild": *„voraussichtlich bleibt die Abtreibung in den ersten drei Schwangerschaftsmonaten für immer verboten."* Weiter schreibt diese Zeitung: *„ ... selbst die soziale Indikation – die Abtreibung aus wirtschaftlicher und familiärer Not – ist unter den Richtern umstritten. ... Damit wäre die von der SPD/FDP-Koalition im Bundesgebiet beschlossene generelle Freigabe der Abtreibung gescheitert ..."* Wenn es nach „Bild" geht, soll alles beim alten bleiben.

Die Vorgeschichte – ein parlamentarischer Zauber

- Nach langer Debatte beschloß der Bundestag am 26.4.74 die Fristenregelung ohne absolute Mehrheit.
- Der Bundesrat lehnte am 10.5.74 ab und schaltete den Vermittlungsausschuß ein.
- Der Bundestag wiederum beschloß in einer zweiten Abstimmung am 5.6.74 mit absoluter Mehrheit (nur die Stimmen der SPD/FDP) die Fristenlösung. Durch die Unterzeichnung des Bundespräsidenten wurde dies Gesetz. Dieses Gesetz, bundesweit als „die" Reform hergezeigt (obwohl sie gar keine ist, vergleiche auch AK 43 und AK 44 zu diesem Thema), sollte am 21.6.74 in Kraft treten.
- Unmittelbar vor Wirksamwerden des Gesetzes erließ das Bundesverfassungsgericht eine, vom Land Baden-Württemberg (CDU) beantragte, einstweilige Verfügung, mit der die Fristenlösung bis zur Klärung ihrer „Verfassungsmäßigkeit" in Karlsruhe ausgesetzt wurde.
- Mitte November begann das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe mit der mündlichen Verhandlung über die „Verfassungsmäßigkeit" der Fristenlösung. Bis dahin lagen dem Gericht Anträge gegen das neue Gesetz von vielen Seiten vor (z.B. von Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Hol-

Fortsetzung Seite 12

Strauß in China Zum Kotzen!

Nach den CDU-Rechten Schröder und Kohl suchte nun auch CSU-Rechtsaußen Strauß die VR China heim. Kein Vertreter des westdeutschen Imperialismus wurde in der VR China bisher mit derart demonstrativer Freundlichkeit und so ausgesuchten Ehrenbezeichnungen (Gipfel: Empfang bei Mao, der nicht einmal den bisher in China gewesenen Regierungsvertretern Scheel und Genscher vergönnt gewesen war!) aufgenommen wie ausgerechnet F.J. Strauß, prominenteste Figur des Rechtsradikalismus in der BRD, der nach eigenen Bekundungen in der BRD mit der Maschinenpistole „Ruhe und Ordnung" zu schaffen beabsichtigt.

Nicht ganz unlogisch zogen bürgerliche Zeitungen aus diesem herzlichen Empfang und der zur Schau getragenen widerlichen Anbiederung chinesischer Politiker bei Strauß die Schlußfolgerung: ***„China hofft auf Strauß als nächsten Bonner Regierungschef"*** („FAZ", 16.1.75). Strauß selbst vermerkte frohgestimmt, die CDU/CSU habe in der Gunst der chinesischen Regierungspolitiker *„einen gewissen Vorsprung"* vor der SPD („Süddeutsche Zeitung", 13.1. 75).

Strauß erklärte ferner, er habe *„Verständnis für seine außenpolitische Grundkonzeption europäischer Verteidigungsfähigkeit und Unabhängigkeit von den Supermächten"* und eine *„Konkordanz* (Übereinstimmung - Anm. d. Red.) *der Meinungen"* gefunden („FAZ", 18.1.75).

Daß Strauß sich das nicht bloß aus den Fingern gesaugt hat, geht am deutlichsten aus den geradezu schweinischen Äußerungen des Herrn Deng Hsiao-ping hervor, seines Zeichens heute stellvertretender Ministerpräsident der VR China und stellvertretender Vorsitzender der KP China, während der Kulturrevolution offensichtlich völlig zu recht als *„Chinas Chruschtschow Nr. 2"* tituliert (nach Liu Schao-tschi), inzwischen jedoch wieder zu höchsten Ehren gelangt. Er sagte zu Strauß: *„Man hat Ihnen drei Etiketten angehängt: Feind des Friedens, Feind der Sicherheit und Feind der Entspannung ... Ich meine,* ***diese Leute haben das gesagt, weil Sie, Herr Strauß, die Schwächen dieser Menschen aufgedeckt haben*** *... Diese Leute, die Herrn Strauß die Etiketten anhängen, nennen uns Abenteurer und kriegslüstern. Unsere Zusammenkunft in Peking ist daher nach Ansicht dieser Leute ein Treffen der schlechtesten Menschen auf der Welt.* ***Leider gibt es auf der Welt noch viel zu wenige solcher schlechtesten Menschen"*** („FR", 16.1.75). Deng Hsiao-ping stellte also ausdrücklich die Außenpolitik der VR China auf eine Stufe mit den aggressiven Vorstellungen von F.J. Strauß, dem im übrigen von Außenminister Tschiao Guan-hua auch noch bescheinigt wurde, er sei ein *„Politiker, der einsichtsvoll ist"* („FAZ", 16.1.75).

Tatsächlich hätten die chinesischen Regierungspolitiker Strauß nicht einmal einzuladen brauchen, sondern hätten sogar dessen eigenen Schriften und dem Studium einiger bürgerlicher Zeitungen die Tatsache entnehmen können, daß Strauß ein Entspannungsfeind etc. i s t , und zwar schon lange, bevor an einen „Sozialimperialismus" überhaupt zu denken war, d.h. seit Gründung der BRD. Die chinesischen Politiker müßten auch nur einige Jahrgänge der Pekinger „Volkszeitung" zurückgehen, um zu finden, daß sie s e l b s t zu den Leuten gehören, die dem Herrn Strauß dieses „Etikett" ganz zu recht einst „angehängt" haben.

Aus einem aggressiven Antikommunisten und Kriegstreiber soll aber nunmehr wohl ein sympathischer Politiker gemacht werden, der erfreulicherweise „wachsam" gegen den „Sozialimperialismus" ist. In diesem Sinn wurde Strauß auch von seinen chinesischen Partnern immer wieder empfohlen, die europäischen Imperialisten sollten *„sich politisch und militärisch zusammenschließen und eine gleichberechtigte Partnerschaft mit den USA anstreben"* („FAZ" 16.1.75) – ein heißer Tip, auf den allerdings der „wachsame" und „ein-

Fortsetzung Seite 25

Gegen die reaktionäre Jugend– und Bildungspolitik des Hamburger Senats

Der Kampf geht weiter!

Über 2.500 Menschen demonstrierten am 17. Januar in Hamburg gegen Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenverknappung. Mehr als 70 Gruppen und Organisationen hatten zu dieser Demonstration aufgerufen bzw. unterstützten sie – Jugendvertretungen bzw. einzelne Jugendvertreter; Schülergruppen, Schülervertretungen und Berufsschulräte; Jugendzentrums-Initiativen; politische Gruppen wie Kommunistischer Bund, Bund Demokratischer Jugend (BDJ/RBJ) und in letzter Minute auch die Jungdemokraten, die schon frühere ähnliche Aktionen unterstützt hatten. Auch die Gruppe „KPD" hatte zu der Demonstration aufgerufen und nahm daran mit einem stark beachteten „eigenen Block" von knapp 60 Leuten teil. Der KBW hatte offiziell g e g e n die Demonstration Stellung genommen; die DKP etwas weniger offiziell.

Mit dieser Demonstration wurde die Hamburger „Aktionseinheit gegen die reaktionäre Jugend- und Bildungspolitik des Senats" fortgesetzt. Bereits am 8. November 1974 hatte diese Aktionseinheit eine Demonstration mit über 2.500 Teilnehmern organisiert – entsprechend einem Beschluß, der am 4. Oktober auf einer Versammlung mit rund 800 Teilnehmern nahezu einstimmig gefaßt worden war.

Am 6. Dezember hatte im Rahmen der Aktionseinheit eine Podiumsdiskussion vor über 2.000 Menschen stattgefunden – auf dem Podium diskutierten Vertreter des KB, des BDJ/RBJ, der Jungdemokraten, einer griechischen Jugendorganisation (Rigas Fereos), des Nordelbischen Arbeitskreises Kirche und der „Falken". Auf dieser Veranstaltung wurde fast ohne Gegenstimmen die Vorbereitung einer Demonstration im Januar beschlossen; ferner wurde beschlossen, sich um das Zustandekommen eines gemeinsamen Vorgehens auch mit Revisionisten und Reformisten zu bemühen.

Die Demonstration am 8.11.74 und 17.1.75 sowie die Podiumsdiskussion am 6.12.74 haben gezeigt, daß die Aktionseinheit auf dem richtigen Weg ist. Diese Aktionen widerlegen eindeutig die vor allem vom KBW und anderen politisch kurzsichtigen Menschen vertretene Auffassung, daß man vorhandenen Protest im Jugendbereich nicht zu einheitlichen Aktionen zusammenfassen dürfe – daß man vielmehr die Kämpfe der „Betroffenen" (Schüler, Lehrlinge, Eltern, Lehrer etc.) hübsch säuberlich voneinander getrennt führen müsse, da diese Kämpfe ja eigentlich gar nichts miteinander zu tun hätten. Sie zeigen ferner, daß es richtig ist, sich nicht in einer „Kampagnen"-Politik nach Art von KBW/„KPD" zu verzetteln – d.h. heute Gas-Wasser-Strom, morgen die Fahrpreiserhöhungen und übermorgen wieder etwas anderes, ohne irgendeine längerfristige Perspektive; sondern daß es richtig ist, die vorhandenen politischen Kräfte vor allem auf eine Hauptaufgabe zu konzentrieren und diese Aufgabe

Fortsetzung Seite 19

Politik des BRD-Imperialismus

Rüstungsexport und Militär„hilfe"

Während durch die bürgerliche Presse in regelmäßigen Abständen französische Waffenlieferungen an faschistische und rassistische Regimes bekannt werden und auf weltweiten Protest stoßen, konnte der BRD-Imperialismus bisher seine Politik des Rüstungsexports und der staatlichen Militär„hilfe" fast ungestört und „unbeobachtet" verfolgen. Dies nicht etwa, weil nichts über westdeutsche Exporte bekannt wäre oder sie nur einen geringen Umfang hätten. Die BRD stellt heute einen der Hauptlieferanten des internationalen Rüstungsmarktes neben den USA, Frankreich und Großbritannien, sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht dar. Eine Tatsache, auf die die westdeutsche Rüstungsindustrie erneut mit besonderem Stolz verweist. Allerdings verfolgt der BRD-Imperialismus dabei eine taktisch andere Politik als es z.B. heute Frankreich tut.
Für die BRD-Imperialisten ist dieses Geschäft mit dem Tod in zweierlei Hinsicht gewinnträchtig: Zum einen können gerade in der Kriegsindustrie und auf den internationalen Rüstungsmärkten riesige Extraprofite erzielt werden (über deren Höhe die Öffentlichkeit freilich nichts erfährt), zum anderen ist Rüstungsexport und Militär„hilfe" ein Instrument imperialistischer Politik, um sich politisch und militärisch Einflußgebiete in der Welt zu schaffen und zu sichern.

Zugleich sind diese Maßnahmen der BRD ein Beitrag des internationalen Imperialismus zur Aufrüstung von ihm abhängiger Staaten gegen den Vormarsch der Befreiungsbewegungen in der 3. Welt. Das imperialistische Herrschaftssystem in der Welt soll durch derartige Maßnahmen aufrechterhalten werden.

In diesem Artikel soll die Politik der BRD auf diesem Sektor untersucht werden. Vorweg jedoch einiges zur Situation auf dem internationalen Waffenmarkt.

Der Weltmarkt: 20 Mrd. DM für den Tod

Die Gesamtausgaben für Militärapparate in der Welt betrug 1972 eine dreiviertel Billion (in Zahlen: 750.000.000.000) DM. Eine unvorstellbare Bürde, die das imperialistische System der Menschheit auflastet!

Nach Schätzungen beträgt der Umfang der internationalen Rüstungsmärkte 20 Mrd. DM jährlich und hat sich allein seit 1955 verdoppelt. Diese Zahlen können nur eine ungefähre Vorstellung vom Umfang des Rüstungsexports geben, da es gerade auf diesem Gebiet fast unmöglich ist, einigermaßen richtige Zahlen zu erhalten. Zum einen werden von den Staaten wegen angeblicher Erfordernisse in der „Sicherheitspolitik" keine bzw. nur frisierte Angaben gemacht. Zum anderen ist gerade auf diesem Gebiet der „Schwarzmarkt" hoch entwickelt (es gibt z. B. eigens Firmen, die sich ausschließlich mit der Verschiebung militärischen Gerätes in „Spannungsgebiete" befassen).

140 Staaten haben heute eigene Streitkräfte und eigene Waffen. Neun Zehntel dieser Länder müssen allerdings ihre Waffen und Ausrüstungen in fremden Ländern erwerben. 111 Staaten haben Luftstreitkräfte, aber Flugzeuge werden in nennenswerter Zahl und Qualitat nur in einem Dutzend Länder produziert. 49 Nationen unterhalten eine Kriegsmarine – neben der Luftwaffe die teuerste Art von Rüstung überhaupt. Die Kriegsindustrien nur weniger Länder, die noch in der Lage sind, auf finanziellem und technologischem Gebiet Kriegsforschung und Produktion zu betreiben, haben sich die Ausrüstung dieser Länder mit Waffen aller Art zur Aufgabe gemacht.

Der US-Imperialismus

Führend auf dem Gebiet der Rüstungsexporte in der Welt ist der US-Imperialismus. Das amerikanische Kriegsministerium gibt für 1970 rund 2,4 Mrd. US-Dollar an, andere amerikanische Behörden setzen den Wert weitaus höher an. Der US-Senat gab für das Jahrfünft 1962 – 67 jährlich 3 Mrd. US-Dollar an und schrieb 1967 dazu: *„Innerhalb von 5 Jahren hat sich das militärische Exportverkaufsprogramm von einem unbedeutenden Nebengeschäft zu einer der Hauptaufgaben (!) der US-Regierung entwickelt"* (Zahlen und Zitate aus Albrecht, Politik und Waffengeschäft, S. 75).

Demgegenüber nimmt sich bereits der Rüstungsexport der Sowjetunion vergleichsweise bescheiden aus: Die in dieser Frage sicherlich nicht zimperlichen US-Behörden schätzen ihn in den Jahren 1955 – 67 auf 15 Mrd. US-Dollar. Zieht man hier noch die Lieferungen an die Mitglieder des Warschauer Paktes ab, kommt man in 15 Jahren sowjetischer Rüstungsausfuhr seit 1955 auf 7 Mrd. US-Dollar, pro Jahr also ungefähr eine halbe Mrd. Dollar.

Hier gingen die Waffenlieferungen vor allem an die Befreiungsbewegungen in Asien (Demokratische Republik Vietnam, Befreiungsbewegung in Südvietnam), an die afrikanischen Befreiungsbewegungen und in die arabischen Staaten des Nahen Osten.

Rüstungsexport der europäischen Imperialisten

Frankreich ist in der imperialistischen Welt nach den USA der größte Rüstungsexporteur.

Die französische Kriegsindustrie, die in jeder nur erdenklichen Weise vom Staat unterstützt wird, ist sehr stark exportabhängig: Etwa ein Drittel der gesamten Produktion wird ausgeführt; in der Flugzeugindustrie waren es 1969 gar mehr als 50 %. 1963 hieß es in einem staatlichen Bericht zu den Exporten: *„Das Resultat wären längere Produktionsläufe* (dadurch vor allem eine Senkung der Produktionskosten – Anm. AK), *wichtige Einnahmen von Devisen und die Weiterentwicklung unseres technischen und damit politischen Einflusses (!) in einer Anzahl von Ländern"* (Albrecht, S. 105).

In den folgenden Jahren wurde dann die Rüstungsausfuhr des französischen Imperialismus von 350 Mio. US-Dollar 1962 auf 1.300 Mio. Dollar 1970 erhöht.

Während der ersten Hälfte der 50er Jahre nahm Indien ca. 70 % der Rüstungsexporte Frankreichs auf, was die französischen Imperialisten natürlich nicht hinderte, ebenfalls an Pakistan, mit dem Indien mehrmals bewaffnete Auseinandersetzungen hatte (sowas steigert den Absatz), zu liefern. von 1955 bis 1965 wurden die israelischen Streitkräfte Hauptabnehmer (mehr als 50 % der Exporte). In den folgenden Jahren dominierte das faschistische Südafrika (mehr als 30 %), trotz eines von den Vereinigten Nationen verhängten Waffenembargos. Daneben wurde an die Diktaturen in Spanien, Griechenland und Portugal geliefert. Mit der Lieferung vor allem leichter Radpanzer der Firma Panhard an lateinamerikanische Diktaturen ist den französischen Imperialisten der „Einbruch in den lateinamerikanischen Anti–Guerilla–Waffenmarkt" (Albrecht) gelungen.

Im Juli 1971 wurde mit Südafrika ein Lieferungsvertrag über 1,26 Mrd. DM abgeschlossen.

Im Dezember '74 wurde durch den saudi-arabischen Verteidigungsminister bekannt, daß Frankreich für 4 Mrd. Francs (ca. 2 Mrd. DM) vor allem Raketen und Panzer liefern werde. Die USA hätten diesem Transfer *„ohne irgendwelche Bedingungen"* zugestimmt. Übrigens gab er gleichzeitig bekannt, daß Saudi-Arabien *„ein größeres Waffengeschäft"* mit den USA plane („Süddeutsche Zeitung" vom 5. 12. 74).

Nach Frankreich ist **Großbritannien** in Westeuropa der größte Waffenlieferant an Länder der 3. Welt. Nach offiziellen Angaben – die sicherlich nicht zuletzt wegen stärkerer Proteste von Teilen der englischen Bevölkerung zu niedrig angesetzt sind – wurden 1970 für insgesamt 648 Mio. US-Dollar Waffen exportiert. In dieser Zahl dürften Waffenschenkungen im Rahmen staatliche „Militärhilfeprogramme" an sog. „befreundete Staaten" nicht enthalten sein. Weder von der konservativen noch von der sozialdemokratischen Labour-Party wird dem Waffenexport in die Welt ein Hindernis oder irgendwelche Beschränkungen auferlegt. Mit besonderem Zynismus bemerkte 1966 Denis Healy, „Verteidigungs"minister des Labour-Kabinetts: *„Während die Regierung dem Fortschritt auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle und der Abrüstung die größte Bedeutung beimißt, müssen wir auch überlegen, welche praktischen Schritte wir unternehmen können, um gewiß zu sein, daß dieses Land nicht versäumt, seinen gerechten (!) Anteil an diesem wertvollen kommerziellen Markt zu sichern"* (zitiert bei: Albrecht, S. 11) – Zuvor hatte die Regierung eine eigens für die Förderung des Waffenexports bestimmte Behörde gegründet. Und die Exporte stiegen tatsächlich rasch in die Höhe: Von 336 Mio. 1965 auf 648 Mio. US-Dollar 1970.

Daß es allerdings nicht nur „kommerzielle" Erwägungen waren, die die englischen Imperialisten bewogen, den Export von Waffen zu betreiben, zeigt der Verkauf von Chieftain-Panzern (700 Stück) an den Schah von Persien beispielhaft. Ihr Einsatz soll *„.... zum Schutze britischer und amerikanischer Ölinteressen"* dienen („Neue Zürcher Zeitung" vom 6.1.71).

Vom Panzertyp „Centurion" exportierte Großbritanien 2.425 Stück, u. a. nach Australien, in die Niederlande, in den Libanon, Ägypten, Jordanien, Israel, Südafrika.

Neben diesen oben genannten Ländern spielen noch die Waffenausfuhr **Italiens** mit konstant 120 Mio. Dollar und die **kanadische** mit 60 Mio. Dollar eine größere Rolle. Es folgt **Schweden** mit rund 30 Mio. und die **Schweizer** Rüstungsindustrie mit rund 25 Mio. Dollar.

Innerhalb der imperialistischen Welt hat sich die BRD nach den USA, Frankreich und Großbritanien zum größten Waffenexporteur entwickelt. Im Gegensatz zu den oben genannten Staaten gelang es den westdeutschen Kapitalisten, diesen hervorragenden Platz auf den Rüstungsmärkten zu erringen, ohne daß sie dabei in der BRD bisher auf größeren Widerstand der Bevölkerung gestoßen wären.



Heute ist es bereits wieder soweit, daß sich westdeutsche Rüstungsprofiteure der „Überlegenheit deutscher Waffen auf dem Markt" brüsten: *„Jede Waffe von uns ist besser als die der Amerikaner"*, gab 1972 der Rüstungskapitalist Ludwig Bölkow vom Messerschmidt-Bölkow-Blohm-Kriegskonzern (MBB) dem „Spiegel" stolz zu Protokoll.

Zunächst soll auf die Rüstungsexporte der BRD-Kriegsindustrie eingegangen werden, danach auf die staatlichen sog. „Militärhilfeprogramme" der Bundesregierung an „befreundete Staaten".

Der Umfang der Rüstungsexporte

Genaue Zahlen über den Umfang westdeutscher Rüstungsexporte an westeuropäische Staaten und Länder der 3. Welt zu bekommen, ist schier unmöglich; es lassen sich aus keiner verfügbaren Statistik genaue Zahlen entnehmen. (In Frankreich war es dagegen – bis 1972 – üblich, auf jährlichen Pressekonferenzen Auskunft über die Art, den Wert und die Empfänger französischer Kriegswaffen zu geben). Dies ist besonders bemerkenswert, da in der BRD alle „kommerziellen" Exporte der Kriegsindustrie einer formalen Genehmigungspflicht von Seiten der Bundesregierung unterliegen.

Im „Weißbuch 1970" der Bundesregierung hieß es zu den Exporten: *„Der Anteil der Rüstungsausfuhr – Firmen und Bundeswehrlieferungen – am Gesamtexport der Bundesrepublik ist minimal: 0,3 Prozent"* (S. 157). Umgerechnet auf das Gesamtausfuhrvolumen der BRD entspräche das rund 400 Mio. DM allein für 1970. Daß hier jedoch Bedeutung und Umfang der Kriegsexporte heruntergespielt werden sollen, zeigte sich an den Zahlen des Bundeswirtschaftsministeriums: Für dasselbe Jahr gab es Exporte im Wert von 757 Mio. DM an. *„Es ist zu vermuten, daß darin Militärhilfe (staatliche Geschenke von Rüstungsgütern) nicht enthalten sind"* (Albrecht, S. 28/29). Das „Weißbuch 1971/72" enthält für die folgenden Jahre überhaupt keine Angaben mehr.

BRD-Imperialismus: Kontinuität gewahrt ...

Mit den staatlichen „Militärhilfeprogrammen" und dem Rüstungsexport der Kriegsindustrie steht der BRD-Imperialismus ganz in der Tradition des aggressiven deutschen Imperialismus, dessen Politik der imperialistischen Einflußnahme auf andere Länder durch „Militärhilfe" usw. konsequent weiterverfolgt und weiterentwickelt wurde. Bereits vor dem 1. Weltkrieg war die sog. „Ausbildungshilfe" (für Angehörige fremder Streitkräfte) eine deutsche „Spezialität", vor allem in Ländern wie Argentinien, Brasilien, Chile, Japan und der Türkei – zumeist also Staaten, zu denen auch heute wieder „feste freundschaftliche Bande" des BRD-Imperialismus bestehen. Der Balkan war seit dem Ende des letzten Jahrhunderts einer der Knotenpunkte imperialistischer Widersprüche und Kämpfe. Der Drill türkischer Soldaten durch preussische Militärs, Kanonenexport besonders von Krupp, aber auch Aufbau einer türkischen Marine mit (auf kaiserlichen Werften gebauten) Torpedoschiffen usw., war für den deutschen Imperialismus, der sich aufmachte, eine Neuaufteilung der Welt zu erzwingen, ein entscheidendes Mittel, um auf dem Balkan wirtschaftlichen, politischen und militärischen Einfluß zu gewinnen.

Auch einen Bruch mit der faschistischen Kriegsindustrie nach der Niederlage des deutschen Faschismus hat es nie gegeben. Gebrochen wurden dagegen vom wiedererstakrenden westdeutschen Imperialismus und den Westalliierten die bestehenden internationalen Abkommen über Demilitarisierung und Kriegswaffenverbot. In den „Politischen Grundsätzen" des Potsdamer Abkommens wird gefordert: ***„Völlige Abrüstung und Demilitarisierung Deutschlands und die Liquidierung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann, oder deren Überwachung...."*** (zitiert nach Kuczynsky, „Das große Geschäft", S. 161).

Bis 1955 war jegliche Produktion von Kriegsgütern in der BRD durch internationale Abmachungen verboten; für das westdeutsche Kapital kein Hindernis, erneut einen großen Teil der Wirtschaft mit Unterstützung besonders der USA zu militarisieren und die „reichhaltigen Erfahrungen" des Weltkrieges für den Bau neuer Kriegswaffen zu nutzen.

... im Kriegsschiffbau ...

Unter völligem Bruch der Abkommen wurde schon vor 1955 (!) die Kriegsproduktion und der Rüstungsexport in der BRD wieder aufgenommen. 1951 baute die Bremer Werft Gebr. Lürssen (heute eine der führenden Marine-Kriegswerften) für die westdeutsche Wiederaufrüstung einige Schnellboote, die 1969 an die faschistische Militärjunta in Griechenland verkauft wurden.

Die bayrische Werft Theodor Hitzler in Regensburg lieferte 1953 fünf Flußkampfschiffe an die belgische Kriegsmarine. Im August desselben Jahres erfolgte dann der erste Export nach Übersee, als die Bremer Werft Herrmann Havighorst die ersten von sechs Schnellbooten nach Ekuador lieferte. Die Krupp-Werft AG-Weser in Bremen stellte im Oktober 1954 ein Kriegsschiff von 4 854 t Wasserverdrängung für Argentinien fertig, das trotz Bewaffnung als „Eisbrecher" exportiert wurde. (Auch nach 1955 blieb weiterhin der Bau von U-Booten mit mehr als 450 t und der Bau von Überwasserschiffen über 1 500 t offiziell verboten!).

Die Werft Abeking & Rasmussen, heute ebenfalls eine der führenden Rüstungswerften, lieferte 1954-57 zehn Kriegsschiffe an die indonesische Marine.

Der Kriegsschiffexport kam so gut in Fluß. Bis Ende 1971 wurden acht größere Schiffe, 29 U-Boote, 70 Schnellboote und 57 Kleinkampfboote von westdeutschen Werften exportiert, u.a. nach Südamerika (Argentinien, Kolumbien, Ekuador usw.) an das faschistische Griechenland und Portugal, das sogleich die gelieferten Schnellboote in den afrikanischen Kolonien gegen die Befreiungsbewegungen einsetzte.

Von 45 nichtsozialistischen Ländern, die eine Kriegsmarine unterhalten, hat die BRD 23 (!) Länder beliefert.

... im Panzerbau ...

... im Panzerbau ...

Auch der Bau gepanzerter und ungepanzerter Militärfahrzeuge – heute ein „Spitzenschlager" westdeutscher Waffenschmieden – lief lange vor 1955 an. Bereits 1952 nahm Daimler-Benz den ersten Rüstungsexportauftrag für Panzermotoren aus der Schweiz an – und begründete damit seine bis heute führende Stellung im Panzermotorenbau.

Der von der Firma Krauss & Maffei gefertigte Standardpanzer „Leopard" konnte auf dem europäischen Markt das französische Konkurrenzmodell „AMX-30" und den britischen Panzer „Chieftain" aus dem Feld schlagen: Insgesamt wurden von diesem Typ bis 1970 über 3 200 Stück gebaut, davon über 1 000 für den Export (Niederlande, Norwegen, Italien, Belgien). Es war damit gelungen, in bisherige Domänen der französischen und britische Kriegsmonopole einzudringen, die so gezwungen waren, stärker auf den Markt in Ländern der Dritten Welt auszuweichen.

Auch im Bau von Schützenpanzern und anderen leichten Kampffahrzeugen haben westdeutsche Rüstungsindustrien hohe Exporterfolge und eine bedeutende Marktstellung erworben. Nicht von ungefähr, wurde doch dieses Kriegsgerät – wie Kapitalisten nicht müde werden zu betonen – von der Nazi-Wehrmacht entwickelt und im Weltkrieg erfolgreich erprobt. Zusammen mit den USA (führend) und Frankreich ist dieser Markt weltweit von der BRD monopolisiert.

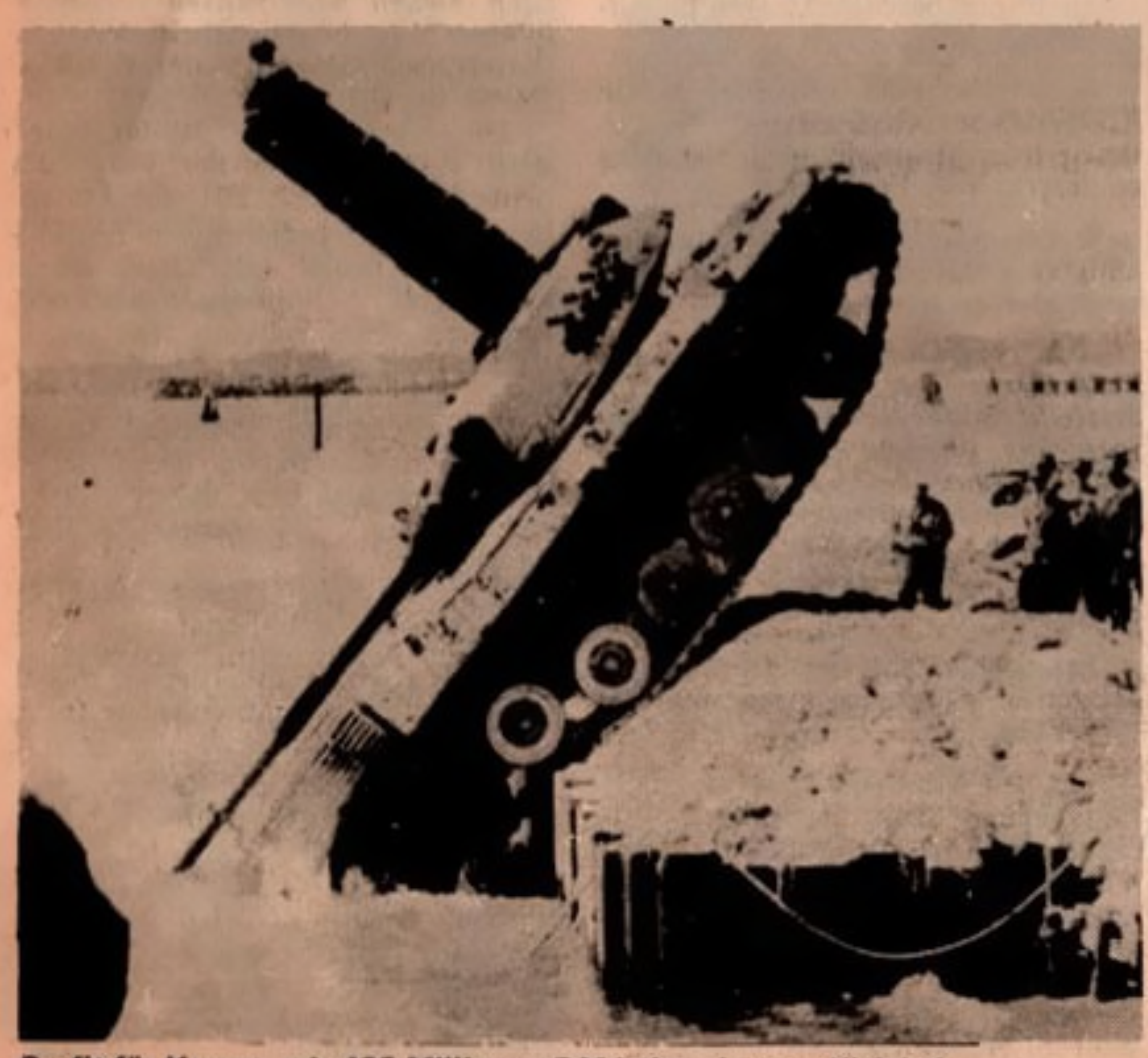
1971 stimmte die Bundesregierung dem Export von weiteren 112 Schützenpanzern nach Peru zu, nachdem die dortige Armee bereits vorher 116 äußerst mobile Radspähpanzer UR-416 der Firmen Rheinstahl und Daimler-Benz erhalten hatte.

1974 scheint sich mit Peru ein Geschäft über die Lieferung von 400 solcher Fahrzeuge anzubahnen (laut ‚Wehrdienst', 25.2.74). Ähnliche Typen erhielten u.a. El Salvador und Mexiko.

➡



Profit für Krupp:
mit 220 Millionen DM am Bau des Schützenpanzers „Marder" beteiligt



Profit für Krupp: mit 433 Millionen DM beim „Leopard" dabei

Derartige mobile Fahrzeuge, speziell der dafür entwickelte UR-416, eignen sich besonders für den militärischen Einsatz gegen die Bevölkerung, bzw. zur Bekämpfung von Befreiungsbewegungen.

... in der Luftwaffe ...

... in der Luftwaffe ...

Im faschistischen Ausland, in Spanien, bereitete sich die westdeutsche Luftfahrtindustrie erneut auf Wiederaufrüstung und Rüstungsexport vor. In den „Oficianas Tecnicas Dornier" in Madrid wurden seit Beginn der 50er Jahre Kurzstartflugzeuge von den Dornier-Werken entwickelt. Ebenfalls in Spanien begann Messerschmidt erneut seine Rüstungsproduktion von Düsenflugzeugen, zunächst für die spanische und ägyptische Luftwaffe.

Entpsrechend den Exporterfolgen bei Panzern stieg der Export von sog. panzerbrechenden Raketen, dem bisher wichtigsten Exportartikel westdeutscher Luft- und Raumfahrtindustrien. Neben Dänemark und Italien wurden sie an Spanien und Griechenland, Israel und den Irak, in die Türkei und nach Pakistan exportiert; in den beiden letztgenannten Staaten werden Raketen in westdeutscher Lizenz hergestellt.

Rüstungsplunder für die Welt

Besonders während der Aufbauphase von Armeen in der Dritten Welt hatte der Altwaffen (Secondhandwaffen)-Markt eine große Bedeutung. Bis in die Mitte der 60er Jahre hatte sich die BRD *„rapide zum universalen Waffenlieferanten in alle Krisenherde"* der Welt entwickelt, wie 1970 der englische Premier Wilson feststellte.

Einer 1965 vom amerikanischen Kriegsministerium angefertigten Untersuchung zufolge, war die BRD – gemessen an der Zahl der Transfers und der gelieferten Flugzeuge – eine *„Hauptquelle großer Schübe von Secondhand-Waffen in Entwicklungsländer"* (Albrecht/Sommer, Deutsche Waffen für die Dritte Welt, S. 58).

An Bundeswehr-Flugzeugen wurden u.a. verkauft bzw. (zum geringeren Teil) im Rahmen der „Militärhilfe" verschenkt: 90 Jagdbomber an Pakistan und 28 Marinejäger an die indische Luftwaffe im Jahre 1966. Im selben Jahr erwarb die Luftwaffe Venezuelas 74 Sabre-Jabos aus Altbeständen der Bundeswehr. 24 Düsenjäger des Musters Fouga-Magister gingen nach Marokko, 5 nach Nigeria, weitere nach Israel. Von den für die Anti-Guerillakriegsführung gut geeigneten Leichtflugzeugen von Dornier gingen 20 nach Nigeria, 3 in den Sudan, mindestens 80 (!) nach Portugal, 50 nach Spanien, weitere nach Südafrika, Zaire, Brasilien, die Türkei und Israel (Albrecht, S. 48).

Zu welchen Riesenschiebungen es bei Altwaffenverkäufen in trauter

kei und Israel (Albrecht, S. 48).
Zu welchen Riesenschiebungen es bei Altwaffenverkäufen in trauter

Zusammenarbeit Bundeswehr – Kapital kommt, zeigte sich u.a. im November 1971: Die Bonner Staatsanwaltschaft (!) entdeckte eine Verschiffung von 250 (!) Aufklärungspanzern des amerikanischen Typs M-41, Neuwert ca. 300 000 DM pro Stück, von Bremerhaven in ein bis heute unbekanntes Land (laut „Hamburger Morgenpost", 22.11.1971)!

Für das Ende der 70er Jahre sind erneut größere Altwaffenverschiebungen zu erwarten: Im Rahmen neuer Beschaffungsprogramme wird die Bundeswehr in diesem Zeitraum Waffen im Neuwert von vier Mrd. US-Dollar ausrangieren (u.a. Kampfpanzer, Schützenpanzer, Mannschaftstransportwagen, Kampfflugzeuge, Schulflugzeuge, Seeaufklärer und Kriegsschiffe).

„Ihr Wert als genutztes Material beträgt gewiß noch 25 % des verausgabten Preises, also 1 Mrd. Dollar. Kein Land der Welt, auch nicht die Bundesrepublik, ist reich genug, sich erlauben zu können, diese Waffen einfach zu vernichten", schrieb 1972 der französische Militär„experte" Miksche (Zitiert nach Albrecht, S.83).

Verkauf von Altwaffen der Bundeswehr:
– in Millionen DM –

Jahr	Mio. DM	Jahr	Mio. DM
1961 –	3,9	1967 –	63,9
1962 –	4,7	1968 –	86,2
1963 –	9,1	1969 –	96,3
1964 –	21,5	1970 –	89,3
1965 –	139,3	1971 –	112,0
1966 –	135,9	1972 –	55,0

Quelle: U.Albrecht, Politik und Waffengeschäft, S. 81.

Kapitalexport und multinationale Rüstung

Der westdeutsche Waffenexport, wie er oben dargestellt wurde, gibt allerdings nur ein unvollständiges Bild über den tatsächlichen Einfluß des BRD-Imperialismus auf den internationalen Rüstungsmärkten und seine Bedeutung bei der Aufrechterhaltung imperialistischer Herrschaft

Fortsetzung Seite 4

HDW

Werft der schwimmenden Särge

Die staatlichen Howaldtswerke-Deutsche-Werft AG (75% im Besitz des Bundes, 25% im Besitz des Landes Schleswig-Holstein) haben sich in der Nachkriegszeit zum „Generalunternehmen" im Bau von U-Booten für die BRD-Kriegsmarine und zum westdeutschen Hauptexporteur von U-Booten in die Welt entwickelt. *„Die HDW ... hat nach dem Krieg die langjährige Tradition (!) im U-Boots-Bau wieder aufgenommen"*. (Werkszeitung, 1/73).

Der Umsatz der Werft betrug im Geschäftsjahr 1973/74, das im September '74 zu Ende ging, insgesamt ca. 1,6 Mrd. DM. Davon entfielen nach einer Meldung der „FAZ" (22.11.74) ca. 25%, also 400 Mio. DM, auf den U-Boot-Bau. Von 1960 bis 1973 wurden in den Kieler Werken der jetzigen HDW 47 (!) Unterseeboote der Klasse unter 450 t und der 1.000-t-Klasse gebaut. Anfang '73 betrug der Auftragsbestand der HDW 28 U-Boote für die BRD-Marine und für den Export. Der Wert betrug rund 900 Mio. DM (!) und sollte allein bis Jahresschluß die Grenze von einer Milliarde überschreiten.

Von April 1973 bis Ende '74 lief bei der HDW und den Rheinstahl-Nordseewerken (RNSW; im Besitz von Thyssen) eine Serie von 18 U-Booten des Typs „206" vom Stapel, *„die wegen ihrer optimalen Eigenschaften, ihrer Bewaffnung und ihrer elektronischen Ausrüstung weltweite Beachtung finden"* („Schiffahrt international", Heft 8, Seite 356 1973).

Zehn dieser Schiffe, deren Einzelwert über 50 Mio. DM beträgt, wurden bei den RNSW im Unterauftrag der HDW, acht im Kieler Werk der HDW gefertigt.

„In der Geschichte des deutschen Kriegsschiffbaus haben hier zwei Werften zum ersten Mal nach dem Prinzip des Generalunternehmers zusammengearbeitet", sagte dazu der jetzige HDW-Vorstandsvorsitzende Henke. Das bedeutet, daß HDW als Generalunternehmer nicht nur die Verantwortung für den Bau der Maschine und des Schiffes übertragen wurde, sondern ebenso für den Bau der Waffensysteme und der Elektronik – bis hin zur zehn- bzw. zwölfmonatigen Erprobung (!) durch zivile Besatzungen in Nord- und Ostsee. Insgesamt waren 2.000 Arbeiter und „Spezialisten" mit Entwicklung und Produktion beschäftigt. Die HDW-Kapitalisten haben damit diesen Bereich der Kriegsindustrie vollständig monopolisiert.

Zu den Besatzungen dieser Boote tönte der Konteradmiral von Schroeder bei der Übergabe: *„Ihnen wird mit diesem U-Boot der Klasse ‚206' ein Waffensystem an die Hand gegeben, das in seiner Art das modernste und leistungsfähigste der Welt ist"*. Daß U-Boote auch heute „schwimmende Särge" bleiben, sagte ein Admiral Kriebel den Besatzungen: Er gab den Soldaten nur eine *„erkennbare"* und *„faire Chance .. erfolgreich zu kämpfen und doch mit heiler Haut davonzukommen"*.

Um nach dem vorläufigen Auslaufen dieser Serie auch weiterhin vom Rüstungsgeschäft zu profitieren, entwickelte die HDW gemeinsam mit dem „Ingenieurkontor Lübeck/Professor Gabler" (führend auf dem Gebiet der militärischen Tauchtechnik) ein modernes U-Boot der 1.000-t-Klasse für den Export. *„Wir können mit gewisser Befriedigung feststellen, daß wir bis heute nicht unbedeutende Erfolge erringen konnten"*, sagte dazu Henke mit unangemessener Bescheidenheit. Exportiert wird u.a. nach Kolumbien, Peru, Argentinien, Venezuela, in die Türkei und nach Griechenland.

Ähnlich wie andere Werften vor und nach 1955 verstieß auch die staatliche HDW gegen bestehende internationale Abkommen. So sieht das WEU-Abkommen das Verbot von Unterwasserbooten mit mehr als 450 t Wasserverdrängung vor. Als 1969 Boote der 1.000-t-Klasse für die Faschisten in Griechenland auf Kiel gelegt wurden, holte sich das Unternehmen nicht etwa eine Genehmigung für den Bau der Boote, sondern *„unterlief dieses Hindernis indem es die Erlaubnis für den Bau von sechs Booten für den Bedarf der Bundesmarine benutzte, um die griechischen Schiffe zu vollenden, während der Bau der deutschen Schiffe U-25 bis U-30 auf einen späteren Zeitpunkt verlegt wurde"* (Albrecht, Politik und Waffengeschäft, S. 37).

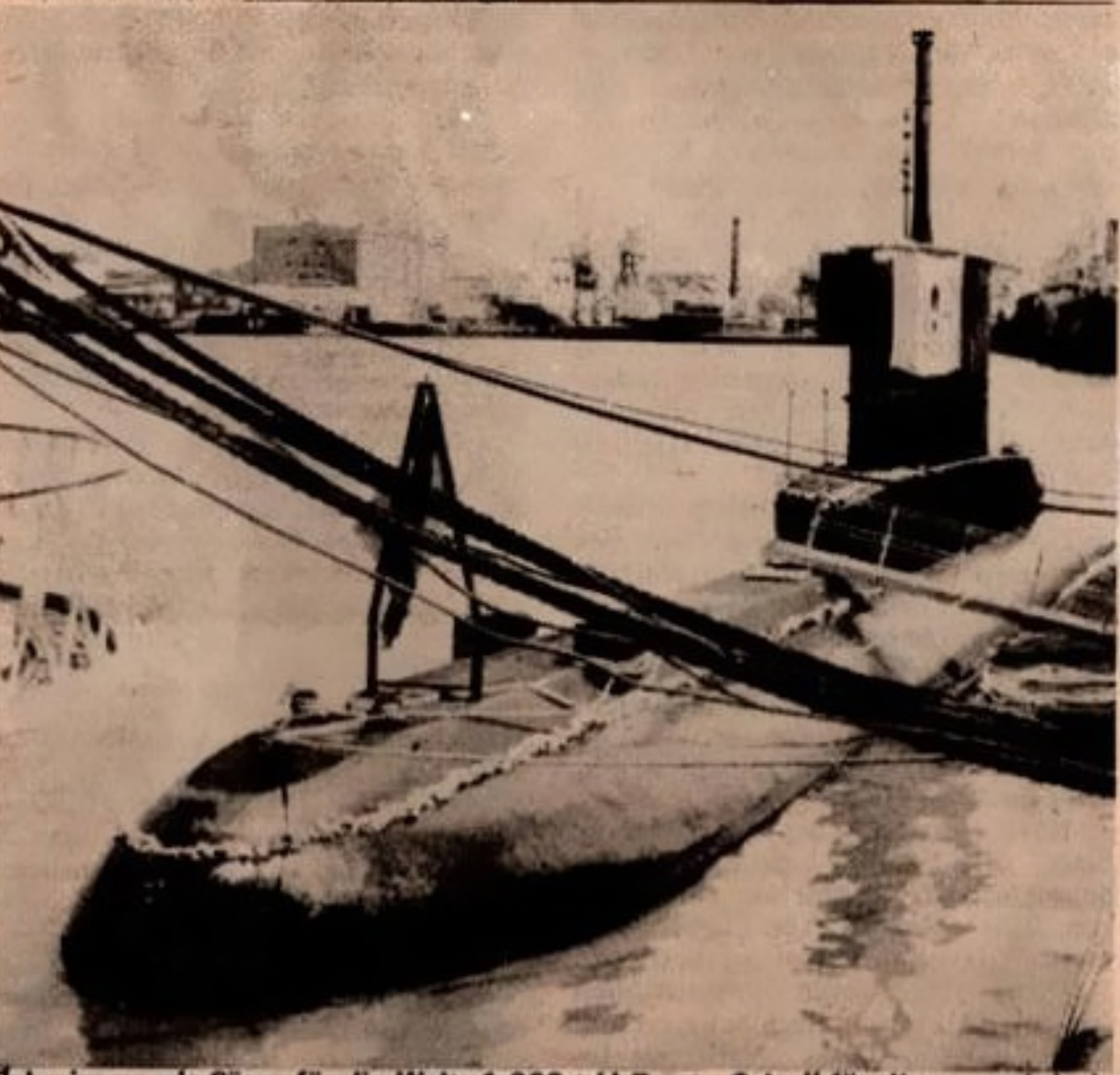
Daß die HDW-Kapitalisten im U-Boot-Bau das große Geschäft gerochen haben, das sie in Zukunft verstärkt betreiben wollen, zeigt sich auch darin, daß sie *„zum Zwecke gemeinsamer Entwicklung und zur Erreichung eines optimalen know-how einen Kooperationsvertrag mit dem größten britischen U-Bootsbauer, der Firma Vickers Limited in Barrow, abgeschlossen"* haben (Henke).

Und für die HDW-Kapitalisten versichert Henke nochmals glaubhaft, *„daß wir den Bau von U-Booten als einen Schwerpunkt unseres Werftbetriebes betrachten und keinesfalls als Füll- oder Nebenbeschäftigung"*.



Geschäft mit dem Tod: HDW-Vorstandsvorsitzender Henke mit dem Be-

Geschäft mit dem Tod: HDW-Vorstandsvorsitzender Henke mit dem Befehlshaber der Kriegsflotte Hartwig.



Schwimmende Särge für die Welt: 1.000-t-U-Boot „Salta" für die argentinische Kriegsmarine.



„Prost, schon wieder ein schwimmender Sarg ...": Sie ersaufen höchstens in Geld und Alkohol ...

HDW geht nur voran

Auch für eine Reihe anderer westdeutscher Werften ist der Kriegsschiffbau wieder das große Geschäft Es gibt heute kaum eine größere

Auch für eine Reihe anderer westdeutscher Werften ist der Kriegsschiffbau wieder das große Geschäft Es gibt heute kaum eine größere Werft, die nicht zumindest über die Reparatur von Schiffen der Bundesmarine an der Rüstung profitiert.. Hier eine sicherlich unvollständige Liste der wesentlichen Namen:

Blohm & Voss:
(Hauptaktionär: Thyssen). Bisher wurden Zerstörer, Fregatten und Korvetten auf der Hamburger Werft gebaut. Ein Drittel des Reparaturgeschäfts kommt von der Bundesmarine. Daneben werden bei B & V die Wannen für den „Leopard"-Panzer hergestellt.

Friedrich Lürssen, Bremen-Vegesack:
Sehr stark rüstungsorientiert (lt. „Spiegel" 28/73 kommen 40% des Umsatzes aus dem Kriegsgeschäft). Es werden Schnellboote, Torpedo-Schnellboote und Raketen-Schnellboote mit Lenkflügelkörpern auch für den Export gebaut.

Abeking & Rasmussen, Bremen:
Diese Werft baut fast ausschließlich Kriegsschiffe, u.a. Minenräumboote für den Export.

Flensburger-Schiffbau-Gesellschaft:
Die FSG baut u.a. für die BRD-Kriegsmarine Versorgungsschiffe und Küsten„schutz"boote und repariert Kriegsschiffe.

Rheinstahl-Nordseewerke, Emden:
Baut zusammen mit der HDW U-Boote für die BRD-Kriegsmarine . Nach der Übernahme Rheinstahls durch den Thyssen-Konzern jetzt 100%ig in dessen Besitz.

Harmstorf-Gruppe:
Auf der Schlichting-Werft, Travemünde, werden Kleinkampfschiffe für die Marine gebaut.

Krögerwerften Rendsburg und Husum:
In Rendsburg werden Raketenschnellboote mit Lenkflügelkörpern gebaut.

Die Sietas- und Norderwerft in Hamburg, die AG Weser in Bremen u.a. führen daneben Reparaturaufträge für die Marine durch. ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Fortsetzung von Seite 3

Rüstungsexport und Militär„hilfe"

in den Ländern der Dritten Welt. Besondere Anstrengungen wurden und werden von westdeutschen Rüstungsmonopolen und ihrem Staat unternommen, im Ausland durch den Export von Kapital eigene Waffenfabriken zu errichten.

Die „Fritz-Werner-Industrieausrüstungen GMBH" errichtete Waffenfabriken in Afrika und Asien: so in Indonesien, Israel, Guinea, Nigeria, Sudan und im Iran. Die Firma Heckler & Koch errichtete in Thailand eine Waffenfabrik. Ebenfalls wurde von einem westdeutschen Unternehmen in Burma ein Betrieb aufgebaut; die Kriegsschiffwerft Lürrsen fertigt zum Teil Schnellboote auf einer Werft in Malasia. Auch in Westeuropa, zum Beispiel in Italien, haben sich BRD-Kriegs-Konzerne niedergelassen. Vom Staat werden diese Aktivitäten des BRD-Imperialismus direkt durch staatliche Bürgschaften und Steuervorteile unterstützt.

Von besonderem Interesse ist dabei die „Fritz-Werner-Industrieausrüstungen GMBH", mit Sitz in Westberlin, die über ihre Aktivitäten im Ausland keine Konzernbilanzen veröffentlichen braucht. Alleiniger Inhaber dieses Konzerns ist, über die „Deutsche Industrieanlagen GMBH", der westdeutsche Staat!! Hinzu kommt, daß diese Rüstungsfirma mit ERP-Mitteln ausgestattet ist, die – so die offizielle Version – dem Wiederaufbau nach dem 2. Weltkrieg dienen sollen.

Für die Imperialisten ist der Export von Rüstungsindustrien nicht nur eine lohnende Kapitalanlage, die hohe Extraprofite verspricht. Bedenkt man vor allem die politisch-militärische Bedeutung der Rüstungsindustrie für jeden Staatsapparat, so ist der Kapitalexport auf diesem Gebiet ein hervorragendes Instrument, ganze Staaten und Länder politisch und militärisch in Abhänigigkeit von den kapitalanlegenden imperialistischen Staaten zu bringen.

Ist schon der ‚allgemeine' Kapitalexport, wie Lenin feststellte, ein Instrument, um Kontrolle über Einflußgebiete, Industrien und die Politik



Beim Putsch 1956 mit Waffen vom BND gegen Demokraten und Kommunisten in Indonesien

anderer Staaten zu gewinnen, so ist es der Export von Rüstungskapital ganz besonders. Staaten, deren militärische Organe in ihrer Ausrüstung und ihrem ‚Nachschub' von waffenproduzierenden ausländischen Konzernen abhängig sind, sind dem Einfluß und den Erpressungen des Imperialismus ganz besonders ausgesetzt.

Ein ähnliches wichtiges Instrument imperialistischer Einflußnahme ist die Gewährung des Nachbaus westdeutscher Waffen in Lizenz. Der Bundeswehrpanzer „Leopard" wird nachgebaut in Italien. Panzerabwehrraketen werden in Lizenz in der Türkei, dem Iran und in Pakistan gefertigt, U-Boote der Kieler HDW (im Staatsbesitz) werden in Dänemark und der Türkei produziert. Schnellboote der Bremer Werft Lürrsen werden in Spanien und Frankreich gebaut, Minensuchboote der Werft Abeking & Rasmussen in Brasilien.

„Über die Nachbauten deutscher Maschinengewehre oder Karabiner ist kein Überblick zu bekommen. Sie sind in Pakistan, Iran, Thailand, Nigeria, Norwegen, Portugal, Schweden, Burma und Italien nachweisbar" (Albrecht, S. 58).

In diesem Zusammenhang muß noch die bi- und multinationale Kooperation westeuropäischer Rüstungskonzerne eingegangen werden. Derartige Kooperationen – ökonomisch bedingt durch die rapide ansteigenden Kosten bei der Entwicklung und Produktion modernster Waffensysteme – erlauben es den Konzernen, die Endstufe der Fertigung in dasjenige Land zu verlagern, in dem die „liberalste" Exportpolitik (keine Beschränkung der Ausfuhr in faschistische Länder u.a.) herrscht. Westdeutsche Rüstungskonzerne arbeiten hier vor allem mit französischen Konzernen zusammen.

So wurde das in Frankreich und der BRD produzierte U-Bootjagdflugzeug „Atlantik" über Frankreich nach Brasilien exportiert. Nach Brasilien gingen auch westdeutsche Marder-Panzer, die in Frankreich ausgerüstet wurden und mit gemeinsam entwickelten Raketenwerfern bestückt waren.

In einem Geheimabkommen beider Staaten wurde festgelegt, daß die Gemeinschaftsproduktionen beider Länder im Export nicht von westdeutschen Exportbeschränkungen betroffen seien.

So war es auch möglich, den in Kooperation produzierten Militärtransporter „Transall" nach Südafrika zu liefern: über Frankreich.

In einem Geschäftsbericht der Vereinigten Flugtechnischen Werke, Bremen, hieß es dazu:

„Die erste Exportlieferung von neun Flugzeugen, einschließlich Ersatzteile, Bodenausrüstungen und Bevorratung, erfolgte an die Südafrikanische Union. Aus politischen Gründen (!) wurde dieser Auftrag über Frankreich, federführend von Nord Aviation, abgewickelt" (Albrecht, S. 70).

Inzwischen hat sich die Zahl der gelieferten Flugzeuge mindestens auf 25 erhöht.

Für den westdeutschen Imperialismus hat eine derartige Exportpolitik erhebliche Vorteile. Trotz tatkräftiger militärischer Unterstützung faschistischer und rassistischer Regimes in der Welt kann er nach außen die Maske des am „friedlichen Handel interessierten Partners" hervorkehren. Der Wolf im Schafspelz!

Militärhilfe des westdeutschen Staates

Während sich die BRD-Rüstungsmonopole, abgesichert und gefördert vom Staat, zu den größten Waffenexporteuren neben USA, Frankreich und England entwickelt haben, beteiligt sich auch der Staatsapparat der Imperialisten selbst an der Aufrüstung der nichtsozialistischen Länder der Dritten Welt. 1961 erhielten erstmals offiziell im Rahmen sogenannter „Militärhilfeprogramme" verschiedene Länder in der Welt Unterstützung bei der Aufrüstung bzw. dem Aufbau ihrer Streitkräfte.

In dieser ersten Phase der „Militärhilfe" wurde als vorrangiges Ziel die ‚Förderung zivil nutzbarer Infrastrukturen' genannt:

„Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe soll in erster Linie dem Ausbau einer gesunden Infrastruktur in den Empfängerländern dienen, die auch zivilen Bedürfnissen entgegenkommt", so die öffentliche Version. (zitiert nach Albrecht/Sommer, „Waffen für die Dritte Welt; S. 53).

Die westdeutsche Militär„hilfe" wird zum einen in der Form der „Ausrüstungshilfe", also der kostenlosen bzw. kostengünstigen Beschaffung von neuen oder auch altem Kriegsgerät (Bundeswehrbestände) vergeben. Zum anderen tritt sie, in Verbindung mit der „Ausrüstungshilfe", also als militärische, nachrichtentechnische usw. Schulung von militärischen Kadern auf Bundeswehr-(Hoch-)Schulen, bzw. durch Bundeswehroffiziere in diesen Ländern selbst, auf.

Zur staatlichen Militär„hilfe"politik des BRD-Imperialismus muß man auch die Errichtung von Waffenfabriken in Ländern der Dritten Welt rechnen, wenn diese Vorhaben ganz oder teilweise aus staatlichen Mitteln finanziert werden und nach der Fertigstellung in das Eigentum des jeweiligen Landes übergehen.

So z.B. in Guinea; dort dehnten übrigens die mit dem Bau beauftragten Bundeswehr„soldaten" ihren Aufenthalt sehr lange aus, um gleichzeitig in diesem Land Spionage betreiben zu können.

„Mercedes bleibt fest in deutscher Hand"

Neuer Aktienverkauf bei Daimler-Benz mit nationalem Chauvinismus Schiebergeschäfte vertuscht

Der Verkauf von 29 % des Aktienkapitals durch den bisherigen Daimler-Benz-Großaktionär Flick an die Deutsche Bank war erneuter Anlaß für die bürgerlichen Propagandisten in Presse, Rundfunk und Fernsehen in nationalistischen und chauvinistischen Lobgesängen die bisher größte Kapitaltransaktion in der Geschichte der BRD zu feiern. Bereits beim Verkauf von 14 % der Quandt-Aktien an Kuweit setzte dieser deutschnationale Hetzgesang massiv ein (vgl. AK 54).

Die „Hamburger Morgenpost" (SPD) wußte zu berichten: *„Schah und Scheichs sind abgeblitzt, Mercedes bleibt fest in deutscher Hand"* (15.1.75).

„Bild" schaffte Erleichterung: *„Mercedes vor den Scheichs gerettet...*, *Bravo, Mercedes bleibt deutsch"* und in einem Kommentar: *„So wurden die deutschen Interessen gewahrt. Die Lehre? Unsere Industrie kann sich auch selbst helfen. Für alle Arbeitnehmer ist das beruhigend"* (15.1.75).

In der Tat wußten sich einige Industrielle selbst zu helfen, nur für die Arbeiterklasse besteht deshalb wahrlich kein Grund, beruhigt zu sein.

Mercedes und das gesamtkapitalistische Interesse

Seit geraumer Zeit gibt es Gerüchte um einen möglichen Verkauf des Aktienanteils von Flick bei Daimler-Benz. So hatten beispielsweise Flick-Unterhändler im Iran verhandelt. Durch den Quandt-Verkauf an Kuweit hatten sich die Bedingungen hierfür verbessert.

Bereits bei diesem ersten Verkauf wurden unter Politikern und Kapitalisten Forderungen erhoben, den „Ausverkauf" dieses „typisch deutschen" Unternehmens zu stoppen, damit es „fest in deutscher Hand" bleibe. Das gesamtkapitalistische Interesse hieran ist verständlich. Der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, Ulrich, erklärte es so:

„Wir haben das (Aktien-) Paket übernommen, weil wir von der Sorge erfüllt waren, daß es im Inland keine Aufnahme finden könnte und daß es wirtschaftlich, psychologisch (gemeint ist ideologisch) *und auch menschlich geradezu unerträglich wäre, wenn die Majorität von Daimler-Benz, eines so stolzen, wichtigen und starken Know-how-Unternehmens, das beinahe ein nationales Wahrzeichen darstellt, ins Ausland ginge".*

Ulrich spricht sich weiter nicht gegen *„Anlagekäufe, ob nun aus den USA, Australien oder den arabischen Ländern"* aus. *„Nur, was ich nicht richtig finde, ist, daß deutsche Unternehmen von einer besonderen Bedeutung .... von ausländischen Adressen beherrscht werden".* (in „Handelsblatt" vom 15.1.75)

Der „gute Stern auf allen Straßen" soll als echtes Markenzeichen des BRD-Imperialismus erhalten bleiben, er soll echt, rein und unverwässert deutsches (imperialistisches) Wesen verkörpern. Betriebe wie Daimler-Benz gibt es eine Reihe (beispielsweise Volkswagen), die für den Verkauf an ausländische Kapitalisten tabu sind.

Nach einer Meldung des „Handelsblatt" vom 21.1.75 existiert im Bundeswirtschaftsministerium eine Liste von 700 solcher Tabu-Firmen, die meisten davon sind Rüstungsbetriebe.

Diese Dinge waren natürlich auch den Flick-Unterhändlern bekannt und sie verstanden dieses „Nationale Interesse" geschickt zum Raufpokern des Verkaufspreises auszunutzen.

Flick's Aktienpoker

Noch kurz vor dem Verkauf an die Deutsche Bank ließ Flick gezielt das Gerücht verbreiten, sein Aktienanteil gehe in ein arabisches Land. Währenddessen wurden aber mit der Deutschen Bank bereits die Verkaufsmodalitäten besprochen. Danach werden nur 29 % der Aktienanteile übernommen, 10 % behält Flick weiterhin:

Diese 29 % entsprechen 345 Millionen DM des Grundkapitals und werden von der Bank zu einem leicht überhöhten Börsenkurs gekauft. Inklusive einem sogenannten Paketzuschlag ergibt sich so eine Verkaufssumme von etwa zwei Milliarden DM.

Für Flick also ein einträgliches Geschäft, das noch eine besondere Bedeutung durch einen Steuertrick erhält, der es ihm – offensichtlich in Absprache mit der SPD-Regierung – ermöglicht, diesen Betrag steuerfrei zu verwenden!

Zum besseren Verständnis ist es nötig, einiges zu den Verkaufsmotiven der Flicks zu sagen. Dazu die „Süddeutsche Zeitung":

„Der alte Flick (1972 endlich gestorben, die Red.) *wurde durch (Aktien-) Pakethandel und dadurch so reich, daß er Firmen immer dann abstieß, wenn sie auf dem geschäftlichen Höhepunkt waren."* (16.1.75).

„Unternehmen waren für ihn wie Schachfiguren, die er auf dem Spielbrett hin- und herschob und die er vor allem auch gegeneinander austauschte, besonders wenn dabei für zwei Bauern vielleicht eine Dame zu gewinnen war." („Frankfurter Allgemeine", 16.1.75)

Bedenkt man, daß die goldenen Wachstumsjahre der Automobilindustrie vorbei sind, wird dieser Verkaufsschritt erst richtig verständlich. Die beiden vorher zitierten bürgerlichen Zeitungen mutmaßen denn auch, wo den Flicks das große Geld winkt:

„Wenn der jetzige Schritt der Flick-Gruppe (...) auf der Grundsatzentscheidung beruhen würde: ‚Weg von der Verarbeitung, hinein in die neuen Wachstumsbereiche Energiewirtschaft', dann wäre das ein Entschluß, der in der Tat der strategischen Konzeption eines Friedrich Flick würdig wäre." („FAZ")

„Die Flicks wollen Kasse machen, um einen Teil ihres Vermögens sicher im Ausland anzulegen . . . Und das wird nicht bloß bei den Flicks so sein. Auf weitere Überraschungen muß man gefaßt sein." („Süddeutsche")

Wieweit diese Vermutungen im einzelnen zutreffen, ist ziemlich unerheblich. Entscheidend ist: Flick hat keinerlei Liquiditätssorgen, die ihn zum Verkauf zwingen könnten, vielmehr heißt die Devise: auf zu neuen kapitalistischen Ufern und höheren Profiten.

Vor diesem Hintergrund nun vollzog sich die Aktientransaktion. Flick kann dabei den § 6 b des Einkommenssteuergesetzes (EStG) benutzen. Nach diesem Paragraphen zur Regelung des „Gewinn aus der Veränderung bestimmter Anlagegüter" bleibt



der Gewinn dann steuerfrei, wenn er – gebunden an noch einige konkrete Zusatzbestimmungen – in Anteile an Kapitalgesellschaften angelegt wird, deren Erwerb *„volkswirtschaftlich besonders förderungswürdig und geeignet ist, die Unternehmensstruktur eines Wirtschaftszweiges zu verbessern oder einer breiten Eigentumsstreuung zu dienen".* (§ 6 b, EStG).

Ja ja, man sieht's, wer für wen die Gesetze macht, zumal wenn man weiß, wer denn nun der „neutrale" Gutachter ist, der hierüber entscheidet: der Bundeswirtschaftsminister. Und just den Friderichs und seine Kollegen Apel und Schmidt haben die Unterhändler der Aktientransaktion vorher noch zur Rücksprache aufgesucht – wie's der ‚Zufall' so will – und alle haben sie dem Handel ihre uneingeschränkte Zustimmung gegeben und da ist es tatsächlich ***„naiv zu glauben, der Minister hätte in stundenlangen Gesprächen mit Eberhard von Brauchitsch*** (einer der sechs persönlich haftenden Flick-Gesellschafter) ***die steuerlichen Fragen ausgeklammert."*** („Handelsblatt" 20.1.75)

Schließlich ***„kann kaum ein Zweifel bestehen, daß ein solches Placet*** (Freibrief) ***gegeben würde, da die Alternative für Flick der Verkauf der Anteile an den Iran gewesen wäre".*** („Handelsblatt", 15.1.75)

Kleine Erpressung unter Gleichgesinnten, nichts weiter.

Der Flick-Poker mit den Aktien hat sich also gelohnt. Das heißt nun allerdings nicht, daß die Deutsche Bank, die hierfür viel Geld berappen mußte, allein der „nationalen Ehre" wegen zugesetzt hat. Im Gegenteil, auch hier springt noch genügend bei heraus. Die Deutsche Bank besitzt nun bei Daimler-Benz die absolute Majorität mit über 57 % der Aktien (25,05 % Eigenbesitz, 3 % Depotbesitz + 29 % von Flick).

Die „FAZ" schrieb dazu in der ihr eigenen vornehmen Art:

„Es dauert eben sehr lange, bis in solchen Ländern ein Sinn für Arbeitsdisziplin vorhanden ist. Deshalb kann auf ausländische Unternehmensführungen für eine längere Zeit (!) nicht verzichtet werden" (29.12.66).

Der Umfang der „Militärhilfe"

Ähnlich wie bei den Waffenexporten der BRD-Konzerne ist es auch bei den staatlichen „Militärhilfeprogrammen" sehr schwierig, einen genauen Überblick über den finanziellen Umfang und die Art der „Hilfe" zu bekommen. Es zeigt sich auch hier, daß weder der westdeutsche Staat noch die Kapitalisten ein allzu großes Interesse daran haben, ihre Aktivitäten auf diesem Gebiet offen darzulegen.

Ein für die BRD-Imperialisten sicher nicht nachahmenswert erscheinendes Beispiel ist hier Frankreich: Wegen ihrer Waffenlieferungen an faschistische und rassistische Staaten (Südafrika, Spanien usw.) sind die französischen Imperialisten unter den Völkern, unter anderem auch in der UNO, aber auch in der eigenen Bevölkerung auf Ablehnung und Protest gestossen.

Bei seinem Täuschungsmanöver bedient sich der Staatsapparat verschiedener Mittel: Da werden zunächst einmal Teile der „Militärhilfsprogramme" nicht offen im Haushaltsplan ausgewiesen, bzw. unter anderen Titeln versteckt. Ein anderes Mittel ist die Aufsplitterung der Militär„hilfs"maßnahmen auf verschiedene Haushalte. So kann das Innenministerium zum Beispiel „Polizeihilfe" gewähren, das Kriegsministerium verfügt über Mittel zur Ausbildung von Angehörigen ausländischer Streitkräfte, ebensolche Befugnisse hat das Auswärtige Amt. Der „Bundesnachrichtendienst" (BND) verfügt ebenfalls über erhebliche Mittel für seine Subversionsarbeit im Ausland. **So lieferte er zum Beispiel 1958 Waffen an den König von Saudi-Arabien, 1961 Flugzeuge für die Gegner des antiimperialistischen Kongo-Präsidenten Lumumba. 1965 wurden Funkgeräte und Maschinenpistolen an den indonesischen Nachrichtendienst überwiesen; wenig später wurden in Indonesien rund 500 000 Menschen, vor allem Kommunisten, massakriert!**



Verkaufsschlager der BRD-Imperialisten

Im „Weißbuch 1970" heißt es zur „Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe": *". . . sind zwischen 1962 und 1969 Hilfen im Wert von insgesamt 276 Millionen DM an 17 Länder in Asien und Afrika gewährt worden"* (S. 158). Rechnet man die offiziell ausgewiesene Hilfe an die Türkei und Griechenland hinzu (200 Mio. DM an die Türkei, 101 Mio. DM an Griechenland), käme man auf mehr als eine halbe Mrd. DM in diesem Zeitraum.

Die beiden Wissenschaftler Albrecht und Sommer kommen allerdings in ihrem Buch „Deutsche Waffen für die dritte Welt" zu einem ganz anderen Ergebnis: Sie berechneten, daß allein die „Ausrüstungshilfe" (also ohne „Ausbildungshilfe") in den sechs Jahren von 1961 bis 1966 über eine Mrd. DM betrug. Dieser Umfang der staatlichen BRD-„Militärhilfe" entspricht, mit seinen (damals) jährlichen Aufwendungen von ca. 170-200 Mio. DM, etwa dem Umfang der französischen und englischen Militärhilfe an das Ausland. Die Schenkungen militärischer Güter des US-Imperialismus betrugen dagegen 1962 1,35 Mrd. Dollar(!). – sanken aber, bei einer mehr als vierfachen Steigerung der verkauften Waffen, bis 1969 auf 589 Mio. Dollar; eine immer noch im Vergleich mit den westeuropäischen Imperialisten riesige Summe.

Militär„hilfe" für Europa, Afrika und Asien

Militär„hilfe" ging in Westeuropa an Griechenland, in die Türkei und nach Portugal, um den Kolonialkrieg der portugisischen Faschisten gegen die afrikanischen Befreiungsbewegungen zu unterstützen.

Auf dem afrikanischen Kontinent erhielten insgesamt 17 Staaten (!) (Stand: 1967) westdeutsche Militär„hilfe". Bis zum selben Zeitpunkt waren es in Asien 5 Staaten, die mit staatlicher BRD-Unterstützung aufgerüstet wurden: Der Iran, Jordanien, Saudi-Arabien, Israel und Indien. Bemerkenswert ist hier, daß die BRD-Imperialisten im Nahen Osten sowohl die arabischen Staaten als auch (schwerpunktmäßig natürlich) die Zionisten mit Waffen beliefert und aufgerüstet haben. Von dem linkssozialdemokratischen Wissenschaftler Lock wird ein Wert von zusammen 400 Mio. DM angegeben („Ein Anti-Weißbuch", S.130).



Auftraggeber: SPD-Minister Georg Leber

Die Zahl der in der BRD im Rahmen der „Ausbildungshilfe" ausgebildeten militärischen Kader betrug bis 1970 (offiziell) 1 530 Personen. Davon kamen 1 350 allein aus Afrika. Allerdings muß auch die Höhe dieser Zahlen angezweifelt werden, da z.B. „Besuche" brasilianischer Militärs nicht öffentlich bekanntgegeben werden.

Der **Sudan** hat die bisher größte Summe an Militär„hilfe" erhalten: 80 Mio. DM (die Zeitschrift „Wehrdienst" gibt allerdings 120 Mio. an). *„Dafür wurden 6 Bataillone Grenzschutztruppen . . . aufgestellt, ausgebildet und bewaffnet. Die Bewaffnung umfaßt Infanteriewaffen einschließlich 97 Panzerspähwagen und Granatwerfer, Werkstätten und eine Waffenfabrik zur Sicherung des Nachschubs. Besonderer Wert wurde auf die Mobilität der Truppe gelegt; das läßt sich in der Ausstattung des Fuhrparks mit Kraftfahrzeugen verschiedener Art und der Lieferung von Flugzeugen DO-27 und Funkeinrichtungen ablesen. Außerdem wur mit deutschem Geld ein Militärflugplatz modernisiert."* (Albrecht/Sommer, S.120).
130 Soldaten wurden in der BRD ausgebildet.

Diese Truppen wurden im sudanesischen Bürgerkrieg und an den Landesgrenzen eingesetzt. Gegenüber Äthopien, der Zentral-Afrikanischen Republik und dem Tschad erhebt der Sudan Gebietsansprüche.

Auch **Äthiopien** hat von der BRD Militär„hilfe" erhalten. In den letzten acht Jahren wurde Material im Wert von über 50 Mio. DM geliefert. Das entspricht etwa den amerikanischen Lieferungen (die USA unterhalten in Äthiopien einen Militärstützpunkt mit 1.500 Soldaten). Der Anteil der westdeutschen Lieferungen betrug fast 40 % der aufgewandten Rüstungsausgaben Äthiopiens – eine nicht unerhebliche Summe! Die Ausrüstung und Ausbildung der Polizei zur Anti-Guerilla-Truppe ist die spezielle Aufgabe des Programms. Diese Truppen wurden sowohl gegen die Eritreische Befreiungsfront als auch im Grenzkrieg gegen Somalia eingesetzt.

Somalia wiederum erhielt „Hilfe" im Wert von ca. 24 Mio. DM. Es wurde vor allem mit westdeutscher Unterstützung eine mobile Polizeitruppe aufgestellt, Polizeioffiziere wurden in der BRD ausgebildet, westdeutsche „Berater" waren in Somalia tätig.

Im Wert von bisher ca. 24 Mio. DM erhielt **Marokko** – von der Bundesregierung als „Spannungsgebiet" betrachtet – militärische „Unterstützung". Offiziere wurden in der BRD ausgebildet.



Sie hat zwar angekündigt, einen Teil der erworbenen Aktien bis unter die Majoritätsgrenze nach einiger Zeit im Streubesitz zu verkaufen, sie ist aber von ihrer Macht her in der Lage, einschneidende Veränderungen bei Daimler-Benz vorzunehmen, und das kann für die Arbeiter und Angestellten nichts Gutes bedeuten und ist schon gar kein Grund, „beruhigt" („Bild") zu sein.

„Erst wenn wir wollen, werden Mercedes rollen"

Die national-chauvinistische Hetze gegen Araber, gegen den angeblichen Ausverkauf der „deutschen Wirtschaft", das „Fest - in - deutscher - Hand", bildet nur die politisch-ideologische Fassade, hinter der sich handfeste Kapitaltransaktionen und Profitwettkämpfe abspielen. Kapitalisten und Bundesregierung handeln hierbei in gemeinsamer Aktion für die Interessen der Kapitalistenklasse, gegen die Arbeiterklasse, denn die ist es letztlich, die bei solchen Geschäften verschachert wird. Das Hetzgeschrei der bürgerlichen Propagandisten soll die wahren Klassengegensätze verschleiern.

Nach faschistischem Muster werden hier die Arbeiterinteressen und die Profitinteressen der Kapitalisten gleichgesetzt und gleichermaßen einer angeblichen Bedrohung von aussen konfrontiert, obwohl es sich bei den Bemühungen arabischer Scheichs oder sonstiger ausländischer Kapitalbesitzer, in große Industrieunternehmen einzusteigen (wie es BRD-Kapitalisten ebenso im Ausland machen), um nichts anderes als normalen kapitalistischen Konkurrenzkampf handelt.

Die arabische Konkurrenz ist in diesem Fall auf der Strecke geblieben. Für die Arbeiter und Angestellten bei Daimler-Benz bedeutet das nun allerdings nicht, daß jetzt alles besser wird. Im Gegenteil, sie sind genau wie ihre Klassenbrüder in der gesamten BRD den verschärften Angriffen der Kapitalistenklasse ausgesetzt. Und da kann es nur heißen: **Ob Kapitalist, ob Graf, ob Kaiser oder Scheich, sie alle werden nur durch unserer Hände Arbeit reich!**

So heißt es für die Arbeiterklasse, die national-chauvinistischen Demagogien zurückzuweisen und stattdessen die Herren zur Zielscheibe ihres Klassenkampfs zu machen, die ihre Ausbeuter sind. Erinnern wir noch einmal an den Metallarbeiterstreik 1971 in Baden-Württemberg. Dort lautete eine Parole der Daimler-Benz Arbeiter:

„Erst wenn wir wollen, werden Mercedes rollen" ! !

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg



Stuttgart, 8. Dezember 1971: an der Spitze einer Demonstration von 40.000 Metallarbeitern tragen Daimler-Benz-Arbeiter die Parole: „Erst wenn wir wollen, werden Mercedes rollen".



„Nein, unsere liebe Mutter bist Du nicht!" HANDELSBLATT: Pielert

„Ist er nicht schaurig, dieser schmierige Araber, der die armen BRD-Kapital- so erschreckt? "



„Aber er ist unser lieber deutscher Vater"
„Flößt er nicht Vertrauen ein, dieser stattliche Daimler-Boß Hanns-Martin Schleyer? "



Fortsetzung von Seite 5

Rüstungsexport und Militär„hilfe"

In **Nigeria** wurde von der BRD die gesamte Luftwaffe aufgebaut: Flugzeuge wurden geliefert, Reparaturwerften gebaut, Piloten (542!) in der BRD ausgebildet. 35 Bundeswehroffiziere bildeten in Nigeria aus. 10 Bundeswehroffiziere bildeten zeitweilig den Stab der Luftwaffe im Kriegsministerium Nigerias aus; ein westdeutscher Offizier fungierte als Kommandeur der nigerianischen Luftwaffe (Albrecht/Sommer, S. 82).

Weitere „Hilfe" erhielten bzw. erhalten außerdem: Algerien, der Tschad, Ghana, Guinea, Kenia, Libyen, Madagaskar, Mali, Niger, Tansania, Togo und Tunesien.

Vom Aufbau „konventioneller" Armeen zum Aufbau von Bürgerkriegstruppen!

Die 1961 offiziell einsetzenden westdeutschen „Militärhilfeprogramme" waren stark an den entsprechenden Maßnahmen des US-Imperialismus orientiert. Das ist allerdings nicht gleichzusetzen mit einer völligen Unterordnung der BRD-Imperialisten unter die politisch-militärische Strategie der USA gegen die sozialistischen Länder und die Befreiungsbewegungen der unterdrückten Völker. Sehr schnell wurden bei der Vergabe eigene Interessen des BRD-Imperialismus deutlich.

Der Konzeption der amerikanischen Programme folgend, lassen sich auch in der BRD-„Militärhilfe" klar zwei Phasen unterscheiden: Während der ersten Phase, die etwa bis in die Mitte der 60er Jahre währte, war die „Militärhilfe" durch den Aufbau konventioneller Streitkräfte bzw. größerer Armeeverbände gekennzeichnet. So wurde in Nigeria und Tansania die Luftwaffe aufgebaut, in Madagaskar die Marine. Entsprechend überwog die Lieferung von militärischem Großgerät.

Angesichts des Vietnamkrieges und des immer stärkeren Vordringens von Befreiungsbewegungen der unterdrückten Völker bestimmte zunehmend ab Mitte der 60er Jahre der Aufbau und die Ausbildung von Anti-Guerilla-Truppen die „Militärhilfeprogramme" der Imperialisten. Diese Entwicklung spiegelt sich auch in den westdeutschen Maßnahmen wieder. Die „Militärhilfe" konzentrierte sich fortan weniger auf den Aufbau und die Ausrüstung konventioneller Armeen, sondern immer konsequenter auf Aufbau und Ausbildung polizeiähnlicher „Sicherungsstreitkräfte". In der „Ausrüstungshilfe" bekamen Kleinwaffen und leichte, mobile Fahrzeuge zunehmendes Gewicht – wie: Maschinenpistolen, Schnellfeuergewehre, Schützenpanzer, Radspähpanzerwagen, Funkgeräte u.ä.

Von der Bundesrepublik wurden mobile Einheiten (Grenzschutztruppen, Polizei usw.) ausgerüstet und ausgebildet.


„Westdeutsches Porträt"

Zu westdeutschen Waffenlieferungen nach Afrika schrieb die „FAZ" 1966: *„Diese Geräte und Ausrüstungen gestatten diesen Regierungen, sich ein Minimum an innerer Sicherheit und Ordnung zu verschaffen. Mit den deutschen Lieferungen können sie Polizeifunktionen wahrnehmen"*.

Selbst in der offiziellen Definition westdeutscher „Militärhilfe" spiegelt sich diese Entwicklung: War zunächst der **„Ausbau einer gesunden Infrastruktur"** das Ziel (so der „Auswärtige Ausschuß"), hieß es im „Weißbuch 1970": *„Die Ausrüstungshilfe dient der Unterstützung befreundeter Staaten in Afrika und Asien beim Aufbau von Sicherungsstreitkräften ... Die Ausrüstungshilfe soll zur inneren Stabilisierung der Entwicklungsländer und zur Verbesserung ihrer Nachrichten- und Verkehrsinfrastruktur beitragen"* (S. 158).

Der BRD-Imperialismus leistet damit einen aktiven militärischen Beitrag zur Aufrechterhaltung imperialistischer Herrschaft, Ausbeutung und Unterdrückung der Völker der 3. Welt.

Wie sich gezeigt hat, steht er schon heute kaum den Anstrengungen anderer westeuropäischen Imperialisten nach.

Zugleich verfolgt er mit der Vergabe von „Militärhilfe" eigene imperialistische Ziele.

Die Ziele des BRD-Imperialismus

Aufgrund seiner historischen Entwicklung ist der BRD-Imperialismus gegenüber seinen Konkurrenten in einer relativ schlechten Position: Er verfügt über keine traditionellen Einflußgebiete in der Welt und ist zudem extrem rohstoffabhängig (s. dazu AK 53, Rohstoffpolitik des westdeutschen Imperialismus).

Die westdeutsche Kapitalistenklasse ist aufgebrochen, dieses für sie ungünstige Kräfteverhältnis zu ändern und (erneut) ihrem imperialistischen Anspruch Geltung zu verschaffen, d.h. sich über eine Neuaufteilung der Welt eigene, feste Einflußgebiete zu verschaffen.

Schwerpunkt dieser Ambitionen in der 3. Welt ist der afrikanische Kontinent mit seinen riesigen Rohstoffvorkommen, *„deren Gebrauchswerte... gerade für Produktionsbereiche mit hoher Technologie, wie etwa der Rüstungs- und Weltraumindustrie, nicht zu ersetzen sind. Sie werden daher den strategischen oder kritischen Rohstoffen zugerechnet"* (B. Schüngel, Das Argument, Nr. 53, S. 304).

Es ist daher nicht zufällig, wenn Afrika den Schwerpunkt westdeutscher „Militärhilfe" außerhalb Westeuropas bildet.

„Militärhilfe" und „zivile" Entwicklungshilfe des Staates stellen dabei, neben dem Kapitalexport, die wesentlichen Instrumente imperialistischer Einflußnahme auf andere Staaten dar. 1966 drückte das der damalige CDU-Kriegsminister Hassel so aus: *„Die Ausrüstungshilfe ergänzt also die wirtschaftliche und technische Entwicklungshilfe, die sich ohne innenpolitische Stabilität nicht auswirken könnte. Ich bin der Auffassung, daß sich zivile Entwicklungshilfe und Ausrüstungshilfe ergänzen. Beide haben dasselbe Ziel"* (zitiert nach Albrecht/Sommer, S. 44).

Allerdings stellt die „Militärhilfe" gegenüber der „Entwicklungshilfe" ein besonderes Instrument imperialistischer Durchdringung dieser Länder dar, um ein System der Kontrolle und Abhängigkeiten aufzubauen.

Das soll an einigen Äußerungen von Vertretern des westdeutschen Imperialismus dokumentiert werden.

Zunächst einmal wird die „Militärhilfe" als ein Mittel zur Förderung des Warenexports der westdeutschen Industrie hervorgehoben: *„Immer wieder wird im Verteidigungsministerium darauf aufmerksam gemacht, daß militärische Ausrüstungshilfe oft auch die private Wirtschaft nach sich ziehe und ihr neue Absatzmärkte eröffne"* („FAZ", 22.6.68).

neue Absatzmärkte eröffne" („FAZ", 22.6.68).

Daneben wird immer wieder auf die besondere Rolle der Streitkräfte in den „Entwicklungsländern" hingewiesen, die im *„Ringen um die politische Macht eine Schlüsselstellung"* inne haben (nach Albrecht/Sommer).

Es ist daher wenig verwunderlich, daß gerade der „Ausbildungshilfe" der zukünftigen „Führungselite" eine besondere Bedeutung beigemessen wird, die z.T. soweit geht, *„daß sie notwendig die Beratung in Fragen der Organisation und sicherheitspolitischen Konzeption eines Teilbereichs der Sicherungskräfte mit einschließen"* (Albrecht/Sommer, S. 82).

Zum Ziel der „Ausbildungsbeihilfe" hieß es von Seiten des Kriegsministeriums: *„Das Ziel der Ausbildungshilfe ist es...eine langfristige Wirkung (!) zu erreichen. Es werden auf diese Weise Freunde (!) gewonnen, die die deutschen Verhältnisse kennenlernen und verstehen"*. Und: *„In einigen Fällen (?) hofft man in Bonn auch, daß...die enge Zusammenarbeit deutscher und afrikanischer Soldaten eine Kameraderie (!) herbeiführt, die angesichts der politischen Bedeutung der Armeen in den meisten afrikanischen Staaten in kritischen Situationen (!!) ins Gewicht fallen kann"*. (Wagner, Dt. Ausrüstungshilfe in Afrika, in „Europa-Archiv", Heft 6, 1966).

Den Schutz westdeutscher Direktinvestitionen durch die „Militärhilfe" betont die „FAZ": „Auch ein noch so perfekt formuliertes Kapitalschutzabkommen wird kaum mehr als ein Stück Papier sein. Die Mehrzahl der Verantwortlichen in den Entwicklungsländern weiß genau, wie wichtig die ständige Zusammenarbeit mit den erfahrenen Industrienationen ist; deshalb sollte es nicht so sehr darum gehen, von diesen bedrängten Regierungen Sicherheiten zu verlangen, sondern vielmehr darum, ihnen Schützenhilfe (!) gegen ihre fanatischen (!) Kontrahenten im eigenen Lande zu geben" (28.12.70).

Eine wichtige Aufgabe des proletarischen Internationalismus

Der BRD-Imperialismus will erneut in der Welt seine Großmachtpläne durchsetzen und andere Länder politisch und ökonomisch durch Kapitalexport, Entwicklungs- und Militär„hilfe" durchdringen.

Die Befreiungsbewegungen der Völker der Welt, die den Kampf gegen die imperialistische Beherrschung und Ausbeutung ihrer Länder aufgenommen haben, werden in wachsendem Maße mit Waffen westdeutscher Konzerne und durch von westdeutschen „Bürgerkriegs-Spezialisten" ausgebildete „Anti-Guerilla-Truppen" bekämpft.

Mit seinen Ansprüchen an die Völker und an die anderen imperialistischen Mächte nach einem „Platz an der Sonne", nach festen Einflußgebieten und Märkten, tritt der BRD-Imperialismus auch immer stärker als direkter Organisator der brutalen, militärischen Unterdrückung und Konterrevolution den USA, Frankreich und Großbritannien an die Seite.

Besonders die afrikanischen Völker, die der BRD-Imperialismus seinem „natürlichen Einflußgebiet" zurechnet, sind schon heute davon betroffen.

Für die westdeutsche kommunistische Bewegung erwächst daraus immer stärker eine besondere Verpflich-

sche Bewegung erwächst daraus immer stärker eine besondere Verpflich-

tung zur internationalen Solidarität mit den um ihre Befreiung kämpfenden Völkern.

Es ist eine Aufgabe der kommunistischen Bewegung, dem westdeutschen Volk – und besonders der Arbeiterklasse – die Rolle des BRD-Imperialismus bei der Unterdrückung und Ausbeutung fremder Völker zu zeigen, um aus der noch schwach entwickelten antiimperialistischen Bewegung in Westdeutschland einen starken Strom der internationalen Solidarität zu schaffen.

Der Kampf der Völker gegen den BRD-Imperialismus und der Kampf der westdeutschen Arbeiterklasse gegen die eigene Kapitalistenklasse sind ein Kampf gegen denselben Feind. ●

Metallkomitee
KB/Gruppe Hamburg

DDR – Staat ohne Staatsbürger?

Mit der massiven Einmischung in Verhandlungen zwischen der DDR und Österreich über einen Konsularvertrag zeigt der westdeutsche Revanchismus wieder einmal sein wahres Gesicht.

Die westdeutschen Imperialisten sprechen durch den Mund ihres Außenministers H.D. Genscher der DDR glattweg das Recht ab, ihre Staatsbürger im Ausland konsularisch zu vertreten, da es den „Staatsbürger der DDR" nach westdeutscher „Rechtsauffassung" einfach nicht gibt!

„Es bleibt bei der im Grundgesetz (!) festgelegten einheitlichen deutschen Staatsbürgerschaft für alle Deutschen, gleichgültig, ob sie in der Bundesrepublik oder in der DDR leben (!!)" (Genscher in „Welt", 20.1.75).

Ein Konsular-Vertrag zwischen zwei Staaten regelt auf der Grundlage der gegenseitigen diplomatischen Anerkennung u.a. die Wahrnehmung von „Interessen der Staatsbürger" eines Landes auf dem Hoheitsgebiet des anderen und umgekehrt.

Im wesentlichen also Paßangelegenheiten, Asylrecht und dergl., neben einigen diplomatischen und wirtschaftlichen Funktionen der Konsulate, die in diesem Zusammenhang nicht von Interesse sind. Die Regierung der BRD nun maßt sich mittels obiger „Argumentation" das Recht an, Interessensvertreter „aller Deutschen" im Ausland zu sein, obwohl in dem sogen. Grundvertrag von 1972 vereinbart wurde, daß *„keiner der beiden Staaten den anderen international vertreten kann, oder in seinem Namen handeln kann"*.

Die Regierung der BRD bezieht sich in der Begründung ihrer Alleinvertretungsansprüche insbesondere auf den Art. 116 des Grundgesetzes. In diesem Artikel wird schamlos an den Hitler'schen Geist des „Großdeutschen Reiches" angeknüpft, so daß er lautet:

„Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit, oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des deutschen Reiches nach dem Stand vom 31.12. 1937 Aufnahme gefunden hat."

Diese revanchistische Bestimmung erklären die westdeutschen Imperialisten für „gesamtdeutsches Recht", obwohl ihr Grundgesetz 1949, nach der planmäßig herbeigeführten Spaltung Deutschlands durch die Imperialisten, nur noch von den drei Westalliierten gebilligt wurde; die Schaffung der Staatsbürgerschaft der DDR von 1967 jedoch ist ihres Erachtens nichtig, da sie schlicht *„mit den Siegermächten nicht abgestimmt"* („Welt", 22.1.75) *sei!*

Ausgehend von diesen selbstgeschnitzten Positionen erdreisten sich die westdeutschen Imperialisten, Österreich Vorschriften derart zu machen, daß *„in völkerrechtlich einwandfreier Weise* (?!) *klargestellt sein* (muß), *daß dieser Vertrag* (DDR–Österreich) *den deutschen Rechtsstandpunkt in der Staatsbürgerschaftsfrage* (!) *weder berührt noch verändert"* („Welt", 22.1.75).

CDU-Kohl sprach sogar davon, daß *„Österreich der Bundesrepublik mit dem Konsularvertrag in den Rücken falle"* (ebenda). Der österreichische Bundeskanzler Kreisky reagierte zunächst einmal mit starken Worten, die aus österreichischer Sicht angesichts der Dreistigkeit des bundesdeutschen Vorgehens kaum vermeidbar waren: *„Wenn Politiker anderer Länder die österreichische Politik qualifizieren, haben wir immer die Angewohnheit, eine besondere Härte an den Tag zu legen"* („Welt", 22.1.75) und dergl. Aber er beeilte sich auch unmißverständlich zu erklären, daß Österreich gewillt ist, sich den Auflagen der BRD-Imperialisten in der Sache zu beugen. So antwortete er auf die Frage, was geschehe, wenn ein DDR-Flüchtling sich in Wien an die bundesdeutsche Botschaft wendet: *„Dasselbe, was immer geschehen ist. Wir sind ein Land, das jedem Flüchtling maximale Bewegungsfreiheit konzediert* (einräumt)"...aber schließlich könne man doch von Österreich nicht verlangen, *„a priori Erklärungen abzugeben, die mit völkerrechtlichen Grundsätzen in Widerspruch stehen* (!!!)". („Welt", 22.1.75)

Die DDR steht derzeit mit Österreich, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Finnland, Italien und den USA in Verhandlungen über Konsularverträge. Zu keinem Zeitpunkt hat es, was die Interessen der BRD-Imperialisten angeht, von irgendeinem dieser Länder (mit Ausnahme Finnlands) „Querelen" gegeben. Auch Österreich, dessen Konsular-Abkommen im übrigen schon im Juli 1974 (damals ohne viel Geschrei!) paraphiert wurde, diente den Revanchisten der BRD jüngst nur als Spielball, als Aufhänger, das allgemeine Klima im Verhältnis zur DDR zu verschärfen. Noch einmal mit Nachdruck auf die „Berechtigung" der revanchistischen Forderungen, *„nicht nur gegenüber dem Westen, sondern auch in den Ländern der dritten Welt* (!!)" ...hinzuweisen („Welt", 22.1.75).

Dieser Schachzug reiht sich damit ein in die Kette von neuerlichen Eskalationen in der westdeutschen Ostpolitik, insbesondere seit Antritt der Schmidt/Genscher-Regierung: die Errichtung des Umweltbundesamtes im Sommer 1974 in West-Berlin, die Fluchthelfer-Hetzkampagne im Herbst 1974 sowie kürzlich die Erpressung mit der Verlängerung des „Swing" (zinsloser Überziehungskredit im „innerdeutschen Handel"), wodurch die DDR zu weitgehenden Zugeständnissen in der Berlin-Frage gezwungen werden sollte. ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Südliches Afrika:

Imperialistische Interessenwahrung

Nach Absprache mit den USA und den EWG-Ländern besuchte der britische Außenminister Callaghan Anfang Januar verschiedene schwarzafrikanische Länder. Die einzige Gemeinsamkeit, die diese Länder vereint, ist ihre Nachbarschaft zu Rhodesien und der Republik Südafrika und ihr Haß auf die weißen Faschisten, die in diesen Ländern herrschen! Da Callaghan nun schon mal in der Nähe war, traf er natürlich „rein zufällig" mit dem Oberfaschisten in diesem Breitengrad – dem Präsidenten der Republik Südafrika, Vorster, zusammen!

Mit großem Aufwand sollte den Schwarzen in Afrika vorgegaukelt werden, „daß Callaghan Möglichkeiten für eine Beilegung des neun Jahre alten Rhodesien-Konflikts sondieren will". („Welt", 2.1.75)

Scheinbarer Rückzug .....

Vor neun Jahren sagte sich die weiße Herrscherclique Rhodesiens einseitig von seinem bisherigen Kolonialherren England los. Ergebnis:

- Die englische Bourgeoisie trat in den Hintergrund zugunsten der (von ihnen hochgepäppelten) weißen Faschisten.



Callaghan (links) beim Treffen mit dem Oberfaschisten Vorster

Callaghan (links) beim Treffen mit dem Oberfaschisten Vorster

Diese 87.000 „weißen Afrikaner" üben seitdem ein rassistisches Regi - ment gegenüber den 5 Mio. schwarzen Einwohnern aus.

Wegen dieser „Unmenschlichkeit" erließen die kapitalistischen Länder einen „Wirtschaftsboykott" gegen Rhodesien.

Da das imperialistische Kapital in Rhodesien jedoch nie angetastet wurde, verkam dieser „Boykott" zur Farce und zur Beruhigungspille für Sozialdemokraten.

Er wurde nie eingehalten!

Der Befreiungskampf des schwarzen Volkes Rhodesiens nahm mehr und mehr zu und vereinte immer mehr Schwarze in den Widerstandsorganisationen!

Heute vergleichen die Imperialisten „die weißen Führer von Rhodesien mit Schiffbrüchigen auf einer Eisscholle, die immer mehr abbröckelt". („Welt", 2.1.75)

Callaghan dazu: „In gewisser Weise müssen wir sie retten." (!) („FAZ", 4.1.75)

Zu dieser „gewissen Weise" der Imperialisten gehört es dabei, den rhodesischen Faschisten einen möglichst guten Abgang zu verschaffen und gleichzeitig die Schwarzen zum Stillhalten zu zwingen. So betonte Callaghan auf seiner Reise immer wieder, daß es nun an der Zeit für eine „angemessene Beteiligung der schwarzen Mehrheit Rhodesiens an der Regierung" sei („Welt", 8.1.75), stellte jedoch die Vorbedingung, „die Guerilla-Kriegführung ruhen zu lassen" („Welt", 9.1.75).

In aller Deutlichkeit stellte der Oberfaschist Vorster fest,

- „daß Großbritannien helfen könne, indem es die schwarzen Staaten überzeuge, mäßigend auf die schwarzen Nationalisten Rhodesiens einzuwirken ..." („Welt", 6.1.75)

Oberstes Ziel der Imperialisten – unter Abstimmung mit den weißen Rassisten in Südafrika – ist es, eine „Verfassungskonferenz" für Rhodesien einzuberufen, auf der die „Probleme friedlich geregelt werden sollen" (Callaghan). Zur Debatte sollen bei dieser „friedlichen Regelung" jedoch nur die Pläne Englands und Südafrikas stehen. Über den Weg der „Verfassungskonferenz" wollen sie sich ein Rhodesien nach ihren Wünschen gestalten! Für diese Pläne hat Callaghan versucht, die schwarzen Nachbarstaaten Rhodesiens zu gewinnen. Sie sollen in diesem Spiel mit verteilten Rollen „den Part der Schwarzen" übernehmen:

- Es ist kein Zufall, daß sich Callaghan während seiner Reise nicht einmal mit Vertretern der schwarzen Bevölkerung Rhodesiens traf!! („Rhodesiens Ministerpräsident Ian Smith hat weitere Verhandlungen blockiert, indem er den afrikanischen Nationalistenführern die Ausreise zu Gesprächen mit Callaghan verweigerte." („Süddeutsche Zeitung", 4.1.75) Denn sie vertreten nach wie vor die Meinung, „keine Unabhängigkeit vor einer afrikanischen Mehrheitsregierung und bis dahin keine Einstellung des Krieges." („Süddeutsche Zeitung", 9.12.74)

Daß diese Länder ihre „Rolle" wohl übernehmen werden, dafür sprechen mehrere Dinge:

- Sambia unterhält seit langem auf der Ebene der Geheimdiplomatie Kontakte zu England und zu den weißen Faschisten in Rhodesien.
- Botswana ist ökonomisch und politisch völlig abhängig von der Republik Südafrika.
- Auch Malawi, Tansania, Kenia und Nigeria sind abhängig von Lebensmittellieferungen aus Südafrika.

Das wesentliche dabei ist jedoch, daß es sich bei den Regierungen dieser Länder nicht um Vertreter des Volkes handelt, sondern um Repräsentanten einer schwarzen Mittelschicht und Bourgeoisie!

Gegenüber diesen Regierungen können die Imperialisten ihre Politik der „friedlichen Regelung" als einen „Rückzug des weißen Mannes" deklarieren. In Wirklichkeit geht es ihnen jedoch nur darum, mit dem Mittel der sozialen Demagogie („Beteiligung der schwarzen Mehrheit an der Regierung ...") die Schwarzen von ihrem Kampf abzuhalten, um langfristig die Herrschaft der Imperialisten aufrecht zu erhalten!

... soll den Imperialisten die Macht sichern

Daß die Nato-Länder gerade in Rhodesien bestimmte Zugeständnisse machen müssen, ist auf das veränderte Kräfteverhältnis im südlichen Afrika zurückzuführen:

- der erfolgreiche Befreiungskampf Angolas und Mosambiks (Rhodesien als Binnenland ist auf die Häfen Mosambiks angewiesen)
- Der Widerstand der schwarzen Bevölkerung Südafrikas und Rhodesiens hat in den letzten Jahren einen großen Aufschwung genommen.
- Südafrika und Rhodesien geraten durch ihre faschistische Rassenpolitik mehr und mehr in die berechtigte Kritik der Völker der „dritten Welt". (UN-Beschlüsse etc.)

In einer solchen Situation wollen die Imperialisten die weiße Faschistenclique in Rhodesien möglichst gegen eine „vernünftige" schwarz/weiße Regierung eintauschen, um größere bewaffnete Auseinandersetzungen mit der schwarzen Befreiungsbewegung zu umgehen!

Mit dem Ziel, in Rhodesien eine „realistische Lösung zu schaffen" (Callaghan), soll die Nato-Politik in Afrika gefestigt werden. Denn derzeit geht es gerade darum, Südafrika als Nato-Bastion zu erhalten und auszubauen:

- Es ist die Absicht der Nato, „den Bündnisbereich in das Gebiet südlich des Wendekreises des Krebses auszudehnen und die Republik Südafrika in das Nordatlantische Bündnis zu integrieren ... hierzu ist die Aufstellung einer Interventionsstreitmacht in diesem Gebiet mit südafrikanischer Beteiligung vorzubereiten." (WDR, I. Programm, 14.6.74)
- „Den Anstrengungen Südafrikas (muß) jede Hilfe und Unterstützung gewährt werden bei ihrer Rolle als Bastion gegen die Ausbreitung des Kommunismus in Afrika und ihrer beherrschenden geographischen Position über zwei Ozeane ..." (WDR, I. Programm, 14.6.74)
- Der englische Stützpunkt Simonstown wird zur wichtigen strategischen Position der Imperialisten im afrikanischen Raum (siehe Kasten).

Von Simonstown aus sieht man alles

„Zu jeder Minute wissen die Militärs genau Bescheid über jede Bewegung im See- und Luftraum zwischen Südamerika und Australien bis hinauf nach Ceylon und Nordafrika ... In der ‚Silbermine', dem unterirdischen Befehlszentrum ... bei Simonstown, laufen alle Fäden zusammen ...Drei Stockwerke tief arbeiten unter Fels, hinter Atomschleusen ... 150 Experten in einer Welt für sich. Ein Nuklear-Einschlag in nächster Nähe dürfte der Silbermine kaum etwas anhaben ....

Alle Daten, die aus allen Himmelsrichtungen in der Silbermine einlaufen, werden ausschließlich mit Hilfe deutscher Technik geortet, ausgewertet und gespeichert...alles ‚made in germany'...

Ein Tastendruck wirft den vom Suchquadrat ausgewählten Ausschnitt vergrößert ins Bild. Als kleine Punkte wandern Schiffe und Flugzeuge aller Größen durchs Feld ... Je nach Knopfdruck huschen die angeforderten Angaben bis ins Detail über den Schirm: Position, Fahrtgeschwindigkeit, Flughöhe, Tonnage ... Die Seeaufklärung kann sich für den Anflug an ein sowjetisches Kriegsschiff oder an ein Ostblock-Frachtschiff ... den günstigsten Zeitpunkt aussuchen ...

Die Daten der Silbermine bleiben zu wertvoll für das Pentagon in Washington, Whitehall in London und die Nato in Brüssel."
(Aus „FAZ", vom 6.12.74)

Den Nato-Ländern dient der „Rückzug" in Rhodesien und der militärische Ausbau der Republik Südafrika letztendlich nur dazu, das südliche Afrika weiterhin auszubeuten (hier sind u.a. die größten Gold-, Uran-, Mangan- und Asbestvorkommen der kapitalistischen Welt!) und die politische Gewalt zu behalten. In diese Politik sind die Faschisten aus Südafrika engstens mit einbezogen:

- Die Nato-Länder USA, England und Frankreich verhinderten durch ihr Veto den Ausschluß Südafrikas aus der UNO. (Die BRD-Vertreter enthielten sich der Stimme.)
- Die Regierung Südafrikas hat einen „Plan für ein afrikanisches Mehrheitswahlrecht in Rhodesien in etwa fünf Jahren ausgearbeitet" ... Die Verhandlungsführer Südafrikas hatten „vorher enge Kontakte zu US-Präsident Ford und seiner Umgebung gehalten." („Welt", 5.12.74)

Eine solche Politik macht deutlich, daß die Imperialisten keineswegs bereit sind, im südlichen Afrika eine „friedliche Lösung" zugunsten der der schwarzen Mehrheit herbeizuführen. Im Gegenteil, mit dem Mittel der „Verfassungskonferenz" und den militärischen Vorbereitungen hinter den Kulissen des Callaghan-Besuches soll ein neuer Schlag gegen die schwarze Bevölkerung Afrikas vorbereitet werden! ●

HSW-Betriebsgruppe
KB / Gruppe Hamburg

Angola

Unabhängigkeit oder Neokolonialismus?

Die Verhandlungen zwischen der portugiesischen Regierung und den drei angolanischen Unabhängigkeitsbewegungen über Form und Bedingungen der Unabhängigkeit Angolas sind abgeschlossen. In 5-tägigen Gesprächen einigte man sich auf den 11. November 1975 als endgültigen Termin für die Unabhängigkeit. In den dazwischenliegenden Monaten wird eine Übergangsregierung gebildet: Ein portugiesischer Hochkommissar, der das Vertrauen aller drei Bewegungen hat, soll an der Spitze stehen. Ihm beigeordnet wird es eine Art Präsidialrat geben, dem die Führer der drei Befreiungsorganisationen (MPLA: Agostino Neto, FNLA: Holden Roberto, UNITA: Jonas Savimbi) angehören. Der Vorsitz soll in Abständen wechseln. Für das Kabinett stellt jede der vier Seiten je vier Minister. Den afrikanischen Ministern werden zur gegenseitigen Kontrolle je zwei Staatssekretäre der jeweils anderen Befreiungsbewegungen beigegeben.

Die angolanische Armee soll sich aus je 8.000 Mann aller drei Organisationen zusammensetzen (zusammen also 24.000 Mann). Portugal wird ebenfalls 24.000 Soldaten stellen, die zu einem noch nicht festgelegten Termin nach der Unabhängigkeit abgezogen werden sollen.

Diese etwas komplizierten Abmachungen beruhen auf der Uneinheitlichkeit der Befreiungsbewegungen, der schwerwiegende politische Differenzen zugrunde liegen.

An den Verhandlungen in Alvor (Portugal) nahmen auf portugiesischer Seite Staatspräsident Costa Gomes, Außenminister Soares, Überseeminister Almeida Santos und der Chef der Militärjunta Vasco Concalves teil. Die portugiesische Seite verzichtete auf ihre ursprünglich erhobene Forderung nach allgemeinen Wahlen als Vorbedingung für die Unabhängigkeit. Solche Wahlen wären eine „günstige" Gelegenheit für die etwa 500.000 weißen Siedler in Angola sowie andere reaktionäre Kräfte gewesen, Provokationen zu starten, „Rassenunruhen" zu entfesseln, was sie in der Vergangenheit mehrfach getan haben, sowie sich selber politisch mehr ins Geschäft zu bringen. Zu Amtszeiten Spinolas wäre eine Übergangsregierung, an der nur die drei afrikanischen Befreiungsbewegungen beteiligt sind, undenkbar gewesen. Spinola hatte den USA gewisse Zusagen bezüglich der „Unabhängigkeit" von Angola (Treffen mit Nixon auf den Azoren am 19. Juni 74) gemacht, die heute in wichtigen Punkten vom linken Flügel der portugiesischen Bewegung der Streitkräfte (MFA) über Bord geworfen werden.

Die portugiesischen Militärs haben darauf gedrungen, daß die drei Bewegungen MPLA, FNLA und UNITA mit einer gemeinsamen politischen Plattform in die Verhandlungen mit Portugal einsteigen.

Allerdings hat die „Einheit", die Anfang Januar auf der Konferenz der drei Organisationen in Mombasa hergestellt wurde, eine sehr schmale Basis und enthält einige Sprengsätze.

Sowohl FNLA wie UNITA müssen als Organisationen mit sehr engen Verbindungen zu den herrschenden Kapitalinteressen in Angola betrachtet werden, die in keiner Weise einen entschlossenen Kampf gegen die ehemaligen portugiesischen Kolonialisten geführt haben, sondern deren Aktivitäten sich sogar in erster Linie auf die (auch militärische!) Bekämpfung der MPLA richteten. Die MPLA mit ihrem Führer Agostinho Neto hingegen ist die einzige Befreiungsbewegung, die diesen Namen wirklich verdient, die über ein hohes Ansehen in der afrikanischen Bevölkerung verfügt, die eine systematische sozialistische Agitation und Propaganda über Jahre hinweg gemacht hat. Sie ist die einzige der drei Organisationen, die einen konsequent antiimperialistischen Kurs steuert.

Der MFA ist es daher positiv anzurechnen, daß sie von vornherein klar gesagt haben, daß es für sie keine Lösung in Angola ohne die MPLA, ohne Neto gibt. Eine eindeutige Lösung wie in Mosambik für die Frelimo entsprechend in Angola zugunsten der MPLA zustande zu bringen, ist aufgrund des Kräfteverhältnisses in Angola bedeutend schwieriger. Ob es dennoch möglich gewesen wäre, eine günstigere Lösung für die wirkliche Unabhängigkeit des angolanischen Volkes zu finden, können wir allerdings von uns aus nicht beurteilen.

Ein schlechtes Signal ist, daß der bisherige portugiesische Hochkommissar für Angola, Rosa Coutinho (von den Rechten der „rote General" genannt) abberufen werden soll, weil FNLA und UNITA ihn wegen seiner „Bevorzugung" der MPLA nicht dulden wollen.

Interessen der Imperialisten in Angola

Im Februar 1970 erklärte US-Außenminister Kissinger in einer vertraulichen Besprechung, daß sich das größte Interesse der USA im östlichen Afrika in Angola konzentrierte („Expresso", 14.12.74 – „Expresso" ist eine bürgerliche portugiesische Tageszeitung, die hin und wieder einige sehr fortschrittliche Stellungnahmen abdruckt, auf die wir uns hier zum Teil beziehen). Insbesondere haben die USA starke ökonomische Interessen am ölreichen Cabinda, ein 7.000 qkm großes Gebiet, das durch den Kongo-Fluß von Angola getrennt ist. Cabinda gilt unter Imperialisten als „afrikanisches Kuweit". Die US-eigene Gesellschaft Gulf Oil Company, die sich die Schätze Cabindas wesentlich unter den Nagel gerissen hat, förderte 1974 zwischen 8 – 10 Mio. Tonnen Rohöl. Auch Exxon, Petrofina und Total sind mit von der Partie in Cabinda. Die Ölvorräte in Cabinda werden offiziell mit 600 Mio. Tonnen angegeben, wobei inoffizielle Schätzungen von der doppelten Menge wissen wollen („NZZ", 22.11.74).

Eine von den USA und Zaire finanzierte „Front für die Befreiung der Exclave (neuerdings des Staates) Cabinda," FLEC, „kämpft" für die Loslösung Cabindas vom übrigen Angola, wobei sich die MPLA, die in Cabinda relativ stark ist, diesen Aktivitäten energisch entgegensetzt. Die Separatismusbestrebungen der FLEC und anderer vom Imperialismus gesteuerter Gruppierungen in Cabinda haben ähnlichen Charakter und die gleichen Motivationen wie die des ölreichen nigerianischen Biafra oder der kupferreichen zairischen Shaba-Provinz (ehemals Katanga) in der Vergangenheit.

Auf der Einigungskonferenz der drei angolanischen Bewegungen wurde eine Grundsatzerklärung verab - schiedet, in der Cabinda zum „integralen und unveräußerlichen" Bestandteil Angolas erklärt wird. Bisher hatten sich weder FNLA noch UNITA in dieser Weise eindeutig zur Cabinda-Frage geäußert. Welchen Wert diese Festlegung allerdings in der Praxis für diese beiden Organsiationen hat, bleibt abzuwarten.

Außer auf das Öl von Cabinda sind die internationalen Geier scharf auf die Bodenschätze Angolas: Gold, Diamanten, Mangan, Kupfer, Eisen, Nikkel, Uran. Auch die Naturprodukte wie Kaffee, Holz usw. bringen dem, der die Plantagen besitzt, gewaltige Summen ein. Das Interesse ausländischer Investoren an Angola ist im letzten Jahr gewachsen. Rund 140 Mio. Mark wurden in industrielle Projekte investiert, doppelt so viel wie 1973. Für 1975 sollen Summen von 600 Mio. für Angola ins Haus stehen. Ein großer Teil der Kapitalanleger stammt aus Südafrika und Brasilien (!). (Am Rande bemerkt: Jonny Eduardo, Verantwortlicher für die Außenkontakte der FNLA äußerte in einem Interview mit der portugiesischen Tageszeitung „Journal de Comercio": *„Wir glauben, daß Portugal trotz seines guten Willens nicht in der Lage ist, seinen ehemaligen Kolonien die notwendigen technischen Mittel zur Verfügung zu stellen. Brasilien wird da eine wichtige Rolle übernehmen können.."*

➡

Faschisten und Streikbrecher ermorden 11 Kollegen

Bei den größten und auch militantesten Streiks der letzten Jahre in Südafrika wurden in der ersten Hälfte des Januar von der faschistischen Polizei unf von den von den Minenleitungen eingesetzten Streikbrechern 11 Kollegen ermordet, eine ungeschätzte Zahl Streikender wurde z.T. schwer verletzt.

Vom 3. bis 5. Januar streikten die Arbeiter einer Kupfermine in Prieska. Ihnen ging es um mehr Lohn und verbesserte Arbeitsbedingungen. Der südafrikanischen Minenleitung gelang es jedoch, Streikbrecher einzusetzen, die unter Einsatz brutalster Mittel die Streikenden zum Abbruch ihrer Kampfmaßnahmen zwangen.

Daß dies überhaupt möglich war, hat u. a. folgende Grundlagen:

- die Politik der „getrennten Entwicklung" (Apartheid) soll nicht nur die Ausbeutung der Farbigen durch die weiße Minderheit sichern, sondern die Farbigen (Schwarze und „Mischlinge") sind per Gesetz durch vielfach gestaffelte Privilegien untereinander gespalten!
- „Mischlinge" – wie z. B. Inder – können in den unteren Verwaltungsdienst eintreten. Sie können Facharbeiter werden etc. Sie wohnen in eigenen Wohnvierteln, die am ehesten denen der Weißen gleichen.
- Die Schwarzen wiederum sind untereinander getrennt worden nach Wohn- oder Stammesgebieten. Das bietet dann die Grundlage, je nach dem „kulturellen Entwicklungsstand", der weiteren Spaltung. So können z. B. Schwarze aus der Republik Südafrika Vorarbeiter werden und ihre Familien mit in dafür eigens geschaffene Wohnheime bringen. Die Schwarzen aus „Stammesgebieten" bleiben ihr Leben lang Hilfsarbeiter und müssen getrennt von ihren Familien in Lagern hausen.

Diese künstliche Spaltung, die daraus erwachsenen Privilegien und die Konkurrenz bieten oftmals die Grundlage für die Auseinandersetzungen der Arbeiter untereinander.

In der BRD-Presse werden diese Auseinandersetzungen dann in demagogischer Weise als „Stammesfehden" dargestellt. So auch bei diesem Streik: *„Wegen Stammesstreitigkeiten ... war es zu Auseinandersetzungen gekommen, bei denen drei Menschen getötet und 35 verletzt worden waren."* („FR", 4. 1. 75)


Streikende Kumpel in Südafrika

Daß es den südafrikanischen Kapitalisten aber bei weitem nicht immer gelingt, die Kollegen gegeneinander aufzuhetzen, zeigt das Beispiel eines weiteren Streiks:

- *„Über 12.000 farbige Bergarbeiter sind in den Streik getreten. Tausende Bergarbeiter anderer Minen schlossen sich aus Sympathie an."* („UZ", 7. 1.)

Bei diesem Streik, *„einem der bisher größten in der Geschichte der südafrikanischen Goldminen"* („Welt", 7. 1. 75), ging es den Bergarbeitern darum, ein Gesetz des „Staates" Lesotho zu bekämpfen,

- ***wonach künftig 60 Prozent des Lohnes bis zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses auf Banken in Lesotho ‚eingefroren' werden müssen..."*** („FR", 8. 1. 75).

(Bei Lesotho handelt es sich um einen *„Ministaat, der selbständig, aber wirtschaftlich (und politisch) vollständig von Südafrika abhängig ist...";* „FR", 8. 1. 75.)

Aus dem Lesotho-Gebiet kommen einige tausend Arbeiter des „Vaal Reef", dem größten Minenkomplex der Welt. Durch dieses Gesetz wurde diesen Kollegen die Existenzgrundlage genommen:

- Selbst die Kapitalistenpostille „Handelsblatt" stellt dazu fest, daß die Schwarzen *„mit den verbleibenden 40 % ihres Lohnes nicht Anschaffungen tätigen könnten..., wie Lebensmittel, Fahrräder, Wolldecken..."* („HB", 9. 1. 75)

Die Forderungen der betroffenen Kollegen stießen auf eine breite Sympathiebewegung aller Schwarzen in den „Vaal-Reef-Minen". Zur Unterstützung ihrer Kollegen wurde ein Streik organisiert, an dem zeitweise 21.000 Arbeiter teilnahmen („Süddeutsche Zeitung", 15. 1. 75) **und der fast 10 Tage dauerte. Das zeigt, daß es den Faschisten trotz aller üblen Tricks nicht gelungen ist, die Front des schwarzen Proletariats vollständig zu zerbrechen!**

Gegen diesen einheitlichen Kampf der farbigen Minenarbeiter ging die südafrikanische Polizei mit üblen Mitteln vor:

- Ständig *„setzte sie Tränengas, Hunde und Schlagstöcke gegen die Arbeiter ein."* („FR", 8. 1. 75)
- Bei diesen Streiks wurden insgesamt 8 Bergleute ermordet und eine ungezählte Menge von Kollegen verletzt.

Das „Handelsblatt" dazu: „*... nur dem gut geplanten Einsatz starker Polizeitruppen (!) ist es zu danken, daß es bisher nur bei vereinzelten Todesfällen ...blieb (!!!).*" (9. 1. 75)

Das ist der menschenverachtende Zynismus des – an der Ausbeutung Südafrikas an erster Stelle beteiligten – BRD-Kapitals!

Daß die afrikanischen Arbeiter jedoch nicht sehr viel länger gewillt sind, ihr Schicksal ohnmächtig zu ertragen, wird in einer bisher nicht dagewesenen Militanz des Streiks deutlich:

- Immer wenn die faschistische Polizei angriff, *„sah sie sich selber dem Angriff von Tausenden Bergleuten ausgesetzt"*, die sich mit Knüppeln verteidigten. (Zitat nach „FR", 9. 1. 75)

Auch wenn dieser Streik nach 10 Tagen beendet wurde – über den Ausgang ist uns bisher nichts bekannt – so kann man heute feststellen, daß diese Kampferfahrungen in späteren Auseinandersetzungen nicht unwesentlich sein werden. ●

HSW-Betriebszelle
KB Gruppe Hamburg

CDU und SPD — gegen Chile-Flüchtlinge grundsätzlich einig

Die CDU-geführte Stuttgarter Landesregierung von Baden-Württemberg hat sich geweigert, insgesamt 19 chilenische Flüchtlinge aufzunehmen. Es handelt sich um fünf ehemalige Minister der Allende-Regierung, 10 hohe Funktionäre der Unidad Popular und vier Wissenschaftler.

Dieser Schritt wird mit dem angeblich zu hohem „Sicherheitsrisiko" begründet. *„Die Bildung einer Exilregierung oder zumindest einer Agitationszentrale ist überaus naheliegend"* (laut „FR", 20.1.75). Diese Argumentation kennzeichnet die scharfe, ablehnende Haltung gegenüber allen Linken. Andererseits werden aber solche „Wissenschaftler" wie Solschenizin, Kohut, u.a. förmlich dazu gedrängt, ihre „Agitationszentralen" in der BRD aufzubauen.

Die Begründung gegen die chilenischen Flüchtlinge geht noch einen Schritt weiter:

„Durch die zu befürchtenden Aktivitäten würde ... auch die innere Sicherheit in unserem Lande durch Auseinandersetzungen zwischen Exilpolitikern und den Anhängern der jetzigen chilenischen Regierung (!!) *gefährdet".* (laut „FR", 20.1.75)

SPD: Mal „links" ...

Die SPD versuchte sich bei dieser Schweinerei auf links aufzupeppen. Der Bundesvorstand erklärte, die CDU-Landesregierung habe sich *„zum Sachverwalter der Interessen eines faschistischen Regimes"* gemacht. („FR", 20.1.75)

Der SPD-„Linke" Eppler dazu: *„Die Haltung der Landesregierung und ihre Begründung verrät eine Mischung aus Borniertheit und Zynismus."* („Vorwärts", 9.1.75)

Tatsache ist, daß bisher keine andere SPD-geführte Landesregierung (was ja denkbar wäre) zur Aufnahme der Flüchtlinge bereit war.

der Flüchtlinge bereit war.

Tatsache ist es weiter, daß zwischen der Bundesregierung (SPD/FDP) und den chilenischen Faschisten ausgezeichnete Verbindungen gibt. Der inzwischen bewilligte Kredit von 21,5 Mio DM spricht Bände.

... und jetzt wieder andersrum

Die SPD ist sich in der Sache – wie auch in vielen anderen Punkten – grundsätzlich mit der CDU einig. Strittig ist lediglich das taktische Vorgehen. So fragte Eppler den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Filbinger scheinheilig, *„Wer hindert Sie, Ausländer auszuweisen, wenn sie wirklich die Sicherheit bedrohen. Wer gibt Ihnen das Recht, dies von vornherein zu unterstellen?"* („FR", 20.1.75) ●

Bezirkszelle St. Pauli
des KB / Gruppe Hamburg

Forts. Angola

Das sagte er, nachdem er in Kinshasa mit einer offiziellen brasilianischen Delegation zusammengetroffen war! (nach „Diario de Noticias" vom 18.12.1974).

Mobutu: Stadthalter der Imperialisten

Der Staatspräsident von Zaire, Mobutu, tritt als Sachverwalter der internationalen Kapitalinteressen, insbesondere der USA in Angola auf. Mobutu, ehemaliger Offizier der belgischen Kolonialarmee, wird von den USA großzügig „unterstützt". Mit etwa 430 Mio. Dollar haben sie ihm bisher unter die Arme gegriffen, 50 Mio. Dollar allein für Militär„hilfe". („Expresso", 14.12.74).Nach „Expresso" „träumt" Mobutu von einer Föderation Zaire-Angola, einschließlich Cabina. Geplant sei eine Art afrikanisches Brasilien, das zwar unter der Vormundschaft des internationalen Imperialismus stehend, doch eine regionale wirtschaftliche Macht darstellen könnte. Zaire ist es um eine im besonderen für seine Interessen günstige Lösung in Angola getan, wegen der Garantie der für seinen Außenhandel entscheidend wichtigen Transportroute von der Bergbauprovinz Shaba (vormals Katanga) zum angolanischen Meereshafen Lobito. Ein großer Teil des zairischen Kupferexports und des für die Bergbauindustrie in Shaba benötigten Imports von Ausrüstungsgütern wickelt sich mit der zwischen Lobito und Shaba verkehrenden Benguela-Eisenbahn ab.

Mobutu hatte schon seit Jahren seine schmutzigen Finger im Angola-Krieg gehabt und heute bemüht er sich mehr denn je, seinem Schwager Holden Roberto, Führer der FNLA, den besten Posten in Angola zu verschaffen. Die FNLA und Robertos Führungsposition wurden von Mobutu systematisch gefördert. Zairische Truppen schlugen 1972 sogar eine Revolte von FNLA-Militärs gegen Holden Roberto blutig nieder („NZZ", 21.11.74). Die FNLA hat seit Jahren ihr Hauptquartier in Kinshasa (Hauptstadt von Zaire) und verfügt in der Nähe von Angola über die zairische Militärbasis Kinzuku. Zaire stellt der FNLA sowohl reichliche Geldmittel, sowie militärisches Rüstungsmaterial zur Verfügung. *„Die zairische Armee leistet direkt mindestens auch logistische Hilfe"*, schreibt die „Neue Zürcher Zeitung" (21.11.74), was die Vermutung nahelegt, daß Mobutus Soldaten manchmal noch direkter für Roberto eingreifen. Außerdem strahlt Radio Zaire täglich FNLA-Sendungen für Angola aus!

Es heißt, daß Robertos Truppen militärisch den MPLA-Kämpfern überlegen seien. Sein Heer soll 15.000 Mann umfassen. Nach allem, eben Gesagtem, muß davon ausgegangen werden, daß es sich hier, jedenfalls zum Teil, um ein regelrechtes Söldnerheer handelt. Die portugiesische Zeitung „Expresso" schreibt gar: *„Er* (Roberto) *ist Herr über ein Heer von 15.000 Mann, das im besonderen von den amerikanischen „green berets"* (aus dem Vietnam-Krieg bekannte „Ledernacken"-Killertruppe, d.Red.) *geschult wurde* (!) *und dessen Frische von keinerlei Kämpfen angefochten wurde. Den Hauptteil seiner Anstrengungen verwandte dies Heer auf die Bekämpfung der MPLA, jedenfalls mehr als auf die Bekämpfung des portugiesischen Aggressors. Holden Roberto war naturgemäß ausersehen, sich in das trojanische Pferd des Neokolonialismus in Angola zu verwandeln."* („Expresso", 14.12.74).

Es heißt auch, daß die VR China Gelder und Ausbilder für die FNLA bereit stellte und stellt. Leider wurden diese – häufig verbreiteten Meldungen – von chinesischer Seite bisher unseres Wissens nicht dementiert, so daß wir davon ausgehen müssen, daß sich zu den bisherigen „traurigen Kapiteln" chinesischer Außenpolitik ein weiteres hinzugesellt hat.



Die UNITA des Dr. Savimbi

Die UNITA ist die kleinste und unbedeutendste der drei Organisationen. Wir wollen hier nicht im einzelnen ihre Geschichte nachzeichnen. Das schwedische Informationsbulletin „Södra Africa" bezichtigte die UNITA schon 1970, durch drastische Aktionen (z.B. spektakuläre Überfälle auf die Benguela-Eisenbahn) nur die internationale Aufmerksamkeit auf sich lenken zu wollen, vorwiegend die MPLA zu bekämpfen und gute Kontakte mit rechtsoppositionellen Kreisen um den ANC (= Afrikanischer Nationalkongreß. Dessen Führung trat damals offen für eine Zusammenarbeit mit dem rassistischen Regime Ian Smith in Rhodesien und den Dialog mit Südafrika ein) in Sambia zu unterhalten und möglicherweise sogar mit dem CIA zusammenzuarbeiten. (Nach „Blätter des „iz3w", Juli/Aug. 74). Die französische Zeitschrift „Afrique-Asie" (61/8.7.74) veröffentlichte einen Briefwechsel aus dem Jahr 1972 zwischen Savimbi und höchsten Stellen der portugiesischen Kolonialarmee, aus dem die totale Bereitschaft Savimbis zur Kollaboration mit den portugiesischen Kolonialherren hervorgeht. (Die Verfasser der „blätter des iz3w" schreiben dazu: *„An der Echtheit der Dokumente kann kein Zweifel bestehen. Angola-Spezialisten in der BRD haben den Originaltext gelesen. Er wurde von Mitgliedern der „Bewegung der Streitkräfte" nach Portugal gebracht").*

Die UNITA schloß als erste und ohne Bedingungen ein Waffenstillstandsabkommen mit Portugal(Mitte Juni 74) und vertrat die Ansicht *„die Bevölkerung Angolas (sei)noch nicht für die sofortige Unabhängigkeit vorbereitet".* „Le Monde", 6.6.74).

Savimbi erfreut sich eines guten Ansehens bei den weißen Siedlern. Seine Anhängerschaft unter afrikanischen Bevölkerung ist sehr beschränkt.

Angesichts der neokolonialistischen Front USA/Zaire, die sich der FNLA und UNITA als ihrer Werkzeuge bedienen, haben sich die relativ fortschrittlichen Regierungen von Tansania (Präsident Nyerere) und von Sambia (Präsident Kenneth Kaunda) und die mosambikanische Befreiungsorganisation Frelimo voll hinter die MPLA gestellt und ihr Unterstützung zugesagt.

Sowohl FNLA wie UNITA beziehen sich auf bestimmte Stämme, die FNLA auf den Stamm der Bakongo, die UNITA auf den der Ovimbundu. Diese Stammesbezogenheit der beiden Organisationen wurde von den Kolonialisten „gefördert", um eine nationale Einheit des Befreiungskampfes zu hintertreiben, welche von der MPLA, der Organisation mit dem deutlichsten antiimperialistischen und antikapitalistischen Programm und entsprechender Praxis, angestrebt wird.

Die Imperialisten haben verschiedene Manöver gemacht, die MPLA von außen und innen heraus zu schwächen. Das letzte dieser Manöver war die Abspaltung einer kleinen Gruppe um Daniel Chipendas, der sich im September für kurze Zeit als „wirklicher Präsident" der MPLA ausgab. Chipenda, der zunächst von FNLA und UNITA unterstützt wurde, ist heute bedeutungslos geworden; FNLA und UNITA mußten wegen der Stärke der Fraktion von Agostinho Neto mit diesem und nicht mit Chipenda eine gemeinsame Plattform für die Verhandlungen mit Portugal erarbeiten. Diese gemeinsame Plattform muß in gewisser Weise als Fortschritt im Sinne eines Bemühens um mehr Einigkeit zwischen den afrikanischen Organisationen gewertet werden. Andererseits sind die z. T. sehr grundsätzlichen Differenzen zwischen den drei Organisationen nicht unterm Tisch. Wir wünschen den MPLA-Genossen, daß es ihnen künftig noch stärker gelingen möge, unter den Anhängern der anderen Organisationen für eine konsequent antiimperialistische Politik Gehör zu finden. ●

Spanien/Portugal-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Chile: Genosse Sergio Perez (MIR) von der Junta ermordet

Aus einer Erklärung der Politischen Kommission des MIR (Bewegung der Revolutionären Linken) vom November 74, die uns erst kürzlich erreichte, geht hervor, daß der Genosse Sergio Perez Molina am 21. (oder 28.?) September '74 in Santiago verhaftet und von der faschistischen Geheimpolizei zu Tode gefoltert wurde. Sergio Perez gehörte zu den Gründern des MIR, war Mitglied des ZK seiner Partei seit 1966 und Mitglied der Politischen Kommission.

In der Erklärung des MIR zu seinem Tod heißt es u.a.: **„Sergio Perez Molina, aus dem Kohlengebiet stammend, war ein hervorragender Führer unserer Partei, ein guter Genosse, ein vollkommener Revolutionär, der sein Leben für den Kampf der Arbeiter, der Bergarbeiter, der Bauern opferte.**

Seine Ermordung wird nicht ungestraft bleiben. Die Faust des Volkes wird die Diktatur bis zu ihrem Sturz ununterbrochen schlagen. Unsere Partei wird die Henker und Folterknechte unerbittlich bestrafen."

Genosse Sergio Perez war der Gefährte von Genossin Luni Moya Videla, ebenfalls Mitglied des ZK des MIR. Auch sie wurde von den Faschisten grausam gefoltert und schließlich ermordet; ihre Leiche warfen die Mörder am 2. November über die Mauer der italienischen Botschaft in Santiago, in der sich viele politisch Verfolgte aufhalten. ●

„Friedliche Lösung" in Palästina 1. Teil

Die neueste Entwicklung in Palästina hat viele Fragen aufgeworfen. Welchen Charakter hat das was sich dort unter dem Begriff „friedliche Lösung" anbahnt? Wir wollen auf diese Fragen in zwei Artikeln eingehen. Der erste Teil beschäftigt sich vor allem mit den Plänen der Imperialisten, mit der Haltung der arabischen Regimes und Israels. Der zweite Teil soll dann konkreter auf die aktuelle Entwicklung und auf die Differenzen im palästinensischen Widerstand eingehen.

Worum geht es den Imperialisten ?

Den imperialistischen Mächten – vor allen Dingen natürlich den USA – geht es in erster Linie darum, das Gebiet in ihrem Sinn politisch zu stabilisieren. Was sind die Faktoren, die diesen Raum „unstabil" machen? Es ist in erster Linie die Existenz einer starken und breiten palästinensischen Widerstandsbewegung. Es ist zweitens die Tatsache, daß die Existenz Israels bis jetzt von den arabischen Staaten nicht anerkannt wurde. Der dritte Punkt war der Versuch der arabischen Staaten, eine vom Imperialismus unabhängigere Politik zu machen.

Diese Politik der arabischen Staaten ist gescheitert. Die Niederlage im Juni-Krieg '67 führte zur entscheidenden Veränderung des Kräfteverhältnisses. Die Ausweisung der sowjetischen Berater war eine der spektakulärsten Schritte Ägyptens auf diesem Weg. Der Versuch einer nationalen bürgerlichen Revolution wurde spätestens mit dem Tod Nassers und dem Machtantritt des imperialistenfreundlichen Sadat zu Grabe getragen.

Bestehen blieb jedoch das Problem der Anerkennung Israels und das Palästinenser-Problem. Und die arabischen Massen haben zu diesen Fragen einen klaren Standpunkt, so daß die Sache trotz der Änderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Imperialismus nicht mit einem Federstrich vom Tisch zu wischen ist.

Ziel der Imperialisten ist es jetzt, einen „Status quo" zu schaffen, der von allen Seiten anerkannt wird, der sie kontrollieren können und der geeignet ist, die Kräfte, die diesen „Status quo" unter Kontrolle des US-Imperialismus nicht akzeptieren, zu isolieren.

Es kommt den Imperialisten darauf an, alle beteiligten Kräfte an den Verhandlungstisch zu bringen, vor allen Dingen Palästinenser und Israelis, und gemeinsam ein Abkommen zu erarbeiten, das von allen Seiten akzeptiert wird.

Diese Lösung soll im Wesentlichen so aussehen: Die arabischen Kräfte einschließlich der Palästinenser anerkennen die Existenz (und das „Existenzrecht") Israels. Die neu festzulegenden Grenzen Israels werden von allen Seiten anerkannt. Als „Gegenleistung" könnten ein palästinensischer Mini-„Staat" im Gaza-Streifen und auf den Westbanks (Westjordanland) geschaffen und zumindest Teile der Sinai-Halbinsel an Ägypten zurückgegeben werden. Auf den Golan-Höhen soll eine neue feste Grenze zwischen Israel und Syrien geschaffen werden.

Das ganze würde eine Stärkung des US-Imperialismus bedeuten und dazu führen, den bewaffneten Kampf abzuwürgen und den palästinensischen Widerstand zu „zähmen" bzw. zu spalten, und dann d i e Teile, die diese Lösung nicht akzeptieren, zu isolieren, z.B. auch von der Unterstützung aus dem Ausland (Sowjetunion u.a.) abzuschneiden.

Das offizielle arabische Lager

Schon im vergangenen Jahr hat Ägyptens Staatspräsident Sadat in einem Fernsehinterview mit der amerikanischen Gesellschaft ABC seine Bereitschaft erklärt, diesen imperialistischen Plan zu unterstützen. Er schlug vor, die USA sollten eine Garantie für die Grenzen Israels und Ägyptens übernehmen. Er akzeptiere den israelischen Staat als eine „Tatsache" und sei bereit zu Friedensverhandlungen. *„Ich bin ... sicher, daß die USA die Hauptrolle spielen können, um den (Verhandlungs-)Schwung aufrecht zu erhalten und einen Frieden für dieses Gebiet zu erzielen, denn – offen gesagt – alle Karten sind in der Hand der USA"* (lt. „Welt", 20.12.74).

Daß Jordanien sich ebenfalls auf dieser Seite befindet, ist nicht zu bezweifeln. Syrien schlägt zwar gegenüber Israel immer noch einen etwas radikaleren Ton an, koordiniert sich aber ebenfalls in allen Fragen mit Ägypten und treibt die „politische Lösung" voran. Der einzige Staat, der diese „Lösung" konsequent ablehnt, ist Irak.

In den letzten Monaten hat sich noch eine andere Kraft in diesem Raum eingeschaltet, nämlich der Iran. Der Schah hat im Januar Jordanien und Ägypten besucht. Sein Plan ist es, einen – wie er es nennt – „Block der Gemäßigten" im Nahen und Mittleren Osten zu zimmern. Er soll als Hauptpfeiler die Staaten Iran, Saudi-Arabien, Ägypten und Jordanien umfassen.

Der Schah hat auf seiner Reise erklärt, daß er in der Palästina-Frage auf der Seite Ägyptens und Jordaniens stehe, und er hat Ägypten und Jordanien Militär- und Finanzhilfe angeboten. Ägypten ist dafür bereit, den „alten Rivalitäten" zwischen dem Iran und arabischen Staaten ein Ende zu machen, wie der ägyptische Informationsminister Kamal Abul Magd erklärte.

Der Schah hofft, daß es möglich sein wird, zu einem späteren Zeitpunkt, falls die politische Lösung gelingt, auch Israel in diesen Block einzubeziehen und dadurch eine völlig neue politische Landkarte im Nahen Osten zu schaffen. Hier zeichnet sich eine allseitige Einkreisung der Befreiungsbewegungen ab. In Oman am Arabischen Golf sind persische Truppen bereits im Einsatz gegen das kämpfende Volk, und die ägyptische Regierung hat auch schon ihre Stellungnahme dazu abgegeben: Es handele sich in Oman um eine „kleine Gruppe von Terroristen", mit denen man Schluß machen müsse.

➡

Israel:

Israel:

Sonderkommandos zur „Terroristen-Bekämpfung"

Anfang Dezember wurden in Israel Sonderkommandos zur „Terroristenbekämpfung" gebildet. Leiter der Kommandos sind Scharon (Oberbefehlshaber der Südfront im Oktoberkrieg) und Israel Tall (bisher Leiter des militärischen Geheimdienstes). Diese Kombination Geheimdienst – Militär deutet schon auf die Art der geplanten Aktionen hin: Im Kampf gegen den palästinensischen Widerstand müsse man alle Methoden benutzen. Das erklärte Davidi (General der Fallschirmspringer) am 6.12. in einem Interview mit der „Ma'arif" (israelische Zeitung). Welche Methoden gemeint sind, gab Uri Dan (Schriftsteller) in einem Kommentar in der „Ma'arif" vom 13.12. bekannt:

„ . . . einige palästinensische Führer in Paris, Rom und anderen Ländern umbringen. Es ist an der Zeit, dem palästinensischen Volk den ganzen Kopf abzuschlagen."

Am 14.12. schließlich äußerte sich Israel Tall selbst über seine neue Aufgabe in einem Rundfunkinterview: *„Es ist unmöglich, alle Terroraktionen zu verhindern, aber wir haben genug Methoden außer der Verteidigungsmethode, die gut funktionieren, um Terroraktionen zu verhindern. Die Terroristen arbeiten auf der Grundlage der absoluten Bewegungsfreiheit. Unsere Aufgabe ist es, diese Bewegungsfreiheit zu verhindern . . . . . . Wir können nicht militärische Aktionen machen, die unseren außenpolitischen Beziehungen mit den anderen Ländern schaden. Die konkreten Methoden, die ich benutzen will, will ich nicht erklären . . . Auch wenn wir alle Methoden, die wir haben, benutzen, so ist das nicht genug, um sicherzustellen, daß keine Terroraktionen stattfinden. Aber wenn die Stellungen der Terroristen bekannt sind, wenn bekannt ist, wo sie ihre Pressekonferenzen machen, und wenn ihre Namen bekannt sind, dann finde ich es die aktivste Methode, diese Stellungen zu zerschlagen, um ihnen das Leben schwer zu machen. Wir müssen alle Möglichkeiten benutzen, damit sie die Lust verlieren, Öffentlichkeitsarbeit zu machen."*



April 73: Israelische Panzer haben bei einer „Strafaktion" gegen Guerillas im Südlibanon einen vollbesetzten Personenwagen überrollt.

„Die israelische Regierung sollte eine noch mutigere, ideenreichere, kontinuierlichere Politik entwickeln, wie wir die Feddayin im Ausland verfolgen können. Die israelische Politik soll nicht nur die Führer der Feddayin vernichten, sondern auch die Basis, damit es den Feddayin nicht mehr möglich ist, sich frei in der Welt zu bewegen und ihren Kampf zu propagieren. Es sollte ihnen unmöglich gemacht werden, sich überall politische Büros zu schaffen." (Scharon Ende November 74 in einem Fernsehinterview).

„Die palästinensischen Organisationen müssen außerhalb der Legalität behandelt werden, ähnlich wie die Engländer mit den irischen Terrororganisationen verfahren." („Davar", eine israelische Zeitung, vom 11.12.)

Dieses Vorgehen der Zionisten ist nicht neu. Es sind aus der Vergangenheit viele Fälle von Mord und Kidnapping des israelischen Geheimdienstes im Ausland bekannt. Eine neue Qualität stellt allerdings die O f f e n h e i t dar, mit der die Zionisten heute von der Aufstellung und dem Einsatz derartiger Mordkommandos sprechen. ●

Nahost-Kommission, KB/Gruppe Westberlin



Diskriminierung sowjetischer Juden in Westeuropa

Eine wachsende Zahl von jüdischen Auswanderern aus der Sowjetunion reist gar nicht erst nach Israel weiter oder verläßt das „Gelobte Land" innerhalb kurzer Zeit wieder. Diese Menschen, die vom Zionismus mit großen Versprechen und religiös-
Menschen, die vom Zionismus mit großen Versprechen und religiös-nationalistischen Appellen geködert und enttäuscht wurden, finden aber auch außerhalb Israels nur schwer eine neue Heimat.

Der Westberliner Senat hat am 3. Dezember Regelungen erlassen, die die Zuwanderung von Juden nach Westberlin „drosseln" sollen. Mit Einbürgerung können demzufolge nur noch Menschen rechnen, die eine **„deutsche Abstammung"** (? !) nachweisen können – vor allem Juden aus dem Baltikum, die *„die deutsche Sprache noch sehr gut sprechen und dem deutschen Kulturraum zugerechnet werden können"* („Frankfurter Allgemeine", 10. 12. 74). Können sie dies nicht innerhalb von 6 Monaten „nachweisen", werden sie zur Rückkehr nach Israel aufgefordert. Im übrigen werden aber – im „Notaufnahmelager" Marienfelde! – ohnehin nur Menschen aufgenommen, *„bei denen von vornherein erkennbar ist, daß eine Chance auf Anerkennung als Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit (? !) besteht"* („FAZ", s. o.). Andere werden s o f o r t abgewiesen.

Diese Regelung, in ihrem diskriminierenden Charakter mit der am 1. Januar dieses Jahres wirksam gewordenen Zuzugssperre für Ausländer in drei Westberliner Bezirken zu vergleichen, soll laut Westberliner Senat einer **„unerwünschten Sogwirkung vorbeugen"**.

Westberlin hat die größte „jüdische Gemeinde" Westdeutschlands (5.500 Mitglieder) und ist schon von daher bevorzugtes Ziel jüdischer Auswanderer aus der Sowjetunion, die nicht in Israel bleiben wollen. Man wird aber trotzdem nicht ernsthaft glauben, daß einige hundert Juden in einer Millionenstadt wie Westberlin, ein „Integrationsproblem" darstellen (540 jüdische Einwanderer nach Westberlin seit August 1973!). Vielmehr stehen hier politische Interessen im Vordergrund. Wenn der Westberliner Senat behauptet, seine Regelung sei **„in völliger Übereinstimmung"** mit **der jüdischen Gemeinde"** getroffen worden, so dürfte das im Wesentlichen stimmen.

Hier geht es nämlich um Handlangerdienste für den zionistischen ‚Staat': Durch die Diskriminierung jüdischer Einwanderer z. B. in Westberlin wird praktisch auf diese Druck ausgeübt, schleunigst nach Israel zurückzukehren. Dabei gilt Westberlin noch als relativ „liberal". In vielen Ländern, so z. B. Frankreich, erhalten jüdische Einwanderer überhaupt keine Aufenthaltsgenehmigung. In Belgien, das als „sehr liberal" gilt und wo sich zur Zeit 500 – 600 jüdische Einwanderer aufhalten, wird die Aufenthaltserlaubnis in der Regel auf 3 Monate (!) begrenzt; in dieser Zeit müssen sie sich um eine Einreisegenehmigung in ein anderes Land (bevorzugt USA und Kanada) bemühen, was jedoch ebenfalls schwierig ist. In Wien (erste Durchgangsstation jüdischer Auswanderer aus der Sowjetunion, 1974 waren es 16.849 Personen) leben mehr als 1.000 – z. T. „illegal" eingewanderte – Juden, die nicht nach Israel wollen. Ihr „Status" ist ungeklärt, Aufenthaltsrecht haben sie praktisch nicht, der österreichische Staat sieht in ihnen offiziell
sie praktisch nicht, der österreichische Staat sieht in ihnen offiziell **„durchreisende israelische Staatsbürger"**. Bis vor kurzem war ein großer Teil von ihnen in einer „abbruchreifen" Mietskaserne zusammengepfercht.

Einige Zahlen beleuchten den H i n t e r g r u n d dieser Situation der totalen Unsicherheit und Diskriminierung jüdischer Einwanderer in Westeuropa. Die großen Pläne des Zionismus, innerhalb eines Jahrzehnts 1 Mio. (!) sowjetische Juden nach Israel locken zu können (wo sie zur Festigung und Expansion des zionistischen „Staates" dringend benötigt werden) sind geplatzt wie Seifenblasen. Im vergangenen Jahr sind nur etwa halb soviel Juden aus der Sowjetunion nach Israel gekommen, wie im Vorjahr, d. h. weniger als 20.000! Daß dies nicht am „schlechten Willen" der sowjetischen Regierung liegt, machen weitere Zahlen deutlich: Mehr als ein Drittel der aus der Sowjetunion kommenden Juden reist von Wien aus gar nicht erst nach Israel weiter (z. B. 600 von 1.700 im November 1974). In früheren Jahren waren es nie mehr als 4 %!

Im übrigen hat nicht nur die Einwanderung aus der Sowjetunion nachgelassen, sondern i n s g e s a m t ist ein Rückgang der Einwanderung nach Israel um 18 % (im vergangenen jüdischen Jahr, d. h. zwischen September '73 und '74) zu verzeichnen. Andererseits hat die Wiederauswanderung Israel einen seit Jahren nicht mehr gekannten Höchststand erreicht.

Die sinkenden Einwandererzahlen sind vor allem eine Reaktion auf die Lage des zionistischen „Staates", der sich im permanenten Kriegszustand mit dem von ihm seiner Heimat beraubten palästinensischen Volk und mit den arabischen Nachbarstaaten befindet und der die Lasten dieser Politik immer spürbarer in Form ungeheurer Preissteigerungen, Steuererhöhungen usw. auf die Werktätigen in Israel abwälzt.

Der Diskriminierung jüdischer Einwanderer in Westeuropa kommt dabei objektiv die Funktion zu, dieser für den Zionismus ungünstigen Entwicklung entgegenzuwirken und die jüdischen Einwanderer nach Westeuropa in menschenunwürdigen Bedingungen von staatsbürgerlicher Rechtlosigkeit und sozialer Unsicherheit zu halten, die ihnen schließlich den zionistischen „Staat" doch noch als das „Gelobte Land" erscheinen lassen könnten.

Diese Tatsachen sollten einmal mit der Heuchelei der bürgerlichen Berichterstattung in Westeuropa und Nordamerika verglichen werden, daß, die Sowjetunion die Juden „unterdrücke", ihnen das „Recht auf Freizügigkeit" (z. B. Auswanderung) „verweigere" etc. Keineswegs geht es den Imperialisten um Verteidigung der Freiheit, des „Rechts auf Freizügigkeit der sowjetischen Juden", sondern bloß um Stärkung des aggressiven zionistischen „Staates". ●

„Friedliche Lösung"

Fortsetzung von Seite 9

Die Interessen Israels

Man könnte meinen, die Zionisten seien gegen den amerikanischen Plan zur „friedlichen Lösung" – bedeutet er doch für sie 1. territoriale „Zugeständnisse" und 2. die Anerkennung einer palästinensischen „Autonomie". Andererseits muß man aber auch die Vorteile einer solchen „Lösung" für die Zionisten sehen. Was sie als Gegenleistung bekommen sollen, ist die Anerkennung ihrer „Existenzrechte" durch die arabischen Staaten und speziell auch durch die Palästinenser selbst. Das aber bedeutet für sie eine Ausweitung ihres politischen Handlungsspielraums.

Außerdem muß man auch Israels wirtschaftliche Lage sehen: Trotz der immensen Hilfen aus dem Ausland (vor allen Dingen USA und BRD) hat die bisherige Politik Israels Wirtschaft an den Rand des Ruins gebracht (43% Inflationsrate). Die „politische Lösung" könnte Israel die Möglichkeit der Konsolidierung geben.

Um diese Vorteile zu erreichen, ist Israel bereit, territoriale „Zugeständnisse" zu machen. Erst kürzlich erklärte Rabin in einem Interview der französischen Zeitung „Figaro" vom 8.1.75, Israel sei im Falle eines Friedensschlusses zur Rückgabe fast des gesamten Sinai-Gebiets an Ägypten bereit. Israel erwäge außerdem (bei entsprechenden „Gegenleistungen") einen weiteren Rückzug von den besetzten syrischen Golan-Höhen.

Ebenso zeichnet sich Bereitschaft ab, eine palästinensische „Autonomie" anzuerkennen. Am 9.1.75 schrieb der Westberliner „Tagesspiegel": *„Der Präsident des jüdischen Weltkongresses, Goldmann, hält Verhandlungen zwischen Israel und der palästinensischen Guerillaorganisation PLO unter Arafat für möglich ... Er stellt sich ... voll hinter*
die Weigerung der israelischen Regierung zu Verhandlungen mit einer Organisation, die sich die Zer-
die Weigerung der israelischen Regierung zu Verhandlungen mit einer Organisation, die sich die Zerstörung Israels zum Ziel gesetzt habe und sich terroristischer Methoden bediene. Es gebe aber Ausweichmöglichkeiten. So könnten die Palästinenser eine Exilregierung bilden, die nicht an das PLO-Programm gebunden sei. Oder aber die PLO nehme eine Einladung zur Teilnahme an der Genfer Nahost-Konferenz an, was einer de-facto-Anerkennung des israelischen Staates gleichkomme (!!). Dann könnten Verhandlungen mit dem Ziel eines Kompromisses beginnen'. Das ist zwar keine Stellungnahme von offizieller israelischer Seite, kann aber als Signal gewertet werden.

Vom Roger-Plan bis zum Oktober-Krieg

Der palästinensische Widerstand war schon mehrfach mit ähnlichen Angeboten einer „friedlichen Lösung" konfrontiert worden. Der erste Plan dieser Art wurde nach dem Juni-Krieg '67 vom damaligen US-Außenminister Rogers erarbeitet. Er sah bilaterale Friedensverhandlungen zwischen den einzelnen arabischen Regimes und Israel vor. Dieser Plan wurde vom palästinensischen Widerstand scharf bekämpft und auch von den arabischen Regimes nicht akzeptiert. Später kamen dann Pläne auf den Tisch, die eine Einbeziehung des palästinensischen Widerstands in die „politische Lösung" vorsahen. Von mehreren Seiten wurde der Vorschlag zur Gründung eines palästinensischen Mini-„Staates" gemacht.

Bis Sommer 1973 hatten die meisten palästinensischen Widerstandsorganisationen dazu eine ganz klare Haltung. Als Beispiel zitieren wir aus einem Rundschreiben des Organisations- und Mobilisierungsbüros der „Fatah" vom Juli '73 mit dem Titel „Warum und wie lehnen wir den palästinensischen Staat und die Verhandlungen ab".

„Unsere Bewegung hat diese Vor-
schläge und den palästinensischen Staat abgelehnt durch ihre Prinzipien und Ziele, die Resolutionen ihrer Konferenzen und den bewaff-
schläge und den palästinensischen Staat abgelehnt durch ihre Prinzipien und Ziele, die Resolutionen ihrer Konferenzen und den bewaffneten Kampf ...

Die Massen haben diese Vorschläge abgelehnt und lehnen sie immer noch ab ... Das, was „politische Lösung" genannt wird, ist dazu da, die palästinensische Revolution abzuwürgen und die zionistische Existenz auf palästinensischem Boden zu legalisieren.

Unsere Bewegung lehnt die Idee des palästinensischen Staates ab ... weil das eine Atmosphäre produziert, in der die Palästinenser an Verhandlungen mit den Zionisten teilnehmen und sie akzeptieren und auch die UNO-Resolution akzeptieren und den israelisch-amerikanischen imperialistischen Frieden verwirklichen. (Dieser Frieden) steht in scharfem Widerspruch ... zu den arabisch-palästinensischen Prinzipien, ... weil dieser Vorschlag die Veränderung des palästinensischen Vol-
kes von einem revolutionären, kämpfenden Volk zu einem Lakaienvolk bedeutet ...., weil dieser Staat nur
kes von einem revolutionären, kämpfenden Volk zu einem Lakaienvolk bedeutet ...., weil dieser Staat nur von der Hilfe der anderen Staaten leben kann ... weil das auch bedeutet, daß die amerikanischen, imperialistischen Füße in diesem Raum verankert werden ... und weil das den zionistischen Zielen zum Erfolg verhilft".



ONKEL HENRY AUF EIERLEGE_TOURNEE

Diese Haltung von Al Fatah wurde nach dem Oktober-Krieg 1973 geändert. Was war im Oktober-Krieg wirklich geschehen?

Der Oktober-Krieg wurde von den arabischen Regimes von Anfang an als ein „begrenzter Krieg" geführt. Es ging längst nicht mehr um die Zerschlagung Israels oder auch nur um die Rückeroberung aller besetzten Gebiete. Für die arabischen Staaten ging es in erster Linie darum, ihren Block (den Block der sogenannten Konfrontationsstaaten Ägypten, Syrien, Jordanien) fester zusammenzuschließen und sich auf eine gemeinsame Haltung in den Verhandlungen vorzubereiten. Zweitens brauchte man einen Prestige-Gewinn, um ein Argument gegenüber den Massen zu haben, wenn man sich hinterher auf den Verhandlungsfrieden einläßt. In seiner Konsequenz hat der Oktober-Krieg eine Stärkung der reaktionären Politik der arabischen Regimes bedeutet. Er hat die Führungsrolle Ägyptens bekräftigt.

Diese Entwicklung hat eine sehr schwierige Phase für den palästinensischen Widerstand eingeleitet. Die PLO hat bisher mit Duldung und sogar teilweise Förderung der arabischen Regimes existiert. Was es für des palästinensischen Widerstand heißt, von den arabischen Regimes nicht mehr geduldet zu werden, das hat das Septembermassaker 1970 in Jordanien gezeigt. Nach dem Oktober-Krieg nun setzten die reaktionären arabischen Regimes der PLO die Pistole auf die Brust: Entweder ihr schließt euch unserem Block an, werdet selber Teil der „politischen Lösung" oder es wird eine „politische Lösung" ohne euch geben.

Die Differenzen innerhalb der PLO

Die Differenzen innerhalb der PLO

Wenn man versteht, daß die PLO nicht etwa eine revolutionäre Organisation ist, sondern eine Dachorganisation, die die verschiedensten Strömungen und Klasseninteressen vereinigt, ist es nicht schwer zu verstehen, daß gerade in solch einer schwierigen Situation die Widersprüche innerhalb der PLO offen aufbrechen.

Es gibt jetzt zwei Strömungen in der PLO. Die eine Strömung, die von der PLO-Führung repräsentiert wird und sich vor allen Dingen auf Al Fatah stützt, ist der Meinung, daß man jetzt zugreifen und das nehmen soll, was die Imperialisten einem anbieten. Das gefährliche an dieser Haltung besteht darin, daß man sich hier auf einen völlig ungleichen Handel einläßt. Was den Palästinensern angeboten wird, ist ein Stück Land; was sie geben sollen, sind politische Zugeständnisse. Die PLO soll Israel anerkennen, und sie soll sich in ein Bündnis mit den reaktionären arabischen Regimes begeben. Ohne daß diese Bedingungen erfüllt werden, ist eine „politische Lösung" undenkbar. Wenn sie auf diese Bedingungen eingehen (und was die PLO-Führung angeht, deutet vieles darauf hin), dann ist die Anerkennung der PLO als Vertreterin des palästinensischen Volks eine für den Imperialismus akzeptable Sache.

Die andere Strömung in der PLO (vor allem die Organisationen PFLP, PFLP-Generalkomande, Arabische Befreiungsfront und Volkskampffront) lehnen die „politische Lösung" ab, sind nicht bereit zu Verhandlungen mit dem Feind und schließen keinen Burgfrieden mit den reaktionären arabischen Regimes. ●

Nahost-Kommission
KB/Gruppe Westberlin

Redaktionelle Anmerkung

Die AK-Redaktion stimmt mit den Westberliner Genossen in der Einschätzung der „friedlichen Lösung"
nicht völlig überein, was die Bereitschaft des US-Imperialismus und des Zionismus zu „Zugeständnissen" angeht. Insbesondere bezweifeln wir
nicht völlig überein, was die Bereitschaft des US-Imperialismus und des Zionismus zu „Zugeständnissen" angeht. Insbesondere bezweifeln wir die Bereitschaft des Zionismus, einen „autonomen palästinensischen Staat" (Westbanks und Gaza-Streifen) zu akzeptieren. Die von den Genossen zitierte Äußerung von Nahum Goldmann ist in diesem Sinn nicht einmal ein „Signal", weil bekannt ist daß die relativ „progressiven" Thesen des Herrn Goldmann zum israelisch-arabischen Verhältnis recht isoliert dastehen und zur Bildung einer Front geführt haben, die die Abwahl von Goldmann als Präsident des zionistischen „Weltkongresses' betreibt. A l l e offiziellen israelischen Politiker haben bisher jeden „Palästinenserstaat" auf den Westbanks schärfstens abgelehnt.

Die AK-Redaktion ist vielmehr der Einschätzung, daß der – ursprünglich wohl vor allem von der Sowjetunion befürwortete – „Palästinenserstaat" von US-Imperialismus und Zionismus in erster Linie benutzt wird, um Spaltung in den palästinensischen Widerstand zu tragen und dessen konsequenteste Kräfte zu isolieren (und schließlich zu zerschlagen), ohne daß dieser „Staat" von US-Imperialisten und Zionisten ernsthaft akzeptiert werden würde.



Palästinensische Guerillas im Krieg gegen die zionistische Armee: Für ein freies Palästina, in dem Juden, Araber und Christen friedlich zusammenleben können.

---

27. Januar: zwei Jahre Vietnam-Abkommen

Es lebe der Befreiungskampf der Völker Indochinas!

Trotz Milliardenunterstützung des US-Imperialismus gelingt es den US-Statthaltern weder in Kambodscha noch in Südvietnam, die Volksbefreiungsbewegung zurückzudrängen oder gar zu schlagen.

Der Ring um Phnom Penh, die Hauptstadt Kambodschas, wird immer enger. Konnte bislang die Stadt nur noch durch Schiffe aus Südvietnam mit militärischem Material und Lebensmitteln versorgt werden, so wurde dieser Weg jetzt von den Kämpfern der Volksbefreiungsarmee unterbrochen; die weitere Versorgung der kambodschanischen Regierungstruppen mit Waffen wurde von der amerikanischen Luftwaffe von Thailand aus unternommen.

In Südvietnam gelingt es dem kämpfenden vietnamesischen Volk und der FNL, weitere Gebiete – zuletzt mit Phuoc Binh die gesamte Provinz Phuoc Long – aus der faschistischen Unterdrückung Thieus zu befreien. Die Thieu-Truppen können nur durch enormen militärischen Aufwand und eine „Politik der verbrannten Erde" ihre endgültige Niederlage hinauszögern. So flogen Bomber der Thieu-Söldner zehn Stunden pausenlos Angriffe gegen die Zivilbevölkerung der befreiten Stadt Loc Ninh – dabei wurde Napalm abgeworfen, vier dichtbesiedelte Stadtteile sind völlig zerstört, die Zivilbevölkerung hat hohe Verluste erlitten.

Trotzdem wird deutlich, daß sich der Gürtel um Saigon immer enger zieht. Das ist auch der Hauptgrund dafür, daß den Kämpfen um Phuoc Binh in der Presse soviel Bedeutung beigemessen wird.

Entsprechend reagierte die US-Regierung auch:

- Bereits am 5. Januar lief der atomgetriebene Flugzeugträger „USS Enterprise" von dem Flottenstützpunkt Subic Bay (Phillippinen) in Richtung südvietnamesische Küste aus, begleitet von zwei Raketenkreuzern, sechs Zerstörern, zwei Begleitschiffen. Auf diesem größten Flugzeugträger der Welt befinden sich 80 Düsenkampfflugzeuge. Zu diesem Zeitpunkt kreuzte der Flugzeugträger „Coral Sea" sowie eine ungenannte Zahl amerikanischer Kriegsschiffe im südchinesischen Meer.
- Das 3. Korps der amerikanischen Marine in Okinawa steht in ständiger Alarmbereitschaft.
- Fortlaufend fliegen US-Bomber sog. Aufklärungsflüge über Indochina und bereiten so die Bombeneinsätze der Thieu-Armee vor.
- Auf die Forderungen Thieus hin, daß seit der Kürzung der US-Hilfe Mangel an Treibstoff und Munition entstanden sei, daß er aber vor allem schwere Maschinen – wie die B 52 benötige, um in seinen Truppen das „Bewußtsein einer begrenzten Widerstandskraft" zu beheben – stellte US-Präsident Ford den Antrag, daß der Kongreß zusätzliche Gelder für Indochina bewilligen solle:
- 300 Mill. Dollar Waffenhilfe für Thieu
- 75 Mill. Dollar ‚Nothilfe' und
- 100 Mill. Dollar für militärische Ausrüstung an Kambodscha.

Das wäre dann allerdings nur die offizielle Unterstützung. Zu den Geldern, die „nebenbei" den US-Lakaien zufließen, gibt der Kongreßabgeordnete Les Aspin in einem Interview an, daß seit dem Abschluß des Waffenstillstandsabkommen (27.1.73) acht Mrd. Dollar nach Südvietnam gegangen sind.

Der Pariser Friedensvertrag war für den US-Imperialismus und die Thieu-Clique nie mehr als ein Fetzen Papier. Ein Jahr nach dem Abkommen legte das Außenministerium der DRV (Nordvietnam) ein Weißbuch vor (vgl. AK 40), in dem der US-Regierung und der Saigoner Verwaltung über 300.000 militärische Verletzungen nachgewiesen werden; daß noch etwa 200.000 politische Gefangene in Gefängnissen und KZ's festgehalten werden, daß in Saigon bis heute eine fast totale Einschränkung demokratischer Rechte besteht, daß Vertreter der ‚3. Kraft' (bürgerliche Opposition gegen Thieu) mit faschistischen Methoden unterdrückt werden (s. AK 52), daß der US-Imperialismus Waffenlieferungen und Militärhilfe in großem Ausmaß leistet.

Angesichts der gescheiterten US-Taktik der „Vietnamisierung" des Krieges (d.h. Vietnamesen gegen Vietnamesen kämpfen zu lassen, wobei die Truppen der US-Statthalter eine waffentechnisch gewaltige Ausrüstung erhalten), ist eine enorme Steigerung an Waffenlieferung und sonstiger Unterstützung durch die US-Regierung zu erwarten, damit eine neue Eskalation des Krieges. Die „Moral" der Thieu-Truppen sinkt allerdings ständig, die Zahl der Menschen, die sich den Volksbefreiungskräften anschließen, steigt, die Thieu-Truppen sind durchsetzt von Korruption – darüber berichtet der „Spiegel" vom 13.1.75:

„Viele denken wie der Soldat Tran Ngo An: ‚Warum sollten wir sterben? Bei der ersten Gelegenheit laufen meine Kameraden zum Vietcong über' " ●

Genossin der Bezirksorganisation Harburg/Wilhelmsburg, KB/Gruppe Hamburg

1. Nationaler Kongreß von Lotta Continua / Italien

Vom 7. bis 12. Januar fand in Rom der 1. Nationale Kongreß der italienischen kommunistischen Organisation Lotta Continua statt. Neben zahlreichen anderen ausländischen Organisationen hatte auch der KB auf Einladung der italienischen Genossen eine Delegation entsandt, die an den letzten drei Tagen dieses Kongresses teilnahm. Aus der BRD nahm außerdem eine Delegation des Sozialistischen Büros teil.

Der Kongreß war umfassend in allen Einheiten der Organisation vorbereitet worden. 85 Konferenzen auf Provinzebene und rund 200 Konferenzen auf Ortsebene hatten zuvor stattgefunden, in denen die vom Nationalen Komitee ausgearbeiteten Thesen diskutiert wurden, um dann auf dem Kongreß, unter den rund 500 Delegierten, eine zusammenfassende Debatte darüber zu erreichen. Folgende Themen wurden in den Thesen behandelt: die Frage der Internationale (und des Internationalismus), die Frage des Imperialismus, die Frage des Staates, die Frage der Streitkräfte, die Frage der Taktik, die Frage des Materialismus, die Frage der Gewalt, die Frage der Partei und des Statuts. Auf dem Kongreß selbst wurden darüberhinaus weitere Ausarbeitungen des Nationalen Komitees vorgelegt: zur kapitalistischen Krise, zur Bündnisfrage, zur Frage des Katholizismus und zur Zeitungsfrage. Über die Gewerkschaftsfrage wurde aufgrund eines mündlichen Referats eines Genossen des Nationalen Komitees diskutiert. Ferner wurden auf dem Kongreß noch Dokumente zur Schulfrage und zur Frage der italienischen Emigranten und damit zusammenhängend zur Auslandsarbeit von Lotta Continua (insbesondere BRD und Schweiz) behandelt.

Sowohl die Thesen und schriftlichen Dokumente als auch die Diskussion auf dem Kongreß selbst waren davon geprägt, anhand dieser Themen die Erfahrungen auszuwerten, die in den zurückliegenden sechs Jahren des Klassenkampfs in Italien gemacht wurden. Besondere Bedeutung kam daher den Diskussionsbeiträgen der Arbeitergenossen aus den wichtigsten Industriezonen zu: von Fiat, von Alfasud, von Alfa Romeo, von Italsider usw. Durch die Erfahrungen, die hier von vielen Delegierten in die Diskussion gebracht wurden, war dieser Kongreß ein echter Ausdruck des Kampfwillens der italienischen Arbeiterklasse und des Bewußtseinsstands ihrer fortgeschrittensten Elemente. Dazu gehörte auch der Geist des Internationalismus, in dem dieser Kongreß abgehalten wurde, und der besonders im begeisterten Empfang des Genossen Edgardo Enriquez, Mitglied der Politischen Kommission des chilenischen MIR, zum Ausdruck kam, der am letzten Tag des Kongresses über die Entwicklung des chilenischen Widerstands und die chilenischen Erfahrungen sprach. Italien zählt heute auch zu den Ländern, wo die chilenischen Erfahrungen aktuell die größte Wichtigkeit haben. ●



LOTTA CONTINUA: 1. Nationaler Kongreß in Rom

„Für das italienische Proletariat ist sehr wichtig, wie stark die Arbeiter in der BRD gegen die Krise kämpfen."

— Interview mit einem Genossen des Comitato Nazionale von Lotta Continua —

Unmittelbar nach Abschluß des 1. sämtliche Organe aus einem einheit-

Unmittelbar nach Abschluß des 1. nationalen Kongresses von Lotta Continua haben wir mit einem Genossen des Comitato Nazionale (nationales Komitee) folgendes Interview geführt.

Welche Bedeutung hat Euer 1. nationaler Kongreß für Eure Arbeit gehabt?

Mit diesem Kongreß haben wir zum ersten Mal in diesem Ausmaß Anstrengungen unternommen, unsere Erfahrungen von sechs Jahren politischer Arbeit theoretisch zu systematisieren. Damit sind nicht nur die verabschiedeten Thesen gemeint, sondern auch die Diskussion selbst, die auf dem Kongreß stattgefunden hat, und die vorbereitende Arbeit. Vor allem ist diese Vorbereitung wichtig gewesen. Auf allen Ebenen der Organisation, in allen Grundeinheiten sowie auf Provinzebene usw. ist über die Grundsätze und Leitlinien unserer politischen Positionen ausführlich diskutiert worden. In diesen Diskussionen hat sich die gewachsene Fähigkeit der Genossen gezeigt, zu allen wichtigen Fragen Stellung zu nehmen.

Zweitens hat uns dieser Kongreß eine erste breite Gelegenheit gegeben, eine Einschätzung der neuen Regierung und der gegenwärtigen Phase des Klassenkampfs, d.h. insbesondere der Restrukturierungspolitik der Bourgeoisie, angefangen von den Fabriken bis hin zur Justiz und Polizei, vorzunehmen. Die Moro-Regierung verkörpert in ähnlicher Weise wie die Schmidt-Regierung in der Bundesrepublik einen Sprung in der politischen Entwicklung. Das Großkapital ist heute mit Hilfe dieser Regierung bestrebt den Staatsapparat umzustrukturieren, um der Klassenbewegung der Arbeiter den Boden zu entziehen und auch die Widersprüche im eigenen bürgerlichen Lager zu überwinden. Das mußte analysiert und die Schlußfolgerungen für den weiteren Kampf der Arbeiterklasse gezogen werden.

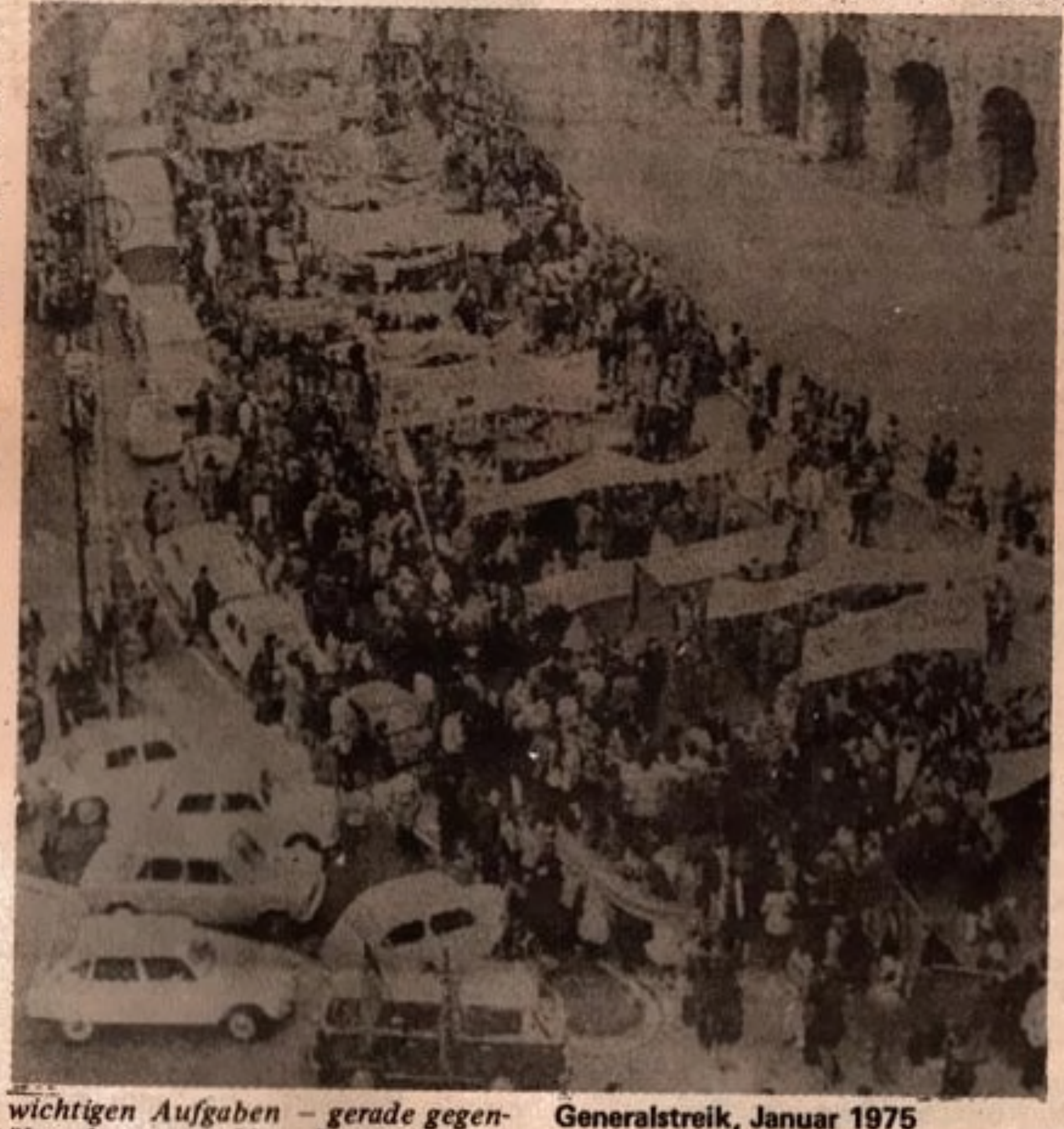
Ein dritter Aspekt ist die innere Demokratie. Zum ersten Mal sind innerhalb der ganzen Organisation sämtliche Organe aus einem einheitlichen Willensbildungsprozeßerwachsen. Damit ist nicht nur die Tatsache der Wahl gemeint, sondern vor allem, daß es dazu eine gründliche politische Diskussion als Fundament gegeben hat. In diesem Zusammenhang ist es auch sehr wichtig, daß zwei Probleme auf dem Kongreß behandelt wurden. Einmal der Vorschlag der Genossen aus Turin, daß das Nationale Komitee mehrheitlich aus Arbeitergenossen zusammengesetzt sein soll. Es hat da eine Abänderung gegeben, die sich darauf bezieht, daß dies nicht streng zahlenmäßig und formal zu verstehen ist. Von prinzipieller Bedeutung ist aber der politische Faktor, daß die Arbeitergenossen auch organisatorisch, auf der Führungsebene unserer Partei, das entscheidende politische Gewicht ausüben müssen. Das ist keine Frage der internen Parteiräson, sondern entspricht unserem Verständnis von der Partei, daß auch auf diese Weise eine enge Verbindung zu den Massen hergestellt wird, indem solche Genossen die Organisation führen, die eng in Massensituationen stehen. Von den 98 Mitgliedern des neugewählten Nationalen Komitees sind 41 Industriearbeiter, und z.B. 15 Frauen.

Zum anderen das Problem einer linken Minderheit in der Mailänder Gruppe und auch in der Gruppe in Pavia. Diese Genossen haben eine heftige Kritik geäußert und vertreten die Auffassung, daß Lotta Continua in Bezug auf die letzten gewaltsamen Massenkämpfe verloren hat. Sie sagen, Lotta Continua würde sich zuviel im Himmel der Politik bewegen, und zu wenig auf direkter und vor allem gewaltsamer Ebene intervenieren. Diese Genossen haben die Möglichkeit gehabt, ihre Positionen voll darzulegen und zur Diskussion zu stellen. Das war wichtig, auch wenn das Ergebnis keine vollständige politische Klärung mit diesen Genossen gebracht hat und einige jetzt wohl austreten werden (1).

Insbesondere ist auch die Qualität der Diskussionsbeiträge der Arbeitergenossen auf dem Kongreß hervorzuheben. Hier hat sich eine deutliche Weiterentwicklung gegenüber unserer nationalen Arbeiterkonferenz vom Juni '74 in Florenz gezeigt (2). Eine große Anzahl der besten Beiträge kam gerade von den Arbeitergenossen – nicht einfach deshalb, weil es Arbeiter waren, die dort redeten, sondern weil in ihren Reden die konkreten Erfahrungen der Klassenbewegung der letzten Zeit zum Ausdruck kamen. Viele dieser Beiträge sind sehr kreativ gewesen und haben zur Weiterentwicklung der Thesen und des politischen Berichts beigetragen.

Soweit man es kurz zusammenfassen kann: Was sind jetzt die nächsten

Kurzarbeit bevor. Der 23. Januar



Generalstreik, Januar 1975

wichtigen Aufgaben – gerade gegenüber der neuen Moro-Regierung und angesichts des bevorstehenden Generalstreiks am 23. Januar?

LC: Vordringlich ist jetzt eine Wiederaufnahme der Arbeiterkämpfe nach der Weihnachtspause. Das muß seinen Anfang nehmen in den grossen Industriezentren. Vor allem geht es dabei um den Kampf für generalisierte Lohnerhöhungen, um die Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, gegen Entlassungen und znr Verteidigung und Verbesserung der Kategorien, d.h. gegen die Entqualifizierung der Arbeitskraft, und um den Kampf zur Erreichung politischer Preise, durch die „autoriduzione" (3). Die Arbeiter müssen ihre Klassenstärke ausnutzen, um eine Reihe von politischen Preisen zu erzwingen. Die Gewerkschaft hat bereits ein Abkommen zur Reduzierung der Strompreise abgeschlossen, das von vielen Kräften begrüßt wurde. Aber tatsächlich ist es kein grosser Erfolg, da dieses Abkommen andererseits viel Disqualifizierung enthält und Spaltungen durch unterschiedliche Behandlung hervorruft. Es geht auch nicht nur um die Strompreise, sondern z.B. auch um die Erhöhung der Gas-, Telefon-, Rundfunk- und Fernsehgebühren. Eine Voraussetzung für den Erfolg ist dabei vor allem die Wiederaufnahme der Kämpfe. Bei Fiat und anderswo stehen weitere Entlassungen und Kurzarbeit bevor. Der 23. Januar ist das Datum der Wiederaufnahme der Kämpfe nach Weihnachten und eine erste große Etappe, wo sich zeigen wird, inwieweit sich die Inhalte des Arbeiterprogramms gegenüber dieser Regierung durchsetzen können, und ob in den Fabriken genügend Kraft besteht, die Kämpfe um neue Verträge vorzeitig zu beginnen. Das heißt nicht unbedingt formal eine vorzeitige Kündigung der Verträge, aber das kann ein Ergebnis davon sein. Wichtig ist dabei, daß dadurch die Kämpfe in den verschiedenen Branchen zusammentreten können. Die Wiederaufnhame dieser Kämpfe bietet dann die Möglichkeit, daß die Arbeiter als Klasse ihre Bedürfnisse in der gegenwärtigen Krise zum Ausdruck bringen.

lichkeit, daß die Arbeiter als Klasse ihre Bedürfnisse in der gegenwärtigen Krise zum Ausdruck bringen.

Im kommenden Frühjahr, Mai oder Juni, werden im ganzen Land Regionalwahlen stattfinden. Es ist möglich, daß dann auch vorzeitig die allgemeinen Parlamentswahlen stattfinden und sich eine günstige Situation für die Arbeiterbewegung entwickelt. Natürlich nicht, daß die Wahlen über den Ausgang des Klassenkampfs entscheiden, sondern umgekehrt, daß der Klassenkampf über den Ausgang der Wahlen entscheidet. Eine möglichst schnelle Wiederaufnahme des Kampfes kann eine weitere Schwächung der Christdemokratie bringen und daß die Arbeiter Forderungen für und an eine Linksregierung herausbilden.

Welches sind nach Eurer Auffassung die nächsten wichtigen Aufgaben des Klassenkampfs, die die revolutionäre Linke in Westeuropa gemeinsam betreffen?

LC: Ich möchte hier drei Punkte nennen: Erstens der Kampf gegen die Nato. Das ist heute ganz aktuell, je näher ein neuer Krieg in Nahost rückt. In einem solchen Fall wären vor allem Italien und die BRD die Nachschubbasen für den Imperialismus in Westeuropa, und der Druck der USA insbesondere auf Italien

Fortsetzung Seite 12



Grußadresse des KOMMUNISTISCHEN BUNDES an den 1. nationalen Kongress von von LOTTA CONTINUA

Liebe Genossen!

Wir möchten eurem 1. nationalen Kongreß und allen Genossen von Lotta Continua die herzlichen solidarischen Grüße unserer Organisation übermitteln.

Wir sind der Meinung, daß es heute verstärkt notwendig als auch wieder möglich ist, daß die revolutionären Organisationen den Weg des proletarischen Internationalismus gehen. Für uns heißt das vor allem, aus den Kämpfen der Arbeiterklasse in anderen Ländern – namentlich in Westeuropa – zu lernen, die internationalen Erfahrungen des Klassenkampfs zu den Erfahrungen des Klassenkampfs in unserem eigenen Land zu machen, und zu einer ernsthaften und solidarischen Diskussion der brennenden Fragen der Arbeiterbewegung auf internationaler Ebene beizutragen. In diesem Sinne ist die Teilnahme an eurem Kongreß für uns ebenso bedeutend wie beispielsweise unsere Teilnahme an der internationalen Diskussion über die chilenischen Erfahrungen, die im letzten Jahr stattgefunden hat.

Wenn der Stand des Klassenkampfs in unserem Land, Westdeutschland, sich gegenwärtig auch weitgehend von dem in Italien unterscheidet, so sind unsere Aufgaben doch die gleichen. Nicht nur, daß wir gemeinsam für das Ziel des Sozialismus kämpfen, sondern auch, daß wir es in beiden Ländern mit dem Versuch der Bourgeoisie zu tun haben, der Arbeiterbewegung durch autoritäre Lösungen das Genick zu brechen. Unsere Solidarität gilt dabei besonders der wachsenden Kraft der italienischen Arbeiterklasse, sich diesem Versuch aktiv entgegenzustellen, was für uns ein lehrreiches Beispiel ist.

Dies ist eine der Ebenen, auf der die revolutionären Organisationen in Westeuropa immer mehr eine gemeinsame Verpflichtung und Verantwortung zu übernehmen haben: die Entwicklung eines neuen tatkräftigen proletarischen Internationalismus im Kampf gegen das Bemühen des Imperialismus, seine Krise mit zunehmend schärferer Repression auf dem Rücken der Arbeiterklasse zu „bereinigen", und damit im Kampf für den Sozialismus. ●

Kommunistischer Bund

Fortsetzung Lotta

und die BRD wird sich verstärken. Es handelt sich also absolut nicht um ein abstraktes, sondern um ein sehr konkretes gemeinsames Kampfgebiet für uns.

Zweitens ist ein wichtiges Problem, daß die Krise und der Umstrukturierungsprozeß im Mittelmeerraum und in Westeuropa die Arbeiterklasse auf internationaler Ebene immer mehr einander annähert. Zum Beispiel ist die Arbeitslosigkeit heute eine internationale Erscheinung und ein internationales Kampfgebiet. Für das italienische Proletariat ist beispielsweise sehr wichtig, wie stark das multinational zusammengesetzte Proletariat in der BRD heute gegen die Krise kämpft. Wenn die Teuerung in Italien weiter so fortschreitet, werden sich auch die italienischen Emigranten in der BRD, die ihre Familien in ihrer Heimat versorgen und unterstützen müssen, stärker zum Kampf gezwungen sehen. Das stellt die Notwendigkeit einer internationalen Solidarität. Aber es betrifft auch die Krise insgesamt. Die aktuellen Angriffe der Kapitalisten in der BRD treffen die Emigranten besonders stark, aber sie treffen diese nicht nur allein – und die Kampfziele der Arbeiter sind in allen Ländern die gleichen.

Drittens ist wichtig, daß wir auf solche Erfahrungen wie die chilenische internationale Kampagnen aufbauen müssen, die der konkreten politischen Konfrontation in allen Ländern dienen. Dies ist ein mögliches Feld für wichtige Aktionseinheiten der revolutionären und fortschrittlichen Kräfte auf internationaler Ebene; z.B. auch in Portugal. Außerdem kann dies dazu beitragen, auch die theoretische Diskussion und ideologische Auseinandersetzung in internationalem Rahmen auf konkrete Füße zu stellen.

(Das Interview wurde über Notizen

(Das Interview wurde über Notizen aufgenommen und geschrieben) ●

Anmerkungen:

(1)Auf dem Kongreß selbst hat ein Delegierter dieser linken Minderheit seinen Austritt erklärt. Einige bürgerliche Zeitungen in Italien, z.B. „il Giorno" und die unter Einfluß der Revisionisten stehende „Paese sera", schrieben zum Abschluß des Kongresses von einer „Spaltung" von Lotta Continua, was aber völlig absurd ist. Bei der linken Minderheit in Mailand handelt es sich zudem überwiegend um eine Gruppe, die zuvor geschlossen in Lotta Continua eingetreten ist und ca. 50 Genossen umfaßt, wobei die Mailänder Ortsgruppe mit insgesamt ca. 1.300 Mitgliedern die stärkste Ortsgruppe von Lotta Continua ist.

(2)Wichtige Themen dieser Konferenz, an der rund 1.500 Arbeiterdelegierte von Lotta Continua teilnahmen, waren die Auswertung der Kampagne um das Ehescheidungs-Referendum und die politische Situation nach diesem Referendum, die u.a. durch die faschistischen Bomben von Brescia gekennzeichnet war. Das Einleitungsreferat des Genossen Franco Platania auf dieser Konferenz haben wir auch in DIE INTERNATIONALE Nr.6 (Juli '74) abgedruckt.

(3)Etwa „Selbstherabsetzung" der Stromrechnungen, der Fahrpreise etc. als organisierte Kampfform der Werktätigen, d.h. daß z.B. nur die Hälfte der Stromrechnung bezahlt wird.

Frankreich

Unternehmer von Arbeitern entlassen!

In der Basse-Normandie, einer landwirtschaftlichen Region, haben die 86 Arbeiter eines Kleinmetallbetriebes am 13. Dezember ihren Unternehmer wegen „Inkompetenz" entlassen.

In Bretoncelles, Ort des Geschehens, existieren einzig und allein zwei Betriebe, der eine davon ist der Betrieb Piron. Bis 1973 klappte alles hervorragend für Piron (der nun entlassene Unternehmer). Er hatte sogar verhindern können, daß sich im Betrieb eine Gewerkschaftssektion bildete. Erst Ende 1973 konnte die CFDT-Gewerkschaft im Betrieb Fuß fassen. 1974 begann die Situation für Piron düsterer zu werden und er versuchte natürlich, seine Schwierigkeiten auf die Rücken der Arbeiter abzuwälzen. Von ursprünglich 113 Arbeitern wurde die Zahl der Belegschaft auf 86 heruntergesetzt. Kurzarbeit wurde eingeführt. (Der Betrieb liefert vor allem Ersatzteile für die in Krise geratene Automobilindustrie, vor allem für Renault.) Noch am 12. Dezember hatten die Arbeiter immer noch nicht ihren November-Lohn ausgezahlt bekommen! Am 12. Dezember, als sie den Betrieb betraten, war nicht mal mehr die Heizung an („Kostenersparnis")! In den Werksabteilungen wurden schon Maschinen demontiert. Die Arbeiter stellten sich daraufhin vor den Lastwagen, der schon Maschinen und Material aufgeladen hatte, um ihn an seiner Abfahrt zu hindern. Dabei stellten sie fest, daß bereits 30 Werkzeuge weg waren. Der Unternehmer lehnte jegliche Verhandlung mit „diesen Leuten" ab. Noch am gleichen Abend wurde daraufhin ein Kampfkomitee zusammengestellt, wo CFDT-Gewerkschafter und Unorganisierte zusammengefaßt wurden.

Am 13. Dezember kündigte die Betriebsleitung an, daß sie keine Abschlagssummen für den Novemberlohn zahlen will. Das machte das Maß voll – die Arbeiter kündigten „ihrem" Unternehmer! Ein Mitglied des Kampfkomitees berichtete darüber mit proletarischer Bündigkeit:

„Aufgrund des Zynismus und der Nutzlosigkeit der Betriebsleitung, aufgrund ihrer permanenten Unfähigkeit, die gestellten Fragen zu lösen, aufgrund ihrer ausdrücklichen Absicht, das Arbeitsinstrument – was unser Betrieb darstellt – zu sabotieren, haben die Arbeiter beschlossen, die Herren Piron, Vater und Sohn, aus dem Betrieb zu entlassen. Um 16 Uhr war das schon eine vollendete Tat, und der Betrieb stand unter der Wache der Arbeiter". (Übersetzung aus: „Revolution", 15. Januar 1975)

Weiterhin heißt es in einem Pressekommunique des Kampfkomitees: *„Die Arbeiter haben die Betriebsleitung entlassen. Wir schlagen die Wahl von vier Arbeitern für die finanzielle Kontrolle des Betriebs vor, zwei Arbeiter, ein Angestellter und ein höherer Angestellter. Diese Kollegen werden die ihnen erteilten Aufgaben zusätzlich zu ihrem normalen Arbeitsplatz machen, ohne besondere Vorteile dabei zu haben, und werden jederzeit durch die Vollversammlung aller Arbeiter abwählbar sein".*

Bereits am 16. Dezember lief die Produktion wieder wie üblich beim Ex-Betrieb Piron. Doch die produzierten Teile blieben im Betrieb. Für die Arbeiter ging es nur darum aufzuzeigen, daß sie keine Chefs brauchen, um die Maschinen in Gang zu bringen. Sie lehnten es ab, den Unternehmer einfach zu ersetzen, das heißt seine Verantwortungen – wie sie im Kapitalismus sind – zu übernehmen. So haben sie auch strikt das Angebot von Renault abgelehnt, dem Betrieb die geforderten Ersatzteile zu liefern – Renault wollte sie sogar bar bezahlen!

Das Ziel der Arbeiter ist die Beibehaltung ihres Arbeitsplatzes und die Beibehaltung aller bisher erkämpften gewerkschaftlichen Errungenschaften.

Am 24. Dezember gab Piron – der Sohn – seinen „Rücktritt" offiziell bekannt. Vom Handelsgericht eingesetzte provisorische Verwalter wurden von den Arbeitern wieder weggeschickt, weil sie denen „kein Vertrauen schenken" konnten.

Am 7. Januar wurde per Gerichtsbeschluß die Räumung des Betriebs angekündigt. Die Arbeiter lehnten es ab, den Betrieb zu verlassen und bereiteten sich auf den Eingriff der Bullen vor. Unter dem Vorwand, ein Gewerkschafter sei verhaftet worden, forderte die CFDT-Sektion die Arbeiter dann zur freiwilligen Räumung auf.

Die Arbeiter folgten dieser Aufforderung – aber sie haben einen „Kriegsschatz" an sicherer Stelle deponiert (sieben Tonnen Material, vor allem Ersatzteile für Renault). Sie wollen dieses Material nur gegen die Absicherung ihres Arbeitsplatzes eintauschen.

Am 8. Januar besetzten sie dann statt ihres Betriebes die Bürgermeisterei des Ortes, wo sie sich samt Kartenspiel, Büchern und Flaschen gemütlich einrichteten.

Bei der ganzen Schilderung dieses Kampfes muß man berücksichtigen, daß dieser sich in einer ausgesprochen ländlichen Gegend, ohne Kampftraditionen, abspielt. Von daher sind auch die Möglichkeiten einer Solidaritätsbewegung sehr eingeschränkt (teilweise wird dort das Wort Kommunist noch als Schimpfwort gebraucht, wobei die Unternehmer „Heilige" sind, auf jeden Fall unantastbare Personen) und die Spaltungs- und Isolierungsmöglichkeiten umso größer.

Nach der Besetzung der Bürgermeisterei haben die Arbeiter den Festsaal von Bretoncelles besetzt. Sie bereiten sich jetzt auf einen längeren Kampf vor. Jeden Tag werden Vollversammlungen durchgeführt. Damit der Kampf alle einbezieht, sind Kommissionen geschaffen worden. Um den Spaltungsversuchen zu entgegnen, haben sie einen Beschluß gefaßt, wonach sie jedes individuelle Arbeitsplatz-Angebot ablehnen wollen. Vor allem versuchen sie jetzt, die Unterstützung für ihren Kampf zu organisieren. Am 19. Januar sollte eine Solidaritätsveranstaltung stattfinden, woran sich Delegationen der LIP-Arbeiter und aus den momentan bestreikten und besetzten Druckbebetrieben beteiligen sollten.

Der Kampf geht noch weiter!

19.1.75 ●

Frankreich-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

Italien:

das jede Frau, die gezwungen ist, ab-

fen hatten. Die Polizei, die die Er-

Italien:

Breite Kampffront gegen das Abtreibungsverbot

Am Nachmittag des 9. Januar brach ein massives Carabinieri-Aufgebot in ein medizinisches Zentrum in der Nähe von Florenz ein. Die Klinik, in der Abtreibungen durchgeführt werden, wird vom CISA (centro informazioni sterilizazzioni e aborto) betrieben und von der Radikalen Partei unterstützt.

Der Arzt Giorgio Conciani wurde unter der Anklage der „Mitwirkung an einer Abtreibung und einer kriminellen Vereinigung" auf der Stelle verhaftet. Über 50 Personen, unter ihnen 15 Frauen, die gerade behandelt worden waren, wurden festgenommen und ohne großes Federlesen von den „tapferen" Kriegern in eine benachbarte Kaserne geschleppt. Während einige Personen in der Nacht wieder freigelassen wurden, wurden andere – Frauen und Klinikpersonal – weiter festgehalten. Inzwischen wurden drei Krankenwärter, ein Soziologe und acht Frauen mit derselben Begründung verhaftet.

Am Montag, den 13.1. wurden in diesem Zusammenhang ebenfalls Haftbefehle gegen den Journalisten und Sekretär der Radikalen Partei, Gianfranco Spadaccia, gegen die Vorsitzende des CISA, Adele Faccio und gegen das CISA-Mitglied Marco Pannella ausgestellt.

In einem Kommunique haben das CISA, die Radikale Partei und die Bewegung zur Befreiung der Frau öffentlich die politische Verantwortung für die Abtreibungen übernommen und erklärt, daß der seit zwei Jahren geführte Kampf gegen die Kriminalisierung und für das Recht auf Abtreibung und die materielle Unterstützung bedürftiger Frauen unvermindert fortgesetzt wird.

In Kürze will das CISA drei weitere medizinische Zentren in verschiedenen Städten Italiens einrichten.

Solche Zentren bieten gerade auch proletarischen Frauen, die nicht wie die Bourgeois-Frauen teure Privatkliniken in Anspruch nehmen können und deshalb häufig genötigt sind, sich unter gesundheitsschädigenden und lebensgefährlichen Bedingungen irgendwelchen Pfuschern auszuliefern, die Möglichkeit, unter angemessenen hygienischen und sanitären Bedingungen und zu akzeptablen Preisen eine Abtreibung vornehmen zu lassen.

In den CISA-Kliniken wird die moderne und sichere Karmann-Methode angewandt. In dem bis jetzt einzig wirklich effektiven Zentrum in Mailand, an das sich auch Frauen aus anderen Städten wenden, wurde 1974 4 000 Frauen geholfen. Der Preis ist – auch im Vergleich mit anderen westeuropäischen Ländern – realtiv niedrig: 100 000 Lire (ca. 400,–DM); ein Teil des Geldes wird in einem Fond angelegt, der es ermöglicht, auch Frauen zu unterstützen, die diese Summe nicht aufbringen können.

Diese Aktivitäten des CISA und der Radikalen Partei sind bereits seit zwei Jahren bekannt und sind eine öffentliche Herausforderung an das heute noch gültige faschistische Gesetz „zum Schutz der Rasse" (!!), das jede Frau, die gezwungen ist, abzutreiben, kriminalisiert.

Jüngst hat die PSI – wohl mit Blick auf die Wählergunst – im Parlament einen – äußerst gemäßigten Gesetzentwurf zur Abtreibung eingebracht. In diesem Licht sind die derzeitige Offensive gegen die Abtreibung und ihr Zeitpunkt sicherlich kein Zufall. Der Polizeiüberfall, die zahlreichen Verhaftungen und Anzeigen sind offensichtlich das Startsignal für ein Klima der Hexenjagd.

Bislang wurden die staatlichen Maßnahmen gegen die Abtreibung vor allem von einer schweinischen Hetzkampagne der faschistischen und extrem reaktionären Presse, faschistischen Abgeordneten sowie von Repräsentanten des katholischen Klerus vorbereitet und ergänzt. So hatten die MSI-Faschisten eine Stunde (!) vor der Polizeiaktion beim Magistrat eine Anzeige gegen die Florenzer Klinik erwirkt. Weitere Anzeigen gegen eine Mailänder Klinik kündigte der faschistische Senator Pisano an! Ebenfalls am 9. Januar brachte die faschistische Wochenzeitung „Candido" einen wüsten Hetzartikel heraus, der gegen die „Rote Abtreibungsindustrie" wetterte.

Die Provokationen von Polizei und Faschisten blieben allerdings nicht unbeantwortet: Bereits am 12.1. wurde in Florenz eine Demonstration durchgeführt, zu der das CISA und die Radikale Partei, die Bewegung zur Befreiung der Frau und verschiedene Frauenrechtler-Gruppen, die für die Freiheit der Abtreibung kämpfen, und die Organisationen der revolutionären Linken Lotta Continua, Avantguardia Operaia und PDuP per il comunismo (Manifesto) aufgerufen hatten. Die Polizei, die die Erlaubnis zur Demonstration zweimal verweigert hatte, zog es angesichts der Mobilisierung und der Kampfbereitschaft der Frauen und Genossen, die sich auf der piazza Santa Croce versammelten, vor, nicht einzuschreiten. (Gegen eine Versammlung **der Faschisten** zum Thema „Gesundheit der Rasse" am Vormittag desselben Tages hatte die Polizei allerdings nichts einzuwenden gehabt).

8 000 Frauen und Genossen demonstrierten gegen den provokatorischen Überfall, die Verhaftungen und Anzeigen und für das Recht auf Abtreibung unter den Parolen: **„L'aborto non e reato, e un diritto del proletariato"** *(Die Abtreibung ist kein Verbrechen, sie ist ein Recht des Proletariats),* **„l'aborto clandestino rende milioni, questa e la morale dei preti e dei padroni"** *(Die heimliche Abtreibung bringt Millionen ein, das ist die Moral der Pfaffen und Kapitalisten)* und richtungsweisend: „fuori le donne che hanno abortito, dentro Fanfani e il suo partito" (Heraus mit den Frauen, die abgetrieben haben (aus dem Gefängnis) rein mit Fanfani und seiner Partei).

In den folgenden Tagen fanden Proteste aller Art (Saalveranstaltungen, Straßenkundgebungen, Massendemonstrationen) in ganz Italien statt. In Rom demonstrierten Tausende am 15.1. Es sprachen u.a. Vertreter der kommunistischen Organisation ‚Lotta Continua' und der revisionistischen Partei (PCI); eine Solidaritätsadresse der Metallergewerkschaft FLM wurde verlesen.

Am 18.1. demonstrierten erneut Tausende in Rom, Mailand und Turin – darunter über 10 000 allein in Rom. ●

KB/Gruppe Westberlin

England:
„Anti-Terror-Gesetz": Vorbeugehaft und Ausweisungen

Seit dem 1. Dezember 1974 ist in England ein „Anti-Terror-Gesetz" in Kraft (siehe auch AK 53, „Blutbad in Birmingham"), das der Polizei u.a. das Recht gibt, Menschen mit Zustimmung des Innenministers sieben Tage ohne Haftbefehl festzuhalten. Außerdem gibt es dem Innenminister das Recht, Iren aus England auszuweisen.

Während auf der einen Seite, in Verbindung mit den Waffenstillstandsangeboten der IRA-Provisionals, kleine Zugeständnisse von den englischen Imperialisten gemacht wurden (am 1. Januar wurden 20 und am 15.1. nochmals 25 Internierte vorzeitig freigelassen), wird in England selbst umso brutaler gegen die dort lebenden 800.000 Iren vorgegangen.

Bis zum 9.1. waren 21 Iren ausgewiesen; 50 Menschen, darunter auch Engländer, wurden bis zu sieben Tagen in Haft gehalten.

18 der ausgewiesenen Iren verschwanden sofort in Internierungslagern.

Wenn die Betroffenen von ihren Ausweisungen erfahren, haben sie 48 Stunden Zeit, dagegen Einspruch zu erheben, was bei den bisherigen Fällen, soweit bekannt, allerdings nie Erfolg hatte. ●

„Abtreibung für immer verboten"? ? ? ?

Fortsetzung von Seite 1

stein sowie von 192 der 234 Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion). In all diesen Klagen war enthalten, daß der straffreie Schwangerschaftsabbruch in den ersten drei Monaten (Fristenregelung) für „verfassungswidrig" erklärt wird, weil er der Verpflichtung des Staates zum Schutze des neugeborenen Lebens (Recht auf Leben, Artikel 2 des Grundgesetzes) nicht „gerecht" werde.

Frauen haben nichts zu lachen – alles soll beim Alten bleiben

Die Frauen sollen weiterhin: einer doppelten Belastung durch Haushalt und Beruf ausgesetzt sein. Bei der jetzigen steigenden Arbeitslosigkeit wird es den Kapitalisten ein Leichtes sein, die Frauen nach einer Entbindung nicht wieder an ihren Arbeitsplatz zu lassen.

Die Frauen sollen weiterhin: erfahren müssen, daß jedes Kind Senkung des Lebensstandarts bedeutet.

Die Frauen sollen weiterhin: mit einer Reihe von sozialen Nachteilen bei der Geburt ihrer Kinder fertig werden müssen, wie: oftmals Unterbrechung der Ausbildung, Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche etc.

Vor allem das Übelste und Erniedrigendste soll für **die Frauen weiterhin** bestehen bleiben: zu jenen Ärzten gehen zu müssen, die die übelsten Verächter der Frauen sind (alle Standesorganisationen der Ärzte haben sich gegen die Fristenlösung und sogar gegen die soziale Indikationslösung ausgesprochen). Die Frauen sollen weiterhin zu jenen Ärzten gehen müssen, die ihr Parasitendasein in Form von „Freiheit" und „Unabhängigkeit" bis aufs Letzte verteidigen und gegenüber den Frauen weiterhin ausnutzen werden.

Die 300 fortschrittlichen Ärzte, die sich selbst bezichtigt haben, eine Abtreibung ohne finanziellen Vorteil vorgenommen zu haben und weiterhin vorzunehmen, werden bei Nichtdurchkommen der Fristenlösung möglicherweise mit verstärkter strafrechtlicher Verfolgung rechnen müssen und wahrscheinlich auch mit verstärkten Diskriminierung ihrer ärztlichen Standesorganisationen, und eventuell könnten sie sogar mit Berufsverboten belegt werden.

Wenn wir im ARBEITERKAMPF Nr. 43 schrieben: „ ... *bei der Debatte um den § 218 ist allerdings nicht an eine ernstgemeinte Reform gedacht, vielmehr geht es darum die Gesetzgebung der gesellschaftlichen Realität anzupassen (500.000 bis 1 Mill. Abtreibungen jährlich!) und damit die Abtreibung zugleich stärker unter Kontrolle zu bringen*" und weiter: „ ... *die ‚Reform' zur Änderung des § 218 ist eine typisch sozialdemokratische Reform, eine Reform, die nichts kostet, die am Grundsätzlichen nichts ändert, ... ohne aber den § 218 völlig zu streichen und damit dieses Mittel zur Unterdrückung der Frau abzuschaffen, aber im Interesse des Kapitals die Abtreibung unter staatliche Kontrolle zu stellen ...*" und weiter schrieben, daß die *„Liberalisierung des § 218 unter dem Eindruck des Stimmungsumschwungs in der Bevölkerung"* von der SPD neu diskutiert wurde, so können wir jetzt sagen, daß sich das politische „Klima" zur Zeit eben auch entsprechend gewandelt hat, daß die Reaktionäre es wagen können, nicht die kleinste Reform (auch wenn diese sogar in mancher Hinsicht günstig fürs Kapital ist) zuzulassen.

Die Unterdrückung der Frauen und die Disziplinierung der arbeitenden Bevölkerung kommt in diesem Tauziehen um die Regelung des § 218 nur zu deutlich heraus.

Die ganze Demagogie wird deutlich, wenn hier über die minimalsten Rechte der Frauen „verhandelt" wird, und auf der anderen Seite große Lobgesänge auf das „Jahr der Frau" gemacht werden.

Die Schultern der Frauen sind breit und eines Tages werden sie sich gemeinsam mit ihren Kindern und Männern von dieser Entwürdigung befreien! ●

Eine Genossin aus St. Georg
KB/Gruppe Hamburg

500 ausländische und westdeutsche Arbeiter demonstrieren in Darmstadt



Am 18.1. fand in Darmstadt eine Demonstration überwiegend ausländischer Arbeiter statt, zu der eine Aktionseinheit aufgerufen hatte, darunter ein Komitee türkischer, griechischer und italienischer Arbeitergruppen, der Bund Demokratischer Jugend (BDJ) und der „KPD"-Sympatisantenkreis. Die Initiative zu dieser Demonstration war vom Türkischen Arbeiterverein ausgegangen. Auch in Bielefeld und Dortmund fanden ähnliche Demonstrationen statt.

Als die Demonstration in Darmstadt sich am Luisenplatz sammelte, waren es zunächst 200 Teilnehmer, vor allem ausländische Kollegen. Während des Marsches durch die Wohngebiete wuchs der Zug dann auf rund 500 an (die „Frankfurter Rundschau" schrieb von 1.000 Teilnehmern, was aber – ausnahmsweise mal – etwas übertrieben ist). Hauptsächlich wurde von den Demonstranten die wachsende Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, von denen die ausländischen Arbeiter in der BRD am härtesten betroffen sind, und die politische Rechtlosigkeit der Ausländer in unserem Land angeklagt. Gegen diese Krisenpolitik der Kapitalisten wurde gefordert: **„Ausländische Arbeiter, westdeutsche Arbeiter – eine Kampffront!"**

Vor allem über diese Parole hatte es zuvor auf den Treffen der Aktionseinheit eine heftige Auseinandersetzung gegeben. Der KBW, der anfangs auch an diesen Treffen teilnahm, meinte in zugleich dummer und arroganter Art zu dieser Parole, daß sie falsch sei, weil dies bereits ein vorhandener Zustand sei. Überhaupt bezeichnete er diese geplante Demonstration von vornherein als einen „Ausdruck der Spaltung" – was er natürlich nicht näher begründen konnte. In der „KVZ" wurde dem jedoch später ein sauberes und auf Stichhaltigkeit geprüftes Argument nachgeschoben: daß diese Demonstration nämlich „abgesondert von den Gewerkschaften" stattgefunden habe ...

Wie man sieht, betreibt der KBW nicht nur in Hamburg (vgl. Artikel in diesem AK) Arschkriecherei ‚bis zum Geht nicht mehr' gegenüber den DGB-Führern!

Die Demonstration in Darmstadt ist als ein wichtiger Erfolg anzusehen. Wieviel auf dem Weg zur Herstellung einer gemeinsamen Kampffront von ausländischen und westdeutschen Arbeitern aber tatsächlich noch geleistet werden muß, zeigten auch die teilweise sehr unerfreulichen nationalistischen und rassistischen Sprüche mancher Leute am Straßenrand. Das Gift dieser gefährlichen Ideologie, das aus allen Kanälen der bürgerlichen Massenpresse verbreitet wird, hat leider bei vielen Menschen schon eine gefährliche Aufnahme gefunden. Dies zurückzukämpfen liegt aber nicht nur im Interesse der davon betroffenen ausländischen Arbeiter – sondern auch der westdeutschen Arbeiter selbst. ●

KB/Gruppe Frankfurt
nach Berichten Darmstädter Genossen

IGM-Führer verhöhnen ausländische Kollegen

Die Führung der IG-Metall hat kürzlich ihren „Geschäftsbericht 1971 - 1973" vorgelegt. In diesem über 500 Seiten umfassenden Bericht sind dem Komplex „Ausländische Arbeitnehmer" ganze 3 Seiten gewidmet, ohne daß dort allerdings über die anstehenden Probleme und Wege zu ihrer Lösung berichtet wird. Stattdessen werden dort Zahlen über die Mitgliederentwicklung und mögliche weitere „Mitgliederkapazitäten" zitiert. Als Aufgabe der IGM wird dann formuliert: *„Aus den bisher gewonnenen Erfahrungen hat es sich erhärtet, daß die Integration der ausländischen Arbeitnehmer in den gewerkschaftlichen Organisationsbereich notwendig ist."*

Die Begründung für diese notwendige Verstärkung „gewerkschaftlicher" Arbeit unter den ausländischen Arbeitern wird dann bezeichnenderweise im Abschnitt „Politischer Extremismus" geliefert:

Mit Bezug auf die in hohem Maß von ausländischen Kollegen getragenen spontanen Streiks 1973 (Ford, Hella, Pierburg u.a.) heißt es dort, daß „Linksextremisten" *„die Sprachunkenntnis und die geringere Vertrautheit gewisser Nationalitätengruppen mit der gewerkschaftlichen Arbeit in diesem Lande für extremistische Zwecke ausbeuten."*. – Für diese „geringe Vertrautheit" gibt es allerdings gute Gründe: schließlich sind die IGM-Führer während der Streiks den ausländischen Arbeitern brutal in den Rücken gefallen und haben sich zu Befürwortern der Polizei-Einsätze gegen die Kollegen gemacht.

In der IGM sind über 300.000 ausländische Arbeiter organisiert, was 12,1% aller Mitglieder entspricht. Der Organisationsgrad der ausländischen Arbeiter ist mit 40,7% nicht so sehr viel geringer als der der westdeutschen Arbeiter mit etwas über 50%. Während aber 12,1% der IGM-Mitglieder Ausländer sind, stellen diese nur 4,7% der gewerkschaftlichen Vertrauensleute und 2,2% der Betriebsräte.

In den höheren Funktionen der IGM sieht das Bild noch wesentlich schlechter aus: So waren auf dem IX. IGM-Kongreß (September 1974) unter 524 Delegierten ganze s e c h s ausländische Kollegen, also kaum mehr als 1%! In den Führungsgremien der IGM sind überhaupt keine Ausländer zu finden.

Das zeigt, zusammen mit der feindseligen Haltung der IGM-Führer gegenüber Kampfaktionen ausländischer Arbeiter und ihrer Unterstützung der ausländerfeindlichen Regierungspolitik (Einstellungsstop gegen Ausländer, Aufenthaltsbeschränkungen in bestimmten Gebieten), daß das Gerede der IGM-Führer von der angeblich angestrebten „Integration" der ausländischen Arbeiter in der BRD ein leerer Schnack ist, daß es ihnen vielmehr darum geht, die selbständigen Kampfaktionen und Aktivitäten der ausländischen Arbeiter zur Durchsetzung ihrer Interessen ins ordnungsgemäße – sprich: dem Kapitalismus angepaßte – Fahrwasser der Politik der Gewerkschaftsführer zu lenken. ●

Demag, Werk Kalletal:
Kollegen kämpfen gegen



die IGM-Führer während der Streiks den ausländischen Arbeitern brutal in den Rücken gefallen und haben sich zu Befürwortern der Polizei-

der ausländischen Arbeiter zur Durchsetzung ihrer Interessen ins ordnungsgemäße – sprich: dem Kapitalismus angepaßte – Fahrwasser der Politik der Gewerkschaftsführer zu lenken. ●

Demag, Werk Kalletal:

Kollegen kämpfen gegen Schließung des Werkes

Seit Donnerstag, dem 9. Januar, wehrt sich die Belegschaft des Werkes Kalletal/Ostwestfalen mit Streiks und Protestversammlungen gegen die geplante Stillegung des Betriebes bis Ende dieses Jahres. Auf einer stürmischen Betriebsversammlung am 9.1. wurde Demag-Vorstandsmitglied Köster ausgepfiffen und ausgebuht. An diesem und am darauffolgenden Tag wurde durch Streik der Betrieb lahmgelegt.

Die Maschinenfabrik in Kalletal produziert hauptsächlich Spritzgußmaschinen. 1970 wurde der Betrieb (vormals Stübbe) von der Demag aufgekauft und in ihre Sparte Kunststofftechnik eingegliedert. Bereits 1972 wurde zum ersten Mal von Schließungen des Werkes geredet. Nach Protesten der Belegschaft gegen die Stillegungspläne „begnügte" sich der Demag-Konzern zunächst damit, die Firma radikal zu „durchforsten" und die Belegschaft von 1.290 auf 680 Beschäftgite im wahrsten Sinne des Wortes „herunterzubringen" (bis Oktober 1974). Laut „UZ" (Zeitung der DKP) vom 17.1.75 erklärte der Betriebsrat *„in aller Öffentlichkeit, daß er*



Kollegen des Demag-Werkes in Kalletal protestieren gegen die geplante Stillegung des Werkes

künftig keine einzige Entlassung mehr unterschreiben werde". Offensichtlich hat auch er erkannt, daß der Demag-Konzern von vornherein keine Absetzung seiner Stillegungspläne im Auge hatte, sondern mit der Weiterführung des Werkes seit 1972 lediglich beabsichtigt hatte, durch „schleichende Entlassungen" die Zahl der in Frage kommenden „Nutznießer" eines Sozialplanes möglichst gering zu halten.

Auch noch in der letzten Zeit wurden zahlreiche Entlassungen vorgenommen: Seit Oktober 1974 bis heute ist die Belegschaftszahl noch weiter gesunken. Sie beträgt jetzt ganze 600 Kollegen.

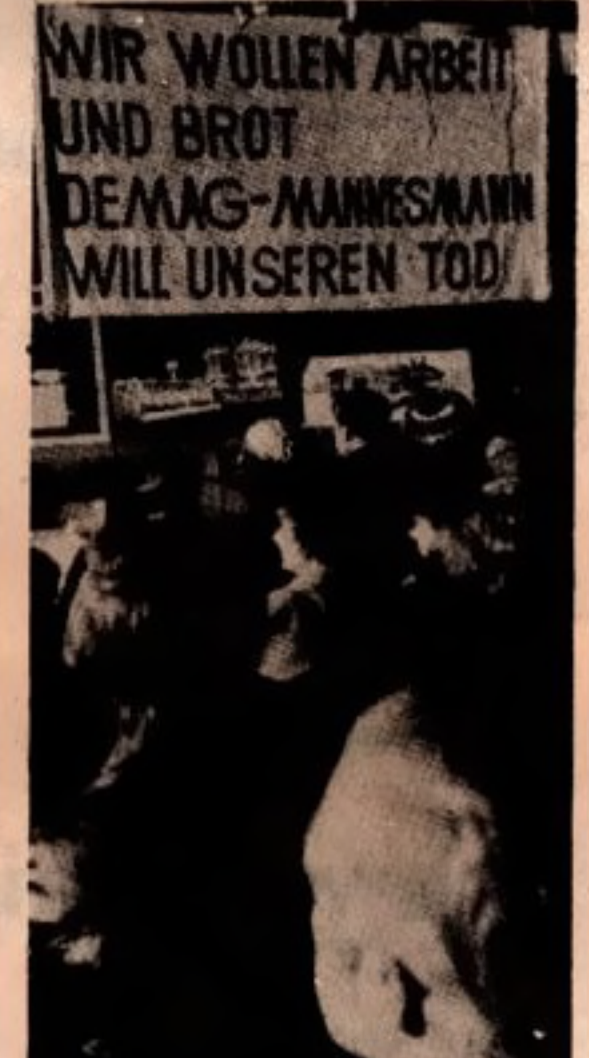
Wie der Betriebsratsvorsitzende Ackermann in einem „UZ"-Interview (vom 17.1.75) erklärte, *„....kaufte der Demag-Konzern die Maschinenfabrik ‚Stübbe' als Konkurrenzunternehmen auf* (1970)". Weiter sagte er: *„Trotz aller großen Versprechungen der Demag-Konzernleitung ist uns heute klar, daß Demag die Maschinenfabrik ‚Stübbe' systematisch kaputtmachen wollte".* ...Bekräftigt wird diese Einschätzung durch die Tatsache, daß *„...die finanzielle Hilfe des Landes* (Nordrhein-Westfalen, Anm. Red.), *die erneut in den letzten Wochen angeboten wurde...",* vom Demag-Konzern ebenso abgelehnt wurde, wie *„...einen Rückkauf durch den ehemaligen Besitzer Stübbe."* (Ebenda)

Es ist also klar, „Stübbe" hat die Demag-Kapitalisten bei ihrem Vormarsch zur Marktbeherrschung bei Spritzgußmaschinen behindert: Nach der Logik des Kapitals wird dieser lästige Konkurrent „ausgeschaltet". Für die Kapitalisten ist „Stübbe" überflüssig.

Für die Belegschaft und für die Bevölkerung Kalletals (rund 15.000 Einwohner) **aber hat das Werk eine ganz andere Bedeutung: Die Fabrik mit z.Z. noch knapp 600 Beschäftigten liegt im Raum Bielefeld. Dort beträgt die Arbeitslosenquote bereits über 5 %. Für den Großteil der Kollegen würde die Stillegung bedeuten: Einzug ins Heer der Arbeitslosen, da in näherer Umgebung keine geeigneten Arbeitsplätze vorhanden sind. Die nächstgrößere Stadt – Bielefeld – liegt 50 km ab – und hier sieht die Lage nicht viel anders aus. Hinzu kommt, daß rund 50 Zulieferbetriebe des Werkes Kalletal bei Schließung des Werkes ebenfalls schließen würden oder aber mindestens Kurzarbeit einführen würden.**

So erklärte sich auch der Unmut, der weit über die Belegschaft selbst hinausgeht und selbst den Bürgermeister zu einer Protesterklärung veranlaßte.

Am 14.1.75 trafen sich der Betriebsrat des Demag-Werkes mit Vertretern der Konzern- und Spartenleitung zu einer „Kommissionssitzung". Offenbar sollte hier über die weitere „Zukunft" des Werkes gesprochen werden. Nachdem sich klar zeigte, daß es keine Zukunft mehr geben sollte, verließ der geschäftsführende Ausschuß des Betriebsrates die Sitzung unter Protest. Dabei wiesen sie auf die zum folgenden Tage vereinbarten Gespräche mit dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Kühn (SPD) hin, bei denen offensichtlich über eine Staatsbeteiligung oder aber (was wahrscheinlicher ist) über eine Staatshilfe bei Übernahme des Werkes durch die Belegschaft verhandelt werden sollte.



Demonstration gegen die Entlassung von 640 Arbeitern und Angestellten der Demag-Maschinenfabrik in Kalletal.

Der IG Metall-Bevollmächtigte Reichel vom Kreis Lippe hatte auf der Betriebsversammlung am 9.1.75 den Vorschlag gemacht, das Werk in die Hände der Kollegen zu übergeben, was teilweise von der Belegschaft begeistert begrüßt worden war. Auch der Betriebsratsvorsitzende sympathisiert mit diesem Vorschlag. Tatsache bleibt allerdings, daß man der kapitalistischen Rationalisierungswelle nicht mit „sozialistischen Inseln" in demselben Kapitalismus begegnen kann. In eine bessere Richtung scheinen die Aktionen der Arbeiter zu gehen: Am 14.1.75 (dem Tage der Kommissionssitzung) verrammelten sie (bis auf eines) die Tore, schalteten im gesamten Betrieb den Strom ab und versammelten sich vor dem Tagungsort der Kommission mit Transparenten wie:

„Hängt Köstler & Wenzler!" ●

Betriebszelle Demag-Conz
KB/Gruppe Hamburg

„Für Ausländer kein Zutritt"

– Ein Leserbrief –

Nachdem ich den Leitartikel über die chauvinistische Hetze der BRD-Imperialisten gegen Ausländer im AK Nr. 54 gelesen hatte, fiel mir gleich ein gutes Beispiel dafür ein.

Mit Schildern wie: *„ Deutscher Club", „Club, nur für Mitglieder"* oder Sätze wie: *„Das ist ein Lokal für Deutsche", „Könnt ihr nicht lesen, verschwindet!"* und *„orientalisch aussehende Ausländer unerwünscht"* werden in Hannover Gaststätten und Tanzlokale für die 38.600 Ausländer in dieser Stadt gesperrt. Die scheinheiligen Begründungen der Gastronomen gleichen sich fast alle: „Angst vor ausländischen Kriminellen", vor „Banden und Zuhältern" und dem „Defizit bis zum Konkurs", durch „Alkohol schnell aggressiv werdenden ausländischen Arbeitern" usw. In einem Brief an Oberbürgermeister Schmalstieg protestierte sogar die IG Chemie gegen die Diskriminierung der ausländischen Kollegen.

Ein Appell an die Arbeiter, diese rassistische Provokation massiv zurückzuweisen, wäre m.E. da angebrachter.

Schmalstieg appellierte daraufhin an die Gastwirte, sie sollten ihren Entschluß überprüfen; sollte es so bleiben wie bisher, müßte man die Deutschen einmal bitten zu überlegen, ob sie noch weiter diese Lokale besuchen.

Was hinter alledem steckt, ist die bürgerliche, besonders die Springer-Hetze, gegenüber allem, was südlich der Alpen wohnt; ist Ausdruck der von der westdeutschen Bourgeoisie vorangetriebenen Spaltung zwischen deutschen und ausländischen Kollegen! ●

Ein Sympathisant aus Hannover

Hanomag- Henschel, Hamburg

Funktionsentzug – pünktlich zur Betriebsratswahl!

Wie wir bereits letztes Jahr im AK berichteten, wurde im Mai 74 gegen einen Vertrauensmann von Hanomag ein Verfahren „zur Feststellung gewerkschaftsschädigenden Verhaltens" durchgeführt. Nach Durchführung dieses Scheinverfahrens sprach das „Hohe IG-Metall Gericht" einen sechsmonatigen Funktionsentzug aus – der allerdings noch vom Vorstand der IGM bestätigt werden mußte. Dies geschah jetzt. In einer Sitzung am 10.12.74 befaßte sich der Vorstand mit der Angelegenheit und sprach den Funktionsentzug bis zum 15. Juni 75 aus.

Damit hat der Vorstand seinen (vermeintlichen) Schlußstrich unter die nunmehr ein Jahr dauernden Auseinandersetzungen gezogen – just zu dem Zeitpunkt, zu dem die Betriebsratswahlen stattfinden.

Lt. Vorstandsentscheidung darf der Kollege nunmehr nicht auf der IG-Metall-Liste als Betriebsrat kandidieren, da er damit ja auch für eine gewerkschaftliche Funktion kandidieren würde.

Dieses Vorgehen, den fortschrittlichen Kräften im Betrieb eine Kandidatur auf der IG-Metall-Liste unmöglich zu machen, spiegelt sich in jeder Beziehung im Werk, in den konkreten Wahlvorbereitungen wider. So erfuhren die Kollegen nur durch Zufall, daß auf der VK-Sitzung am 22.1. die Kandidaten für die IGM-Liste ausgekungelt werden sollten. Zugelassen als Kandidaten sind von vornherein nur Vertrauensleute. VK-Leiter W. Steiner begründete dies damit, daß im VK ohnehin die gewerkschaftlich aktivsten Kollegen sitzen ... ... die aktivsten Sozialdemokraten, das stimmt. (Die Linken hat man rechtzeitig im VK kaltgestellt – Funktionsentzug, Verhinderung von Nachwahlen, Versetzungen etc.) Wollen „normal sterbliche" IG-Metall-Mitglieder trotzdem kandidieren, so wird offen zugegeben, daß dies automatisch den Gewerkschaftsausschluß „nach sich zieht"! (Da die Kandidatur dann nur noch auf einer eigenen Liste von IG-Metall-Mitgliedern möglich ist!)

Es deutet sich bereits an, daß die alte Betriebsratsführung, über ihre gesicherten Machtverhältnisse im Vertrauenskörper, sich selbst als einzige wesentliche Kandidaten aufstellen will.

Ganz so einfach wird ihnen dies aber ganz sicher nicht gelingen: zum einen werden eine ganze Reihe „normale" IG-Metallmitglieder mit allen Mitteln versuchen, auf der offiziellen IG-Metall-Liste zu kandidieren, zum anderen wird auch der seiner Funktion entzogene Vertrauensmann versuchen, wegen Wahlbehinderung etc. eine einstweilige Verfügung gegen den Vorstandsbeschluß zu erwirken. ●

Betriebszelle Hanomag
KB-Gruppe Hamburg

Hamburger Stahlwerke:

Urteil mit Nachgeschmack

Am 31.12.74 erhielten die Rechtsanwälte der drei gefeuerten Vertrauensleutekörper - Vorstandsmitglieder die Urteile der zweiten Instanz des Arbeitsgerichts zugestellt.

Ein Jahr (!) nach ihrer Kündigung durch die HSW-Kapitalisten hatten es die Kollegen zum zweiten Mal schwarz auf weiß:

- **sämtliche Kündigungsgründe der HSW-Geschäftsleitung wurden vom Landesarbeitsgericht abgelehnt,**
- **die Drei müssen wieder eingestellt werden!**

Ein Sieg auf der ganzen Linie, sollte man meinen! Aber auch hier hat das Gericht „Vorsorge" getroffen:

Der Weg in den Betrieb und im Betrieb selber wird mit Fußangeln und Dornenhecken für die Kollegen ausgestattet sein!

Das Urteil des Landesarbeitsgerichts versucht in seiner gesamten Tendenz eine „Versöhnung" zwischen den gefeuerten Kollegen und den HSW-Kapitalisten herbeizuführen. Entsprechend der „Unabhängigkeit" der bürgerlichen Gerichte wußten natürlich diese Herren Richter, wo ihr Brotkorb hängt, dennoch gingen sie in untypischer Weise auf einige – für die Betriebsarbeit – wichtige Dinge ein:

„freie Meinungsäußerung im Betrieb und Störung des Betriebsfriedens"
Reverse
und die „vertrauensvolle Zusammenarbeit" im Betrieb.

Ja . . .

Es ist eine alte Erfahrung der Arbeiterbewegung, daß die Kapitalisten das „Recht auf freie Meinungsäußerung" als „Störung des Betriebsfriedens" auslegen, um damit Kündigungen gegen fortschrittliche Kollegen zu begründen. So auch bei HSW. Überraschend konnten sie sich jedoch hiermit nicht durchsetzen. Das Gericht befand:

- Ein offener Brief *„und die Sammlung von Unterschriften stellt nach Überzeugung des Gerichts die Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung dar . . . das Grundrecht auf Meinungsäußerungsfreiheit (ist) . . . ein demokratisches Teilhaberrecht, um die Meinungsbildung anderer zu beeinflussen . . .*

  (Es) . . . gilt auch im Rahmen eines Arbeitsverhältnisses."

Den Kollegen wurde von den HSW-Kapitalisten vorgeworfen, „wider besseren Wissens" den Betriebsrat und sie selbst (HSW) „verunglimpft" zu haben.

Das Urteil:

- Sie haben *„lediglich Mißstände aufgezeigt, die nach ihrer eigenen Überzeugung vorhanden waren. Dieses Äußerungsrecht muß selbst für den Fall zugestanden werden, daß sie sich im Irrtum befunden haben."*

Ähnlich dem Vorgehen von HSW wird sicherlich oftmals Kollegen vorgeworfen, Kritik nicht „in den dafür vorgesehenen Bahnen" geäußert zu haben.

Hierzu meinten die Richter:

- Offenbar meint HSW, daß Kritik nur gegenüber dem *„Betriebsrat und der IG Metall in geeigneter Form und am geeigneten Ort vorzubringen ist . . . das Recht auf freie Meinungsäußerung geht über diesen Rahmen weit hinaus . . .*

  (Es) muß das Recht zugebilligt werden, Auffassungen . . . auch am Arbeitsplatz öffentlich zu vertreten. Eine solche Kritik (von HSW) als Agitation bezeichnet, kann und darf nicht beanstandet werden."

Bei der Kündigung der drei Kollegen spielte auch die Reversepolitik der IGM-Führer eine wichtige Rolle. Die Drei hatten sich geweigert, einen Reverse zu unterschreiben, in dem sie sich vom METALLARBEITER – der Branchenzeitung des KB – distanzieren sollten. Das nahm die HSW-Geschäftsleitung mit als Kündigungsgrund!

Auch diesen Punkt lehnte das Landesarbeitsgericht mit einer „bemerkenswerten" Begründung ab:

- *„auf jeden Fall hat* (HSW) *. . . kein Recht, eine Distanzierung . . . zu erwarten oder zu verlangen. Wenn* (die drei Kollegen) *persönlich der Auffassung waren, daß der Inhalt . . . richtig war, so konnte* (HSW) *nicht verlangen, daß sie sich von dem Inhalt . . . distanzieren."*

. . . aber !!!

Urteilt das Gericht in den oben zitierten Passagen noch recht ‚fortschrittlich' (man sollte diese Aussagen nutzen und anwenden!), so zeigt es doch in seiner gesamten Haltung zu den Kollegen und ihrer gewerkschaftlichen Arbeit die Zähne:

- *„Diese Gegnerschaft . . . im Betriebe darf aber nicht dazu führen, daß* (HSW) *sich durch Kündigung von unliebsamen Kritikern trennt.* (Diese Dinge) *. . . müssen in vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber, Betriebsrat und ggf. auch der Gewerkschaft insgesamt einer Beruhigung zugeführt werden."* (!!)

Man glaubt mit einem Mal ein anderes Urteil zu lesen.

Für eine Weiterbeschäftigung machen die Richter nicht den HSW-Kapitalisten Auflagen, sondern den Kollegen:

- Es wird *„wieder zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit kommen müssen . . .* (den Kollegen) *wurde im Rechtsstreit zumindest Gelegenheit geboten,* (ihr) *Engagement . . . zu überprüfen* (!) *. . . beiden Parteien ist klar geworden, daß zu einer gewissen Ordnung zurückgefunden werden muß . . .*

  Im Vordergrund muß eine sachliche und gedeihliche Zusammenarbeit im Rahmen des Arbeitsverhältnisses stehen . . . (!!)"

Insgesamt zeigt auch das Urteil des Landesarbeitsgerichts, daß die Richter selbst bei einer Ablehnung der Kündigungen nicht umhin können, die Interessen der Kapitalisten zu vertreten („vertrauensvolle Zusammenarbeit, gedeihlich, im Rahmen des Arbeitsvertrages" etc.)!

Dennoch, HSW hat beim Bundesarbeitsgericht in Kassel Berufung gegen dieses Urteil eingelegt!

Für die betroffenen Kollegen gilt es, dieses Urteil zu nutzen, um ihre – an den Interessen der Arbeiterschaft orientierte – Arbeit im Betrieb fortsetzen zu können. ●

HSW-Betriebszelle
KB/Gruppe Hamburg

Auer-Druck (SPD), Hamburg: Recht ist, was uns nützt – linker Betriebsrat gewinnt Prozeß gegen Auer-Druck-Mafia –

Eine neue fristlose Entlassung des schon im Mai letzten Jahres gekündigten BR-Mitglieds Wittrock stellt den bisherigen Höhepunkt der Auseinandersetzung zwischen ihm und der sozialdemokratischen Auerdruck GmbH dar (zur Vorgeschichte s. AK 54).

Mit einer Einstweiligen Verfügung in der Tasche, die dem Kollegen Wittrock das Recht zusicherte; am Freitag, dem 10.1., den Betrieb zu betreten, fand die Betriebsversammlung trotzdem ohne den Kollegen statt. Die Geschäftsführung (GF) hatte an sämtlichen Eingängen zum Betrieb Wachen aufgestellt, die ihn nicht reinlassen sollten. Denn, so der Personalreferent Kammin, das allgemeine Recht sei für Leute wie Wittrock nicht gemacht und auch nicht anwendbar. „Die SPD war schon einmal Wegbereiter des Faschismus" war die Antwort des Kollegen auf diese Provokation. Das war aber auch gleichzeitig der Anlaß für die erneute fristlose Kündigung.

Denn „es ist der SPD als Arbeitgeber nicht zumutbar, jemanden zu beschäftigen, der derartige diffamierende Äußerungen über die SPD macht". So sieht es jedenfalls der Geschäftsführer Nevermann.

Wie deformiert das formale Rechtsbewußtsein dieser SPD-Herrschaften ist, beweist ein Schriftsatz des Auer-Anwalts Stehr (Rechtsvertreter der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten!!!) gegen die Weiterbeschäftigung von Wittrock: Er bedient sich dabei der Baader-Meinhof-Hetze und der in diesem Zusammenhang illegalen (!) Verhaftung des Rechtsanwaltes Reinhard (der inzwischen wieder freigelassen wurde unter ausdrücklichem Hinweis des zuständigen Richters, daß die Verhaftung von Anfang an illegal war), der Wittrock Rechtsbeistand leistet: *„...macht sich die Berufung auf die Normen des Grundgesetzes für den Antragsteller* (Wittrock, d. Red.) *besonders grotesk aus, wenn er sich auf der anderen Seite mit linksradikalen Gruppen identifiziert, welche die verfassungsgemäße Ordnung des Grundgesetzes ablehnen und der Unterzeichner* (Reinhard, d. Red.) *der Klageschrift des Antragstellers im Kündigungsschutzprozeß sich zur Zeit im Rahmen einer bundesweiten Fahndung nach Mitgliedern und Sympathisanten der Baader-Meinhof-Vereinigung in Untersuchungshaft befindet. Der Antragsteller betreibt hier dieselbe Taktik der Baader-Meinhof-Anwälte im kleinen, nämlich die Zerschlagung der freien Gewerkschaften und der Betriebsverfassung durch Ausnutzung aller vermeintlich noch eben legalen Mittel. Es kann nicht Aufgabe der Gerichte sein, einem solchen Treiben noch die Steigbügel zu halten."*

Das in diesem Schriftsatz skrupellos zur Schau getragene Demokratieverständnis dieses Sozialdemokraten und Rechtsvertreters einer Gewerkschaft (!) unterscheidet sich **n i c h t** von der berüchtigten Selbstentlarvung des Faschisten Strauß, daß für „Menschen gemachte Gesetze nicht für wilde Tiere" (gemeint war die außerparlamentarische BRD-Linke) da sein.

Bisher sind die SPD-Herren vom Auerdruck mit dieser und ähnlichen Argumentationen vor Gericht nicht durchgekommen. Betriebsrat Wittrock hat alle Arbeitsgerichts-Prozesse gewonnen und muß weiter beim Auer-Druck beschäftigt werden, was bisher von den Kapitalisten verhindert wurde. Andererseits ist Wittrock jetzt schon ein Jahr lang nicht mehr im Betrieb gewesen (bisherige Prozeßdauer), aus der Gewerkschaft geflogen und sieht sich zukünftig weiteren Prozessen gegenüber. Die Auerdruck-Mafia hat bereits angekündigt, bis zum Bundesarbeitsgericht zu gehen. ●

Genossen des Hamburger Druckbereichs und der IKAH (Arbeiterhilfe)

Hoechst, Hamburg:

Prozeß gegen Hauenschild

IG Druck und Papier, Flensburg:

Hoechst, Hamburg:

Prozeß gegen Hauenschild gewonnen!

Der Versuch der höchsten IG-Chemie-Führer, den Linken bei Hoechst Hamburg grundsätzliche Aussagen zur Situation in der Gewerkschaft juristisch verbieten zu lassen, ist vorerst gescheitert.

Im Verlauf der Zerschlagung des Vertrauensleutekörpers bei Reichhold (jetzt Hoechst) wegen „kommunistischer Unterwanderung" und den folgenden Ausschluß von 11 linken Kollegen aus der IG;Chemie war es im Frühjahr 74 zu einer öffentlichen Auseinandersetzung gekommen. Hierin berichteten die Linken sowohl über das konkrete Vorgehen der Bürokraten bei Reichhold und belegten gleichzeitig die allgemeine arbeiterfeindliche Politik der Gewerkschaftsführung.

Offensichtlich mangels Argumenten wurde den Linken zunächst eine „Unterlassungserklärung" ins Haus geschickt, nach der sie sich per Unterschrift verpflichten sollten, die Verbreitung zentraler Aussagen ihrer Öffentlichkeitsarbeit zu unterlassen. Als die Linken sich hiervon nicht einschüchtern ließen, erwirkten die Hauptvorstandsmitglieder Hauenschild und Witt eine „Einstweilige Verfügung" mit der bei „Geldstrafe in unbeschränkter Höhe und Haftstrafen bis zu 12 Monaten" den Linken unter anderem folgende Aussagen untersagt wurden:

- *„Seit über einem Jahr hätten die Hamburger Gewerkschaftsführer Kodolitsch und Holst bei der Reichhold-Albert Chemie AG die Gewerkschaft im Betrieb zerschlagen."*
- *„Der Verwaltungsstellenvorstand habe den Vertrauensleutekörper wegen angeblicher kommunistischer Unterwanderung aufgelöst."*
- *„Die Gewerkschaftsfürsten hätten bis heute die Neuwahl des VLK sabotiert."*
- *„In den Gewerkschaften würden zunehmend demokratische Rechte abgebaut."*
- *„Dieser Abbau endet mit der Diktatur der Vorstände über die Mitglieder."*
- *„Die Vorstände der Gewerkschaft setzen allmächtig und ohne Kontrolle gemeinsam mit den Unternehmern Löhne und Gehälter fest."*

Nach über sieben Monaten – in denen den Reichhold-Linken praktisch jede Auseinandersetzung mit den Gewerkschaftsführern verboten blieb – und zweimaliger Verschiebung der Urteilsverkündung, hat sich die „Zivilkammer" nunmehr durchgerungen, weitgehend dem Widerspruch der Linken stattzugeben; die oben zitierten Aussagen sind nunmehr wieder erlaubt! Sie dürfen schriftlich und mündlich verbreitet werden. Lediglich einige Aussagen, die den konkreten Ablauf des Vorgehens der Gewerkschaftsführer betreffen, sind weiterhin verboten. Darüber hinaus dürfen die journalistischen und propagandistischen „Meisterwerke" der Gewerkschaftsführer und militanten Antikommunisten Holst und Kodolitsch nicht mehr mit denen von Strauß und Springer gleichgesetzt werden!

Auch wenn die schriftliche Urteilsbegründung noch aussteht – hierbei wird interessant sein, ob das Gericht die inhaltliche Begründung in den Aussagen der Linken oder nur deren Forderung nach Meinungsfreiheit anerkannt hat – kann schon jetzt das Scheitern des Vorhabens der Bürokraten konstatiert werden.

Von Witt und Hauenschild war sicherlich ein „Musterurteil" angestrengt worden, daß der Linken eine gründliche öffentliche Auseinandersetzung mit der Politik der Gewerkschaftsführung verbieten (oder zumindest stark erschweren) sollte.

In fairen, sachlichen Auseinandersetzungen hoffnungslos unterlegen, ist antikommunistische Demagogie längst zum Standardrepertoire der sozialdemokratischen Führer gegen linke Kritiker geworden. Der Versuch, oppositionelle Meinungen bereits Ausgeschlossener verbieten zu lassen, war jedoch ein neuer Schritt der Rechtsentwicklung der Vorstandspolitik. ●

Betriebszelle Hoechst (vormals Reichhold), KB-Gruppe Hamburg

IG Druck und Papier, Flensburg:

Schweinereien und Mafia-Methoden

Im Kampf gegen linke Kollegen sind die Gewerkschaftsführer der IG DruPa und Betriebsräte der Firma Severin Schmidt total auf den Hund gekommen. *„Radikale sind dumm, dreckig und beschissen. Die hätte man als Kinder viel mehr verprügeln sollen, damit ihnen der Verstand zum Arschloch reinkommt. Denn im Kopf haben sie ja sowieso nichts. Die Leute würde ich am Kopf nehmen und ihn solange drehen, bis Kopf und Arsch in eine Richtung zeigen. Wenn ich einen Radikalen in die Finger bekommen würde, würde ich ein Messer in ihn stechen, dreimal umdrehen und ihn fragen: Na, bist Du immer noch rot? Da läuft das Rote ja schon raus."*

Nicht die SS oder GeStaPo hört man hier, sondern so kotzte sich Walter Mantwitz gegen die Linken im Betrieb aus. Dieses Subjekt ist 2. BR-Vorsitzender, Beisitzer beim Landesbezirksvorstand der IG DruPa, Leiter der Buchbindersparte im Landesbezirk Nordmark und Mitglied der regionalen Tarifkommission für Papierverarbeitung. Er hat es also zu „beachtlichen Würden" in der Gewerkschaft gebracht.

Keinesfalls sind diese Ausfälle „bedauerliche Ausnahmen" oder bloß Redereien eines nicht ernst zu nehmenden Spinners. Zwar würde Walter Mantwitz heute nicht mit dem Messer auf „Radikale" losgehen, weil das Kräfteverhältnis ihn daran hindert. Er und seine Gesinnungsfreunde in der Gewerkschaftsführung haben aber schon anderweitig Worte in Taten umgesetzt.

- Auf einer gewerkschaftlichen Mitgliederversammlung, auf der die Zerschlagung der Jugendgruppe durch den Ortsvorstand kritisiert wurde, drohte Mantwitz allen linken Kollegen die Denunziation an – mit Unterstützung des OV und des 2.Landesbezirksvorsitzenden Metzinger. Schon vorher hatte Mantwitz nachweisbar verhindert, daß der frühere Jugendgruppenleiter in der Flensburger Druckindustrie Arbeit bekam.
- Schon vor über einem Jahr lagen die Betriebsräte Mantwitz und Stock auf der Lauer, um Druck-Kollegen zu bespitzeln, die eine Veranstaltung des KB besuchten.
- Heinz Wolf (1. Landesbezirksvorsitzender) schaltete offensichtlich den Verfassungsschutz ein, um eine linke Betriebsrätin bei Severin Schmidt des „Kommunismus zu überführen". (s. AK 53)
- Als das Ausschlußverfahren aus Gewerkschaft und Betriebsrat von diesen Typen gegen die Kollegin eingeleitet war, wurde der DRUCKARBEITER(Zeitung des KB)bei Severin Schmidt verteilt. Betriebsrat Stock raste mit dem Auto auf Verteiler des KB zu – offensichtlich in voller Absicht jemanden umzufahren. Einer konnte nur knapp zur Seite springen. Das war übrigens nicht das erste Mal. Gegen diesen Verbrecher ist Anzeige wegen Mordversuch erstattet worden.

Das Ausschlußverfahren gegen die linke Kollegin wurde mit einer wüsten Hetze vorbereitet, wo sich einige Betriebsräte in Bespitzelungsversuchen und Beschimpfungen selbst übertrafen. Aber auch hier schoß Mantwitz den Vogel ab!

„Die W. fliegt noch raus, bevor sie ausgelernt hat. Wenn wir sie erstmal aus dem Betriebsrat raushätten – ich bräuchte ja nur einen Mißtrauensantrag zu stellen – dann hätte Herr Kolster (der Geschäftsführer) *endlich freie Hand. Das wäre eine Kleinigkeit für mich. Aber ich werd sie nicht rausschmeißen, das laß ich andere besorgen. Im übrigen wird ihre Arbeit, ihr Telefon und ihre Post schon seit langem überwacht; nur beim Ficken wird sie nicht beobachtet. Mir tun nur die armen jungen Leute leid, die sie schon verdorben hat. Sie hat einen ganz miesen, dreckigen Charakter. Sie stinkt ja schon, die alte Pißnelke. Ihr dürft doch bestimmt auch mal bei ihr übersteigen... Die wird doch von der Ostzone bezahlt...Auf der nächsten Vorstandssitzung werde ich die Alte so fertig machen, daß sie auch mal von außen rot wird."*

Die Kollegin tat den richtigen Schritt diese schweinischen Angriffe zu enthüllen und Anzeige zu erstatten wegen übler Nachrede und Volksverhetzung.

„Natürlich" wird Mantwitz auch danach von den rechten Betriebsräten und Vorstandsmitgliedern unterstützt. Affeldt (Ortsvorsitzender) *„Wenn einer immer angegriffen wird, dann muß man das auch verstehen, wenn ihm die Nerven durchgehen."*

Auf den Gipfel getrieben wird die Sache dadurch, daß die BR-Mehrheit vor Gericht von W. Schwarck vertreten wird, der Bezirkssekretär der IG Druck und Papier ist (die Kollegin ist noch in der Gewerkschaft).

Der Prozeß wird also bezahlt von Gewerkschaftsgeldern – ein Prozeß, der nicht „nur" den BR-Ausschluß zum Ziel hat. Wird die Begründung „Störung des Betriebsfriedens" vor Gericht anerkannt, ist der Rausschmiß aus dem Betrieb nahezu perfekt. Wie sagte Mantwitz doch: **„Damit Herr Kolstér endlich freie Hand hat!"**

Das ist die Linie: eine linke Kollegin ausschließen und aus dem Betrieb schmeißen, die für innergewerkschaftliche Demokratie eintritt und konsequente Politik gegen die Kapitalisten fordert. ●

Druckzelle/KB
KB/Gruppe Flensburg

IMPRESSUM



Herausgeber – Druck – Verlag J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantw. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage: 12.500 Erscheinungsweise: 4 mal vierteljährlich Verkaufspreis: 50 Pfg., Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto. Nr. 461 8378 J. Reents, und: Postscheckkonto Hamburg Nr. 240 595, J. Reents

VW und die weltweite Krise in der Automobilindustrie

BRD

Alle Automobilwerke außer Daimler-Benz begannen das neue Jahr mit Kurzarbeit:
- 86.000 bei VW
- 20.000 bei Audi
- 34.000 bei Opel
- 31.000 bei Ford
- etwa 10.000 bei BMW
- 2.100 bei Porsche

Das Jahr 1974 war für die Automobilwerke das Jahr der Produktionsrückgänge und Massenentlassungen. Insgesamt ging die PKW-Produktion in der BRD im letzten Jahr um 22% zurück. Der Export, der fast 60% der Gesamtproduktion ausmacht, fiel um 20%.

Absatzrückgang in der BRD-Automobilindustrie nach Neuzulassungen (Inland)

Audi	– 38 %
Opel	– 31 %
Ford	– 28 %
Fiat	– 21 %
BMW	– 10 %
Daimler	– 1,5 %
VW	– 0,3 %

(Zahlen nach „Wirtschaftwoche" vom 3.1.75)

In der Gesamt-Produktion (inklusive Export) verzeichnete allein Daimler-Benz keine Rückgänge, die Produktion stieg um 5,3% gegenüber dem Vorjahr!

Nach offiziellen Angaben sind im vergangenen Jahr über 40.000 Automobilarbeiter entlassen worden. In den Arbeitslosen-Statistiken allerdings wird die Zahl wesentlich höher angegeben, da hier auch die ebenfalls von der Automobilkrise betroffenen Zulieferbetriebe mitgezählt sind, ergibt sich für Dezember 1974 folgendes Bild:
- Arbeitslose in der Metallindustrie: 161.000, davon etwa die Hälfte in der Automobilindustrie
- Kurzarbeiter in der Automobilindustrie: 150.000

Entlassungen der Automobilkonzerne in der BRD 1974
(Zahlen geschätzt nach Angaben der bürgerlichen Presse)

	Ende 73	Anfang 75	entlassen
VW*	126.000		
Opel**	61.000	111.000	15.000
Ford***	54.000	51.000	10.000
Audi	33.000	46.000	8.000
BMW	27.000	31.000	3.000
Daimler	keine Angaben	25.500	1.500

* davon 6.700 durch „Aufhebungsverträge"
** davon 3.700 durch „Aufhebungsverträge"
*** davon ca. 4.500 durch „Aufhebungsverträge"

Hieran wird die einschneidende Veränderung in der weltweiten Situation der Automobilindustrie deutlich: **Waren die Nachkriegsjahre gekennzeichnet durch einen unaufhörlich steigenden Absatz von Automobilen, nur durch kleinere Einschnitte in Krisenzeiten abgeschwächt, waren also die Massenproduktion, die Expansionsmöglichkeiten, die schnelle Schaffung neuer Absatzmärkte die wesentliche Quelle für die Profite der Automobilkonzerne, so ist dieser schnellste Weg zum Profit seit Ende 1973 verbaut. Die Automobilabsatzmärkte in den industriell führenden Staaten bieten derzeit keine weiteren Expansionsmöglichkeiten mehr. Im Gegenteil, die Lage der Arbeiter in den industriellen Metropolen macht es ihnen immer schwerer, ein Auto zu halten oder gar zu kaufen. Der Absatz ist rückläufig oder stagniert.**

Entsprechend äußerte sich die Krise der Automobilindustrie vor allem in einer gewaltigen Überproduktion, im Aufbau großer Autohalden mit hunderttausenden nicht abgesetzten Fahrzeugen. So stellte der neue VW-Chef Toni Schmücker fest: Es gilt, „Abschied von den Wachstumsraten der Vergangenheit" zu nehmen, die wesentliche Quelle des Profits sei jetzt der „Abbau der Kapazitäten". In einer Untersuchung des „Handelsblatt" vom 20.8.74 heißt es dazu:

„Entsprechende Anpassungen an ein geringeres Produktions- und Absatzvolumen sind unerläßlich und bei den großen Herstellern auch bereits im Gang. Diese Phase wird zu einer dauernden Freisetzung von Arbeitskräften führen, den ohnehin harten Wettbewerb auch gegenüber der ausländischen Konkurrenz verschärfen und schließlich die Unternehmen vor eine Aufgabe stellen, mit der sie bislang kaum konfrontiert wurden."

In einer Untersuchung des Verbandes der Automobilindustrie, VdA, heißt es dazu: *„Einige Unternehmen haben nämlich in den vergangenen Jahren Arbeitskräfte gehortet, schon vor der Krise (lag) ... die Beschäftigtenzahl der Branche um 10 Prozent zu hoch ..."* („Welt" vom 8.1.75).

Für das Jahr 1975 stellt der VdA fest: **es sind 96 Millionen Beschäftigungsstunden zuviel vorhanden, das muß für 1975 bedeuten: in der Automobilindustrie der BRD sind demnach 60.000 Arbeiter zuviel beschäftigt, ein Drittel dürfte dabei auf VW entfallen („Welt" vom 8.1.75). Die verschärfte Rationalisierung, Abbau der Kapazitäten, d.h. Stillegung von Werksteilen und damit Massenentlassungen sind die eine wichtige Quelle neuer großer Profite der Automobilkonzerne.** Für die Arbeiterklasse bedeutet das weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit, Intensivierung der Arbeit durch Steigerung der Produktivität und damit die Verschlechterung ihrer Lage.

Die zweite wichtige Quelle des Profits wird der Kapitalexport. War besonders bei den BRD-Konzernen, vor allem bei VW, der Export ihrer Produkte vorherrschend, so ist es jetzt die Verlagerung von Produktionsstätten ins Ausland. Unter der Überschrift: *„Die Standortfrage überdenken"* heißt es in der vorher zitierten „Handelsblatt"-Untersuchung:

„Es kommt nämlich hinzu, daß auch große inländische Unternehmen gezwungen sein werden, Teile ihrer Werke stillzulegen oder Produktionen ins Ausland zu verlagern. So gesehen wird die Autoindustrie über kurz oder lang versuchen müssen – besonders nach dem Beispiel der chemischen Industrie – in fremden Ländern mehr als bisher Produktionsstätten zu errichten, nicht zuletzt wegen geringerer Kosten als im Inland."

Diese Kampfansage der Kapitalisten muß die Arbeiterklasse ihrerseits mit einer Verstärkung ihres Kampfes gegen die kapitalistische Rationalisierungspolitik und die Arbeitslosigkeit beantworten. ●

Toni Schmücker: neuer Manager für Massenentlassungen bei VW

VW hat einen neuen Chef. Der bisherige Vorstandsvorsitzende Leiding ist durch den Vorstandsvorsitzenden des Rheinstahl-Konzerns, Toni Schmücker, abgelöst worden. Nachdem bereits im November letzten Jahres der bisherige Aufsichtsratsvorsitzende Rust durch den Salzgitter-Boß Birnbaum abgelöst wurde, ist dies der zweite, spektakuläre Wechsel in der VW-Konzernspitze. Für die Belegschaft des Volkswagen-Konzerns bedeutet dies allerdings nicht, daß hier nur ein Manager gegen den anderen ausgetauscht wurde, sondern der Wechsel signalisiert auch, daß in Zukunft noch schärfer gegen die Arbeiter und Angestellten bei VW vorgegangen wird.

Die Lage bei VW

Die Krise in der Automobilindustrie hat VW ebenso wie alle anderen Automobilhersteller nicht verschont. Bei VW hat sie sich allerdings bisher wesentlich schärfer geäußert, als bei den Konkurrenten in der BRD. Bereits 1971 wurde im VW-Vorstand ein Wechsel vollzogen: der bisherige Chef Lotz wurde durch Leiding abgelöst. Leidings Hauptaufgabe sollte es sein, die Modellpolitik des Werkes zu verändern. Die alten VW-Modelle, vor allem der „Käfer" garantierten trotz weiterhin ansteigender Produktion nicht die Gewinne, die dem Profitstreben des Konzernes Befriedigung verleihen konnte. Vielmehr gelang es anderen Konkurrenten, vor allem Opel und Daimler-Benz, aber auch ausländischen Konzernen wie Fiat und Renault nicht nur größere Marktanteile zu gewinnen, sondern vor allem höhere Profite.

Das VW-Konzept der verbesserten Modellpolitik war es, den Konzern gegenüber der Konkurrenz zu stärken, um wieder stärker ins Geschäft einzusteigen. Dazu wurde einerseits stärker investiert, andererseits wurde bereits 1972 mit Massenentlassungen gearbeitet. Erstmals seit 1966 sank der Belegschaftsstand bei VW von 134.000 Beschäftigten 1971 auf 118.000 Ende 1972!! Leiding kündigte 1972 an, daß erst 1974 „wieder die Sonne über uns scheinen" wird. Damals hatte er allerdings die Rechnung ohne die sich verschärfenden Schwierigkeiten der Kapitalisten im Weltmaßstab gemacht.

Beschäftigte bei VW (Inland):

1964:	88.000
1965:	94.000
1966:	92.000
1967:	92.000
1968:	105.000
1969:	112.000
1970:	125.000
1971:	134.000 (Höchststand)
1972:	118.000
1973:	126.000
1974:	111.000
1975:	90.000 (geplant!!)

Dennoch wurden in der Modellpolitik Erfolge erzielt: das wenig profitbringende Modell VW 411 wurde rausgeschmissen, der K 70 wird abgebaut. Stattdessen erweisen sich die Modell Passat, Scirocco, Golf und auch der Audi 80 und Audi 50 als durchaus konkurrenzfähig. Vor allem der Golf, der 1974 auf den Markt kam, erwies sich als „Renner", der innerhalb von vier Monaten (Juli - Oktober 1974) seinen Marktanteil in der BRD bei den Neuzulassungen von 3,9 % auf 15,7 % steigern konnte. So hat VW 1974 in der BRD seinen Marktanteil bei PKWs von 27 % auf 29 % steigern können und ist außer Daimler-Benz der einzige Betrieb, der keinen starken Produktionsrückgang zu verzeichnen hatte.

Auch der Kapitalexport und der Ausbau von Produktionsstätten im Ausland wurde gesteigert:

Brasilien: Hier konnte VW 1974 seine Produktion um 8 % steigern und ist mittlerweile das größte südamerikanische Privatunternehmen! Allein in Brasilien ist VW an etwa 100 Firmen beteiligt und beschäftigt 32.000 Arbeiter und Angestellte. Mit dem Bau eines 3. Produktionswerkes wurde 1974 begonnen!

Mexico: das bestehende VW-Werk in Puebla ist 1974 fast um das Doppelte vergrößert worden. Marktanteil von VW: 33 %!!

Südafrika: hier hat VW mittlerweile einen Marktanteil von 18 %. 1974 wurde ein neues Ersatzteillager errichtet.

Nigeria: ein neues VW-Werk ist in Bau und soll 1975 die Produktion aufnehmen.

Jugoslawien: 1974 wurde ein neues Montagewerk in Betrieb genommen.

VW-Werke existieren außerdem in: **Venezuela, Peru, Australien, Philippinen, Indonesien, Belgien und Portugal.**

Dennoch ist das Geschäftsjahr 1974 das mieseste in der Geschichte des Konzerns. Betrug der offizielle Gewinn 1968 noch 628 Millionen DM, so sank er in den Jahren 1972 und 1973 auf jeweils etwa 230 Millionen DM während für 1974 ein Verlust (wohlgemerkt: wir zitieren hier die offiziellen, also die frisierten Bilanzen) 500 Millionen DM geschätzt wird. Dies zeigt, daß es VW nicht gelungen ist, seine Zielsetzung, 1974 „die Sonne wieder scheinen" zu lassen, zu erfüllen. Das liegt in erster Linie daran, daß die Krise der Automobilindustrie weltweit ist und insbesondere den größten Auto-Produzenten und Absatzmarkt für Automobile, die Vereinigten Staaten erfaßt hat. In den USA sackte der VW-Absatz von 476.295 Wagen 1973 auf 334.515 Wagen 1974, der Marktanteil von VW in den USA sank 1974 auf 3,8 % gegenüber 4,2 % 1973, im Dezember 1974 war er bereits auf 3,6 % gefallen. Da der Export aber den Löwenanteil der VW-Produktion ausmacht, konnten diese Verluste nicht durch die Erfolge im Inland und in der Auslandsproduktion wettgemacht werden. Der Auslandsumsatz (Export und Auslandsproduktion zusammen), der 1973 noch 72 % des Gesamtumsatzes ausmachte, fiel 1974 auf 66 % zurück, wobei der sinkende Umsatz in den USA den Löwenanteil hierbei ausmachte.

Nach Jahren der Produktionssteigerung nun die Flaute

VW hat natürlich versucht, den absinkenden Umsatz durch verschärftes Ausquetschen der Beschäftigten auszugleichen.

So wurde im Jahr 1974 die VW-Belegschaft um insgesamt 15.000 (!!) Beschäftigte verringert. 6.700 (darunter 1.700 Frühpensionäre) wurden mit sogenannten „Abfindungsverträgen" gekündigt, die restlichen Entlassungen sollen durch angebliches Nichtersetzen der Fluktuation zustandekommen.

Wiederholt wurden 1974 in etwa zehn Kurzarbeitsperioden die Löhne für große Teile der VW-Arbeiter eingespart.

Dreimal wurden seit März 1974 die VW-Preise erhöht:
- im März um 6,35 %
- im Mai um 6 %
- im Januar '75 um 3,5 %

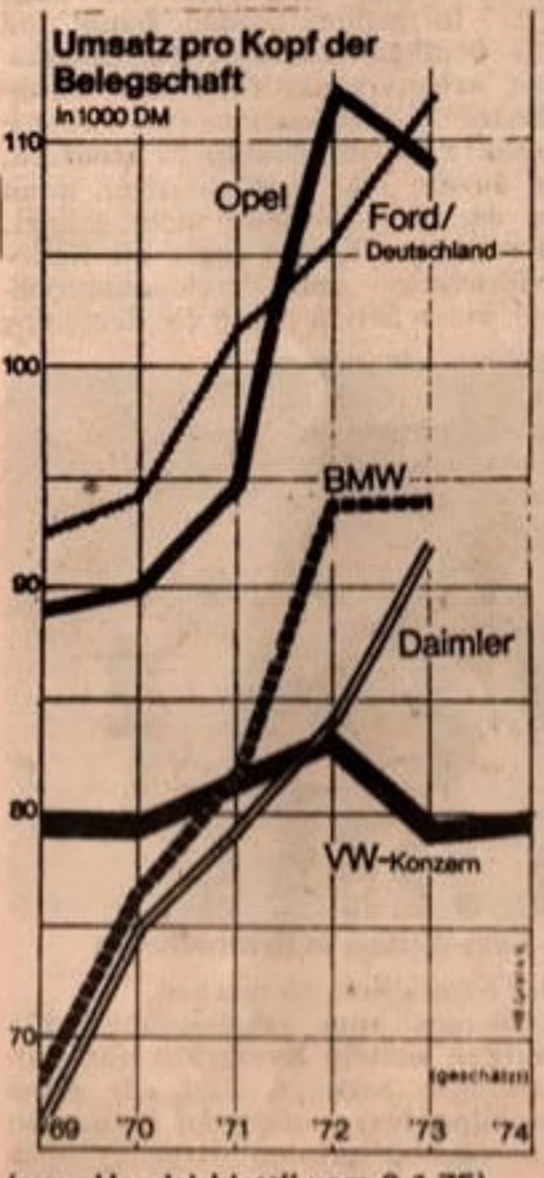
Dennoch ist es dem Konzern nicht gelungen, seine Profite ausreichend zu sanieren:
- so sind die Produktionskapazitäten zur Zeit nur etwa zu 60 % ausgelastet,
- vor allem aber ist es im Gegensatz zu anderen Automobilwerken nicht gelungen, trotz sinkenden Absatzes den Grad der Ausbeutung der Beschäftigten zu heben. Der Umsatz pro Kopf der Belegschaft steigt nicht entsprechend steil (siehe nebenstehende Grafik).

Schmücker's „Weg mit Blut und Tränen"

In dieser schwierigen Profitsituation findet der Führungswechsel bei VW statt. Mit Leiding's im Großen und Ganzen erfolgreicher Modellpolitik und mit der Steigerung der Produktionsaktivitäten im Ausland ist seine Aufgabe im wesentlichen erfüllt. Worauf es den Kapitalisten jetzt ankommt, ist die Senkung der Kosten zu Lasten der VW-Arbeiter und Angestellten und deren maximale Ausbeutung. Dies ist der wahre Hintergrund des Führungswechsels bei VW. Bereits mit dem Wechsel im Aufsichtsratsvorsitz gab Birnbaum in einem Interview mit dem „Spiegel" an, daß die „notwendige Rationalisierung" seine „Hauptaufgabe" sei.

Die Aufgabe des neuen Vorstandsvorsitzenden Schmücker beschreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 10.1.75 folgendermaßen:





(aus „Handelsblatt" vom 9.1.75)

„Nach der Phase der Modellpolitik, für die Leiding absolut der richtige Mann gewesen ist, kommt jetzt die Phase der Umstrukturierung. Das bedeutet vor allem Anpassung der zu großen Kapazitäten – sie sind seit Monaten nur zu 60 Prozent ausgelastet – an die künftigen Absatzmöglichkeiten ... Eine Voraussetzung besonders auch dafür sei, daß der innerbetriebliche Friede wiederhergestellt wird und daß wieder konstruktive Gespräche aller Beteiligten möglich werden. Nur so lasse sich der Konsens auch zu unpopulären, aber notwendigen Entscheidungen erreichen."

Was mit derlei „unpopulären, aber notwendigen Entscheidungen" gemeint ist, verdeutlicht eine Schätzung der „Welt" vom 10.1.75, in der von etwa 20.000 Entlassungen im Jahre 1975 bei VW gesprochen wird!!

Schmücker kommt mit dem Ruf eines „Krisenmanagers" in die VW-Zentrale. Dieser Ruf basiert vor allem auf seiner rigorosen Politik gegenüber den Beschäftigten des Rheinstahl-Konzerns. In einem Kommentar der „Welt" vom 23.12.74 heißt es dazu:

Schmücker „ *kam nach Essen, 'grub sich drei Monate ein, um Rheinstahl von innen zu studieren', gelangte 'mit zunehmender Erkenntnis zum*

➡

Toni Schmücker: neuer Manager für Massenentlassungen bei VW

Entsetzen', schaffte die Herzogtümer des Konzerns ab, straffte die Zügel, schnitt den Konzern personell zurecht, was er 'Weg mit Blut und Tränen' nannte, und brauchte nur vier Jahre, um aus tiefen Verlusten wieder in Gewinne zu geraten."

Ein weiterer wesentlicher Faktor, der für die Wahl Schmückers zum VW - Chef führte, ist ein „gutes Verhältnis zu den Gewerkschaften" – sprich den Gewerkschaftsführern. Leidings Verhältnis hierzu war ausgesprochen schlecht, eine Tatsache, die von den bürgerlichen Kommentatoren der Ereignisse bei VW liebend gern als die wesentlichen Merkmale der 'Führungskrise' bei VW bezeichnet wurden, um von den tatsächlichen Gefahren, der geplanten Entlassungs- und Rationalisierungspolitik für die VW-Arbeiter abzulenken. Um was es dabei wirklicht geht, offenbaren folgende Zitate aus Beschreibungen des Managers Toni Schmücker: aus der bürgerlichen Presse:

„Ein weiteres Positivum in Schmückers Manager-Karriere, das ihm bei VW sehr zustatten kommen könnte, ist sein im ganzen gesehen gutes Verhältnis zu den Arbeitnehmern und deren Organisationen. Obschon der Rheinstahl-Konzern innerhalb weniger Jahre mehrere tausend Leute freisetzte, ist es selten zu harten Konfrontationen mit dem Betriebsrat und den Gewerkschaften gekommen, nicht zuletzt, weil Schmücker das Gespräch mit den Arbeitnehmern sucht und für seine Entscheidung bei ihnen mit Nachdruck wirbt. Er ist parteipolitisch nicht festgelegt (im Gegensatz zu CDU-Leiding) und auch nicht festzulegen. („Handelsblatt" v. 10.1.75).

Und über Schmückers Verhältnis zur „Mitbestimmung" kommentieren bürgerliche Journalisten: *„So bekennt er, daß die Mitbestimmung angenehm sein könne, wenn es darum gehe, beim Personalbestand das Messer anzusetzen, das sie vielleicht aber doch ein wenig störe, wenn zügige Entscheidungen getroffen werden müßten. ‚Mitbestimmung hat eine teuflische Logik', weiß er."* („Welt", 23.12.74)

Für die Arbeiter und Angestellten bei VW werden 1975 noch härtere Zeiten bevorstehen als im vergangenen Jahr, mehr und härtere Arbeit, verschärfte Rationalisierung und Massenentlassungen werden vorherrschen. Bereits heute ist in einzelnen Bereichen deutlich, wo Schmückers „Weg mit Blut und Tränen" konkret langführt:

- der Bau eines USA-Werkes ist nicht vom Tisch. Durch die Produktion in den Vereinigten Staaten will VW die Schwierigkeiten, die sich durch Wechselkursänderungen und Importbeschränkungen ergeben, umgehen. Für das VW-Werk Emden, das im wesentlichen für den US-Export produziert, droht die Schließung.
- Der Abbau der Kapazitäten wird alle VW-Werke betreffen. Besonders bedroht ist dabei das Braunschweiger Werk, über dessen Schließung bereits beraten wird.
- Bereits seit Monaten wird über die Schließung des Audi-Werks in Neckarsulm beraten. Durch die Produktion der VW-Parallelmodelle Passat/Audi 80 und VW-Golf/Audi 50 hat sich VW die Bedingungen für die Schließung des Audi-Werks geschaffen.

Wollen die VW-Arbeiter nicht tatenlos einer weiteren Verschlechterung ihrer Lage zusehen, heißt es auch Abschied nehmen von jener Politik ihrer führenden Betriebsräte und der Gewerkschaftsführer, die es den Kapitalisten 1974 ermöglichten, ohne größeren Widerstand die Belegschaft um 15.000 Kollegen zu verringern. Die Politik der Verhandlungen auf höchster Ebene, des Aushandelns von Sozialplänen und der Abmilderung der schlimmsten Folgen der Politik der Kapitalisten hat die gleiche Wirkung, als wolle man eine versalzene Suppe mit etwas Zucker wieder geschmackvoll zubereiten. Die Suppe bleibt ungenießbar.

Es kommt 1975 darauf an, die Folgen dieser Politik zu entlarven und stattdessen den selbständigen Abwehrkampf der VW-Arbeiter zu entwickeln. Dies ist der einzige Garant dafür, daß die Kapitalisten ihre Schwierigkeiten nicht auf dem Rücken der VW-Arbeiter austoben können.

USA

Am schärfsten zeigt sich die Krise der Automobilindustrie in den USA. Von den 685.000 Automobilarbeitern Ende 1973 sind bis zum Januar 1975 326.000 ganz oder für mehrere Monate entlassen. Besonders General Motors ging in die Vollen: 91.000 Arbeiter wurden bisher entlassen, davon 41.000 vorübergehend. Weitere 62.000 sollen 1975 folgen. Andererseits kaufte General Motors in Spanien das Autowerk Anthi von British Leyland mit 4.500 Beschäftigten, weitere 4.000 Arbeiter sollen dort eingestellt werden. Von der faschistischen Pinochet-Clique in Chile erhielt der Konzern die Zusage, ein Automobilwerk dort aufbauen zu können. General Motors konnte so die japanischen Konkurrenten ausstechen („horizont" 1/75).

DETROITS HUSTEN

Verkauf amerikanischer Autos auf dem US-Markt; in Tausend

ÖLKRISE

Die Ford-Werke beginnen ab Januar 1975 mit der Stillegung von 10 der 14 PKW-Montagewerke, 7 von LKW-Fabriken werden ebenfalls stillgelegt. Weitere 85.000 Automobilarbeiter sind hiervon betroffen. Chrysler legt im Januar bis auf ein Werk alle Produktionswerke in den USA still.

Die PKW-Produktion in den USA fiel von 9,7 Millionen 1973 um 24% auf 7,4 Millionen 1974. Besonders die drei führenden Hersteller, General Motors, Ford und Chrysler waren hiervon betroffen, in den Monaten November und Dezember 1974 fiel die Produktion mit über 30% sogar noch stärker als im Jahresdurchschnitt.

Großbritannien

Auch hier ging die Produktion zurück. Massenentlassungen und Kurzarbeit waren die Antwort der Kapitalisten. Chrysler hat zur Zeit die 3-Tage-Woche eingeführt, Rolls-Royce hat aufgegeben, die Triebwerksabteilung wurde „verstaatlicht". British Leyland, mit 165.000 Beschäftigten der größte britische Automobilhersteller, versucht seine Schwierigkeiten mit mehr als 25% öffentlicher Beteiligung durch die Labour-Regierung zu beheben.

Italien

Kurzarbeit für 50.000 Arbeiter bei Fiat-Mirafiori in Turin, für 71.000 Arbeiter bei Lancia und für die Arbeiter von Alfa Romeo, so begann das Jahr 1975 für die italienischen Auto-Arbeiter.

Fiat ist trotz 13 % Produktionsrückgang und 340.000 PKW auf Halde mit dem abgelaufenen Jahr zufrieden. Der Gesamtumsatz stieg um 18,6 % gegenüber 11,3 % Steigerung 1973. Vor allem durch Steigerung des Exports konnte Fiat dies erreichen. Gegenüber den Rückgängen der meisten Konkurrenten auf dem US-Markt konnte Fiat seinen Absatz um 29 % (!) steigern!

Die Zahl der Beschäftigten in der italienischen Automobilindustrie wurde 1974 von über 200.000 um 17.000 Beschäftigte reduziert.

Frankreich

12.000 Arbeiter wurden 1974 in den Autowerken entlassen. 6.000 davon bei Citroen, an dessen Aktienkapital sich Peugeot mit 33 % beteiligen konnte.

Auch in Frankreichs Autowerken ist wiederholt Kurzarbeit eingeführt worden.

Spanien

In den Seat-Werken, in denen die Arbeiter seit Wochen wiederholt gegen Entlassungen und Produktionseinschränkungen kämpften, wurde eine Produktionsdrosselung von 30 % angekündigt. 4.000 Arbeiter sollen entlassen werden, 25.000 wurden im November ausgesperrt. ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Unvermindert wird weiter rationalisiert

Während die Bundesregierung der Bevölkerung die Lügenmärchen: „Nach dem Frühjahr und im Sommer wird wieder alles besser" auftischt, während sie wirtschaftlichen Aufschwung und raschen Fall der Arbeitslosigkeit verspricht, teilte Wirtschaftsminister Friderichs in der „Konzertierten Aktion" am 15. Januar mit, ***„Die Arbeitslosigkeit wird entgegen den Erwartungen merklich über 2,5 % anzusetzen sein".*** Hier wird deutlich: während die Quote jetzt schon 4,2 % beträgt und bei steigender Tendenz über 5 % ansteigen wird, wird der Bevölkerung die Lüge einer Jahresdurchschnittsquote von 2,5 % präsentiert, was für die letzten Monate des Jahres bedeuten müßte: die Arbeitslosigkeit müßte deutlich unter 2 % sinken. Mit derartigen falschen Zahlen hat Friderichs bekanntlich seine „Orientierungsdaten" festgelegt und zur Grundlage der Lohnabschlüsse gemacht. Schon jetzt – ohne daß ein Prozent Erhöhung im öffentlichen Dienst und der Metallindustrie abgeschlossen ist – wird das Spiel mit gezinkten Karten gegen die Arbeiterklasse offensichtlich.



Mehr in die Nähe der tatsächlichen Entwicklung der Arbeitslosigkeit kommt da das BDI – „Institut der deutschen Wirtschaft" (iwd). Danach rechnen die Kapitalisten für 1975 im Monatsdurchschnitt mit 3,5 % Arbeitslosen (850.000), deren Zahl nach iwd-Berechnungen selbst bei *„voller Ausschöpfung der beschäftigungspolitischen Maßnahmen Bonns nur um 0,2 Punkte gedrückt werden könnte" („Handelsblatt", vom 22. 1.).*



Massenentlassungen bei den Rollei-Foto-Werken in Braunschweig

Die Kapitalisten gehen bei ihrer Prognose natürlich davon aus, daß die Rationalisierungspolitik, der weitere Abbau nicht mehr rentabler Kapazitäten (beispielsweise in der Automobilindustrie) und damit weiterhin Entlassungen und Kurzarbeit auch 1975 fortgeführt werden. Damit sind die Bedingungen, das Lebensniveau der Arbeiterklasse zu senken, die industrielle Reservearmee (die Arbeitslosen) zur Lohnsenkung zu benutzen, in diesem Jahr noch günstiger, wenn es der Arbeiterklasse nicht gelingt, durch ihren Kampf gegen die Rationalisierungs- und Verelendungspolitik, einen Strich durch die Rechnung der Kapitalisten zu machen.

Bereits zum Jahresanfang 1975 wurden weitere Kurzarbeit und Entlassungen bekannt. Fast alle **Automobilproduzenten** legten Kurzarbeit ein. 60.000 Automobilarbeiter sollen in diesem Jahr entlassen werden.

Auch in der **Auto-Zubehör-Industrie** wird kurzgearbeitet und entlassen: die Reifenhersteller **Dunlop, Conti-Gummi, Veith-Pirelli** und die **Gummiwerke Fulda** haben Kurzarbeit eingeführt. Der **Reifenhandel Tyresoles** hat pleite gemacht und entläßt insgesamt 650 Beschäftigte.

> **„Kündigungsgrund provozieren"**
>
> Das im „Spiegel"-Verlag erscheinende „manager-magazin" (Nr. 12/74) erteilte mittleren Firmenbossen „aktuelle Verhaltensregeln", um die derzeitige Wirtschaftslage zu überstehen. Regel Nr. 12 heißt recht bezeichnend:
>
> *„Die Notwendigkeit der Neueinstellung von Mitarbeitern doppelt überprüfen – ob gerade jetzt notwendig. Schlechte Leute ziehen lassen – unter Umständen sogar Kündigungsgrund provozieren. Klare Darstellung der Lage gegenüber der Belegschaft, jedoch ohne Detail-Angaben. Motivierung des Betriebsrats; er ist ein Organ des Unternehmens und trägt Verantwortung mit."* (S.99)

In der **Vergaser-Firma Pierburg/Neuß** sind bereits im letzten Jahr 10% der Belegschaft abgebaut worden.

Der **Bremsenhersteller Teves (ITT)** hat nach der Entlassung von über 500 Kollegen im letzten Jahr und mehreren Kurzarbeitsperioden auch für dieses Jahr wieder Kurzarbeit angesetzt.

Kurzarbeit auch beim Kugellagerproduzenten **SKF in Schweinfurt**, beim Lenkradhersteller **Petri AG in Aschaffenburg**, bei der **KS-Lenkradwerk GmbH** ebenfalls in **Aschaffenburg** und in der Autolampenproduktion von **Osram in Westberlin und München**.

Erstmals wieder ist die **Stahlindustrie**, die bereits lauthals die große ‚Baisse' (Flaute) dieses Jahres bejammert – nachdem über drei Jahre riesige Profite gemacht wurden – von Produktionseinschränkungen betroffen: 872 der 2.790 Arbeiter der **Stahlwerke Bochum** sollen in den nächsten vier Wochen nur zwischen 28 bis 32 Wochenstunden arbeiten. Als Grund hierfür geben die Kapitalisten die Autoflaute an.

Die **Eisenwerke Wülfel in Hannover**, ein 93 Jahre altes Unternehmen, machen wegen Verschuldung – so heißt es offiziell – den Laden dicht. 1.100 Beschäftigte verlieren dadurch ihren Arbeitsplatz.

Die im Opel-Besitz befindliche **Maschinenfabrik Wiesbaden** hat den Vergleich und Massenentlassungen angemeldet. Von den 700 Beschäftigten arbeiten zur Zeit schon 580 kurz.

Ebenfalls den Vergleich angemeldet hat das **Vulkan-Werk Schwarte in Ahlen**. Dem Arbeitsamt liegt ein Antrag auf Massenentlassung der 546 Beschäftigten bis zum September 1975 vor.

Rollei, Braunschweig:

Die angekündigten Entlassungen werden in die Tat umgesetzt (vergl. AK 53 und 54). Danach soll die Belegschaft in allen Rollei Betrieben der BRD von 2.400 auf 1.000 reduziert werden. Für das Braunschweiger Werk sind Anträge auf Massenentlassungen gestellt:

- zum 31. Januar 100 Kollegen,
- zum 28. Februar 150 Kollegen
- zum 31. März 230
- zum 30. Juni 120.

Die Stillegung der Rollei-Schwester Voigtländer (ebenfalls in Braunschweig) ist mit der Entlassung von 220 der 380 Kollegen fast abgeschlossen.

Im Rollei-Werk in Singapur sollen bis 1976 3.000 der 6.000 Beschäftigten rausgefeuert sein. ●

Metall-Komitee,
KB/Gruppe Hamburg

„Arbeitslosenunterstützung" für Kapitalisten

Die „Bundesanstalt für Arbeit", zuständig für die Arbeitsämter und damit auch für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenunterstützung, will offensichtlich allen von der rapide steigenden Arbeitslosigkeit „Betroffenen" helfen. Sie kümmert sich jetzt nämlich intensiver um die Kapitalisten. In einer Anzeige in der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung" gibt die Bundesanstalt ihnen Tips, wie sie an der Arbeitslosigkeit noch mehr verdienen können als nur durch Rationalisierungen und Lohnraub. Dazu gibt es gleich einen ganzen Katalog von Angeboten:

„Eingliederungsbeihilfe als Zuschuß oder Darlehen 1 - 2 Jahre 60 - 80 % des Arbeitsentgelts.
Zuschüsse zu den Lohnkosten für ältere Arbeitnehmer bis zu 50 % des Arbeitsentgeltes.
Einarbeitungszuschüsse bis zu 60 % des Arbeitsentgeltes bis zu einem Jahr.
Kostenübernahme bei betriebsinterner Fortbildung zur Verhütung von Arbeitslosigkeit (bis 31.3.75)."

Groß angepriesen wird dann noch eine „neue Leistung der Bundesregierung".

„Lohnkostenzuschüsse: Arbeitgeber, die längerfristig Arbeitslose aus Arbeitsamtsbezirken mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit zusätzlich einstellen, erhalten einen Lohnkostenzuschuß von 60 % des Arbeitsentgeltes sofort und in einem Betrag vom Arbeitsamt."

Und zum Schluß gibt's sogar noch ein Trostpflaster für die Arbeitslosen, damit sie nicht ganz leer ausgehen:

*„**Mobilitätszulage**: längerfristig Arbeitlose in diesen Bezirken* (mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit, Anm. d. Red.) *erhalten einen zusätzlichen „Bonus" von DM 300,– bis DM 700,–, wenn sie eine auswärtige, eine geringer bezahlte oder eine andersartige Tätigkeit aufnehmen."*

Diese ganzen Tips für die Kapitalisten stehen unter dem Motto: *„Im richtigen Moment das Richtige tun: heute schon die Arbeitskräfte gewinnen und einarbeiten, die morgen den betrieblichen Erfolg garantieren."* (Alle Zitate aus der „HAZ" vom 20.1. 1975).

Die Kapitalisten sollen sich also aus dem derzeit reichlichen „Angebot" an Arbeitskräften die besten raussuchen. Und diese sollen dann auch noch lange Zeit bis zu 80 % ihres Lohnes aus der eigenen Tasche bezahlen. Denn das Geld, das die Bundesanstalt den Kapitalisten zahlt, stammt ja zum größten Teil von den Beiträgen der Kollegen zur Arbeitslosenversicherung.

In der Tat, es ist ein schweres Los, in dieser leidgeprüften Zeit, Kapitalist sein zu müssen. ●

Sympathisantengruppe des
KB/Hannover

Zur Tarifrunde im Öffentlichen Dienst

Sie schlagen den Sack und meinen den Esel!

In den Lohntarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst haben Bund, Länder und Gemeinden am 14. Januar 1975 ein provokatorisches Angebot unterbreitet: 5 Prozent! Die Tarifkommission der ÖTV kam den öffentlichen Arbeitgebern mit einer niedrigen Forderung schon förmlich entgegen: 6 % Lohnerhöhung, DM 300,– Urlaubsgeld und ein einheitlicher Betrag von DM 50,–.

Die öffentlichen Arbeitgeber stützen sich in ihrer Erklärung auf Innenminister Maihofer: *„Die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst haben durch den Tarifabschluß 1974 einen Vorsprung bei ihren Realeinkommen erreicht, der 1975 nicht mehr vergrössert werden dürfe. Ziel der Tarifverhandlungen könne es lediglich sein, die erreichte Position zu halten und die Einkommen zu sichern"* (Nach ÖTV-Eilnachricht 1/75).

Allein an den kommenden Preiserhöhungen gemessen kann dabei von „Sicherung der Einkommen" jedoch nicht die Rede sein, sondern die offizielle Forderung der ÖTV läuft schlicht auf Lohnraub hinaus:

Das „Signal" zu dieser Lohnraubpolitik gab der letzte Tarifabschluß im Baugewerbe von 6,6 %. Daß die im Öffentlichen Dienst Beschäftigten zur Ader gelassen werden sollen, hängt eng mit den politischen Interessen der westdeutschen Kapitalistenklasse zusammen.

Im Gleichschritt zur Weltmacht . . .

Die diesjährigen Tarifauseinandersetzungen finden in einer Zeit internationaler Krisen des kapitalistischen

Die diesjährigen Tarifauseinandersetzungen finden in einer Zeit internationaler Krisen des kapitalistischen Systems und einer Verschärfung der Konkurrenz zwischen den imperialistischen Staaten statt, in der es für die westdeutschen Imperialisten darum geht, die vergleichsweise gute Position in dieser Konkurrenzschlacht abzusichern und möglichst auszuweiten. Die Lasten, die dem westdeutschen Imperialismus daraus entstehen, sucht er auf die Arbeiterklasse abzuwälzen. Das drückt sich vor allem darin aus, daß der fortschreitenden radikalen Rationalisierung große Teile der Arbeiter zum Opfer fallen und ihren Arbeitsplatz verlieren; daß eben diese Rationalisierung mit den Steuergeldern der Arbeiter subventioniert wird; daß Reformen zurückgenommen werden.

Auf dieser Linie appellierte Bundespräsident Scheel in seiner Weihnachtsansprache: *„Mit Arbeiten und Sparen haben wir nach 1945 unser Land wieder aufgebaut; auf die gleiche Weise werden wir die Schwierigkeiten der Zukunft meistern."*

Stillhalten wird zur Pflicht!

Wo üblicherweise die derzeitige Propaganda mehr darauf ausgerichtet ist, unter den Arbeitern und Angestellten um Verständnis für die o. g. Maßnahmen zu werben, wird den im Öffentlichen Dienst Beschäftigten schon die „Pflicht" auferlegt, kampflos den Lohnraub und die Rationalisierungen (die in beträchtlichem Ausmaß im Öffentlichen Dienst stattfinden) hinzunehmen.

Um nach außen hin die Repressionen gegen die öffentlich Bediensteten zu rechtfertigen bzw. sie zu überdecken, wurde mit der schlimmsten Hetzpropaganda gegen alle Kampfmaßnahmen im Öffentlichen Dienst vorgegangen.

Das ging von der Kampagne gegen den Bummelstreik der Fluglotsen bis zum Katastrophenbild, das im Oktober – vor Beginn der ÖTV-Tarifrunde – Finanzminister Apel malte:

Steuererhöhungen seien *„unvermeidlich"*, *„wenn überhöhte Gehaltsforderungen im Öffentlichen Dienst durchkommen ..."*, die *„Zeit der allgemeinen Wohltaten"* sei *„vorbei ..."* *„Wir werden nicht zusehen, wie dieses Land zum Selbstbedienungsladen wird"*.

Ex-Bundespräsident Heinemann haute in dieselbe Kerbe: *„Es ist ein wesentlicher Unterschied, ob Arbeitnehmer in der gewerblichen Wirtschaft um Lohnverbesserungen streiten oder Angehörige des öffentlichen Dienstes ... dann treffen sie die Bürger im ganzen. Sie greifen in den Steuertopf ... Ich meine ..., daß der öffentliche Dienst bei allen Tarifkämpfen wenigstens einem Schlichtungszwang unterworfen werden müßte."*

Schon anläßlich des kurzen ÖTV-Streiks Anfang 1974 ergoß sich durch die Zeitungen eine Flut seichten Drecks auf die werktätigen Massen der BRD, durch die der Streik als „Krankheit" diffamiert werden sollte. So schrieb z. B. die „Hamburger Morgenpost" (SPD) am 8.2.74, vor der Urabstimmung im Öffentlichen Dienst: Die Bundesregierung habe für jeden, *„der einsichtswillig und einsichtsfähig ist, gezeigt, wo die Grenzen des Machbaren liegen."* Wer trotzdem für Streik votiere, handle *„aus Gruppeninteresse oder aus Lust am Untergang"*. Aus dem „Kölner Stadtanzeiger" stammt folgendes Musterbeispiel an Demagogie: *„Die Seuche* (der Inflation) ***mag einen Zahlenrausch begünstigen. Aber es sind auch überall rigoros Egoismus und Fluglotsenmentalität im Spiel ... Gruppenegoismus ohnegleichen!"***



Wirtschaftsbereich	1973 Männer Arbeiter	1973 Männer Angestellte und Beamte	1973 Frauen Arbeiter	1973 Frauen Angestellte und Beamte
Land- und Forstwirtschaft	12834	23846	9440	14167
Bergbau	19823	35171	16667	20500
Energiewirtschaft	21727	28032	16000	20824
Grundstoff und Produktionsgüterindustrie	21438	34091	14051	20384
Investitionsgüterindustrie	20515	31237	13609	19758
Verbrauchsgüterindustrie	18224	28281	11907	18014
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	19583	29048	11450	18604
Industrie, gesamt	**20310**	**31298**	**12696**	**19467**
Handwerk, sonstiges Kleingewerbe	16801	20648	10824	11968
Baugewerbe	20311	31490	15615	17125
Produzierendes Gewerbe	**19976**	**30654**	**12821**	**18173**
Handel	15779	23204	11454	13860
Verkehr	19009	23014	15233	18867
Handel und Verkehr, gesamt	**17412**	**23115**	**12484**	**14874**
Öffentlicher Dienst	19761	27585	15209	23110
Geld-, Bank- und Versicherungswesen	17357	24105	12308	17137
Gaststättenwesen	15783	23364	10331	13338
Kunst und Unterhaltung				
Häusliche Dienste		16000	9158	12819
Dienstleistungshandwerk	13839	23333	9950	14333
Sonstige Dienstleistungen	16549	23550	11051	13727
Dienstleist., gesamt	**18107**	**28828**	**11264**	**18384**
Durchschnitt, gesamt	**19377**	**27108**	**12080**	**17112**

Investitionsgüterindustrie 20515 31237 13609 19758
Verbrauchsgüterindustrie 18224 28281 11907 18014
Nahrungs- und Genußmittelindustrie 19583 29048 11450 18604

aus: ÖTV-Magazin 1/75

Es läßt sich nachweisen, daß die Arbeiter im Öffentlichen Dienst bei den Jahresdurchschnittseinkommen nicht aus dem Rahmen fallen, die Beamten und Angestellten zwar optisch, was aber darauf zurückzuführen ist, daß es vor allem im Beamtenstatus viele in direkten Regierungsdiensten gibt, die bis annähernd DM 10.000,– monatlich erhalten. Und dies ist nicht mit der Gehaltsstruktur in Industrie und Handel vergleichbar.

Im ARBEITERKAMPF schrieben wir damals: **Nach unserer Auffassung wird mit dieser Seite der bürgerlichen Tarifpolitik vor allem zweierlei bezweckt:**

1. die (unverhüllt) faschistische Formierung der kleinbürgerlichen Bevölkerungsschichten gegen die Arbeiterbewegung und

2. die Zerstörung der sich in den Kämpfen herausbildenden Klassensolidarität oder allgemeiner – die Zerstörung des proletarischen Klassenbewußtseins.

Die Entwicklung der Tarifrunde im öffentlichen Dienst – Gewerkschaftsführer auf Regierungskurs ...

Am 6.11.74 wurde vom geschäftsführenden Hauptvorstand der ÖTV eine „Eilnachricht" verbreitet: *„Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, der Startschuß für die Diskussion der Tarifrunde 1975 im Öffentlichen Dienst ist gefallen ..."* Und am Start dieser Tarifrunde wartete der ÖTV-Hauptvorstand auch gleich mit einem „Forderungspaket" (Krisenpaket?) auf, das „freundlichst" allen diskussionsbereiten ÖTV-Mitgliedern zur Stütze ihrer Forderungsdiskussion empfohlen wurde:

„1. Die Lohn- und Gehaltstarifverträge sollen fristgerecht zum 31. Dezember 1974 gekündigt werden.

2. Ab 1. Januar 1975 sollen die Monatstabellenlöhne der Arbeiter und die Grundvergütungen und Ortszuschläge der Angestellten um monatlich 6 Prozent sowie um einen einheitlichen Betrag von 50 DM erhöht werden.

3. Alle Arbeiter und Angestellten sollen ab 1975 ein einheitliches Urlaubsgeld von 300 DM jährlich erhalten. Das Urlaubsgeld soll sich für jedes Kind um 50 DM erhöhen.

4. Die Laufzeit der neuen Tarifverträge soll wieder 12 Monate betragen.

Auf einen einfachen Nenner gebracht: Die veränderte, schwierigere gesamtwirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik war zu berücksichtigen, ohne die berechtigten Interessen der Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes zu vernachlässigen".

Um geflissentlich zu überdecken, wie der gewerkschaftliche Gedanke in der ÖTV auf den Hund gekommen ist, wird groß herausgestellt, daß die Forderungen in der ÖTV angeblich breit diskutiert werden sollen.

„Warum macht der geschäftsführende Hauptvorstand einen Diskus-
diskutiert werden sollen.

„Warum macht der geschäftsführende Hauptvorstand einen Diskussionsvorschlag?

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftstag der ÖTV 1972 hat mit dem angenommenen Antrag 408 verlangt, daß vor der Beschlußfassung über tarifliche Forderungen eine umfassende Diskussion unter den betroffenen Mitgliedern geführt werden soll. Grundlage dieser Diskussion soll nach dem Willen des ÖTV-Hauptvorstands eine Darstellung der wirtschaftlichen Situation und ein Vorschlag über Aufbau und Höhe der Forderung sein. Mit seinem jetzt vorgelegten Vorschlag hat der geschäftsführende Hauptvorstand diesem Auftrag entsprochen. Anhand der Ergebnisse der Diskussion in der Mitgliedschaft wird der geschäftsführende Hauptvorstand dann eine endgültige Beschlußempfehlung für die Große Tarifkommission erarbeiten.

Der geschäftsführende Hauptvorstand der ÖTV ruft die organisierten Arbeiter und Angestellten im Öffentlichen Dienst auf, sich an der jetzt beginnenden Diskussion zu beteiligen. Er vertraut darauf, daß die Diskussion kritisch, sachlich und verantwortungsbewußt geführt wird."

Auf einer Vertrauensleute-Vollversammlung von 500 Kollegen am 8. November in Hamburg trat Kluncker recht trotzig auf; denn so populär war der Forderungsvorschlag des Hauptvorstands nicht, wie gewünscht. Es gab noch mehr solche Versammlungen, in denen Gegenforderungen von den Kollegen aufgestellt wurden. Aber immerhin wurden diese „Mitgliederdiskussionen" von den Sekretären mit bewährter Dickfelligkeit durchgestanden.

Was bei der Anwendung des Antrages 408 durch die ÖTV-Führer allerdings auch zutage trat, war eine momentane Hilflosigkeit der ÖTV-Mitglieder, die sich zwar in Empörung und Gegenforderungen ausdrückte, aber nicht in wirklichen Druck auf die Gewerkschaftsführer.

Die ÖTV-Führung scheint nicht einmal bereit, die bestehende Forderung auch wirklich zu realisieren. Am 11.11.74 meinte Kluncker zur „Frankfurter Rundschau": *„Etwas anderes als eine Verhandlungsbasis sollte eine Forderung ja wohl nicht sein."* Ihren „guten Willen" untermauern die ÖTV-Führer mit „stabilitätsgerechten" Appellen an die ÖTV-Mitgliedschaft: *„Damit paßt sie* (die Forderung) *durchaus in die stabilitätspolitische Landschaft. Der Vorschlag berücksichtigt die wirtschaftlichen Notwendigkeiten und auch die finanziellen Möglichkeiten der öffentlichen Hand"* (d.h. des Staates). (Eilnachricht Nr. 5/74.)

Schlichtungsabkommen – auf dem Weg zum Streikverbot

Zusätzlich zu den bereits genannten Angriffen auf die Kollegen des Öffentlichen Dienstes haben die ÖTV-Führer zum 1. 1. 75 ein Schlichtungsabkommen unterzeichnet. Dies Abkommen wird – genau wie die „Krisenforderungen" – mit der (von der Bourgeoisie fabrizierten!) „schlechten Meinung" über den öffentlichen Dienst angepriesen: *„Der Abschluß dieses Abkommens wird ein wesentlicher Beitrag sein, die Diskussion um den öffentlichen Dienst wieder zu versachlichen"* (ÖTV-Magazin 1/75).

Will man den ÖTV-Führern glauben, stellt das Schlichtungsabkommen wesentliche Verbesserungen dar. Die Wirklichkeit sieht allerdings anders aus:

„● *Voraussetzung für ein Schlichtungsverfahren ist, daß die Tarifverhandlungen von mindestens einer Tarifvertragspartei für gescheitert erklärt worden sind. Jede Tarifvertragspartei kann innerhalb einer Frist von sechs Werktagen nach dem Scheitern der Verhandlungen die Einleitung eines Schlichtungsverfahrens beantragen...*

● *Die Schlichtungskommission muß spätestens sechs Werktage nach Einleitung des Schlichtungsverfahrens zusammentreten und spätestens sechs Werktage nach ihrem erstmaligen Zusammentreten eine Einigungsempfehlung an die Tarifvertragsparteien beschließen. Die letztere Frist kann nur durch einstimmigen Beschluß der Kommission um bis zu sechs Werktage verlängert werden.*

● *Die Einigungsempfehlung muß schriftlich abgefaßt und den Tarifvertragsparteien innerhalb von zwei Werktagen zugestellt werden.*

● *Die Tarifvertragsparteien sind verpflichtet, innerhalb von drei Werktagen die Tarifverhandlungen mit dem Ziel der Einigung wieder aufzunehmen.*

● *Alle Fristen können bei zügiger Durchführung aber auch wesentlich verkürzt werden.*

● *Die Friedenspflicht erlischt, wenn ein Schlichtungsverfahren innerhalb der festgelegten Frist nicht eingeleitet wird, eine Einigungsempfehlung der Kommission nicht fristgemäß schriftlich mitgeteilt wird oder die nach der Mitteilung der Einigungsempfehlung der Kommission wieder aufgenommenen Tarifverhandlungen von einer Tarifpartei für gescheitert erklärt werden."*

Das sind wohlgemerkt 29 Werktage, und die Erfahrungen anderer Kollegen mit Schlichtungsabkommen zeigen, daß die Verhandlungszeiten immer voll „ausgenutzt" werden. Das ist ja auch genau ein Punkt, der mit der Einführung von Schlichtungsabkommen erreicht werden soll: Eine weitere Verzögerung der ohnehin schon langwierigen Tarifverhandlungen.

Solche Hinhaltetaktiken sind bestens dazu geeignet, eine Kampfbereitschaft bei den Kollegen abzublocken. Hierzu und zu nichts anderem sonst dient denn auch die Friedenspflicht.

Die Klauseln des Schlichtungsabkommens und die Praxis von Tarifverhandlungen der Gewerkschaftsführer zeigen deutlich, daß den Kollegen jeder Einfluß auf den Ausgang von Tarifverhandlungen genommen werden soll. Zur Zeit betragen die Abstände zwischen den einzelnen Verhandlungen 14 Tage. Kommt die Schlichtung hinzu, wird das ganze Spiel um einen weiteren Monat verlängert. Nehmen wir an, die ÖTV-Führer würden im März die Verhandlungen mit der Richtlinie der Schlichtungs„empfehlung" wieder aufnehmen, Ende März die Tarifverhandlungen für gescheitert erklären, heißt das nur formal, daß die Kollegen im April streiken könnten. Praktisch allerdings bedeutet es, daß der Zwangsschlichtung die Türen offenstehen.

Hier zeigt sich die vollständige Aushöhlung des Streikrechtes. ●

Komitee Öffentlicher Dienst
KB Gruppe Hamburg

Bau-Tarifrunde:

Bau-Tarifrunde:

Signal für die Lohnbewegung 1975 ?

Die Baukapitalisten haben sich am 15.1.75 mit dem Tarifabschluß von „*6,6%, plus 200 DM tariflich abgesichertem Weihnachtsgeld als Einstieg in das 13. Monatsgehalt, geltend ab 1. Mai*" wieder in zunehmender Höhe ihre Profite gesichert. Die jetzt ausgehandelten 6,6% (brutto!) bedeuten gegenüber der Inflation etc. eine noch weitgehendere Verringerung des Lebensstandards der Bauarbeiter. Zugleich ist dieser Abschluß ein Hinweis darauf, was Kapitalisten und Gewerkschaftsführung den Kollegen der anderen Branchen zumuten wollen.

Wenn heute von den Kapitalisten gesagt wird, der Tarifabschluß sei immer noch zu hoch und für Klein- und Mittelbetriebe seien „eigentlich Null Prozent Lohnerhöhung angebracht", sollen zum einen die Kollegen zu „verantwortungsvollem", „gesamtwirtschaftlichen" Denken erzogen werden („verantwortungsvoll" gegenüber den Unternehmern und nicht etwa z.B. gegenüber ihren Familien), zum anderen sollen die Kollegen eingeschüchtert werden und der Gewerkschaftsführung werden Argumente in die Hand gegeben, sie habe doch etwas für die Kollegen getan (6,6% sind besser als Null %). So äußerte sich auch Rudolf Sperner, Vorsitzender der IG Bau-Steine-Erden im „wesentlichen zufrieden über den Tarifabschluß", nachdem die Gewerkschaftsführung die Verhandlungen in berühmt-berüchtigter Weise geführt hatte: „lang", „zäh", aber ohne überhaupt eine Forderung aufgestellt zu haben.

Die Lage der Bauarbeiter hat sich in der letzten Zeit stark verschlechtert. Durch die Politik der Kapitalisten, besonders in den letzten beiden Jahren, die durch Pleiten, bewußte Einschränkung der Bautätigkeit, Zurücknahme verschiedener Gelder usw. gekennzeichnet war, und durch die schlechten Arbeitsbedingungen beim Bau mußten schon über 100.000 Kollegen ihren Arbeitsplatz wechseln, fast jeder 6. Bauarbeiter (ca. 200.000 von 1,2 Mio. in der BRD) wurde arbeitslos und ein großer Teil der Bauarbeiter muß kurzarbeiten. (Zudem ist vielfach noch die Möglichkeit genommen, durch Überstunden oder Akkordarbeit das fehlende Geld hinzu zu verdienen.)

Auf Grund der oben geschilderten Situation ist es in diesem Jahr besonders leicht gewesen, den Kollegen einen derart niedrigen Tarifabschluß beizubringen, ohne auf breiten Protest zu stoßen.

Einiges zur Politik der IG Bau-Steine-Erden

Der Hauptvorstand der IG Bau-Steine-Erden macht sich offenbar mehr Gedanken über die „Auslastung der Baukapazität" als über die Lage der Kollegen. *„Wir wissen, daß die Einkommensrunde 75 nicht leicht sein wird. Dennoch wird sie erfolgreich sein, wenn wir die berechtigten Interessen der Arbeitnehmer in der Bau- und Wohnungswirtschaft mit der erforderlichen Verantwortung für das Ganze verbinden."* („Der Grundstein" Nr. 12/74, Zeitschrift der IG BSE)

Die „Verantwortung für das Ganze" (gemeint: für die Situation der Bau-Kapitalisten!) war ihnen offenbar so wichtig, daß sie nicht einmal eine Lohn-Forderung aufstellten, sondern gänzlich und von vorn herein den Vorstellungen der Bosse anpaßten. Nach dem Tarifabschluß hatten die Kollegen das Nachsehen, die Kapitalisten ihre Profite und die Führer unserer Gewerkschaft Zufriedenheit und das Lob der bürgerlichen Presse über das „gute" Ergebnis. So hatten alle etwas, und der „Blick fürs Ganze" hatte sich bewährt.

Daß es aus einigen Verwaltungsstellen-Bereichen durchaus Forderungen gegeben hatte, scherte den Vorstand überhaupt nicht. Er hielt es auch nicht für nötig, dies in der Gewerkschaftszeitung bekannt zu geben. Vielmehr ging es der Gewerkschaftsführung darum jede organisierte Diskussion unter den Kollegen über die Lohnverhandlungen zu verhindern. ●

Ein Bau-Genosse aus Niedersachsen

Kapitalistenverbände schreiben an die Regierung:

Politische Erpressung mit der Not der Jugend

Der politische Streit um die ohnehin schon völlig verkrüppelte „Reform zur beruflichen Bildung" hat Mitte Januar durch eine massive Intervention der fünf kapitalistischen Spitzenverbände – Bundesverband der deutschen Industrie (Präsident H.G. Sohl), Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (H.M. Schleyer), Deutscher Industrie und Handelstag (O.W. v. Amerongen), Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels (F. Conzen), sowie des Zentralverbandes des deutschen Handwerks (P. Schnitker) einen spektakulären Aufschwung genommen.

Die Kapitalisten erklärten sich in einem Schreiben an Bundeskanzler Schmidt bereit, bei Erfüllung ihrer in einem 29-Punkte-Katalog erhobenen Bedingungen „das Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen schon bis Ende 1975 um etwa zehn Prozent zu erhöhen" – das entspricht ca. 40.000 zusätzlichen Plätzen! („FR", 17.1.75).



Lehrlinge der Rheinstahl-Nordsee-Werft in Emden demonstrieren für ihre Sache (Juni 1972)

Arbeitslose Jugendliche in Dortmund – auf dem Gelände einer stillgelegten Zeche werden sie „beschäftigt"

Lehrstellenverknappung – Bestandteil der politischen Strategie der Bourgeoisie !

Mit ihrem „Angebot" haben die Kapitalisten selbst den letzten Beweis erbracht, daß die Lehrstellenverknappung der letzten Jahre nicht allein durch das wirtschaftliche Ziel des Abbaus des Facharbeiterbestandes zu Gunsten billigerer Arbeitskräfte begründet werden kann, nicht allein „normales Ergebnis" der kapitalistischen Rationalisierung ist. Sie ist vielmehr zu einem guten Teil bewußt vorangetrieben worden, als ein wesentlicher Bestandteil der politischen Strategie des Kapitals zur Beendigung der „sozialistischen Experimente" Berufsbildungsreform und Mitbestimmung, ist eiskaltes Kalkül mit der Not der arbeitenden und lernenden Jugend zur Steigerung des Tempos der Faschisierung von Staat und Gesellschaft, insbesondere durch Sturz der „sozial-liberalen" Regierung zu Gunsten einer brutaleren und offeneren Gangart seitens der CDU/CSU.

Die Bedingungen, die die Kapitalisten an die Bereitstellung der 10 Prozent mehr Lehrstellen knüpfen, lassen unzweideutig erkennen, daß sie auf totale Diskreditierung insbesondere der Sozialdemokratie aus sind, die seinerzeit mit der Parole *„Bildung und Wissenschaft stehen an der Spitze der Reformen"* (W. Brandt, Regierungserklärung 1969) hausieren ging.

Sie fordern im Einzelnen:

unverzügliche Aufhebung der seit 1972 gültigen Anrechnungsverordnung für das Berufsgrundbildungsjahr der Länder. Nach dieser Regelung mußte die Lehrzeit bis zu einem Jahr verkürzt werden, wenn der Jugendliche die entsprechende Zeit mit einer Vorausbildung an einer Berufs- bzw. Fachschule verbracht hatte;

unverzügliche Überprüfung der neuen Ausbildungsordnungen, *„die viel zu hohe und deshalb die Zahl der Ausbildungsbetriebe reduzierende Anforderungen stellen"*. Interessant ist hier noch einmal zur Verdeutlichung der kapitalistischen Taktik, daß diese Ausbildungsordnungen *„allerdings im wesentlichen von den Fachexperten der Verbände (!!!) ausgearbeitet sind"* („FR", 17.1.75);

„unverzüglich" sollten ferner nicht überbetriebliche, sondern betriebliche (!!) Lehrwerkstätten durch *„steuerrechtliche Hilfe gefördert werden"!*

die *„bewußte Erweiterung"* des Kreises der Ausbildungsbetriebe um mehr Klein- und Mittelbetriebe, um die *„Filialen und Zweigstellen von Einzel- und Großhandelsbetrieben, Banken, Versicherungen und Sparkassen"* („Hannoversche Allgemeine, 18./19.1.75). Der inzwischen längst vergessene Vorgänger von H. Rohde im Bildungsministerium, Klaus v. Dohnanyi, hatte in seinen ebenfalls längst vergessenen „Markierungspunkten" zur Berufsbildungsreform noch den Entzug der Ausbildungsberechtigung gerade bei solchen „Kleinbetrieben, Filialen" etc. gefordert, garniert mit der durchaus richtigen Feststellung, daß die Lehrlinge hier als „billige Arbeitskräfte" ausgeplündert werden.

Das muß man wissen, um ermessen zu können, wieviel sozialdemokratischer „Reform"-Bankrott, und zugleich wieviel hämische Genugtuung sich hinter der obigen Aufforderung der Kapitalisten an die Regierung verbirgt, jetzt im genau umgekehrten Sinne tätig zu werden!

Zu alledem wollen die Kapitalisten, großzügig wie sie nun mal sind, *„5.000 geeignete Fachkräfte der Betriebe (!!!)"* zur Verfügung stellen, die ausbildungs- und arbeitslose Jugendliche für ein Jahr unterrichten sollen; sogar *„an der Vergütung"* wollen die ‚Wohltäter' sich *„beteiligen"!* Neben dem ökonomischen Nutzeffekt, daß derzeit beschäftigungsarme Ausbilder staatlich subventioniert an den Berufsschulen tätig werden und so den Kapitalisten erhalten bleiben, bis die Lehrstellenverknappung ihr politisches Ziel erreicht hat, und die Lage von ihnen wieder bis zu einem gewissen Grade ‚normalisiert' wird, hat diese Sache noch einen anderen Haken, der an jüngsten Äußerungen des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Stingl, deutlich wird: nach diesem ist das Problem der Jugendarbeitslosigkeit *„staatspolitisch wichtig ... da die Anfälligkeit der Mädchen und Jungen, die die Schule verlassen, aber keine Ausbildung erhalten (können) sehr groß (ist), sich von politischen Wirrköpfen (!) beeinflussen zu lassen."* („Welt", 15.1.75.)

Kapitalistische ‚Unteroffiziere' als „Lehrer" an den Berufsschulen werden der Arbeiterjugend in so einem Falle schon die Leviten lesen!

(Alle nicht anders gekennzeichneten Zitate aus „FR", 17.1.75.)

Die Bundesanstalt für Berufsbildung, entsprechend auf Landesebene elf Landesanstalten, sollen in „Selbstverwaltung" nach dem Muster der Bundesanstalt für Arbeit errichtet werden, das heißt „drittelparitätisch", ein Drittel jeweils Vertreter der „Arbeitgeber, der Arbeitnehmer (Gewerkschaften) und der Landesregierung." **Für die Arbeiterjugend also ein Verhältnis von 12 Kapitalistenknechten zu 6 Fragezeichen!**

Allerdings steht nach der Planung, dieser Mißgeburt von einer „selbstverwalteten Anstalt" noch nicht einmal das Recht zu, die ausbildenden Betriebe zu kontrollieren, sowie die Lehrlingsprüfungen abzunehmen! Beides soll wie bisher von den Industrie- und Handels- bzw. Handwerkskammern, das heißt den Kapitalisten höchstpersönlich, vorgenommen werden!!! (14.1.75, „Frankfurter Rundschau").

„Dabei ist nicht gesagt, daß Rohde nicht noch weiter dazu lernen kann(!!)" bescheinigt ihm zynisch der Rechtsaußen G. Deschner, in Springers „Welt", vom 15.1.75.

SPD-„Reformer": Ein Bückling jagt denselben!

Ein Eingehen auf den obigen Forderungskatalog der Kapitalisten seitens der Regierung würde den totalen Bankrott der seinerzeit mit viel Wind in Szene gesetzten Berufsbildungs-„reform" bedeuten, ja, würde diese darüber hinaus zum legitimen Bestandteil des Schmidtschen Konjunkturförderungsprogrammes degradieren, würde weitere Öffnung der Steuerpfründe für die Bourgeoisie und nicht das Schwarze unterm Fingernagel für die Arbeiterjugend bedeuten!

Und so stimmen die „Bildungsexperten" zunächst einmal zünftig an und bezeichnen die Einmischung der Kapitalisten als einen *„einmaligen (?) und skandalösen Vorgang"* (SPD), als *„unerhörten Erpressungsversuch"* (SPD-Sprecher Meinecke) – selbst die FDP-Abgeordnete Helga Schuchardt spricht von einem *„unglaublichen (?) Vorgang"* und von einem *„Angriff auf die parlamentarische Demokratie"!* („Hannoversche Allgemeine, 18./19.1.75)

Große Worte! ... Und die Taten? Tatsächlich aber passen sich die so-

meine, 18./19.1.75)

Große Worte! ... Und die Taten?

Tatsächlich aber passen sich die sozialdemokratischen „Experten" seit Beginn ihrer Planung mit immer rasanterer Geschwindigkeit den Bedingungen des Kapitals an, wenngleich das bisher noch nicht derart spektakulär eingeleitet wurde! Zunächst schmissen sie Willi Brandt seinen Bildungsminister Dohnahnyi hinterher und gingen unter Rohde daran, die ohnehin totgeborene „Reform" zu verstümmeln. Im REBELL Nr. 3/74 führten wir an, was Rohde seinerzeit (September '74) von der ursprünglichen „Reform" noch nachgelassen hatte:

- *„Die Errichtung einer Bundesanstalt für Berufsbildung zum Zwecke der staatlichen Kontrolle,*
- *Abhilfe bei den übelsten Auswüchsen der Berufsschulmisere und Errichtung von „überbetrieblichen Ausbildungsstätten", dort wo es unbedingt nottut,*
- *zur Finanzierung wird die Bildung eines Berufsbildungsfonds erwogen, in den alle Betriebe, auch die, die nicht ausbilden, ca. 1/4 bis 1/2 ihrer Bruttolohn und Gehaltssumme als Abgabe einzahlen sollen."*

Nach einer Intervention von Friederichs (FDP-Wirtschaftsminister), im Verein mit dem „Kuratorium der Wirtschaft für Berufsbildung", mit dem Ziel, *„jede weitere Belastung der Wirtschaft"* zu vermeiden („Welt", 7.11.74) hat Rohde nun seinen Entwurf noch einmal „überarbeitet". Ergebnis:

verzichtet wird nun auch noch auf den paritätisch verwalteten Fonds zur Finanzierung der beruflichen Bildung. Der Bildungsminister wird lediglich „ermächtigt", bei „Bedarf" (!) eine einmalige Abgabe von den Betrieben einzuziehen.

... 'Ranklotzen !

Derzeit sind nach der offiziellen Statistik ca. 100 000 Jugendliche arbeitslos. Schon nach dieser Statistik der Bundesanstalt für Arbeit, die deswegen relativ „harmlos" erscheint, weil sie willkürlich die statistische Altersgrenze der Jugendarbeitslosigkeit mit 20 Jahren festsetzt, stieg die Arbeitslosigkeit im Bemessungszeitraum September 73 bis Sept. 74 um 233 % (!), während die allgemeine Arbeitslosigkeit um 130 % stieg. („Handelsblatt", 19.12.74). Tatsächlich jedoch liegt die Schätzung des „Neuen Deutschland" vom 15.1.75, die eine Zahl von etwa 250.000 arbeitslosen Jugendlichen, nämlich bis 25 Jahre (!), etwa ein Viertel aller Arbeitslosen, angibt, ungefähr richtig. In dieser Schätzung sind noch nicht einmal die Jugendlichen erfaßt, die noch nicht länger als zehn Wochen nach einer Lehrstelle suchen (dann werden sie erst registriert), ganz zu schweigen von denen, die in irgendwelchen provisorischen „Ausbildungsgängen" Beschäftigungstherapie betreiben müssen, damit die Statisti-

dungsgängen" Beschäftigungstherapie betreiben müssen, damit die Statisti-

ken wenigstens etwas beschönigt werden können.

Entsprechende „Förderungsmaßnahmen" hat die Bundesanstalt für Arbeit für ca. 15 000 Jugendliche ergriffen: dazu gehört beispielsweise auch eine „Lohnkostenzahlung" bis zur Höhe von 120 % (!!) an „hilfreiche" Betriebe! („Welt", 15.1.75).

Im Laufe des Jahres '75 wird sich diese Entwicklung weiter zuspitzen. Ca. 900.000 Schulabgänger, das sind ca. 70.000 mehr als 1974 („Welt", 11.1.75), aufgrund der geburtenstarken Jahrgänge, werden sich einem Lehrstellenangebot gegenüber sehen, das nach einer Infas-Studie noch einmal um 5 - 10 % sinken wird! („Süddeutsche Zeitung", 15.1.75).

Das ist der Hintergrund, vor dem die Kapitalisten ansetzen, um den letzten Rest von ‚Reform' in der Berufsausbildung auch noch wegzufegen!

Die Sozialdemokraten haben mit dem Bankrott in der Berufsausbildungsreform wie in vielen anderen Maßnahmen überdeutlich gezeigt, daß sie willige Vollstrecker des Willens der Bourgeoisie sind und werden wohl vor lauter Gewöhnung an die tiefgebückte Haltung gegenüber ihren Herren alsbald wieder beim Gehen die Hände hinzuziehen müssen!

Es ist also längst an der Zeit, daß wir selbst 'ranklotzen! Der Zusammenschluß von dutzenden politischen Organisationen und Gruppen, demokratischen Initiativen etc. in Hamburg zur „Aktionseinheit gegen die reaktionäre Jugend- und Bildungspolitik" ist ein Beispiel, was Schule machen sollte, will die Arbeiterjugend nicht Spielball der Kapitalinteressen bleiben! ●

Jugendkommission
KB/Gruppe Hamburg

HDW - Hamburg:

Wieder politische Entlassungen!

Am Donnerstag, den 16.1.75, bestanden alle Maschinenschlosser-Lehrlinge von HDW die Facharbeiterprüfung. Noch am gleichen Tage erhielten drei von ihnen einen Brief der Personalabteilung, in dem ihnen ohne Begründung mitgeteilt wurde, daß der Betrieb mit ihnen keinen Arbeitsvertrag eingehen wird.

Zynischerweise standen am gleichen Tag, an dem die Kündigungsbriefe aufgesetzt wurden, in der „Morgenpost" und in der „Bild" großformatige Stellenanzeigen von HDW, in denen Maschinenschlosser gesucht werden, und zwar *„überwiegend als Nachwuchskräfte"* für *„Montagetätigkeiten im Neubau und in der Reparatur"*. Der Zynismus liegt darin, daß in genau diesen Abteilungen die drei Kollegen nach ihrem Lehrabschluß beginnen wollten und daß die verantwortlichen Meister dieser Abteilungen einer Übernahme schon zugestimmt hatten. Offenbar ist hier in letzter Minute noch ein „Wort von ganz oben" gekommen! Die Auswahl der Entlassenen ist nicht zufällig: Alle drei Kollegen haben sich bisher aktiv für die Interessen ihrer Kollegen eingesetzt, einer von ihnen ist Vertrauensmann und ist auch schon mehrfach auf Betriebsversammlungen und im VK aufgetreten.

Die HDW-Kapitalisten begehen mit diesen Entlassungen überdies einen offenen Vertragsbruch, denn es heißt im Ausbildungsvertrag, daß **der Betrieb spätestens drei Monate vor Ende der Lehrzeit die Nichtübernahme schriftlich aussprechen muß.** Auch als die Kollegen auf diese Tatsache hinwiesen, weigerte sich die Personalabteilung, den Grund für die Entlassungen zu nennen.

Wie sich herausstellte, hat der Betriebsrat schon seit einiger Zeit Kenntnis von den Entlassungen gehabt, ohne es den Kollegen mitzuteilen, geschweigedenn, etwas dagegen zu tun. Im Gegenteil: als die Kollegen beim BR vorsprachen, erklärte dieser die Dreimonatsfrist im Ausbildungsvertrag flugs für „ungültig", da sie nicht mit dem Berufsbildungsgesetz übereinstimme, und auch der Hinweis auf die Stellenanzeigen konnte ihn nicht beeindrukken. Außerdem hat der BR noch eine besonders makabre „Rechtfertigung" für sein Vorgehen konstruiert:

Wenn die drei Kollegen übernommen würden, bedeute dies, daß die Firma in Zukunft nur noch so viele Lehrlinge neu einstellt, wie sie später auch übernehmen will. Dadurch würde die Zahl der Lehrstellen sinken und d e s h a l b könne der BR sich nicht für eine Übernahme der drei einsetzen!

Wirklich eine Meisterleistung in unverschämter Demagogie: Die Kapitalistenklasse baut in ungeheurem Maße Lehrstellen ab und schmeißt massenhaft jugendliche Arbeiter auf die Straße, und diese sogenannten „Arbeitnehmervertreter" im HDW-Betriebsrat „kämpfen" dagegen, indem sie w e i t e r e n Entlassungen zustimmen! Noch deutlicher wurde die Rolle dieser Herren als wahre Lakaien der HDW-Kapitalisten, indem sie die drei Kollegen aus den BR-Räumen rausschmissen; und als später an die 20 Lehrlinge beim BR erschienen, wurde einer der Entlassenen angeschnauzt:

„Du bist ja nur hier noch gekommen, um Putz zu machen – die anderen Kollegen hast Du ja nur als Kulisse mitgebracht!"

Da die versammelten Kollegen nicht gewillt waren, sich rausschmeißen zu lassen, verzog sich nun der BR selber und boykottierte so die weitere Auseinandersetzung. Später betonte der BR-Vorsitzende Werner Peters noch einmal ausdrücklich, daß der BR in dieser Angelegenheit nichts weiter unternehmen werde.

Die drei betroffenen Kollegen haben inzwischen angekündigt, daß sie gegen ihre Nichtübernahme gerichtliche Schritte einleiten werden. Dabei wollen sie auch versuchen, den Rechtsschutz der IG Metall in Anspruch zu nehmen. Es wird sich noch herausstellen, wie die IGM-Führung, die für die Gewährung von Rechtsschutz zuständig ist, diesen Fall von politischen Entlassungen behandelt: immerhin heißt der Personalchef, gegen den da geklagt werden soll, **Heinz Scholz**, – und der war bis vor kurzem noch Bezirksleiter der IG Metall! **Dank seinem Einfluß sind ja auch schon die HDW-Jugendvertreter aus der Gewerkschaft ausgeschlossen worden und zwei von ihnen aus dem Betrieb geflogen. Die Jugendvertreter konnten damals nur aufgrund eines Gerichtsurteils und der breiten Solidarität unter den Hamburger Lehrlingen ihre Wieder einstellung erreichen.** ●

HDW Lehrlingszelle
KB/Gruppe Hamburg

Gegen die reaktionäre Jugend- und Bildungspolitik des Hamburger Senats

Der Kampf geht weiter

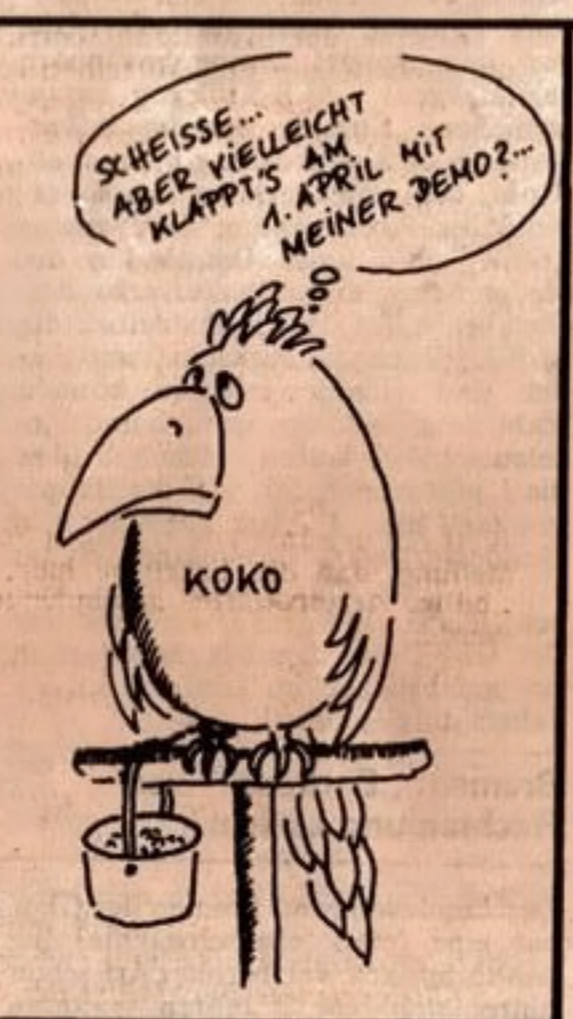


Fortsetzung von Seite 1

konsequent anzupacken. Im Gegensatz zu den blind aktionistischen Kampagnen der Rechts- und „Links"-sektierer ermöglicht es die Aktionseinheit gegen die reaktionäre Jugend- und Bildungspolitik, l a n g f r i s t i g Kämpfe in einem bestimmten Bereich zu organisieren, zu ermutigen und voranzutreiben. Die Großveranstaltungen (Demonstrationen, Diskussionsveranstaltungen) stellen dabei nur einen kleinen T e i l der gesamten Aktivitäten, deren punktuelle Zusammenfassung zu einer gemeinsamen Aktion dar. Das W e s e n t l i c h e ist es – und das stellt sich vor allem auch als Aufgabe der unmittelbaren Zukunft – Aktivitäten und Aktionseinheiten an der „ B a s i s " zu entwickeln – in Betrieben, Schulen, Berufsschulen, Jugendzentren. Heute gibt es jedoch noch eine Tendenz bei manchen Genossen, diese Aufgabe nicht genügend zu sehen; stattdessen werden z.T. aktionistische und perspektivlose „Mobilisierungs"versuche an anderen Kampffronten unternommen, während sogar vorhandene Ansätze und Mobilisierungsmöglichkeiten im Jugendbereich „übersehen" oder jedenfalls nicht genügend genutzt werden.

In Zukunft wollen wir uns stärker darum bemühen, die Aktionseinheit gegen die reaktionäre Jugend- und Bildungspolitik des Staates auch über Hamburg hinaus breiter zu entwickeln. Die Probleme der werktätigen und lernenden Jugend sind im wesentlichen die gleichen, und wir halten es für notwendig und auch für möglich, auch in anderen Städten Kämpfe an dieser Front zu organisieren und politisch voranzutreiben.

Das Neuste: Spalter in der Klemme



Wie inzwischen bekannt wurde, ist noch immer keineswegs klar, ob der Kreisjugendausschuß (KJA) überhaupt vom „Rat der Götter" (=DGB-Kreisvorstand) die Genehmigung erhält, zur Spalterdemonstration der „Koko" (Koordinierungskonferenz Hamburger Jugendverbände) am 19.2. aufzurufen. Diese Demo war schon auf Intervention der DGB-Führer für Ende Januar abgesetzt worden. Begründung: Ein allzu „radikales" (?) Verhalten der Gewerkschaftsjugend würde die Verhandlungen der Gewerkschaftsführer mit den Kapitalisten „stören". Mit derselben Begründung wurde dem KJA j e t z t erneut verboten, ein Aufrufflugblatt der „Koko" zur Demo zu unterzeichnen.

Dabei hatten die Revisionisten (SdAJ) ja mit Hilfe der „Autorität" des KJA gerade unter anderen Jugendverbänden durchgesetzt, daß eine gemeinsame Demonstration mit der Aktionseinheit verhindert wird! Offenbar war es nicht nur richtig, sondern sogar goldrichtig, daß die Aktionseinheit jede Unterordnung unter die DGB-Führer wie auch unter die Revisionisten abgelehnt und selbständig eine Demo durchgeführt hat.

Originelles wird auch wieder vom KBW bzw. seiner Jugend-„Massen"-(=Mini)-Organisation KAJB berichtet. Nachdem der KBW zunächst Verhandlungen des KJA mit politischen Organisationen generell für überflüssig erklärt hatte (denn es kommt ja auf „die Gewerkschaft" an . . .). ist er jetzt selbst über den KAJB an den KJA zwecks gemeinsamer Durchführung der Demo am 19.2. herangetreten, bzw. richtiger: herangekrochen (Spalter – vereinigt euch ...). Natürlich ohne jeden Erfolg. Auf einen so winzigen Beifahrer können SDAJ und Jusos offenbar gern verzichten.

Auf Spalterkurs seit eh und je, das ist und bleibt die DKP

Daß sich im Jugendbereich „etwas tut" hat sich inzwischen bis zur DKP herumgesprochen. Das Zustandekommen der Aktionseinheit gegen die reaktionäre Jugend- und Bildungspolitik des Hamburger Senats war für die Revisionisten ihrerseits das Signal, Aktivitäten im Interesse der Jugend vorzutäuschen. So rief der von den Revisionisten (MSB/SHB) beherrschte AStA der Universität zu einer Demonstration gegen das „Bafög" (Gesetz, das die Stipendien der Studenten regelt) auf; um diese möglichst attraktiv zu machen, wurde die AStA-Demonstration als „gewerkschaftlich" ausgegeben, wurden „die Gewerkschaften" g r o ß als „unser Bündnispartner" herausgestellt und wurde behauptet, man wolle in diese Demonstration auch die Arbeiterjugend einbeziehen. All dies stellte sich als plumpe Bauernfängerei heraus: k e i n gewerkschaftliches Gremium unterstützte die AStA-Demonstration; und außerdem war diese w ä h r e n d der Arbeitszeit angesetzt, so daß sich eine Teilnahme berufstätiger Jugendlicher von vornherein ausschloß. Offenbar hatte es der AStA nur darauf angelegt, Studenten auf den Leim zu locken, die auf Begriffe wie „Gewerkschaftlich" oder „Arbeiterjugend" gut ansprechen.

Im übrigen gab es bei der AStA-Demonstration die schon gewohnten Rüpeleien politisch hirnloser MSB/DKP-Jünger, die andere Demonstrationsteilnehmer immer wieder provozierend angriffen, um nicht genehme Transparente aus dem Zug zu zerren etc. Das schräge Verständnis dieser Leute von Demokratie und gemeinsamen Handeln wurde daran wieder einmal sehr deutlich.

Für Januar hatte dann der von Revisionisten und Sozialdemokraten (SDAJ und Jusos) besetzte Kreisjugendausschuß der Gewerkschaftsjugend (KJA) eine Demonstration gegen die Lehrstellenverknappung und die Jugendarbeitslosigkeit geplant. Im Rahmen der sogenannten „Koordinierungskonferenz Hamburger Jugendverbände" (Koko) sollten auch andere Organisationen („Falken", Jungdemokraten, kirchliche Jugendverbände) einbezogen werden.

Die Teilnehmer der Diskussionsveranstaltung der Aktionseinheit am 6.12.74 hatten beschlossen, an die „Koko" in Form einer Delegation heranzutreten und ihr ein g e m e i n s a m e s Vorgehen vorzuschlagen. Dabei zeigte sich dann, daß sich die SDAJ und der KJA mit Händen und Füßen gegen ein gemeinsames Vorgehen wehrten und stur an ihrem auf Zersplitterung der Jugendlichen gerichteten Kurs festhielten. Dies wurde in erster Linie mit der Teilnahme des KB an der Aktionseinheit begründet – mit dem könne es nun mal „keine Gemeinsamkeiten" geben. Die in der „Koko" vertretenen kirchlichen Gruppen und die „Falken" kritisierten zwar dieses Vorgehen, ließen sich aber nach einigen taktischen Windungen doch wieder vor den Karren der Spalter spannen. Letzten Endes ist es so, daß hier eine politisch zumindest in Hamburg unter den Jugendlichen absolut bedeutungslose Gruppe (SDAJ) und ein von den Arbeiterjugendlichen isoliertes, nur von den DGB-Führern ausgehaltenes „gewerkschaftliches" Gremium (KJA) durch politische Erpressung und Einschüchterung immer noch andere Organisationen zu beeinflussen vermögen – gegen die Interessen der werktätigen Jugend an einem möglichst breiten, möglichst einheitlichen Kampf.

Den „Clou" brachte dann freilich die DGB-Führung ins Spiel: sie untersagte dem KJA rundweg die für Ende Januar geplante Demonstration, um die „Spitzengespräche" zwischen der DGB-Führung und der Industrie- und Handelskammer nicht zu „stören". Demonstrationstermin soll jetzt – so die „Götter" in der DGB-Führung wollen – im Februar sein – wenn die Studenten, die eigentlich als großes Fußvolk für die Spalterdemonstration von KJA und AStA schon fest eingeplant waren, bereits Ferien haben. Daß der KJA kein entscheidungsfähiges Gremium der Gewerkschaftsjugend, sondern eine bloße Marionette von Vorstands Gnaden ist, läßt sich wohl auch bei schlechtem Willen nicht mehr ganz leugnen.

Im Sinn der Interessen der Jugend ist allerdings diese Entscheidung des DGB als klassisches Eigentor nur zu begrüßen – zeigt sie doch ganz klar die realen Kräfteverhältnisse im Gewerkschaftsapparat auf und verdeutlicht zugleich, wohin wir kommen, wenn wir uns auf bedeutungslose „gewerkschaftliche" Gremien verlassen, statt auf die eigene Kraft.

Auch die „Abgrenzungs"politik der DKP und ihres Anhangs gegenüber dem KB u.a. ist ein solches „Eigentor", eine Fußfessel, die sich die Revisionisten selbst angelegt haben und die letzten Endes sich als H e m m n i s für die politischen Betrügereien dieser Leute auswirkt, weil sie sich damit ihren Manövrierspielraum selbst einengen.

Die Aktionseinheit wird breiter, der KBW wird nicht gescheiter

Am Rande der Aktionseinheit gegen die reaktionäre Jugend- und Bildungspolitik des Hamburger Senats verblüffte der KBW durch artistische Einlagen. So lehnte er die Aktionseinheit zuerst ganz ab (die „Betroffenen" sollten ihre Kämpfe lieber säuberlich voneinander getrennt führen), hängte sich dann an mit der „Begründung", wo eine Demonstration nun mal beschlossen sei, müsse der KBW doch wenigstens verhindern, daß diese zahlenmäßig ein Mißerfolg würde – angesichts der „Stärke" des KBW in Hamburg (nur ein paar Dutzend Leute) war dies ein Anlaß für besondere Heiterkeit.

Als dann das Demonstrationsvorhaben des KJA auftauchte, stürzte sich der KBW ganz auf diese Sache. In zwei „Ortsbeilagen" der KBW-Zeitung „KVZ" trug der KBW-„Ortssekretär" L.P. seine krausen Ansichten zu dem Thema vor. In der Auseinandersetzung zwischen KJA und der „Aktionseinheit" um ein gemeinsames Vorgehen nahm L.P. klar g e g e n die „Aktionseinheit" Stellung. Dem KJA empfahl L.P., was dieser selbst eh schon wollte: *„Nicht für sinnvoll halten wir es, besondere Aktionseinheitsverhandlungen mit politischen Organisationen über diese Frage zu führen"*. – Dies hinderte L.P. im übrigen nicht, zwei Wochen später in der Ortsbeilage der „KVZ" milde zu klagen, der KJA habe *„eine öffentliche Diskussion aller fortschrittlichen Gruppierungen zwecks gemeinsamer Aktion"* abgelehnt. L.P. jammert also, daß der KJA genau d a s getan hatte, was L.P. selbst noch kurz vorher empfohlen hatte! Ob dies nur p o l i t i s c h e Schizophrenie ist, sei dahingestellt.

Im übrigen drischt L.P. wieder kräftig gegen die „Aktionseinheit" und deren Demonstration am 17. Januar: Diese sei *„schädlich und politisch sinnlos"*. *„Das einheitliche Auftreten gegen die Folgen der Krise auf die Arbeiterjugend wird dadurch (!!) gespalten"*.

Daß es ja eigentlich nicht die „Aktionseinheit", sondern der KJA war, der ein gemeinsames Vorgehen total abgelehnt und verhindert hat, kann auch L.P. nicht ganz verdrängen. Das sei aber bloß eine *„untergeordnete"* Frage, die Hauptsache sei *„das einheitliche Auftreten aller Jugendlichen"* – d.h. auch wenn man den Revisionisten (die im Kostüm des KJA auftreten) die Veranstaltungsreden überlaßt, sich mit den Provokationen ihrer Schlägertrupps auseinandersetzen muß usw.

Faktisch bedeutet eine solche Haltung 100%ige Kapitulation vor den Spaltern und Verzicht auf den Kampf um einen wirklichen möglichst breiten Zusammenschluß der Jugendlichen.

L.P. selbst muß zugeben, es sei *„nicht einmal auszuschließen"*, daß vom DGB versucht wird, die KJA-Demonstration völlig zu verhindern, nachdem sie ja schon vom Januar auf den Februar verschoben wurde. Trotzdem vertritt er die These, sich ausschließlich auf diese Demonstration von Gnaden der DGB-Führer zu orientieren, und ihretwegen andere, selbständige Aktivitäten zu unterlassen. Alles andere sei, so L.P. im trauten Chor mit SDAJ und Jusos, „spalterisch".

Wir meinen allerdings, gerade aufgrund der gelaufenen Gespräche zwischen „Aktionseinheit" und KJA/SDAJ, daß die vom KJA geplante Demonstration (falls sie je zustande kommen sollte? !) k e i n e von uns zu unterstützende Demonstration der G e w e r k s c h a f t s j u g e n d ist, sondern ein übles Spaltungsmanöver der Revisionisten und Sozialdemokraten zur V e r h i n d e r u n g einer einheitlichen gewerkschaftsjugendlichen Demonstration. Wir meinen, daß es gut und nicht schlecht ist, wenn dieses Spaltungsmanöver auch zahlenmäßig zu einer deutlichen Quittung für diese Politik wird; und daß es schlecht wäre, wenn eine relativ hohe Teilnehmerzahl es den Revisionisten und Sozialdemokraten ermöglichen würde, von ihren Spaltermethoden abzulenken und einen scheinbaren „Erfolg" ihrer Politik vorzuweisen. Denn nicht plötzliche bessere Einsicht, sondern nur deutliche politische Mißerfolge können diese Leute dazu zwingen, schließlich doch entweder der Notwendigkeit des breiten gemeinsamen Handelns Rechnung zu tragen oder aber sich völlig zu isolieren. Beflissene Steigbügelhalter wie die KBW-Führer können ihnen diese Alternative auch nicht ersparen. ●

Hellseher?



Am Rande der Demonstration vom 17.1. war ein gewisser „L.P." (Lutz Plümer, vorübergehend Hamburger ‚Ortssekretär' des KBW) zu beobachten. In der Ortsbeilage der „KVZ" vom 23.1.75 legt „L.P." seine Eindrücke so dar: **„Die meisten Teilnehmer der Demonstration haben uns darin zugestimmt, daß der Kampf um die Gewerkschaft geführt werden muß".**

Hat „L.P." die etwa alle gefragt? Nein, vielmehr gehört „L.P." offensichtlich zur Fakultät der Hellseher, denn er fährt fort: **„Wir sind sicher, daß die überwiegende Mehrheit derjenigen, die am vergangenen Freitag demonstriert haben** (d.h. am 17.1.), **an der Demonstration der Gewerkschaftsjugend** („L.P." meint offenbar die geplante Spalterdemonstration des KJA, d.h. der Jusos und der SDAJ!) **teilnehmen wird".**

„L.P.", der auch sonst recht flott beim Erfinden angeblicher „Volksmeinungen" ist („Die Massen stimmen dem KBW zu" usw.) hat sich mit diesem Phantasieprodukt wieder selbst übertroffen. (Übrigens war Hellseher „L.P." eine „KVZ" vorher noch nicht einmal sicher, ob die KJA-Demonstration überhaupt stattfinden wird – was in der Tat fraglich ist!)

Wenn dieser politische Voyeur das nächste mal an einer Demonstration entlangwieselt, sollte man ihm so nachdrücklich Bescheid sagen, daß „Mißverständnisse" über die Gedanken der Demonstranten nicht mehr möglich sind.

Hamburg

VOLLE KRAFT VORAUS!

den 1.Mai 1975 vorbereiten

Vor über 2.500 Zuhörern forderte der Sprecher der Hamburger Aktionseinheit während der Abschlußkundgebung der Demonstration vom 17.1. alle beteiligten Gruppen auf, unmittelbar mit den Vorbereitungen zum 1. Mai'75 zu beginnen. Es komme künftig darauf an , die Arbeit darauf zu konzentrieren, an diesem internationalen Kampftag der Arbeiterbewegung in Hamburg einen eindrucksvollen Protest gegen die kapitalistische Krisenpolitik zu organisieren. Bis zum 1.Mai solle die Aktionseinheit noch weiter verbreitert und insbesondere auf den Erwachsenen-Bereich ausgedehnt werden.

Am 14.2. soll eine weitere Großveranstaltung der Aktionsenheit stattfinden auf der insbesondere die Faage diskutiert werden soll, unter welchen Parolen der Kampf gegen die reaktionäre Jugendpolitik, gegen Arbeitslosigkeit, Lehrstellenverknappung etc. geführt werden soll und muß. Eine Auseinandersetzung mit den Vorschlägen der Jusos, der DKP/SDAJ usw. soll stattfinden.

Lehrergewerkschaft auf dem Marsch nach rechts!

In der bisher als „links" geltenden und noch recht liberal organisierten „Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft" ist gegenwärtig ein atemberaubender Umbruch zu beobachten: die Gewerkschaftsführer versuchen den stramm antikommunistischen Kurs z. B. der IG-Metall noch zu überbieten – bereits am 1. Februar will der Hauptausschuß der GEW als erste DGB-Gewerkschaft einen „Abgrenzungsbeschluß" gegen DKP und SEW fassen. Auf einem außerordentlichen Bundesvertreterkongreß am 8. März soll außerdem dem Bundesvorstand das Recht gegeben werden, „Linksradikale" ohne Verfahren auszuschließen. Wenn auch diese Maßnahmen von der GEW-Führung mit der Stärke der Linken in der GEW begründet werden, so zeigt die Wirklichkeit leider die Linken äußerst uneinheitlich und zum Teil orientierungslos. Der Versuch, den Gewerkschaftsführern das Geschäft zu vermasseln, hat bislang erst wenige Ergebnisse gebracht. Allerdings ist der Selbstbehauptungswillen der Linken noch keineswegs gebrochen. Wie auch bisher unterstützen wir daher jeden Ansatz, durch eine Aktionseinheit aller demokratischen und kommunistischen Kräfte in der GEW die Zerschlagung des Verbandes durch die Gewerkschaftsführung zu verhindern. Den Hintergrund dieses politischen Umbruchs in der GEW bildet das offizielle Ende jeder „Bildungsreform", als deren Lobby sich die GEW vormals verkaufen konnte, und die Erscheinungen eines krisenhaften Kapitalismus, die auch den in der GEW organisierten Lehrern neue, bisher nie gekannte Belastungen bringen.

Der Mainzer Bundeskongress: Die Weichen werden gestellt

„Welche Rolle sollen die Mitglieder in der Gewerkschaft spielen? Das ist die grundsätzliche Frage, um die es bei den „Mainzer Beschlüssen" geht", so schrieben wir in AK 49. Und wie diese Frage nach Ansicht der Gewerkschaftsführer beantwortet werden soll, zeigten Vorbereitung, Durchführung und Ergebnisse des Kongresses in Mainz. Die Vorbereitung fand weitgehend unter Ausschluß der Mitglieder – der Mehrzahl von ihnen war nicht ein einziger der später verabschiedeten Anträge bekannt – statt. Die Durchführung des Kongresses bestand fast ausschließlich im Durchpeitschen der Satzungsänderungen unter Benutzung aller möglichen und zum Teil auch sogar satzungswidrigen Tricks – unterstützt von einer Mehrheit der „Delegierten", die sich zum großen Teil selbst zu Vertretern der Basis ernannt hatten. Das Ergebnis sollte vor allem ein allmächtiger Hauptausschuß sein, in dem die GEW-Bosse unter sich und ohne jede demokratische Kontrolle schalten und walten wollen.

Muster dieses neuen „Demokratieverständnisses" bilden die Hauptausschußbeschlüsse vom Oktober, in denen den subalternen Mitgliedern per Erlaß der Führung mitgeteilt wird, wie künftig Ausschlüsse zu handhaben sind, was die „Ausschüsse junger Lehrer und Erzieher" zu tun und zu denken haben und wie sich studentische Mitglieder gewerkschaftsfromm verhalten müssen.

Kennzeichnend für den ganzen Mainzer Kongreß und die damit eingeschlagene Linie ist der Unvereinbarkeitsbeschluß, der buchstäblich in letzter Minute durchgezogen wurde. Mit ihm hoffen die Gewerkschaftsführer einen Hebel zu haben, nicht nur, um den zahlenmäßig kleinen Teil an kommunistischen Lehrern loszuwerden, sondern vor allem, um **jede demokratische Opposition in der GEW** zu zerschlagen. Und diese Opposition ist gar nicht so unbeträchtlich, wie die Auseinandersetzungen um die „Durchführung" der Mainzer Beschlüsse mittlerweile gezeigt haben: neun Monate nach dem Kongreß sind immer noch nicht alle Landesverbände der GEW auf Vordermann gebracht; in einigen beginnt sich der Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie gerade erst zu entfalten.

Das Lehrstück Westberlin

Das Lehrstück Westberlin

Im Landesverband Westberlin der GEW gelang es dem fortschrittlicheren Teil der Kollegen, sich durchzusetzen: seit April 74 stellen sie die Mehrheit in der Landesdelegiertenversammlung und im Landesvorstand (vgl. AK 54). Gegen diese Kollegen – in ihrer großen Mehrheit linke Sozialdemokraten – wurde im Dezember der Hebel „Unvereinbarkeitsbeschluß" angesetzt: der reaktionäre Teil der Delegierten forderte von ihnen eine ausdrückliche Bestätigung des Unvereinbarkeitsbeschlusses (UVB). Als diese Zustimmung zu Gesinnungsschnüffelei und Meinungsterror verweigert und stattdessen zaghaft eine „Revision" des UVB gefordert wurde, war damit „bewiesen", daß die Westberliner GEW „kommunistisch unterwandert" sei.

Nach dem Beweis der „kommunistischen Unterwanderung" wurde eine „Krise der GEW" fabriziert: spektakulärer Gewerkschaftsaustritt von einigen Dutzend Schulräten und dem Schulsenator Löffler und gleichzeitiger Aufbau einer reaktionären „Gewerkschaftsopposition". Die Rechten versuchen also, den Verband zu spalten. Da ihnen dabei nur die Unterstützung von rund 20 % der Mitglieder zuteil wird (Sammlung von 2.000 Unterschriften für ein „Eingreifen der Bundes-GEW"), müssen außerdem die Linken in der GEW noch gespalten und eingeschüchtert werden. Gewerkschaftsboss Frister kündigte einen Unvereinbarkeitsbeschluß gegen den von der SEW beeinflußten SLB (Sozialistischer Lehrerbund) – die stärkste Linke Gruppe in der Westberliner GEW – an. Demonstrativ begann das ehemalige Vorstandsmitglied Seiring mit dem Zusammenstellen einer Liste von SLB-Lehrern und schon drohte den fortschrittlichen Kollegen in Westberlin eine neue Gretchenfrage: „Wie hältst Du's mit der SEW?"

Der von Sozialdemokraten besetzte geschäftsführende Vorstand der Westberliner GEW hat sich bisher noch nicht zu einer vollen Unterstützung dieser Terrorpolitik der Frister und Co. hergegeben. Die Westberliner GEW-Vorsitzende Kujawa stimmte am 11. 1. 75 zusammen mit dem bayerischen Vorsitzenden Eckart und dem AjLE-Bundesvorsitzenden Offergeld als einzige auf einem GEW-Spitzentreffen gegen eine Ausdehnung des UVB. **Wir halten es für wichtig, daß der hier noch sichtbare Selbstbehauptungswillen linker Sozialdemokraten erhalten bleibt und noch gestärkt wird.** Alles andere als eine Stärkung dieser Kollegen bedeutet aber der Beschluß des SLB vom 7. Januar, **sich selbst aufzulösen** („Welt", 8. 1. 75). Mit der dummen und zynischen Begründung **„der SLB sehe seine Aufgabe als erfüllt an"** versuchen hier die „Vorkämpfer der Demokratie" wegzutauchen.

Dem Selbstbehauptungswillen der Linken stehen allerdings die härtesten Proben noch bevor: am 1. 2. will der Bundeshauptausschuß einen Antrag beschließen, der den Westberliner Landesvorstand auffordert, die von dem Spitzel Seiring benannten (ehemaligen) SLB-Kollegen auszuschließen! Kommt der Landesvorstand dieser Aufforderung nicht nach, droht dem Westberliner Landesverband die Aberkennung des Namens „GEW" und unter Umständen die Neugründung eines Spalterverbandes. Da aber selbst dann immer noch die SLB-Kollegen Gewerkschaftsmitglieder sind (Landesverbände können nicht ausgeschlossen werden und Einzelausschlüsse laufen bisher nur über die Landesverbände), will der Hauptvorstand am 8. März auf einer a. o. Bundesvertreterversammlung sich das Recht zusprechen lassen, selbst ausschließen zu können! Die Formierung der GEW wäre damit organisatorisch im wesentlichen im Laufe e i n e s Jahres durchgeführt!

Bremen: „Eintracht" von Rechten und Linken?

Der Landesverband Bremen der GEW
Rechten und Linken?

Der Landesverband Bremen der GEW hat eine (stark abgeschwächte) Behandlung nach Westberliner Art schon hinter sich: vor 2 Jahren spalteten die Rechten den Stadtverband Bremen und machten einen eigenen stramm antikommunistischen „Verband Bremer Lehrer und Erzieher" im Landesverband Bremen der GEW Bremen auf. Wenn auch der Spalterverband sehr klein blieb, verfehlte dieses Manöver doch nicht seinen Zweck: die Linken – in Bremen vor allem der KBW – begannen, kampflos Positionen zu räumen. Mit dem inhaltslosen Geschrei von der „Einheitsgewerkschaft" (Einheit auf welcher Grundlage? ?) steuerte der KBW eine Einheit um letztlich jeden Preis an. Der Widerstand gegen eine antikommunistische Ausrichtung gemäß den Mainzer Beschlüssen war daher im Bremer Landesverband gering. Ergebnis: ohne größere Auseinandersetzung wurde am 19. Dezember von der Landesvertreterversammlung eine Neugliederung des Landesverbandes **auf der Grundlage der Mainzer Beschlüsse** beschlossen – e i n s t i m m i g (!) also mit den Stimmen der KBW-Delegierten – während gleichzeitig die ersten Ausschlüsse gegen KBW-Genossen vom Landesvorstand bei der gerade in die Satzung aufgenommenen Schiedskommission beantragt wurden! Damit ist Bremen der erste Landesverband, der die Politik der Mainzer Beschlüsse abgesegnet hat.

Im neuen Bremer Landesverband gibt es keine Ortsverbände mehr, stattdessen 7 Bezirke, in denen Linke und Rechte „einträchtig" zusammenwirken. Diese Einheit hat allerdings eine „Grundlage"; der Spalterverband VBLE stellt in der ‚Bremer Lehrerzeitung' 12/74 fest: *„Unabdingbare Voraussetzung für eine Integration des VBLE in den neuen Landesverband ist eine klare Abgrenzung des Landesverbandes gegenüber Extremisten. Diese Abgrenzung sowie ein praktikables (!) Verfahren, die Abgrenzungsbestimmungen innerhalb der GEW auch durchsetzen zu können, scheint durch die Entwicklung im DGB und in der GEW auf Bundesebene bereits gewährleistet zu sein".*

Mittlerweile arbeitet der Bremer Landesvorstand bereits stramm weiter an einer „klaren Abgrenzung": am 20.1. wurde DKP-Aktivität von GEW-Mitgliedern für „gewerkschaftsschädigend" erklärt.

Für die Anerkennung solcher „Grundlagen" waren die Rechten dann auch bereit, einige Zugeständnisse zu machen – so den Erhalt von Mitgliederversammlungen (auf Bezirksebene), die der Hamburger Landesvorstand noch vor einem halben Jahr als gegen die Mainzer Beschlüsse verstoßend verketzerte.

Hamburg: Der organisierte Widerstand sammelt Punkte

Über die Situation im Hamburger Landesverband der GEW haben wir bereits häufig informiert (vgl. die Übersicht am Ende dieses Artikels). Kennzeichnend für die Hamburger Auseinandersetzungen ist ein Landesvorstand, der sich mit seltener Unverfrorenheit über den Mitgliederwillen und geltende Satzungsbestimmungen hinwegsetzt. Der Landesvorstand hat mit dieser Politik in den letzten zwei Jahren viele Mitglieder verprellt und so dazu beigetragen, sich eine zahlenmäßig große und verglichen mit anderen Landesverbänden politisch relativ konsequente Opposition zu schaffen.

Eine Besonderheit der Hamburger Situation besteht darin, daß zumindestens zur Zeit die Aktivitäten der vorstandsoppositionellen Kollegen nicht durch parteiladenbornierte Politik gelähmt werden und stattdessen eine weitgehende sachliche Zusammenarbeit möglich ist – die DKP als stärkste Gruppe ist nicht zu einem konsequenten Vorgehen gegen den Vorstand bereit und hat sich mittlerweile selbst in ihren Hochburgen (wie der Fachgruppe Gymnasien) weitgehend isoliert, und der KBW, der noch vor eineinhalb Jahren durch spektakuläre Auftritte von sich reden machte, hat mittlerweile ziemlich abgewirtschaftet und krümmt keinen Finger mehr für den Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie.

Im September forderten fast 2.000 Mitglieder der Hamburger GEW eine Hauptversammlung zur Beratung über die Mainzer Beschlüsse. Da der Vorstand befürchten mußte, keine 2/3 Mehrheit für seine Vorstellungen von der „Umsetzung" der Mainzer Beschlüsse zu bekommen, erklärte er das Satzungsorgan „Hauptversammlung" für nicht mehr vorhanden und beschloß am 1. Oktober selbst eine „Neustruktur" des Verbandes.

Trotz offener Drohung mit dem Gewerkschaftsausschluß beim „Beschreiten dieses außergewerkschaftlichen Weges" ließen über 100 GEW-

Gewerkschaftsausschluß beim „Beschreiten dieses außergewerkschaftlichen Weges" ließen über 100 GEW-

Mitglieder daraufhin dem Vorstand gerichtlich verbieten, seine Pläne in die Wirklichkeit umzusetzen. Den Kern dieser Kollegen bilden die Mehrheit der Kreisvertrauensleutesprecher und einige Mitglieder der Fachgruppe Hochschulen. Nach diesem Schuß vor den Bug begann der Vorstand eine üble Hetzkampagne gegen die Kreisvertrauensleutesprecher, offenbar mit dem Ziel, das System der Vertrauensleute zu zerschlagen.

Mittlerweile versuchen weit über 200 GEW-Mitglieder auch noch, gerichtlich die Durchführung der Hauptversammlung zu den Mainzer Beschlüssen durchzusetzen.

Die Chancen dafür sind günstig, was den Vorstand auch veranlaßte, schnell das „Schlichtungsinstrument Landesschiedskommission" anzubieten (AK 54). Eine Versammlung der gerichtlich klagenden Kollegen hat mittlerweile dieses Verfahren *einstimmig* abgelehnt, da „die Anrufung der LSK bedeutet, daß eine die Mitglieder betreffende Entscheidung wiederum ohne sie gefällt werden soll".

Die härtesten politischen Auseinandersetzungen stehen dem demokratischen Flügel der Hamburger GEW allerdings erst noch bevor: spricht sich das Gericht für die Durchführung einer Hauptversammlung aus, wird unweigerlich die Gewerkschafts-Rechte um den Vorstand eine Diffamierungs- und Hetzkampagne starten. Selbst spektakuläre Austritte nach Westberliner Modell werden bereits „geprobt": der Vorsitzende der Fachgruppe Volks- und Realschulen, Lawenstein, gedenkt, diese Rolle zu übernehmen. Als provokatorisch ist auch die Neubesetzung des freiwerden Postens des 1. GEW-Vorsitzenden zu werten: das ehemalige SDS-Mitglied Wunder soll durch den Rechtsaußen Jörn Norden abgelöst werden – zweifellos der richtige Mann für eine radikale „Säuberung" der GEW.

Was ist nun von einer Hauptversammlung zu den Mainzer Beschlüssen zu erwarten? Zweifellos ist der Kreis der Kollegen, die voll den Charakter dieser Beschlüsse erkannt haben und sie daher kompromißlos ablehnen, nicht sonderlich groß (nicht einmal die Genossen vom KBW sind dazu zu zählen). Wir halten es daher für notwendig, den Charakter dieser Beschlüsse möglichst deutlich an einem zentralen Punkt („Mitgliederversammlung") klar zu machen und erst einmal in diesem Punkt ein Votum der Hauptversammlung gegen die Formierung der GEW herbeizuführen. Gerade in einer Situation schärfster antikommunistischer Hetze – die erfahrungsgemäß durchaus verfängt – kann nur **der möglichst konkrete und sachliche Nachweis der Schädlichkeit der Vorstandspolitik für die Mitglieder den Widerstand gegen diese Politik stärken und ihm zum Erfolg verhelfen.** Nach wie vor sind wir für die Beibehaltung der Hauptversammlung als oberstes Organ der GEW-Hamburg. Allerdings halten wir es für sehr unwahrscheinlich, daß sich für diese Ansicht auf einer Satzungshauptversammlung eine Mehrheit findet. **Für unverzichtbar halten wir aber im Falle der Abschaffung der HV die Einrichtung von Bezirksmitgliederversammlungen mit möglichst weitgehenden Rechten für jedes einzelne Mitglied.** Angesichts der Pläne und Absichten der GEW-Rechten wäre ein derartiger Beschluß bereits ein Sieg im Kampf für innergewerkschaftliche Demokratie.

Dieser Kampf wird allerdings nicht mit einigen Abstimmungen entschieden, sondern erst durch die beharrliche und ständige Praktizierung innergewerkschaftlicher Demokratie.

Hessen und Nordrheinwestfalen: Ausschlüsse und Spaltungen

In Hessen hatte es der Landesvorstand mit Ausschlußverfahren besonders eilig: statt durch eine Landesvertreterversammlung ließ er durch den Landeshauptausschuß eine Schiedskommission installieren – allerdings stellte sich heraus, daß der Hauptausschuß nicht einmal beschlußfähig war (eine große Zahl von Kollegen hatte aus Protest gegen dieses Verfahren den Saal verlassen und so die Beschlußunfähigkeit herbeigeführt). Im Dezember gelang es dem Vorsitzenden der Fachgruppe Hochschulen, Pfaff, ein Ausschlußverfahren gegen sich vor der Landesschiedskommission mit dem Argument gerichtlich zu verhindern, eine Schiedskommission gebe es nicht in der hessischen Satzung. Neben diesem Kampf um die Mainzer Beschlüsse auf Landesebene konzentriert sich die politische Auseinandersetzung vor allem auf den Bezirksverband Frankfurt.

Nach einem spektakulären Rücktritt des Bezirksvorstandes versuchten die Rechten die Neuwahlen im Dezember zu einer antikommunistischen Ausrichtung zu nutzen – mit

ten die Rechten die Neuwahlen im Dezember zu einer antikommunistischen Ausrichtung zu nutzen – mit

mäßigem bis keinem Erfolg: der alte Vorstand einschließlich der Linken wurde wiedergewählt. Dabei finden wir es erfreulich, daß das „KPD"-Mitglied Prof. Schneider bei der Wahl des 2. Vorsitzenden immerhin 242 von 725 Stimmen erhielt und der KBW-Vertreter Knöss trotz heftiger Angriffe selbst in der „Frankfurter Rundschau" mit 333 von 689 zum 3. Vorsitzenden wiedergewählt wurde, obwohl vorher bereits ein Ausschlußverfahren gegen ihn vom Landesvorstand beantragt worden war. Bislang hat sich der Frankfurter GEW-Vorstand geweigert, die Ausschlußpolitik des Landesvorstandes zu unterstützen. Mit ähnlichen Maßnahmen wie in Westberlin ist deshalb demnächst von Seiten der GEW-Führung gegenüber dem Bezirksverband Frankfurt zu rechnen.

In Nordrhein-Westfalen versuchte der Landesvorstand ähnlich wie in Hamburg, die Mainzer Beschlüsse unmittelbar umzusetzen: den Studenten – laut NRW-Satzung ordentliche Mitglieder der GEW – wurde einfach das Stimmrecht entzogen. Dieser Willkürakt wurde aber von der Mehrzahl der Ortsverbände abgelehnt, **und mittlerweile haben die Ortsvorstände Bielefeld, Siegen und Münster juristische Schritte angekündigt, falls der Landesvorstand sich weigert „den Zustand der Landessatzung vor dem 12./13.7.74 wiederherzustellen".** Gegenüber diesem Widerstand arbeitet der Landesvorsitzende Gemein vor allem mit Ausschlüssen und Ausschlußdrohungen – mit abnehmendem Erfolg: mindestens zwei Ausschlüsse sind bereits mit juristischen Mitteln verhindert worden.

Neuerdings geht daher die Gewerkschaftsrechte noch schärfer vor. Nachdem sich eine Mitgliederversammlung des Ortsvereins Bochum am 10.10.74 mit 129 zu 111 Stimmen für das Stimmrecht ihrer studentischen Mitglieder ausgesprochen hatte, wurde die Versammlung „geschlossen" und etwa 100 Mitglieder verließen den Saal. Dies geschah in Absprache mit dem Landesvorsitzenden

Entartet?

– Zensur und „Säuberungen" in öffentlichen Bücherhallen –

„Daran kannst du sehen, daß man nicht unbedingt was schlimmes anstellen muß, um es mit der Polizei zu tun zu kriegen. Die Polizei tut immer bloß, was ihr befohlen wird. Stellt sich später heraus, daß sie einem falschen Befehl gehorcht hat – das hat sich bisher ziemlich häufig herausgestellt – entschuldigt sich die Polizei in den seltensten Fällen. Sie wird nämlich fürs Gehorchen bezahlt und nicht fürs Entschuldigen."

Diese „wahrhaft systemsprengenden" Sätze aus einem Kinderbuch von Karsunke und Hachfeld führten dazu, daß der Offenbacher Magistrat in der Stadtverordnetenversammlung der CDU versicherte, dieses Buch werde nicht in die Jugendbücherei aufgenommen.

Nun ist heimliche Zensur in unseren Stadtbüchereien etwas alltägliches – jeder, der dort schon einmal ein bestimmtes fortschrittliches Buch gesucht hat, wird das bestätigen können. Neu sind jedoch einige Fälle offener Zensur. die in der letz-

mal ein bestimmtes fortschrittliches Buch gesucht hat, wird das bestätigen können. Neu sind jedoch einige Fälle offener Zensur, die in der letzten Zeit bekannt wurden:

- In München verschwinden sämtliche Bücher des DKP-Mitglieds Prof. Horst Holzer samt dazugehörigen Karteikarten aus der Unibibliothek, nachdem Holzer aus politischen Gründen von der Uni geschmissen wurde.
- In Westberlin-Steglitz wurden Bücher von Anna Seghers und Arthur Koestler mit dem Vermerk versehen „Verfasser ist Kommunist".
- In mehreren Westberliner Stadtbüchereien wurden die Leiter von ihren Volksbildungsstadträten aufgefordert, Kinderbücher des Autors Günter Herburger wegen kritischer Äußerungen über die Polizei aus der Freihand-Ausleihe zu ziehen.
- In Westberlin-Tempelhof forderte der „Volksbildungsausschuß" des Bezirksparlaments, sämtliche Bücher des Basis-Verlags aus der Bücherei zu „säubern".

Berlin hat eine lange Tradition in antikommunistischer Kulturpolitik. Hier traten die Nazis ihre Herrschaft mit Bücherverbrennungen an (wie heutzutage auch die chilenischen Faschisten). Hier wurden Anfang der 60er Jahre die Bibliotheken von kommunistischen und fortschrittlichen Autoren „gesäubert". Diese Säuberungen rechtfertigte jüngst der Westberliner Schulsenator Löffler in einem Brief an den Schriftstellerverband mit dem Hinweis, diese Maßnahmen seien durch das KPD-Verbot gedeckt gewesen. Damit zeigt der Staat, daß ihm das KPD-Verbot – das bekanntlich immer noch besteht – immer wieder dazu dienen könnte, jede fortschrittliche Regung oder Äußerung in allen Bereichen des Lebens zu unterdrücken.

Um diesen Angriffen zu begegnen, begrüßen wir die Initiative des RBJ z.B. in Hamburg-Eimsbüttel, eine fortschrittliche Jugendbücherei aufzubauen. Dies ist ein richtiger und wichtiger Schritt, den wir unterstützen und in anderen Jugendzentren nachahmen sollten. ●

KB/Gruppe Westberlin

Schulkampf von rechts

Kampagne gegen Schulbücher und Unterrichtsprojekte

In Hamburg häufen sich in letzter Zeit Eingriffe der Schulbehörde in den Unterricht: Schulbücher, die soziale Fragen auch aus der Sicht der Arbeiter stellen, werden eingezogen, Unterricht zu aktuellen politischen Ereignissen verboten. Schon die Zahl der bisher bekannt gewordenen Fälle läßt annehmen, daß es sich dabei nicht um isolierte Einzelaktionen handelt.

Die systematische Verschlechterung der Ausbildungsmöglichkeiten führt jetzt notwendig zu einem schärferen Vorgehen gegen alle Ansätze, die Klassenwirklichkeit an der Schule auch nur darzustellen. Es werden damit die (organisatorischen und ideologischen) Voraussetzungen geschaffen, einen demokratischen Widerstand gegen die geplante Misere in Zukunft schon im Keim zu ersticken. Hier drei beispielhafte Fälle, an denen Ziele und Taktiken dieser Angriffe deutlich werden.

An einem Gymnasium wurde das Lesebuch „Kritisches Lesen" gegen den Willen der dort arbeitenden Deutschlehrer eingezogen. Ein „besorgter Vater" hatte beim Schulsenator interveniert. Er erhielt sofort Schützenhilfe vom Schulleiter, der durch massive Hetze und Täuschungsmanöver eine Mehrheit des Gesamtkollegiums gegen das Buch zusammenbrachte. Die Behörde zog daraus gleich eine Lehre; in Erwartung sicherer reaktionärer Mehrheiten in den meisten Lehrerkollegien „erinnerte" sie an die Dienstanweisung, daß Lektüre nicht selbständig angeschafft werden kann, sondern das ganze Kollegium (das natürlich nicht so genau Bescheid weiß über jedes einzelne Fach) darüber entscheiden muß. Andernfalls muß der Schulleiter dem Beschluß der Fachkonferenz zustimmen.

An einem zweiten Gymnasium wurde das Lesebuch „Drucksachen" von der Schulleitung „plötzlich" eingezogen und unter Verschluß genommen. Um die „Drucksachen" macht die CDU schon in Niedersachsen und in NRW großen Wirbel. Als Deckmantel benutzt sie dabei mit Vorliebe reaktionäre und verhetzte Eltern.

Mit solchen Machenschaften versucht man, das Potential verhetzter Kleinbürger zu vergrößern und zu organisieren. *„Die Gründung eines großen niedersächsischen Elternvereins nach dem Vorbild der hessischen ‚Schutzgemeinschaft' steht bevor."* („Welt", 19.11.74)

Bezeichnend sind auch die Stellen, an denen die „kritischen Leser" sich hochziehen:

umgangssprachliche Schimpfwörter, (deren Ursprung in dem Buch nachgegangen wird) durch die bigotte Kaffeetanten und Bildungsbürger „ihr" Deutsch bzw. ihre „Menschenwürde" verletzt sehen.

anknüpfend an die neu entfachte Baader-Meinhof-Hysterie wird eine rührende Kindergeschichte von Ulrike Meinhof „Monika in der Schule" zum willkommenen Anlaß genommen, das Buch mit „linkem Terror" in Verbindung zu bringen.

An einem weiteren Hamburger Gymnasium wollten Schüler im Politikunterricht etwas über den Mord an dem türkischen Gewerkschafter Danis Neset hören. Die Lehrerin verteilte eine Dokumentation über diesen Fall und arbeitete ein Unterrichtsprojekt aus, das (gegründet auf die behördlichen Richtlinien zur Frage der Gewalt) das Vorgehen der türkischen Faschisten, die Rolle der deutschen Polizei und die Behandlung durch die Gerichte zum Gegenstand haben sollte. Das Projekt wurde jedoch „rechtzeitig" gestoppt, wieder von einem „besorgten Vater" mit direktem Draht zu den Behördenspitzen. In einem Dienstgespräch bei der Oberschulrätin wurde der Lehrerin unter Androhung eines Disziplinarverfahrens untersagt, über den geplanten Unterricht, wie auch über das Verbot mit irgendjemanden zu sprechen.

Die Lehrerin ließ sich jedoch den Maulkorb nicht umhängen. Das Projekt wurde vervielfältigt und in der GEW verteilt. Die Fachkollegen an der Schule diskutierten darüber und vertreten es gegenüber der Behörde.

Die Rolle der Lehrer

Alle diese Angriffe zielen erst einmal darauf, die Lehrer einzuschüchtern, sie an verschärfte Beobachtung zu gewöhnen und eine zentrale Kontrolle aller Unterrichtsmaterialien vorzubereiten. Das, was dann wirklich im Unterricht zu lernen ist, kann die Bourgeoisie so noch nicht in den Griff kriegen – auch mit dem dämlichsten Schulbuch läßt sich ein fortschrittlicher Unterricht machen.

Für eine wirksamere Kontrolle ist die organisierte „Mitarbeit" reaktionärer Eltern notwendig, die die Lernschritte täglich an ihren Kindern kontrollieren. Diese „Mitarbeit" zu erreichen, war das Ziel mehrerer Kampagnen in der Springerpresse (z.B. die „BamS"-Serie „Tatort Schule"), die offenbar ihre Früchte tragen.

Es wird dann versucht, die „angeschossenen" Lehrer zu isolieren. Wichtigste Hilfsmittel sind dabei die Verpflichtung der Lehrer zur „Amtsverschwiegenheit", Dienstgespräche unter vier Augen, der Antikommunismus unter Kollegen und Eltern. Einzelgängertum und sektiererisches Verhalten mancher Lehrer leisten dem mitunter noch Vorschub.

In dieser Situation meinen viele Lehrer noch, in den Richtlinien (Lehrpläne, Lernziele) den sicheren Grund für einen Unterricht zu haben, der auch die soziale Wirklichkeit ins Auge faßt. Sie stützen sich dabei auf eine fortschrittliche Interpretation der durchweg schwammigen „pluralistischen" Lehrpläne, insbesondere auf den dort formulierten Begriff „kontroverses Denken". Daß diese Wörter wenig Rückhalt bieten, zeigt sich aber mehr und mehr.

Zunächst einmal wurde eben die Auslegung der Behörde klargemacht: kontrovers diskutieren heißt keineswegs, die Klassenstandpunkte, sondern nur noch die Standpunkte der bürgerlichen Parteien gegeneinanderhalten!

Dazu kommen in letzter Zeit verstärkt Initiativen, die Richtlinien dahingehend zu ändern, daß sie die Lehrer ausdrücklich zum Eintrichtern reaktionärer Inhalte **verpflichten.**

Daß der Kampf um die Lehrinhalte gegen die Eingriffe der Bourgeoisie geführt werden muß, ist klar. Allerdings sollte das nicht so geschehen, daß man darüber streitet, wie die Richtlinien logisch, fachidiotisch oder unter fortschrittlichen Gesichtspunkten angemessen **auszulegen sind**. Die geltende Auslegung erweist sich auch hier als eine Frage des **Kräfteverhältnisses**. Daher muß in der Auseinandersetzung über die Lehrinhalte erreicht werden, daß das Bewußtsein über den Charakter dieser Angriffe
reicht werden, daß das Bewußtsein über den Charakter dieser Angriffe
vertieft wird und Kollegen und Eltern darüber zum Eintreten gegen diese Angriffe gebracht werden.

Entgegenzusetzen ist den Angriffen im Augenblick vor allem das konsequente Herstellen von Öffentlichkeit:

- ***Unterrichtsprojekte, an denen die Reaktionäre ansetzen könnten, vorher mit Eltern und Kollegen diskutieren;***
- ***die „besorgten Väter" als Funktionäre enttarnen;***
- ***ihre undemokratischen Praktiken (Diffamierung beim Senator) aufzeigen;***
- ***zu Dienstgesprächen Kollegen hinzuziehen;***
- ***das Funktionieren der antikommunistischen Hetze im demokratischen Kampf verdeutlichen;***
- ***hinter den verteilten Rollen die geschickte Regie erkennbar machen.*** ●

KB/Gruppe Hamburg, Lehrerkomitee

Uni-Klinik Aachen:

Willkürmaßnahmen an Patienten von der Staatsanwaltschaft gedeckt!

Im ARBEITERKAMPF Nr. 45 berichteten wir über den Fall der marokkanischen Kollegin Abdeljaliki, die in der Aachener Universitätsklinik unter äußerst schweinischen Umständen sterben mußte. Frau Abdeljaliki diente dem Herrn Professor Doktor Reifferscheid – seines Zeichens Chef der chirurgischen Klinik – als Demonstrationsobjekt in der Vorlesung. Die schwerkranke Patientin, die ständig unter starken Schmerzen litt und schrie, starb unmittelbar nach der Vorlesung. Bereits zwei Stunden nach dem Tod wurde die Leiche seziert und dabei gingen auch einige Leichenteile (d. h. evtl. Beweisstücke) „verloren".

Diese Ungeheuerlichkeiten wurden von Medizinstudenten an die Öffentlichkeit gebracht, was eine breite Empörung in der Aachener Bevölkerung zur Folge hatte. Die Staatsanwaltschaft begann zu „ermitteln". Diese Ermittlungen waren anfangs begleitet von recht forschen Stellungnahmen des Staatsanwaltes und der Kommentatoren der bürgerlichen Presse. Da hieß es zum Beispiel, alles würde restlos aufgeklärt: es sei so gut wie sicher, daß Reifferscheid Dreck am Stecken habe usw. usf. Das ganze diente offenbar dazu, die Wogen erst einmal zu glätten, danach konnten die „Ermittlungen" im Sande verlaufen, was sie denn auch taten. Am 26.11.74, also rund ein halbes Jahr nach dem Geschehen, wurde das Ermittlungsverfahren wegen fahrlässiger Tötung gegen Reifferscheid und andere Ärzte e i n g e s t e l l t ! (Gegen die Pathologen, die für die Sezierung und das Verschwinden der Leichenteile verantwortlich sind, wird noch „ermittelt".) Gleichzeitig gab die Staatsanwaltschaft eine Presseerklärung heraus, in der auch die hinzugezogenen „unabhängigen" Sachverständigen zu Wort kamen. Die Erklärung deckt einige weitere Mißstände auf, die bislang noch nicht bekannt waren.

Frau Abdeljaliki wurde am Sams-

Frau Abdeljaliki wurde am Samstag morgen von ihrem Mann in die Klinik gebracht. Nach den Röntgenaufnahmen stellten die Ärzte eine Magendrehung fest. (Wie sich später herausstellte, stimmte dies nicht. Die Patientin starb schließlich an einem Magendurchbruch, wobei die Magenflüssigkeit durch einen Riß des Zwerchfells in den linken Brustraum dringen konnte.) Man operierte jedoch nicht sofort, sondern wartete ab bis zum darauffolgenden Dienstag, an dem Prof. Reifferscheid von einer Dienstreise zurückkam. Begründet wird das Abwarten damit, daß man die Patientin beobachten müsse, und das, obwohl sich ihr Zustand rapide verschlechterte. Es geht aber in Wirklichkeit um einen anderen Grund, der in der Presseerklärung natürlich nicht genannt wird. Prof. Reifferscheid gilt als eine „Kapazität" auf dem Gebiet der Bauchchirurgie. Eine Operation an einer Magendrehung durchzuführen, bringt für ihn Geld, denn erstens veröffentlicht er solche Fälle dann in seinen Lehrbüchern und zweitens erhöht sich sein Bekanntheitsgrad, was ihm mehr Privatpatienten bringt. Er wird seinen Ärzten schon eingebleut haben, daß sie ihm möglichst keinen „interessanten" Fall wegoperieren. Darin besteht die „ärztliche Ethik" von Typen wie Reifferscheid!

Daß ein solches Vorgehen von der Justiz gedeckt wird, zeigt die Stellungnahme der Staatsanwaltschaft: *„Angesichts der Schwere des Krankheitsbildes ist jedenfalls der Nachweis nicht zu führen, daß eine Operation* (sofort nach der Einlieferung, d. Red.) *mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit erfolgreich verlaufen wäre oder das Leben der Patientin auch nur verlängert hätte".* Auf Deutsch heißt das: Es ist ja scheißegal, was man mit der Patientin gemacht hätte; sie wäre wahrscheinlich sowieso gestorben! Haargenau auf dieser Linie liegt auch folgende Äusserung: *„Schließlich hat die Staatsanwaltschaft die Frage geprüft, ob die Patientin durch die Vorstellung im Kolleg zusätzlichen Belastungen mit der Folge erhöhten Unbehagens ausgesetzt war. Auch hierin könnte eine Körperverletzung liegen. Da jedoch nicht mit der notwendigen Sicherheit festgestellt werden konnte, ob Frau Abdeljaliki während ihrer Vorstellung überhaupt noch wahrnehmungsfähig war, entfällt auch insoweit eine strafbare Handlung."*

Das ist der Gipfel des Zynismus und der Menschenverachtung der Herren im „weißen Kittel" und ihrer Komplizen von der Justiz. Da steht übereinstimmend fest, daß die Patientin vor Schmerzen stöhnte und schrie, als sie in der Vorlesung war, aber der Herr Staatsanwalt bezweifelt die Wahrnehmungsfähigkeit der Frau!! Wenn aber jemand schreit, dann nimmt er doch wohl seine Schmerzen wahr. Oder gilt das vielleicht nicht für Angehörige der Arbeiterklasse (und dazu noch ausländische!)?? Es ist so-
Angehörige der Arbeiterklasse (und dazu noch ausländische!)?? Es ist so-
wieso das Pech der Frau Abdeljaliki, daß sie Ausländerin war. In der Chirurgie befand sich nämlich kein Dolmetscher, der den Ärzten eine frühere Verletzung von ihr hätte erklären können, die letztlich zum Tod der Patientin führte.

Die Argumentation der Staatsanwaltschaft stellt solchen Typen wie Reifferscheid praktisch einen Freibrief aus, und erklärt die Patienten zum Freiwild ärztlicher Profitgier und Renommiersucht.

Der Arbeiterklasse wird es vorbehalten bleiben, profitgierigen und menschenverachtenden Typen vom Schlage eines Reifferscheid eines Tages das Handwerk zu legen und gleichzeitig das kapitalistische Gesundheitswesen grundlegend zu ändern. ●

Ein Frankfurter Genosse

Fortsetzung GEW

Wie in Westberlin wird hier also offen mit der Spaltung der GEW gedroht. Andererseits sind die Gewerkschaftsführer durch die Auseinandersetzungen, vor allem in Hamburg, mit der Durchführung der Mainzer Beschlüsse etwas vorsichtiger geworden. So sollen jetzt in NRW die Mainzer Beschlüsse auf einmal doch durch eine Landesvertreterversammlung behandelt werden, mit Ausnahme der besonders strittigen Studentenfrage. Am 16. März soll ein a.o. LVV eine „Angleichung" der Satzung des Landesverbandes beschließen. Den studentischen Delegierten ist aber das Stimmrecht auf dieser LVV abgesprochen, und damit entlarvt sich diese a.o. LVV als scheindemokratisches Manöver. Wir vermuten daher, daß diese LVV nicht ganz so unproblematisch ablaufen wird, wie Frister, Gemein und Co. sich das ausgerechnet haben.

Außerordentlicher Bundeskongreß der GEW: Versuch, klar Schiff zu machen

Angesichts des zunehmenden Widerstandes der GEW-Basis gegen den antidemokratischen Kurs der Gewerkschaftsführung plant diese nun einen neuen, diesmal eintägigen Bundeskongreß.

Als 1. Tagesordnungspunkt soll eine Erklärung zur bildungspolitischen Situation verabschiedet werden. Wir sind gespannt, was der „Kollege" Frister da zu bieten hat – besonders da er seit kurzem ganz neue „Kampfmaßnahmen" gegen die Bildungsmisere anpreist: in der „FR" vom 22.11.74 empfiehlt er den vom Numerus Clausus betroffenen Abiturienten den Offiziersberuf (!) und den Besuch der Bundeswehrhochschule (!), da sie *„eine realistische Möglichkeit zur Qualifizierung und zum Erwerb auch außermilitärischer Kenntnisse"* biete!

Nach einem solchen oder ähnlichen Feigenblatt soll der Bundeskongreß dann zur Sache kommen: „Ergänzungen der Satzung" heißt der zentrale Tagesordnungspunkt. Neben der verbindlichen Einführung von „Direktwahlen" nach dem Bremer Modell (s.o.) für alle GEW-Gremien soll hier der Hauptvorstand das Recht zum unmittelbaren Ausschluß von (Links-)„Extremisten" ohne Verfahren zugesprochen bekommen. Weitere noch nicht bekannte Satzungsänderungen laufen unter dem vielversprechenden Titel: „Ausfüllung von Satzungslücken". Damit vorher in der Mitgliedschaft die Anträge nicht diskutiert werden können, ist die Antragsfrist auf den 27.2., also eine Woche vor dem Kongreß, festgesetzt.

Wir halten es für unbedingt notwendig, daß die GEW-Linke aus dem Mainzer Kongreß die richtigen Konsequenzen zieht und sich um ein geschlossenes und gut vorbereitetes Vorgehen auf diesem Bundeskongreß bemüht. Die Grundlagen einer Aktionseinheit der Linken müssen unserer Meinung nach zwei Forderungen sein:

1. Ablehnung a l l e r Unvereinbarkeitsbeschlüsse und des ihnen dienenden organisatorischen Instrumentariums.

2. Beharren auf demokratischer Willensbildung in der GEW, d.h. hier Abstimmung aller Satzungsänderungen durch die Mitgliederbasis. ●

(wird fortgesetzt)

Bündniskommission des KB / Gruppe Hamburg

Insbesondere die GEW-Mitglieder unter unseren Lesern möchten wir auf frühere Artikel des AK zu GEW-Fragen hinweisen. Alle angegebenen Nummern des AK sind noch beim Verlag erhältlich.

AK 39	Gewerkschaftsführung auf Spalterkurs
AK 40	Der Kampf der Lehrer um die innere Verfassung ihrer Gewerkschaft
AK 41	Auf dem Weg zur völligen Willkür!
AK 44	Knappe Mehrheit für Gewerkschaftsführer
AK 47/48	GEW nach Meinz – das letzte Wort müssen die Mitglieder haben (Teil 1 und 2)
AK 49	GEW Hamburg – Mitglieder wehren sich gegen Bevormundung durch die Gewerkschaftsführer
AK 50	GEW Hamburg – die Fronten klären sich
AK 51	GEW-Urabstimmung, Westberlin – Ein gelungener Feldzug der Bourgeoisie Hamburg-GEW: Schlag auf Schlag
AK 52	Denkzettel für GEW-Führung
AK 53	Junglehrerversammlung in der Hamburger GEW: Neuwahl des AjLE
AK 54	GEW-Westberlin – ein Lehrstück, GEW-Hamburg – Plumper geht's nicht!

Ungeheuerliche Schweinerei imperialistischer Forschung

Folgende Meldung entnahmen wir der „Frankfurter Rundschau" vom 19.12.1974:

„Geld für die Überlebenden.

Jeder überlebende kranke Teilnehmer eines sich über 40 Jahre erstreckenden Syphylis-Großversuchs, der von der amerikanischen Regierung in Tuskegee veranstaltet worden war, erhält nach einem vorläufigen außergerichtlichen Vergleich je 37.500 Dollar Schadenersatz, jedem Teilnehmer an dem Versuch, der nicht an Syphylis erkrankte, stehen nach dem am Montag vom Bezirksgericht in Montgomery (Alabama) angenommenen Vergleich je 15.000 Dollar zu.

Nach der ursprünglichen Klage sollte die Regierung 1,8 Milliarden oder drei Millionen für jeden der 600 (!) 'menschlichen Versuchskaninchen' zahlen, an denen von 1932 bis 1972 die Auswirkungen der Syphilis auf den menschlichen Körper studiert wurden. Den 600 Menschen, ausschließlich Schwarze (!), wurde keinerlei Behandlung wegen Syphilis zuteil. Der Klage zufolge wurden viele von ihnen über ihren Zustand im unklaren gelassen."

Hier zeigt sich das Wesen der Forschung, die in kapitalistischen Staaten betrieben wird; „Profit" und „wissenschaftliches Interesse" stehen im Mittelpunkt, während der Mensch als Untersuchungsobjekt wie ein Stück Dreck behandelt wird. Bezeichnenderweise haben sich die amerikan[illegible] „Forscher" auch noch besonders Rechtlose und Unterdrückte für ihren mörderischen Plan ausgesucht; nur so konnte es wohl auch gelingen, den Versuch über 40 (!) Jahre lang der Öffentlichkeit zu verschweigen. Der grausame Charakter dieses Projektes besteht außerdem darin, daß den Medizinern die Spätfolgen (massive Haut- und Skelettveränderungen, Verblödung, Lähmung usw.) dieser Geschlechtskrankheit seit Jahrhunderten im wesentlichen bekannt sind. Desgleichen ist auch eine relativ einfache Therapie seit Jahrzehnten üblich, die, bei rechtzeitiger Erkennung der Krankheit eingesetzt, zügig zum Erfolg führt.

Äußerst makaber ist es, wenn die „Frankfurter Rundschau" diese Sauerei unter der Frage des „Geldes für die Überlebenden" behandelt, anstatt die Sache selbst in den Vordergrund zu stellen und sich mal zu einer klaren Verurteilung dieser „Gesundheitspolitiker" aufzuraffen. Stattdessen tun hier die liberalen Zeitungsschreiberlinge so, als wäre das noch ein besonderer sozialer Akt, wenn der Staat die Geschädigten mit einigen lumpigen Dollar abspeist.

Diese viehischen Versuche studierter Mediziner an „menschlichem Material", wie das in diesen Kreisen bezeichnend genannt wird, ist ohne weiteres mit den grauenhaften „medizinischen" Experimenten faschistischer KZ-Ärzte im Nazi-Deutschland an jüdischen und anderen Gefangenen vergleichbar. Wie seinerzeit im Nazi-Deutschland, so werden heute in den USA solcherart sadistische Quälereien vom Staat geschützt, unterstützt und finanziert. Dies und die Tatsache, daß solcherlei Versuche an Menschen in den USA gang und gebe sind (so sind z.B. eine ganze Reihe grausamer „medizinischer" Versuche an schwarzen Gefängnis-Insassen bekannt geworden) wirft ein bezeichnendes Licht auf den Charakter des US-amerikanischen Staates und die Mentalität und Moral seiner führenden Repräsentanten. ●

Krankenhaus-Zelle Altona/St.Georg, KB/Gruppe Hamburg

Französische Armee: Breite Bewegung demokratischer Soldaten gegen Militarismus

Während der Präsidentschaftswahlen im Mai 74 verfaßten 100 französische Soldaten einen Aufruf („Appel des cents" = Aufruf der 100; eine Übersetzung wurde in der INTERNATIONALE Nr. 9 abgedruckt), womit sie erreichen wollten, daß die verschiedenen Kandidaten öffentlich eine Stellungnahme zu ihren Forderungen abgeben. Mittlerweile haben mehr als 5.000 Soldaten diesen Aufruf durch ihre Unterschrift unterstützt. Die Hauptforderungen dieses Aufrufes sind: freie Wahl des Wehrdienstbeginnes, Aufhebung des Wehrdienstes außerhalb der französischen Grenzen (BRD), Mindestlohn von 1.000 Francs, freie Meinungsäußerung, Recht auf Versammlungs- und Informationsfreiheit, Aufhebung der Militärgerichte. Seitdem hat sich der antimilitaristische Kampf weiterentwickelt. Am 10. September 74 demonstrierten 200 uniformierte Soldaten in den Straßen des südfranzösischen Draguignan, am 13. Januar demonstrierten 150 französische Soldaten in den Straßen von Karlsruhe.

Anfang Januar fand in Marseille vor einem Militärgericht der Prozeß gegen drei Soldaten aus Draguignan statt. Diese drei Soldaten, Pelletier, Ravet, Taurus, wurden wegen „Rädelsführung" angeklagt. Das Urteil fiel relativ „milde" aus: die Höchststrafe war auf zwei Jahre Gefängnis angesetzt, Pelletier und Ravet bekamen je ein Jahr Knast – davon acht Monate mit Bewährung. Taurus wur-
men je ein Jahr Knast – davon acht Monate mit Bewährung. Taurus wur-
de freigelassen.

Im November fand ein ähnlicher Prozeß gegen den Soldaten Fournel aus Nizza statt. Er wurde zu einem Jahr Gefängnis – davon sechs Monate mit Bewährung – verurteilt, weil er das Zeremoniell des allmorgendlichen Fahnenappels gestört hatte, um zur Solidarität mit den eingekerkerten Soldaten aufzurufen. Die Zahl der gegenwärtig eingekerkerten Soldaten ist sehr groß; hier nur einige Beispiele:

Montlhéry: 12 Soldaten in Stubenarrest, weil sie den „Aufruf der 100" unterschrieben haben.
Metz: der Soldat Grudfrein wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, weil er es abgelehnt hatte, die Uniform zu tragen.
Lunéville: 150 Soldaten haben den „Aufruf der 100" unterschrieben. Der sogenannte „Rädelsführer" Delais bekam verschärften Stubenarrest (30 Tage). Delais begann einen Hungerstreik. Daraufhin haben die Offiziere aus Angst vor einer zu breiten Solidarisierung mit ihm angeboten, ihn wegen „psychischer Krankheit" (!!) freizulassen. – was Delais auch abgelehnt hat. Er führt seinen Hungerstreik weiter durch.
Angoulême: eine Gruppe von Soldaten hatten in ihrer Kaserne eine Spendensammlung durchgeführt, dessen Ergebnis den streikenden Arbeitern des Betriebs „La Prairie" (wo 130 Arbeiter entlassen werden sollen) überreicht werden sollte. Zwei Soldaten haben Stubenarrest bekommen. Die Soldaten haben daraufhin ein mehrstündiges Sit-in im Hof der Kaserne organisiert.
La Fère: 50 Soldaten haben den „Aufruf der 100" unterschrieben. Der willkürlich als „Rädelsführer" ausgemachte Soldat Daucé hat 30 Tage Militärknast bekommen. Ein Unterstützungskomitee außerhalb der Kaserne ist aufgebaut worden, woran sich auch die lokale Gewerkschaftssektion der CFDT beteiligt.
Souges (bei Bordeaux): fünf Soldaten, die den „Aufruf der 100" unterschrieben hatten, haben 30 Tage verschärften Stubenarrest erhalten.

Solidarisierung auch unter den französischen Soldaten in der BRD

Auch in den Kasernen der französischen Armee in der BRD geht der antimilitaristische Kampf voran. In Freiburg, Offenburg, Pforzheim, Breisach, Rastatt, Landau, Speier, Tübingen, Kaiserslautern etc. sind mittlerweile Soldatenkomitees aufgebaut worden. Anfang Januar fand eine Koordinierungsversammlung der verschiedenen Komitees statt.

Die Tatsache, daß auch in den Einheiten der in der BRD stationierten französischen Armee eine relativ breite Bewegung existiert, liegt zu einem nicht unwesentlichen Teil auch daran, daß meistens die sogenannten „subversiven Elemente" in die Kasernen in der BRD „strafversetzt" werden.

Zum anderen spielen hier auch die spezifischen Bedingungen der Kasernierung in der BRD eine Rolle. Zu diesen spezifischen Bedingungen äußerte sich die Zeitung eines antimilitaristischen Komitees einer FFA-Kaserne (FFA = französische Armee in der BRD):

„Unsere Rolle soll die Verteidigung des Weltfriedens und des Kapitalismus gegen die Partner des Warschauer Paktes sein. Die FFA nehmen an diesen Aufgaben teil. Wir sind dabei die Instrumente. Die zahlreichen Manöver, die wir in der Donau-Gegend und in der Nähe der östlichen Länder durchführen, zeigen es deutlich. Außerdem müssen wir in den kältesten Regionen der BRD (Statten, Münzingen) – die von den Offiziersschweinen als „Klein-Sibirien" bezeichnet werden – Intensivmanöver durchführen . . .

Die Soldaten in der BRD müssen Kommandoübungen machen, um sich auf Guerilla-Aktionen vorzubereiten. Erinnern wir uns an den Mai 68, wo es die FFA-Regimenter waren, die zum Eingriff gegen die Arbeiterbewegung bereitstanden. Heute werden wir immer weiter mit Antikommunismus vollgestopft. Ein ganzes Jahr lang sind wir von der Außenwelt abgeschnitten, da wir außer reaktionären Zeitungen wie „Le Figaro" oder „L'Aurore" nichts bekommen und meistens kein Deutsch können . . ."

„L'Aurore" nichts bekommen und meistens kein Deutsch können . . ."

Dazu kommt noch, daß die Bevölkerung uns nicht mag. Die Ausgänge sind rar und obendrein zu teuer. Wenn für die Offiziers-Schweine die BRD der ‚Traum' ist (soziale Vorteile usw.), ist es für uns die Hölle (oft sind uns bestimmte Kneipen verboten, die Mädchen verachten uns, das Leben ist sehr teuer: 3 Francs für ein halbes Bier). Aufgrund dieser Isolierung haben die Offiziere mehr Einfluß- und und Erpressungsmöglichkeiten. Die lächerlichen Reförmchen der Regierung sind noch nicht einmal angewandt . . .

. . . Von der nationalen Verteidigung ist jetzt zur internationelen Verteidigung übergegangen worden. Gegen einen Feind, der nicht der der Proletarier ist, sondern einzig und allein der der Kapitalisten. Unser Feind ist nicht der Kommunismus, sondern der Imperialismus, unser Feind sind auch nicht die sowjetischen Arbeiter, sondern der Bourgeois, der Bulle und der General.

In den französischen Kasernen entwickelt sich der Kampf, und Zivile unterstützen dabei die Soldaten. Hier in der BRD ist es schwieriger aufgrund der Isolierung. Aber in unseren Kämpfen lebt auch der Internationalismus wieder auf, denn heute gibt es Deutsche, die die kämpfenden Soldaten unterstützen."

(Antimilitaristisches Komitee einer FFA-Kaserne, veröffentlicht in „Lutte Antimilitariste", Januar 75, Zeitung des Antimilitaristischen Komitees CAM. Der CAM arbeitet eng mit der französischen kommunistischen Organisation „Révolution!" zusammen)

Revisionisten und Sozialdemokraten gegen demokratische Soldatenbewegung

Der Aufruf der 100 und seine praktischen Konsequenzen (wie die Demonstration der 200 von Draguignan) hat eine breite Diskussion hervorgerufen, sowohl im Lager der Rechten als auch im Lager der Linken.

Innerhalb des rechten Lagers dominieren zwei Tendenzen: die eine, die die Armee „modernisieren" möchte; die andere – die die Gaullisten vor allem vertreten –, die aus der Armee ein Berufsheer machen will.

Für die Positionen der „Union de la Gauche" (Bündnis der revisionistischen KPF und der „sozialistischen" Partei von Mitterand) ist die Stellungnahme ihrer lokalen Niederlassung von Draguignan recht anschaulich:

„ ... Zu einem Zeitpunkt, wo die Volljährigkeit auf 18 Jahre heruntergesetzt worden ist, erinnern die Organisationen (KPF, PS, CGT, FEN) an die Notwendigkeit einer tiefen Veränderung des Kasernenlebens und der Anwendung der demokratischen Forderungen, die schon seit langer Zeit im ‚Programme Commun' (Gemeinsames Regierungsprogramm von KPF und PS) *verankert sind... Wir dürfen uns nicht zu abenteuerlichen Aktionen hinreißen lassen, die nur Provokationen herbeiführen würden, von denen die Regierung profitieren würde.*

kationen herbeiführen würden, von denen die Regierung profitieren würde.

... Unsere Organisationen erinnern daran, daß zahlreiche Berufsmilitärs ebenso eine demokratische Veränderung der Armee-Strukturen fordern, und verurteilen jede Aktion, die zur Folge hätte, die Berufssoldaten gegen die Wehrpflichtigen auszuspielen. Das würde nur dazu dienen, denjenigen in die Hände zu spielen, die die Wehrpflicht aufheben wollen zugunsten eines Berufsheers.

Unsere Organisationen werden sich also an keiner antimilitaristischen Aktion und an keinem solchen Komitee beteiligen. Dies ist eine umso klarere Position, als sie die Notwendigkeit für die NATION betont, ihre Verteidigung abzusichern, und dabei die Notwendigkeit des Vertrauens auf den Patriotismus der Bürger usw. usw. ..."
(zit. nach „Lutte-antimilitariste", Januar 1975).

Das sind die altbekannten Albernheiten (genauer genommen: arbeiterfeindlichen Schweinereien!) der Reformisten: eine Armee im Dienste der „gesamten Nation" – die angeblich sowohl die Interessen der Bankiers verteidigt als auch die der streikenden Arbeiter. Wie sowas zustande kommen soll, verraten die Reformisten aus gutem Grunde nicht ...

Die andere „linke Partei", der PSU (Vereinigte sozialistische Partei), propagiert eine Soldatengewerkschaft, um die Armee unter „Volkskontrolle" zu bekommen.

Es ist logisch und zugleich erfreulich, daß Revisionisten und Sozialdemokraten keinen nennenswerten Einfluß in der demokratischen Soldatenbewegung haben. ●

Frankreich-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

Bundeswehr, Eutin:

ADS – „nach allen Seiten offen"

„Sabotage, Spionage, Zersetzung – das haben wir voll im Griff!", wird den neuen Soldaten der Eutiner Rettberg-Kaserne gleich wenige Tage nach ihrer Ankunft versichert. Und daß sich daran nichts ändert, dazu trägt auch der dortige ADS (Arbeitskreis Demokratischer Soldaten, den Revisionisten der DKP politisch nahestehend) seinen bescheidenen Teil bei. Durch eine naive und unbekümmert offene Tätigkeit werden junge Soldaten, die durch die Konfrontation mit der Bundeswehr auf Mißstände in unserem System aufmerksam wurden, förmlich ans Messer geliefert. Der Eutiner ADS versteht sich nämlich als Gruppe, zu der jedermann kommen kann, ganz gleich, ob fortschrittlicher Soldat, JU-Anhänger oder MAD. So unglaublich es klingen mag: auf einem ADS-Treffen erschien der Sicherheitsoffizier der Rettberg-Kaserne, Oberleutnant Jönk, und anstatt ihn rauszuschmeissen ‚diskutierten" die ADS'ler mit ihm.

Thema war die Forderung des ADS nach DM 100,- mehr für jeden Wehrpflichtigen. Der Oberleutnant, der versicherte, daß er die Forderung im Grunde auch unterstütze, meinte, anstelle einer Unterschriftensammlung unter den Soldaten solle man sich besser an die großen Parteien wenden und propagierte den Eintritt der ADSler in die „Soldatengewerkschaft". Unterstützt wurde er von dem zackigen „Vertrauensmann" der 1. Kompanie, der die Forderung für zu hoch hielt und Rechnungen anstellte, wo im Haushaltsetat das nötige Geld eingespart werden könnte. Den Vorschlag, weniger Exemplare der neuen MRCA-Bomber zu kaufen, lehnte er aus „strategischen Gründen" ab. Die Kampfkraft der Bundeswehr werde dadurch zu sehr geschwächt.

Dazu fiel den Verantwortlichen vom ADS nur ein, daß man dann an anderer Stelle den Rüstungsetat anzapfen müsse.

Während die ADS-Leute ihre opportunistischen Sprüche klopften, hatte der Herr Oberleutnant reichlich Zeit, sich die Gesichter seiner Sorgenkinder einzuprägen. Ab und zu hielt er kleine Reden und konnte sich über sein gelungenes Husarenstück freuen, als Sicherheitsoffizier an einer Sitzung des ADS teilgenommen zu haben.

So blieb nur eines, was aus dieser Sitzung zu lernen war: Wenn Leute, die die Bundeswehr reformieren wollen, anstatt sie als Machtmittel des Kapitals zu bekämpfen, fortschrittliche Soldaten mit Sicherheitsoffizieren der BW an einen Tisch bringen und das als „antimilitaristischen Kampf" bezeichnen, ist ein wirklicher organisierter Kampf gegen Militarismus in der Bundeswehr nicht möglich. ●

Ein Lübecker Genosse

Bundeswehr, Hamburg:

Mit Unterdrückern feiern?

Vor einigen Wochen fand in Hamburg-Rahlstedt ein Feuerwehrball statt, zu dem auch die Offiziere, Unteroffiziere und zukünftigen Unteroffiziere eines dort stationierten Bataillon der Bundeswehr eingeladen worden waren. In Uniform (versteht sich!), um eine volksnahe Truppe zu repräsentieren! Die Offiziere gingen freiwillig hin, die höheren Unteroffiziere ebenfalls, die Unteroffiziere niedrigeren Dienstgrades hatten wenig Verständnis für die Repräsentationssucht der Armee.

Der eifrige Bataillonskommandeur befahl kurzum, daß alle (!) Unteroffiziere zu erscheinen haben. Um die Sache noch abzurunden, wurde einem Vorlehrgang für Unteroffiziere „nahegelegt", dort ebenfalls ausnahmslos zu erscheinen. „Sie wollen doch schließlich auch einmal Unteroffiziere werden", war die Begründung.

Zwei Drittel dieses Zuges (13 Soldaten) waren nicht einverstanden. Der Kommandeur schritt zur illegalen Erpressung und drohte fürs Wochenende Panzerwache bei Verweigerung an. Aufgrund der Erpressung gegen die 13 Soldaten gelang es dem Zugführer, weitere vier Soldaten für das Fest „umzustimmen". Diese Soldaten mußten sich dann auch gleich eine Karte kaufen.

Die ganze Sache endete dann mit einem Gipfel an Zynismus: die Wache wurde den restlichen neun Soldaten erlassen. Wie gütig! Als Begründung wurde gesagt, daß man nur einmal sehen wolle, wie leicht sich der Zug „heißmachen" lasse. Erstaunlich und erfreulich war in diesem Falle, daß sich fast die Hälfte eines Zuges nicht von den Erpressungsversuchen hatte einschüchtern lassen und sich beharrlich weigerte, mit ihren Vorgesetzten und Unterdrückern gemeinsam zu feiern und für diese Armee Reklame zu laufen. ●

Gruppe Nord der Bezirksorganisation Eimsbüttel des KB-Hamburg

Boehm- Kaserne, Hamburg- Rahlstedt:

Boehm- Kaserne, Hamburg- Rahlstedt:

Disziplinarstrafen und Provokationen des MAD

In der 3/177 der Boehm-Kaserne, Hamburg-Rahlstedt, geht es rund. Es sieht ganz so aus, als wenn der Batteriechef als treuer Diener seiner Herren sich vorgenommen hat, aus „seinen Jungs" mal wieder so richtig kernige Soldaten zu machen, die nicht aufmucken.

Hier nur einige Beispiele aus der letzten Zeit, die zeigen, mit welcher Medizin die „kranke Disziplin" der Truppe wieder geheilt werden soll:

- Ein Soldat, der den Nachtausgang überschritten und sich zusätzlich noch einen kleinen genehmigt hatte, wurde mit einer Disziplinarbuße von DM 60,– bestraft.
- Ein Soldat, der angeblich den Befehl des UvD, seine Feldflasche zu reinigen, nicht ausführte, sondern die eines Kameraden vorzeigte und zusätzlich den Befehl des UvD, seinen Anzug „in Ordnung" zu bringen, nicht „vollständig" ausführte, wurde mit einer Disziplinarbuße von DM 40,– bestraft.
- Ein Kollege hatte auf dem Truppenübungsplatz einen Schuß (!) scharfe Munition gefunden und in seinem Wagen abgelegt. Als das rauskam, wurde dem Soldaten vorgeworfen, daß er sich vorsätzlich Munition aneignen wolle – und er bekam 14 Tage Ausgangsbeschränkung aufgebrummt.

Ein Gefreiter und ein Stabsunteroffizier, die davon wußten, wurden zu acht Tagen Ausgangsbeschränkung bzw. zu einer Geldstrafe „verurteilt", weil sie ihrem Vorgesetzten keine Meldung davon gemacht hatten.

Die Verschärfung der „Disziplin" besteht darin, daß jetzt sogenannte „Vergehen", über die man früher noch „großzügig" hinwegsah, in der Regel schon mit Disziplinarstrafen wie Ausgangsverbot, Geldstrafe oder Knast bestraft werden.

So braucht man zur Zeit nur mal beim „Knacken" während des Dienstes erwischt zu werden und die Disziplinarstrafe oder ein Zusatzdienst am Wochenende ist einem sicher.

Die sogenannten Wachperioden mit einer Dauer von 3 - 4 Wochen und die zusätzliche Einteilung zur Wache waren schon immer ein beliebtes Druckmittel.

Während das Wachelaufen wegen der Stumpfsinnigkeit und Sinnlosigkeit ohnehin schon schlimm genug ist, wird zusätzlich die Diensteinteilung so vorgenommen, daß die Kollegen zwischendurch und über's Wochenende oftmals nur 24 Stunden frei haben – das bedeutet besonders für die Rheinländer, daß sie für 3 - 4 Wochen nicht nach Hause fahren können.

Das hatte natürlich zur Folge, daß einige Kollegen mitunter ihre dienstfreie Zeit selbständig verlängerten oder wegen der „nervlichen Belastung" und dem „Streß" sich krank schreiben lassen mußten, so daß sie nur noch für den Innendienst eingeteilt werden konnten.

Daraufhin versuchte der Batteriechef zunächst, die „Rheinländer" gegen die „Hamburger" auszuspielen, indem diese zusätzliche Dienste schieben mußten; als er damit aber keinen großen Erfolg hatte, stellte er einen zusätzlichen Wachplan für „ungehorsame" und innendienstkranke Soldaten auf.

Diese Soldaten müssen jetzt von Freitagabend bis Montagmorgen „Feuerwache" schieben – ein total unsinniger Dienst, der nur zur Disziplinierung und Unterdrückung der Kollegen dient.

Die schärfere Gangart in der Boehm-Kaserne war z. T. eingeleitet und begründet worden mit den Ergebnissen und Erfahrungen bei der Durchführung eines „MAD-Tags" (MAD = 'Militärischer Abschirm-Dienst'). Das heißt, von einigen MAD-Spitzeln wurden Provokationen inszeniert, die später dazu dienen sollten, die Soldaten schärfer zu disziplinieren und die politisch-ideologische Ausrichtung einen Schritt voranzutreiben.

So wurde versucht, Kraftfahrzeuge mit falschen Fahrbefehlen durch die Wache zu schleusen, oder Zivilpersonen versuchten, ohne Truppenausweis in die Kaserne zu kommen. So wurde ein Waffenklau inszeniert, eine „Bombe" wurde im Wachhaus abgelegt und an einige Soldaten wurden Briefe abgeschickt, in denen sie zu Spitzel- und Spionagediensten angeworben wurden.

Auf diese Weise sollte demonstriert werden, auf welch vielfältige Weise angeblich „der Feind" (der auf jeden Fall links steht) die Bundeswehr und damit unsere „freiheitliche Grundordnung" bekämpft, zersetzt und unterwandert.

Natürlich gelang den MAD-Spitzeln so mancher „Coup" – so wurden z. B. zehn Gewehre nach draußen geschmuggelt, weil die Soldaten natürlich nicht die Fahrzeuge durchsuchten – aber das war ja auch die Absicht, um sich zum einen einen Vorwand für die schärfere Disziplinierung in die Hand zu geben, und zum anderen setzte nach diesem „MAD-Tag" eine Flut von Wach- und Sicherheitsbelehrungen ein, wo mit dem Überfall auf das Munitionsdepot in Lebach, Raketenklau und Baader-Meinhof-Hetze die Soldaten in faschistischer Manier gegen „linke Terroristen" und den Kommunismus aufgehetzt wurden. ●

Bundeswehrgruppe im Metall-Bereich
KB/Gruppe Hamburg

„Erinnerungen fürs Leben" von der Bundeswehr

Seit dem 1. Januar 1975 ist bei der BW im Rahmen der Wehrstrafordnung inbezug auf Wachvergehen eine Änderung in Kraft getreten. Wenn es bisher so war, daß nur „schwere" Wachvergehen (z.B. zu hoher Alkohol-Genuß) während einer Wache (Kasernenwache, Munitionswache usw.) zusätzlich zur obligaten BW-internen Disziplinarstrafe zusätzlich mit einer zivilen Gerichtsverhandlung geahndet werden konnten, so ist es nach der neuen Regelung möglich, sogar schon bei minimalen Wachvergehen (z.B. Rauchen auf Wachgang) ans Zivilgericht weitergereicht zu werden, so daß auch hier eine doppelte Bestrafung vollzogen werden kann.

Da bei zivilgerichtlichen Verhandlungen die jeweiligen Verurteilungen in die persönlichen Unterlagen aufgenommen werden, hängt einem also so ein „Zwischenfall" reichlich am Rockzipfel. Sozusagen eine aktenkundliche Erinnerung fürs Leben! **Mit dieser Verschärfung der Wehrstrafordnung** wird ein weiteres Disziplinierungs- und Unterdrückungs-Instrument gegen die Soldaten geschaffen.

In diesen Zusammenhang fällt auch die Maßnahme, daß in unserer Kompanie keine zentralen „Haarappelle" mehr stattfinden. Oberflächlich gesehen eine feine Sache, doch der Schein trügt! Die Kontrolle der „Haartracht" ist auf die Zug- und Gruppenführer übertragen worden, die erfahrungsgemäß bedeutend mehr „Kontakt" zu den einfachen Soldaten haben. Wenn nun einem Zug- oder Gruppenführer „auffällt", daß die Haare eines Soldaten „zu lang" sind, so kann sich dieser Soldat darauf „vorbereiten", entweder mit der Wochenendausgangskarte, die für die einfachen Soldaten von sehr grosser Bedeutung ist, oder mit einem 50-Mark-Schein zum Kompaniechef zu gehen, der dann die jeweilige Disziplinarstrafe verhängt. Für einen Wehrpflichtigen sind diese 50 Mark nicht gerade ein Pappenstiel, bei einem Wehrsold von ca. 200 DM. ●

Gruppe Nord der Bezirksorganisation Eimsbüttel des KB/Hamburg

Für wen übt der BGS?



„.... *Durch Aktivitäten der Aktiven Befreiungsfront hat sich die Lage in (dem betr. Bundesland) zunehmend verschärft. Besonders in den Städten häufen sich Sprengstoffanschläge auf... Verkehrseinrichtungen und Industriebetriebe, bei denen bisher 8 Menschen getötet und 30 verletzt wurden.*
Nach bisherigen Erkenntnissen besteht die Aktive Befreiungsfront (ABF) aus Einwohnern der Bundesrepublik. Die Angehörigen der ABF sind als Berufsrevolutionäre anzusehen... Mit Sympathisanten, die unter der Bevölkerung gesucht werden müssen und vor allem Fluchthilfe leisten, muß gerechnet werden... Nach Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden und nach vertraulichen Hinweisen sind weitere Aktionen ... geplant ..."

Mit dieser „Meldung" wurde die Übung einer Bundesgrenzschutz-Einheit eingeleitet. Dem „Planspiel" zufolge lag hier ein Fall von „polizeilichem Notstand" vor, bei dem die zuständige Polizeidirektion die BGS-Truppen angefordert hatte. Die Aufgabe für den BGS war „Objektschutz und -Überwachung", sowie „Aufklärung im Zwischenraum".

Der direkte Bezug dieser Übung zur „Baader-Meinhof"-Kampagne der Bourgeoisie ist offensichtlich:

Unter dem Vorwand der Terroristenbekämpfung werden heute alle Organe des Staates, so auch der BGS, umfassend auf den Einsatz gegen ihren wahren Feind ausgerichtet – gegen die Arbeiterklasse!

Nicht umsonst ging es ja auch in der betreffenden Übung um „Objektschutz" von Verkehrseinrichtungen und Industriebetrieben...

Der BGS, ursprünglich als „Grenzschutztruppe" gegen den „Feind im Osten" aufgestellt, wurde und wird planmäßig zu einer militärisch bewaffneten Bürgerkriegstruppe ausgebaut.

Grundlage für das Wirken des BGS ist das Bundesgrenzschutzgesetz. Demnach kann der BGS herangezogen werden u. a. zur Unterstützung der Länderpolizeien bei der „*Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung*" (§ 9, BGSB). Dabei kann der BGS „*zur Erfüllung seiner Aufgaben... die nach pflichtgemäßen Ermessen (!) notwendigen Maßnahmen treffen...*" (§ 10). Eingeschränkt werden können Grundrechte wie: Körperliche Unversehrtheit, Freiheit der Person, Freizügigkeit, Unverletzlichkeit der Wohnung usw. (§ 73). ●

Nach einem Bericht eines BGS-Genossen

SIEMENS

Ihre Dienstzeit beim BGS haben Sie in Kürze beendet?
Und Sie würden gern im Werkschutz eines großen Unternehmens eine

ausbaufähige und zukunftsichere Aufgabe

übernehmen? Bei der Ihre Qualifikation und Tüchtigkeit auch mit einem entsprechenden Einkommen honoriert wird? Dann sind Sie „unser" Mann.

Berlin bietet:

8%ige Arbeitnehmerzulage und Kinderzuschlag

Überbrückungsgeld, Erstattung der Reisekosten

Jährlich vier Freifahrten zu Ihrem Heimatort

Die einzige Voraussetzung: Sie sollten nicht jünger als 25 und nicht älter als 40 Jahre sein. Dazu verantwortungsbewußt, wendig und sportlich.

Wollen Sie uns, unsere beachtlichen Sozialleistungen und Ihren zukünftigen Arbeitsplatz kennenlernen? Dann schreiben Sie uns bitte kurz und informativ. Wir antworten schnell.
Übrigens – bei der Wohnungssuche werden wir Ihnen helfen.

Hauptstelle für Bewerbungen, 1000 Berlin 13 (Siemensstadt), Nonnendammallee 101. – Kennziffer HB 14

SIEMENS AKTIENGESELLSCHAFT

So werden voll ausgebildete BGS'ler „weiterverwendet". Ein Teil als Privatbullen der Kapitalisten – der Rest bleibt in den Kasernen.

„Wulf-Isebrand-Kaserne", Heide:

Frau krank – Soldat bestraft

Der Gefreite M. hatte seinen Wochenendausgang um einen Tag überzogen, weil übers Wochenende seine Frau erkrankt war und er deshalb am Montag jemand besorgen mußte, der sich während seiner Abwesenheit um seine Frau und seinen viermonatigen Sohn kümmern sollte. Deshalb war er erst am Montagabend wieder in der Kaserne.

Seine Einheit war an diesem Montag für 10 Tage auf Übung gefahren, sodaß M. am Dienstag nachgefahren werden mußte. Daraufhin wurde er zunächst einmal vor seinen Kompaniechef zitiert. M. erzählte, was vorgefallen war und wurde prompt von seinem Disziplinarvorgesetzten beschuldigt, sich ohne ausreichenden Grund „unerlaubt von der Truppe entfernt zu haben.". Er mußte sich gefallen lassen, als unzuverlässig und „verantwortungslos" bezeichnet zu werden (weil er in seiner Funktion verantwortlich war für die Waffen, die mit auf den Übungs-
die Waffen, die mit auf den Übungs-
platz genommen werden sollten) und man machte M. zusätzlich zum Vorwurf, daß er seine Einheit nicht sofort telefonisch benachrichtigt hatte. Und außerdem – so die Meinung des Disziplinarvorgesetzten – wäre die ganze „Geschichte" und auch M. selber ohnehin „unglaubwürdig", da M. schon öfter „negativ aufgefallen" sei.

Der Kompaniechef hatte übrigens sofort am Montag morgen die Feldjäger losgehetzt, die den „Fahnenflüchtigen" wieder einfangen sollten – aber erfolglos, weil M. vor kurzem umgezogen war und seine neue Adresse zum Glück noch nicht angegeben hatte.

Als dann zunächst nichts weiter kam, und M. schon meinte, daß selbst ein alter reaktionärer Militarist nicht soviel Menschenfeindlichkeit aufbringen könnte, einen Soldaten zu bestrafen, dem die Gesundheit und die Versorgung der Familie wichtiger ist als ein Tag bei der Bundeswehr, da kam der dicke Hammer.

Dem Gefreiten M. wurden vier Sonderurlaubstage gestrichen mit der bekannten Begründung und dem Zusatz, daß er froh sein könne, nicht härter bestraft worden zu sein!

Der Kollege war nun allerdings der Meinung, daß er überhaupt nicht bestraft werden dürfte. Er erzählte seinen Kameraden davon und wurde auch von den meisten unterstützt. Daraufhin schrieb er eine schriftliche Beschwerde.

In der Beschwerde schilderte er noch einmal den Vorfall und schrieb, daß ihm in diesem Fall seine Familie wichtiger sei als die Bundeswehr. Außerdem ging er in der Beschwerde noch einmal ein auf die Beschuldigung, daß er seine Einheit nicht rechtzeitig benachrichtigt hätte.

M. schrieb dazu, daß er von einem Kompaniechef, der zu den 14 Todesopfern beim Manöver Boald Guard nichts weiter zu sagen hatte als: „Wo gehobelt wird, da fallen Späne", nicht erwarten konnte, in diesem Fall Verständnis für ihn zu zeigen. Vielmehr mußte M. damit rechnen, sofort den Befehl zu erhalten, sich unverzüglich bei seiner Einheit zu melden. M. wäre damit gezwungen gewesen, zusätzlich Befehlsverweigerung zu begehen.
sen, zusätzlich Befehlsverweigerung
zu begehen.

Über die Beschwerde hatte der Bataillonskommandeur als nächsthöherer Vorgesetzter des Kompaniechefs zu entscheiden.

Dieser versuchte zunächst einmal, sich „gütlich" im persönlichen Gespräch mit M. zu „einigen", d.h. er versuchte, ihn einzuschüchtern und zu „überreden", die Beschwerde zurückzunehmen. Als das nicht klappte, kam prompt die Ablehnung der Beschwerde: Der Gefreite M. habe ein „unzuverlässiges und unverantwortliches Verhalten" gezeigt, etc.

Obwohl M. von seinen Kollegen immer gewarnt worden war, sich nicht allzuviel von der Beschwerde zu versprechen, war er doch zuerst reichlich empört, und wollte sofort die nächste Beschwerde schreiben, die dann von der nächsthöheren Dienststelle hätte entschieden werden müssen. Aber die Kollegen hatten schon alle resigniert, und so verzichtete dann auch M. darauf, auf dem Weg der Beschwerde weiteres zu unternehmen. Was blieb, war die Erfahrung, daß die vielgepriesene „Wehrbeschwerdeordnung" nicht vielmehr ist als eine lächerliche Farce. ●

Bundeswehrgruppe im Metall-Bereich KB/Gruppe Hamburg

Bundeswehr, Segeberg:

Beschwerderecht, nur auf dem Papier

„*Niemand darf dienstlich gemaßregelt oder benachteiligt werden, weil seine Beschwerde nicht auf dem vorgeschriebenen Weg oder nicht fristgerecht eingelegt worden ist oder weil er eine unbegründete Beschwerde erhoben hat*", (§ 2 der Wehrbeschwerdeordnung).

„*Ich könnte Dir jetzt eine vor die Schnauze hauen, Sie könnten nichts machen. Ich würde sagen, Sie wären die Treppe heruntergefallen ... Entweder Sie ziehen die Beschwerde zurück oder ich mache Sie lang*".

So ein Oberfeldwebel der Fünften Kompanie in der „Lettow-Vorbeck-Kaserne" in Segeberg zu einem Gefreiten, der das Recht auf Beschwerde in Anspruch genommen hatte.

„*Daß Sie jetzt mehr Druck kriegen, liegt doch auf der Hand*". (Zitate nach „Achtung", Nr. 3, Zeitung des ADS). So ein Hauptmann zu einem anderen Gefreiten, der in der gleichen Angelegenheit Beschwerde eingelegt hatte.

Was war der Grund für die Beschwerde? Während einer Ausbildung der Fünften Kompanie PzGrenbtl 182 befahl ein StUffz mehreren Soldaten, im knöcheltiefen Matsch Deckung zu nehmen. Der Gefreite T. verweigerte diesen gegen die Menschenwürde gerichteten Befehl. Wegen „Befehlsverweigerung" wurde er für 13 Stunden in die Arrestzelle gebracht! Er und ein anderer Gefreiter legten Beschwerde ein. Aufgrund der massiven Einschüchterungen hat einer von ihnen seine Beschwerde bereits zurückgezogen.

Wir können und müssen diese Rechte zwar in Anspruch nehmen, aber wie ihnen entsprochen wird, zeigen zum einen die oben genannten Äußerungen, zum anderen die zunehmenden Repressalien gegen die Fünfte Kompanie. Während die Beschwerden alle bürokratischen Instanzen durchlaufen, die Vorgesetzten weiter ihr Unwesen treiben können, bekommt die Fünfte Kompanie zu spüren, wie man über Beschwerden denkt: Drohung mit einem Zivilprozeß, acht Tage Disziplinararrest gegen Gefreiten G., der angeblich eine „verschärfte Ausgangsbeschränkung" gebrochen hat und einem Reservisten „wurde bis zum letzten Tag versichert, er würde erst am 31.12. entlassen".

Hebt das Wehrpflichtgesetz sowieso schon alle elementaren demokratischen Rechte auf, so zeigt die oben genannte Verfahrensweise, daß die verbleibenden „Rechte" nur auf dem Papier stehen. ●

Ein Genosse aus Segeberg

Bundeswehr:

Vertrauensmännerwahl verschoben – Kandidat versetzt

Ein Recht auf Interessenvertretung der Soldaten gegenüber den Vorgesetzten gibt es nicht. Das einzige aus taktischen Erwägungen zugestandene Recht ist das Recht auf Wahl eines Vertrauensmannes. Dieser soll laut Soldatengesetz „*zur vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Vorgesetzen und Untergebenen sowie zur Erhaltung des kameradschaftlichen Vertrauens innerhalb des Bereichs, für den er gewählt ist, beitragen*" womit seine Funktion ziemlich deutlich umrissen ist.

Trotzdem ist es nicht gleichgültig, was für ein Soldat Vertrauensmann ist – ob er sich strikt an die Vorschriften hält, oder sich nach Möglichkeit auf Seiten der Kameraden stellt, häufig Mannschaftsversammlungen durchführt und fortschrittliche Ansätze in die Kompanie trägt.

Hier ein Beispiel, mit welcher Tour uns Soldaten das Recht auf Vertrauensmännerwahl von der Bundeswehrführung beschnitten wird.

Kumpel auf Raten ...

Bereits Ende September 1974 wurde in der Brigade 8 ein Vertrauensmann einen Tag nach seiner Wahl versetzt.

Mitte November gab es in der gleichen Brigade schon wieder so eine Schweinerei – diesmal noch unverschämter. Und zwar in der 3./83. Kompaniechef ist Hauptmann Widder. Er ist deshalb relativ beliebt, weil er auf seine Weise die Kompanie im Griff hat: er spielt in der Fußballmannschaft mit, duzt jeden Soldaten, veranstaltet Tanzabende für die Mannschaften und ... erwartet natürlich einen „reibungslosen Ablauf des Dienstes" und ... als Vertrauensmann jemanden, der die „Effektivität" der Truppe erhöht und die glückliche Harmonie nicht beeinträchtigt.

Als in „seiner" Kompanie nun ein Soldat für die Vertrauensmännerwahlen vorgeschlagen wurde, der bei Ungerechtigkeiten oder offensichtlicher Schikane von glücklicher Harmonie wenig wissen wollte, sondern dem Chef öfter Kontra gab, reagierte Hpt. Widder knallhart.

Vorher hatte er die Vertrauensmännerwahlen mitangekurbelt, als ihm jedoch die Kandidatenliste bekannt wurde,

- hängte er sie nicht ans Schwarze Brett;
- ließ er die Wahlen zum beschlossenen Termin kurzerhand ausfallen und weigerte sich, gegenüber den Mannschaften den Grund zu nennen, und
- ließ still und heimlich den unbequemen Kandidaten versetzen.

Anschließend wurden (selbstverständlich) Wahlen wieder „erlaubt".

Der Versuch, „dienstliche Gründe" für die Versetzung vorzuschieben, ging in die Hose; den meisten Kameraden war klar, daß damit unser Recht auf freie Vertrauensmännerwahl eingeschränkt wurde.

Gefesselt und geknebelt

Oft läuft der Abbau demokratischer Rechte parallel mit verschärfter Schikane. Hier nur einige Beispiele aus der 3./83 in den Wochen vor einer Herbst-Übung in Bergen-Hohne:

- Vor jeder Gefechtsausbildung wird für alle Soldaten der Nachtausgang gestrichen.
- Vor Frühstück und Mittag müssen die Mannschaften geschlossen antreten (wie in der Grundausbildung).
- Rauchen im Dienst wird grundsätzlich nur noch in den befohlenen Raucherpausen erlaubt.
- Krankenmeldescheine müssen nach Verlassen des Sanitäts-Gebäudes mit Uhrzeit versehen werden, damit sich auch ja kein Soldat noch einen Schluck Kaffee gönnen kann.
- Verschärfte Revier- und Stubenkontrolle (inklusive Zusatzdienste bis 19.00 Uhr).

Diese Liste ließe sich fortsetzen.

Draus lernen

Aus den Vorfällen in der 3./83 wird deutlich:

- Wir müssen auch beim freundlichsten und kumpelhaftesten Chef dessen Funktion erkennen: uns nämlich möglichst widerstandslos an Drill, Schikane und Gehorsam zu gewöhnen.
- Wir dürfen die Vertrauensmännerwahlen nicht vom Chef „organisieren" (und damit beliebig lang verschieben) lassen, sondern die Mannschaften müssen sie selbst in die Hand nehmen! ●

Mitglied der KB/Sympathisantengruppe Lüneburg

F. J. Strauss wärmt „Spiegel"-Affäre wieder auf

Zum Jahresanfang machte der CSU-Parteivorsitzende F.J.Strauß einen besonderen Vorstoß in Richtung Kanzlerschaft. In einem Interview der Bonner Wochenzeitung „Esprit – das deutsche Gesellschaftsmagazin" brachte er angeblich neue „Umstände" über seine Rolle bei der berüchtigten „Spiegel-Affäre" vom Oktober 1962 vor. Laut seiner in „Esprit" angebotenen Version

– hat Strauß als damaliger Verteidigungsminister sozusagen passiv *„nach Mitteilung der Sachlage"* lediglich den *„Anruf in Madrid durchgeführt"*, der zur Verhaftung von „Spiegel"-Redakteur C. Ahlers führte. *„Das ist der einzige Fall meiner Mitwirkung."*;

– wurden nach Ablehnung der vom „Spiegel" eingereichten Verfassungsklage beim Bundesverfassungsgericht noch ausstehende Verfahren gegen den „Spiegel" nur deshalb eingestellt, weil der „Spiegel" den damaligen Vorsitzenden des zuständigen Senats, Heinrich Jagusch, mit Kenntnissen von dessen NS-Vergangenheit erpreßt habe;

– wurde der angebliche Informant des „Spiegel" im Verteidigungsministerium, Oberst Martin, nur deswegen nicht verurteilt, weil in einem Verfahren gegen ihn mehr geheimhaltungsdürftiges Material hätte offengelegt werden müssen, als für den Prozeß überhaupt zur Debatte stand;

– sei damals keineswegs „aus der Maus ein Elefant gemacht" worden, sondern – wie ihm, Strauß, erst nachträglich Staatssekretär Karl Carstens mitgeteilt habe – im Panzerschrank des „Spiegel"-Herausgebers R. Augstein habe sich sogar *„die Zielkartei bzw. Angaben über die Zielkartei für die atomaren Waffen der Bundeswehr"* befunden.

Verdacht des Landesverrats

„Am 1o. Oktober 1962 erschien in der Nr. 41 dieses Nachrichtenmagazins ein Artikel „Bedingt abwehrbereit", der die militärische Situation der Bundesrepublik und der NATO sowie militärische und strategische Probleme und Zukunftspläne erörterte. Von dem Ergebnis der NATO-Übung „Fallex 62" ausgehend, legte er dar, daß die Bundeswehr nach dem damaligen Stand nur „bedingt abwehrbereit" sei. Der Artikel polemisierte gegen eine Ausstattung der Bundeswehr mit Atomwaffen und setzte sich entgegen der Ansicht des damaligen Bundesverteidigungsministers Strauß für eine stärkere

polemisierte gegen eine Ausstattung der Bundeswehr mit Atomwaffen und setzte sich entgegen der Ansicht des damaligen Bundesverteidigungsministers Strauß für eine stärkere

Ausrüstung mit herkömmlichen Waffen ein. Er führte dabei Einzelheiten nicht nur zum Ablauf der Fallex-Übung und zum gegenwärtigen Rüstungszustand, sondern auch zur militärischen Planung der NATO- und Bundeswehrführung an" (Urteil des BVG in der Beilage zum „Spiegel" 35/1966).

„Bereits am selben Tage oder am folgenden Tage leitete der Generalbundesanwalt gegen den Herausgeber und einige Redakteure des Nachrichtenmagazins ein Ermittlungsverfahren wegen Landesverrats ein. Er erbat ein Gutachten vom Bundesverteidigungsministerium, das der in diesem Ministerium tätige damalige Oberregierungsrat Dr. Wunder erstattete. Nach dem Eingang des Gutachtens und nach eingehenden Vorbesprechungen mit dem Gutachter und dem damaligen Staatssekretär im Verteidigungsministerium Hopf erwirkte die Generalbundesanwaltschaft am 23. Oktober 1962 richterliche Durchsuchungsbefehle und Haftbefehle gegen Augstein und Ahlers" (ebenda).

Strauss contra US-Strategie

Tatsächlich bildete der Artikel von C. Ahlers nur den willkommenen Vorwand für einen von Strauß & Co. schon länger geplanten Schlag gegen ihre politischen Gegner. Lange vor Erscheinen des Artikels prophezeiten vom Bundesnachrichtendienst (BND) unter Reinhard Gehlen angestellte Recherchen einen Zusammenstoß der Militärstrategien der USA und der BRD (unter Strauß). Vor dem Hintergrund der „Kubakrise" (im Herbst '62, unmittelbar vor der „Spiegelaffäre") stellte die Kennedy-Regierung ihre Militärstrategie von „massiver atomarer Vergeltung" auf „flexible response" um, d.h. Verstärkung des konventionellen Waffenanteils bei gemischter Bewaffnung. Für die Europäer bedeutete das: höhere Belastungen bei der Aufstellung konventioneller Truppen und weitere Einschränkung ihrer Aussichten auf Zugriff zu Atomwaffen im NATO-Bündnis. Adenauer und Strauß verfolgten aber gerade 1961/62 eine offensive Europa-Politik („Achse" Bonn-Paris, Strauß' Pläne einer selbstständigen westeuropäischen Atommacht).

Gegenüber der US-Regierung manipulierte Strauß geschickt mit den Soll-Zahlen der Bundeswehr. Er unterschied zwischen Friedens- und Kriegsstärke und verschleierte den tatsächlichen Ausbildungsstand, um die NATO-Partner über die Schwäche der konventionellen Kräfte der BRD hinwegzutäuschen. Adenauer gab sogar den Rat, die fehlenden Brigaden „durch Fähnchen auf der Landkarte" zu ersetzen. *„Ob diese Brigaden 1966 oder 1967 bereitstünden, sei doch nicht so wichtig. Aber man müsse der NATO gegenüber wenigstens den Schein wahren."* („Spiegel" 41/62, S. 33).

Adenauer reichte die BND-Analyse (über die Widersprüche zwischen den Militärstrategien der BRD und der USA) an Strauß weiter. Strauß sah durch die BND-Recherchen die Pläne einer BRD-Atommacht gefährdet und seine Manipulationen vor den Augen der NATO, insbesondere der USA, offengelegt.

Strauss contra BND

Die „Organisation Gehlen" (der spätere BND) ging nach dem Kriege als geschulte antikommunistische Agententruppe aus Nazi-Diensten („Fremde Heere Ost") geschlossen in CIA-Dienste über. Der aus diesen Anfängen entwickelte BND wurde in den folgenden Jahren in engster Cooperation mit dem CIA aufgebaut.

Strauß forderte seit längerem eine Reform des BND, um Nachrichtenbeschaffung und -Auswertung zu trennen. Die Auswertung gehöre in den Kompetenzbereich des Verteidigungsministeriums. Als Instrument dafür bot er den „Militärischen Abschirmdienst" (MAD) an. Der MAD strebte schon länger nach Ausweitung seiner Kompetenzen über bloße militärische Spionageabwehr hinaus.

Um Strauß bildete sich in diesem Zusammenhang eine Front von ehemaligen Nazi-Generälen, MAD-Kadern, CSU-Parteigängern im BND und in der Ministerialbürokratie. Die BND-Gruppe bediente sich ihrerseits u.a. des als Strauß-Gegner bekannten „Spiegel". Schon seit Anfang der 50er Jahre verfügte der „Spiegel" über gute Kontakte zu General Geh-

Gruppe bediente sich ihrerseits u.a. des als Strauß-Gegner bekannten „Spiegel". Schon seit Anfang der 50er Jahre verfügte der „Spiegel" über gute Kontakte zu General Geh-

len; im Heft 39/54 erschien ein exclusiv-Interview mit Gehlen, der ansonsten als sehr öffentlichkeitsscheu galt. Über einen Kontaktmann, Oberst Wicht, hielt der BND eine ständige Verbindung zum „Spiegel". **Über diesen Kontakt ließ Verlagsdirektor Becker den „Fallex"-Artikel vor Veröffentlichung auf seine „Verfassungsmäßigkeit" prüfen. Der BND hatte „keine Bedenken"!** („Spiegel" 23/71, Pullach intern, 12. Teil)

Strauss läßt „Spiegel" bespitzeln

Bereits mehrere Monate vor Erscheinen des Artikels allerdings war Strauß schon zum Angriff übergegangen. Über den Mittelsmann Heinz A.E. Otto forderte er von dem BND-Presse-Spitzel Günter Heysing einen Bericht über den „Spiegel". Der Strauß Vertraute Otto ist ehemaliger SA-Mann, Redakteur beim „Angriff", Untersturmführer bei der Waffen-SS; später Geschäftsführer des CSU-Unternehmens „Publika", einem Instrument zur Beeinflussung der bayerischen Provinzpresse. Otto kannte Heysing aus gemeinsamen Tagen in einer Propagandakompanie der Nazis; Heysing war dort Wehrberichterstatter. Nach dem Zusammenbruch des Hitler-Faschismus war Heysing Herausgeber der neonazistischen Zeitung „Die Wildente". U.a. betätigte er sich auch als Fürsprecher der „National (und Soldaten) Zeitung" des Dr. Gerhard Frey.

Zwei Monate vor Erscheinen des „Fallex"-Artikels erhielt Strauß ein 16-seitiges Dossier über den „Spiegel". Heysing selbst lieferte den Beweis dafür später schriftlich. Zwei Wochen nach der „Spiegel"-Aktion schickte er ein Duplikat an den BND-Abteilungsleiter für Beschaffung, Kurt Weiß, mit der Anmerkung *„Anliegende Ausarbeitungen über den Spiegel habe ich für Strauß Ende August 1962 persönlich fabriziert"*. („Spiegel" 47/74, S. 91 ff).

„Nur mal nach Spanien telefoniert".

Hetze und Anzeige gegen den „Spiegel"

Hetze und Anzeige gegen den „Spiegel"

Weitere Vorbereitungen verrät der Einsatz des Oberst der Reserve von der Heydte im Juli 1962. Im Würzburger Katholikenblatt „ Deutsche Tagespost" polemisierte er gegen die „FIBAG"-Enthüllungen des „Spiegel", deretwegen sich Strauß zur gleichen Zeit vor dem Bundestag wegen Korruptionsverdacht verantworten mußte. Heydte warf dem „Spiegel" Landesverrat und landesverräterische Fälschung vor. Sein Artikel wurde vom CDU-finanzierten „Rheinischen Kreis" als Flugblatt vertrieben. Als der „Spiegel" ein Verbot des Flugblattes erwirkte, zeigte Heydte die Zeitschrift wegen Landesverrat an. Zur gleichen Zeit stellte Verteidigungsminister Strauß Antrag ans Bundespräsidialamt, Heydte vom Oberst d.R. zum General d.R. zu befördern!.

V.d. Heydte, ord. Prof. für Rechte in Würzburg, Direktor des „Instituts für Wehrrecht", war Mitglied in diversen dubiosen Komitees, Kreisen, Vereinen, wo er seine Nazi-Erinnerungen aufpoliert und an einem Comeback „abendländischer Ordnungsvorstellungen" arbeiten kann. Er war z.B. langjähriger Vorsitzender einer „Abendländischen Akademie", der auch solche Männer wie die Bundesminister v. Brentano, v. Merkatz, Oberländer und Wuermeling angehörten. Der damalige Innenminister Schröder mußte am 7.12.55 auf Druck der Öffentlichkeit eine Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit dieser „Akademie" veranlassen. Sie lehnte u.a. die in der BRD-Verfassung proklamierte „Volkssouveränität" und „Gewaltenteilung", als *„bunte Fülle westlichen Jahrmarkts"* ab.

Die übrigen Mitgliedschaften Heydtes sind von ähnlichem Kaliber. Erwähnt sei nur noch seine Mitgliedschaft in der CSU. Mit Strauß befreundete er sich 1959 durch seine Mitarbeit im „Komitee Rettet die Freiheit", einer Vereinigung dekorierter kalter Krieger und Faschisten („Spiegel", 47/62, S. 55 ff , und „FR", 26.10.60). **Am 22. Oktober erhielt v.d. Heydte seine Beförderung, einen Tag vor Ausstellung der Untersuchungs- und Haftbefehle gegen den „Spiegel".**

Strauss läßt den „Spiegel" besetzen

Als das Herbstmanöver der NATO, „Fallex 62", unübersehbar die Folge der Straußschen Militärpolitik und seiner Täuschungsmanöver offenbarte und der „Spiegel" dies veröffentlichte, versuchten sich Strauß & Co. durch eine Flucht nach vorn zu retten. Gestützt auf ein vom MAD er-

seiner Täuschungsmanöver offenbarte und der „Spiegel" dies veröffentlichte, versuchten sich Strauß & Co. durch eine Flucht nach vorn zu retten. Gestützt auf ein vom MAD er-

stelltes Gutachten, das den Artikel „Bedingt abwehrbereit" entgegen der BND-Einschätzung als „landesverräterisch" einstufte, setzte Strauß mit Hilfe des MAD und seiner Nazi-Vertrauten in BND und Ministerialbürokratie den Staatsapparat für seine Zwecke in Gang. Nicht einmal der dienstaufsichtsführende Staatssekretär Globke vom Kanzleramtsbüro war informiert.

Am 26.10.62, in einer Nacht- und Nebel-Aktion gegen 21 Uhr, schlug die „Sicherungsgruppe Bonn" im Einvernehmen mit der MAD-Führung los. Die Redaktionsräume des „Spiegel" in Bonn und Hamburg wurden durchsucht und besetzt, mehrere Redakteure vorübergehend festgenommen, ihre Privatwohnungen gefilzt, der Herausgeber und zwei Chefredakteure verhaftet. Die nächste Ausgabe des „Spiegel" wurde einer Vorzensur unterworfen. Um den verantwortlichen Redakteur, C. Ahlers, der gerade in Spanien Urlaub machte, kümmerte sich Strauß persönlich. Einem MAD-Kontaktmann in Madrid, Oberst Oster, ehemaliger Canaris-General („Abwehr" der Nazi-Wehrmacht) und Mitglied der CSU, der in Spanien als militärischer Beauftragter des Verteidigungsministeriums stationiert war, befahl Strauß telefonisch, die Verhaftung von Ahlers durch die spanische Polizei zu veranlassen. Um die spanische Polizei zum Eingreifen zu veranlassen, gab er vor, es handle sich um ein kriminelles Delikt!

Im Büro des Verlagsleiters Becker stießen die Fahnder schließlich auf Gesprächsnotizen, die eine Verbindung zwischen Becker und dem BND-Kontaktmann Oberst Wicht bezeugten.

Aus der „Spiegel"-Affäre war plötzlich der ‚Fall Gehlen' geworden. Die Verfolger zögerten nicht lange: Noch am 2. November wurden die angeblichen „Landesverräter" Becker und Wicht verhaftet. Wenige Tage später geriet auch der BND-Chef Gehlen und seine Führungsclique in die Schußlinie. Die Strauß-Gruppe entfachte eine wüste Kampagne und beschwor das Gespenst einer „Verschwörung" BND/CIA/Washington/„Spiegel" contra Adenauer/Strauß. Am 12. November 62 ließ Adenauer die Führungskader des BND zu sich zitieren; er wollte sie verhaften lassen! Es blieb dann bei stundenlangen Verhören über die angebliche „Verschwörung".

So, wie Strauß den BND ausgebootet hatte, stellte er nach Hitler-Manier auch die übrigen Träger staatlicher Macht nur noch vor vollendete Tatsachen:

- **Der Bundesjustizminister wurde auf ausdrückliche Weisung von Strauß uninformiert gelassen.**
- **Der zuständige nordrheinwestfälische Innenminister war nicht informiert.**
- **Eine eventuelle Verhaftung von Ahlers in Spanien zu veranlassen wäre Angelegenheit des Außenministers gewesen.**

Strauß hatte allerdings zu hoch gepokert und mußte schließlich nach penetranten Lügenauftritten vorm Bundestag („Ich habe mit der Sache n i c h t s , im Wortsinne nichts, zu tun!" etc.) Stück um Stück seine Beteiligung zugeben. Wegen des Umfangs dieses „Skandals" sprach die Presse von einer „Staatskrise". Sowohl inländische als ausländische liberale Öffentlichkeit waren empört. Strauß mußte vom Posten des Verteidigungsministers zurücktreten und wurde in seinen hochgesteckten politischen Ambitionen zunächst einmal zurückgeworfen.

Die Strauss-Front formiert sich

Obwohl Strauß und die ihn stützenden Kräfte 1962 im ersten Anlauf stürzten, obwohl der ‚Kalte Krieg' der CDU/CSU-Regierung durch die „Reformpolitik" der SPD/FDP-Regierung innen- und außenpolitisch abgelöst wurde, konnte Strauß die „Spiegel"-Affäre längerfristig als teilweisen Erfolg buchen:

– Das Bundesverfassungsgericht lehnte vier Jahre später die Verfassungsklage des „Spiegel" ab und erklärte im Mehrheitteil des gespaltenen Urteils die Polizeiaktionen für verfassungsmäßig. *„Landesverrat bedroht potentiell den Bestand des Staates und rechtfertigt grundsätzlich scharfe Reaktionen des Staates"* (Urteil des BVG, laut „Spiegel"-Beilage 25/66, S. 80). Das ist ein Freibrief für künftige Aktionen gegen die Meinungs- und Pressefreiheit.

Um Strauß festigte sich der Kreis von exstrem reaktionären MAD-Kadern und faschistischen Führungskräften in der Bundeswehr. Insbesondere nachdem die SPD durch Ehmke 1967 eine „Säuberungsreform" des BND in Angriff nahm und einige Reaktionäre durch „modernere" SPDler ablösen ließ, sind auch die Alt-Nazis und Kalten Krieger im BND näher an Strauß herangerückt. Als sog. „BND-Seilschaft", z.T. um den abgehalfter-

näre durch „modernere" SPDler ablösen ließ, sind auch die Alt-Nazis und Kalten Krieger im BND näher an Strauß herangerückt. Als sog. „BND-Seilschaft", z.T. um den abgehalfter-

ten Gehlen gruppiert, arbeiten sie seit längerem an einem Come-Back. In der „Affäre Nollau" wurde offenbar, daß diese Kräfte im Verein mit Springer, „Quick" u.a. vor keinem Mittel zurückscheuen, ihren Einfluß auf die Geheimdienste jetzt wieder auszubauen: Es wurde versucht, den Verfassungsschutzchef Nollau (SPD) durch das Gerücht zu stürzen, er sei DDR-Agent! Neueste Überlegungen der Bundesregierung, den gesamten Geheimdienstapparat zu zentralisieren, müssen in diesem Zusammenhang gesehen werden.

– In letzter Zeit zeigen die Bemühungen von Strauß Erfolg, zwischen dem Sumpf des geheimdienstlichen und faschistischen Untergrunds auf der einen und den rechten „bürgerlichen" Wahlparteien auf der anderen, insbesondere CSU, die Bildung militanter faschistoider Parteien zu fördern. Vor dem Hintergrund von Löwenthals „Bund Freies Deutschland" (BFD) und Meyers „Deutsch-Soziale Union" will sich die CDU/CSU in der nächsten Bundestagswahl als „demokratische Mitte" profilieren.

Das Interview in „Esprit" ist keineswegs einer „Verärgerung" von Strauß zuzuschreiben (wie dieser vorgab). Das Interview ist auch keineswegs „politischer Selbstmord", wie C. Ahlers, heute Bundespressechef in Bonn, in einem „Stern"-Kommentar glauben machen wollte.

Vielmehr handelt es sich bei diesem Strauß-Vorstoß um einen gezielten Testballon, wieweit ihm eine seiner übelsten Affären heute noch anhängt und ihm den Weg auf der Karriere-Leiter verbauen könnte. Dieser Test war für Strauß durchaus erfolgreich: Die recht schwächliche Reaktion auch der SPD und der liberalen bürgerlichen Presse auf den Strauß-Vorstoß zeigt, daß wohl von dieser Seite niemand so recht daran interessiert ist, die „Spiegel"-Affäre wieder aufzurollen und mehr Licht in die immer noch dunklen Seiten dieser Geschichte zu bringen. •

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Faschistische Schläger in der Kleinstadt Eschborn

Vor einiger Zeit flogen einige Jugendliche in Eschborn (Kleinstadt bei Frankfurt) aus der Eisdiele an der Stadthalle. Dabei ging ihnen der Pächter unsanft an den Kragen. In den folgenden Tagen stürmte ein Trupp (darunter Mitglieder der Pächterfamilie) mit Knüppeln bewaffnet in SS-Manier das Lokal und prügelte die Jugendlichen wieder ohne ersichtlichen Grund vor die Tür. In derselben Nacht wurde einer der Jugendlichen von den Schlägern krankenhausreif geknüppelt.

Bei den Schlägern handelt es sich um italienische Faschisten, deren Terror sich in erster Linie gegen fortschrittliche Jugendliche und Italiener, die mit Kommunisten zusammenarbeiten richtet. Der Polizei logen die Faschisten dreist vor, die jungen Leute hätten Autos beschädigt und mit Flaschen geworfen, was ihnen die Polizei abnahm und die Jugendlichen mit einer Anzeige bedrohte.

Solches Vorgehen der Polizei ist uns auch aus anderen Städten hinreichend bekannt. In Eschborn ging das soweit, daß sich Polizei und Faschisten freundschaftlich unterhielten.

Die DKP, die das enthüllt hatte, weiß bei dieser Gelegenheit der Eschborner Bevölkerung bloß zu empfehlen, von der Stadtverwaltung eine Ausweisung dieser italienischen Faschisten zu fordern.

Diese Orientierung (der DKP) auf den SPD-Magistrat ist allerdings im besten Fall illusionär. Nicht die SPD – und schon gar nicht der SPD-Magistrat – wird uns die faschistische Bande vom Hals schaffen. Nur das entschlossene und gemeinsame Handeln der Eschborner Antifaschisten wird solches zuwege bringen. – In diesem Sinne sollte schnellstens in unserem Jugendzentrum diskutiert werden. •

Ein Genosse aus Eschborn

Die Faschisten der „Deutschen Union" tauchen in der CDU/CSU unter

– Zogelmann & Co. folgen dem Ruf ihres Führers F. J. Strauss –

Zu den diesjährigen Landtagswahlen in Schleswig-Holstein wollte auch die „Deutsche Union" (DU) sich ursprünglich zur Wahl stellen. Die DU gehört neben dem „Bund freies Deutschland" und der „Deutsch Sozialen Union" zur Gruppe jener Rechtsparteien, die eine sogenannte vierte (faschistische) Partei gründen wollen.
Obwohl die DU bereits eine vollständige Landesliste aufgestellt hatte, zog sie am 13. Januar überraschend ihre Kandidatur zurück. Stattdessen treten die DU-Faschisten – auf Geheiß ihres heimlichen Führers F.J. Strauß – scharenweise in die CDU/CSU ein, um dort die rechtsradikale Strauß-Dregger-Fraktion zu stärken.

Die DU wurde im Januar 1971 in Hannover von 90 „Damen und Herren", deren Herz rechts schlägt, gegründet. Die DU wollte Mitglieder und Sympathisanten der stark dezimierten „Gesamtdeutschen Partei", des „heimatverdrängten Landvolkes", Angehörige des „Verbandes deutscher Soldaten", der „Deutschen Jugend des Ostens" und des „Kyffhäuserbundes" für ihre Ziele gewinnen.

Allerdings hoffte die DU auch, Teile der NPD aufzusaugen. „Ich kann mir vorstellen, daß bei vielen die Frage auftaucht, was kann ich wählen, nachdem die NPD in Hessen und Bayern durchgefallen ist", (so ein führendes DU-Mitglied).

Bundesvorsitzender der DU war Siegfried Zoglmann, ehemaliger Leiter der Auslandspressestelle der Hitlerjugend (HJ) und deren Gebietsführer im „Reichsprotektorat Böhmen und Mähren". Für seine besonderen „Verdienste" wurde er später Träger des „Goldenen Ehrenzeichens" der HJ. Wie verbunden er sich dem faschistischen Deutschland fühlte, zeigt sein Buch „Jugend erlebt Deutschland". Hier schrieb er: *„Deutschland lebt in den marschierenden Kolonnen der SA und im Gleichschritt der jungen Wehrmacht... Ein Glaube ist es, der sie eint. Ein Wille, der sie beseelt, eine Fahne, hinter der sie marschieren. Ein Führer, dem sie sich verschworen".*

Nach der Zerschlagung des Hitler-Faschismus trat Zoglmann der FDP bei und war für diese Partei lange Jahre im Bundestag. 1970 verließ Zoglmann die FDP, da diese mit der SPD für die Verträge von Warschau und Moskau gestimmt hatte.

Zoglmann gründete mit 50 Gesinnungskumpanen die National-„liberale" Aktion (NLA). Im Bundestag hospitierte Zoglmann bei der CSU, weil er eine enge Geistesverwandtschaft zwischen sich und Strauß feststellen konnte:

„Auf dem CSU-Parteitag in München ist mir aufgegangen, daß wir viele Gemeinsamkeiten haben. Da habe ich mir angehört, wie der Strauß sagte, wir sind nicht nur eine christliche und soziale Partei, sondern auch eine liberale. Merkwürdigerweise haben da alle Leute applaudiert. Da ist mir klar geworden, daß die genauso denken wie ich!"

Wie schrieb Zoglmann doch in seinem Buch? „Ein Wille, der sie beseelt, eine Fahne, hinter der sie marschieren. Ein Führer, dem sie sich verschworen!"

Auch ein anderes bisheriges DU-Vorstandsmitglied, Dr. Heinz Lange, kann auf eine entsprechende Vergangenheit verweisen.

Im Hitler-Faschismus HJ-Gebietsführer im Sudetenland und Kompanieführer der Waffen-SS, nach '45 FDP-Landtagsabgeordneter in Nordrhein-Westphalen, 1970 dann NLA. Noch eine andere Gemeinsamkeit haben die beiden DU-Führer, sie sind beide Mitglieder des faschistischen Witiko-Bundes.

Witiko-Bund – Sammelbecken der Faschisten

Der Witiko-Bund wurde 1949 während der Zeit des „Kalten Krieges" gegründet. Zahlreiche Gründungsmitglieder gehörten zu den engsten Mitarbeitern des NS-Gauleiters und Führers der nazistischen „Sudetendeutschen Partei", Konrad Henlein, sowie des vom Nürnberger Tribunal zum Tode verurteilten Reichsprotektors K.H. Frank.

Der Einfluß des Witiko-Bundes reicht weit hinein in die Vertriebenenverbände und in die bürgerlichen und neo-faschistischen Parteien und Gruppen. In der Bundesversammlung der „Sudetendeutschen Landsmannschaft" stellte der Witiko-Bund 1967 von den 72 Vorstands sitzen 39 und war damit die stärkste Kraft in diesem Verband.

Mitglieder des Witiko-Bundes sitzen in der CDU/CSU, in der FDP und in der NPD. 1965 kandidierten für den Bundestag zwölf Mitglieder des Witiko-Bundes: drei für die CDU/CSU, je vier für die FDP und NPD und einer für die „Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher".

Die Mitgliedschaft im Witiko-Bund steht vor der Mitgliedschaft in einer Partei. *„Das oberste Lebensgesetz unseres Bundes lautet ‚Freiwillige Bindung an unsere Gemeinschaft hat über jeder anderen Bindung zu stehen'".*

Es zeigt sich also, daß die Faschisten unabhängig von ihrer (bürgerlich-„anständigen") Parteizugehörigkeit Organisationen geschaffen haben, die ihnen als Schaltzentralen für ihre faschistischen Aktivitäten dienen.

Zu den führenden Witikonen gehören auch Zoglmann und Lange. Die von ihnen nach FDP-Austritt gegründete NLA nahm im September an einer Tagung mehrerer faschistischer Gruppen teil die die „national freiheitlichen Kräfte in unserem Volk" sammeln wollte. Da die NPD bereits für sich den Namen „Aktion Widerstand" in Anspruch nahm, nannte sich dieser Faschistenkreis „Aktion-W.". Nicht nur beim Namen, auch sonst hielt man mit der NPD engen Kontakt. So wurde beispielsweise das Würzburger Faschistentreffen gemeinsam vorbereitet. Das Treffen, das durch Sprüche, wie *„Brandt – an die Wand"* und *„Fegt ihn weg den roten Dreck"* gekennzeichnet war, wurde von den Faschisten als voller Erfolg angesehen.

Die vierte Partei paßt noch nicht ins Konzept von Strauß

Eine Nationalliberale Aktion reichte Zoglmann allerdings nicht aus. Er wollte bundesweit eine faschistische Partei („Vierte Partei") gründen, die, eng mit dem „Großen Bruder" CSU verbunden, bereits zum damaligen Zeitpunkt (1971) offen für eine faschistische Herrschaft eintritt.

Zoglmann gründete, wie er immer wieder betonte, mit der Unterstützung von Strauß, die „Deutsche Union". 1976 zu den Bundestagswahlen wollte Zoglmann mit der DU in die Bundestagswahl einsteigen, um die „sozialistische" Regierung zu stürzen. Die Generalprobe sollte dieses Jahr bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein stattfinden.

Die DU bezeichnet sich selbst als „national-liberal und sozial", wobei sie das Wort liberal wohl nur eingefügt hat, um nicht sofort als die Nachfolgerin der Nazi-Partei dazustehen. Diese Herren führten in Mölln eine Veranstaltung durch, mit dem Landesvorstandsmitglied Wolfgang Freiherr von Tettau (Wentorf bei Hamburg). Zu dem Referat, das der Faschist von sich gab, schrieb selbst der Reporter der Lokalzeitung, daß bei „älteren Mitbürgern böse Erinnerungen wachgerufen werden könnten".

Nur eines paßte dem DU-Sprecher nicht in das Konzept. Einen Tag vorher war ein Teil des Bundesvorstandes, unter ihnen Zoglmann und Lange, aus der DU aus- und in die CSU eingetreten. Zoglmann und Kumpanen hatten nun direkt zu ihrem Führer gefunden. Strauß hatte sich in den Tagen zuvor einige Male vom Projekt einer „Vierten Partei" zum jetzigen Zeitpunkt (!) distanziert. Zoglmann hatte die Warnung erhört, andere Teile der DU mochten ihm nicht gleich folgen. Doch mittlerweile hat die DU ihre Kandidatur für die Landtagswahlen zurückgezogen, mit der drolligen Begründung: „finanzielle und der Wahlgesetzgebung zugrundeliegende Benachteiligung kleinerer Parteien gegenüber den zur Zeit im Landesparlament vertretenen Parteien."

Tatsächlich scheinen die Wahlerfolge der CDU/CSU in Bayern und Hessen zu bestätigen, daß derzeit eine weitere Faschisierung von Staat und Gesellschaft über und durch die CDU/CSU besser und wirkungsvoller zu betreiben sind als an ihr vorbei oder gar gegen sie. Die Strauß-Mafia in der CDU/CSU wird – soweit es möglich ist – versuchen, vorerst mit der CDU/CSU eine Massenbasis für ihre reaktionäre und faschistoide Politik zu gewinnen.

Auch in Schleswig-Holstein wird ein Vertreter der Strauß-Gruppe als Spitzenkandidat der CDU kandidieren, der jetzige Ministerpräsident Stoltenberg. Er wird in der bürgerlichen Presse als möglicher Kanzlerkandidat der CDU/CSU angesehen, natürlich nur, wenn Strauß ihn „anerkennt". Und Strauß scheint auch in Schleswig-Holstein eine Massenbasis für seine Politik gewinnen zu wollen. Die CDU hat jedenfalls bereits jetzt den Auftritt von Strauß im Landtagswahlkampf angekündigt.

Es wird im kommenden Wahlkampf wichtig sein, den Kampf gegen die CDU/CSU noch zu verstärken. Ein wichtiger Punkt, um die reaktionäre Politik dieser Partei aufzuzeigen, wird sein, die Verbindungen zwischen dem Rückzieher der DU und dem Kandidieren des Reaktionären Stoltenberg bewußt zu machen. ●

KB/Ortszelle Mölln

Bestechungsaffären: Gewandt, Carstens ... und andere

Die Nr. 4/75 des „Spiegels" brachte neue interessante Tatsachen über die Bestechungsaffäre des CDU-Bundestagsabgeordneten Gewandt. Danach soll ihm sein Parteifreund und Fraktionsführer Carstens hilfreich zur Seite gestanden haben. Als die Koblenzer Staatsanwaltschaft am 4. Dezember 1974 die Arbeitsräume von Gewandt nach belastendem Material durchsuchte, war dieser bereits über die Aktion informiert. Am 3. Dezember hatte Carstens Gewandt über die bevorstehenden Durchsuchungen informiert und mit ihm darüber beraten, wie man am besten Gewandts Aktivitäten herunterspielt und Schaden von der CDU, insbesondere vom Diskussionskreis Mittelstand, dessen Vorsitzender Gewandt ist, abwendet.

Carstens wiederum war vom Mainzer Justizministerium bereits im November informiert worden, und noch früher, im Oktober, soll Rheinland-pfalz CDU-Minister Kohl persönlich über die Verdachtsmomente gegen Gewandt geplaudert haben. Argumentation der Landesregierung Rheinland-Pfalz ist jetzt, daß die Informationen unter dem Hinweis der strengsten Verschwiegenheit gegeben wurden. Außerdem könne das Justizministerium unter bestimmten Voraussetzungen derartige Sachen verlautbaren, „wenn nicht eine Gefährdung des Untersuchungszweckes" zu befürchten ist.

Es ist jetzt damit zu rechnen, das ein bißchen Staub aufgewirbelt wird. Die Vernehmung des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion steht an. Nach einer Pressemitteilung der „Frankfurter Rundschau" vom 21.1.75 soll die Vernehmung von Carstens bereits von der Koblenzer Staatsanwaltschaft vor mehreren Wochen beantragt worden sein. Dies läßt darauf schließen, daß eine aktive Unterstützung seitens Carstens schon länger bekannt ist und erst jetzt der Presse häppchenweise bekanntgegeben wird.

Die Jubelmeldung der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 17.1. 75, daß Gewandt mangels Beweisen wohl außer Verfolgung gesetzt werden wird, mußte vorläufig dementiert werden ....

Nachspiel zur HS-30-Affäre

Gleichzeitig mit dem „Fall Gewandt" erfährt auch die „HS-30-Affäre" ein spätes Nachspiel: 1957 wurden vom damaligen Verteidigungsminister Franz Josef Strauß insgesamt 10.680 Schützenpanzerwagen des Typs HS 30 der schweizerischen Firma „Hispano Suiza" bestellt. Kostenaufwand: laut „Frankfurter Rundschau" „Milliarden-Projekt". Die Fahrzeuge erwiesen sich später als unbrauchbar. Im Verlauf der Untersuchungen wurde jedoch bekannt, daß die Schweizer Firma insgesamt 18 Millionen Bestechungsgelder u. a. für die CDU/CSU locker gemacht hatte.



Der Prototyp eines ganz gewöhnlichen CDU-Politikers

Am 18.1.75 meldete die „Frankfurter Rundschau", daß nun Anklage gegen den damaligen Präsidenten des Bundesrechnungshofes und Ex-Staatssekretär des Verteidigungsministeriums, Volkmar Hopf, wegen Falschaussage erhoben wird. Konkret geht es darum, daß Hopf vor dem damals eingesetzten Untersuchungsausschuß erklärt hatte, von nichts gewußt zu haben. Das war im Februar 1968 (!) Im Juli 1969 war ein Papier bekanntgeworden, das kritische Anmerkungen über die Beschaffung des HS-30-Panzers enthielt.

Die „Frankfurter Rundschau" weiß zu berichten, daß es sich dabei um einen Prüfungsbericht gehandelt habe, der dann aber auf Intervention von Volkmar Hopf fallengelassen wurde.

Das Hauptverfahren gegen Hopf ist bisher noch nicht eröffnet worden, obwohl die Anklage – wie auch erst jetzt bekannt wurde – bereits im Oktober erhoben wurde. Nähere Informationen zu bekommen, dürfte auch schwer sein: die Anklage läuft als Verschlußsacheverfahren, d. h. als Geheimverfahren! ●

Betriebszelle Beiersdorf Werk III
KB/Gruppe Hamburg

Strauß in China – Zum Kotzen!

Fortsetzung von Seite 1



sichtsvolle" F.J. Strauß schon Anfang der 60er Jahre gekommen war, als die chinesischen Regierungspolitiker Strauß törichterweise noch für einen Reaktionär und Militaristen hielten ...

Selbst in dieser Situation fehlt es nicht an westdeutschen „Kommunisten", die diese Vorgänge als etwas Selbstverständliches hinstellen wollen. So schreibt ein gewisser Schmierer (er h e i ß t wirklich so!) in der „KVZ" des KBW im Biedermannston, das sei nun mal die „friedliche Koexistenz", und die chinesischen „Genossen" müßten schließlich ihre „Feinde" (? ?) kennenlernen. Der herzliche Empfang für Strauß entspreche eben den „diplomatischen Gepflogenheiten". Wieso es allerdings den „diplomatischen Gepflogenheiten" entsprechen soll, daß der Oppositionspolitiker Strauß in der VR China mit weit höheren protokollarischen Ehren empfangen wurde, als die offiziellen Regierungsvertreter Scheel und Genscher (vor allem: Empfang bei Mao) wird in der „KVZ" leider nicht erklärt. Jeder halbwegs vernünftig denkende Mensch müßte sich auch sagen, daß es nicht einfach „diplomatische Gepflogenheiten" sind, wenn ein imperialistischer Politiker in einem sozialistischen Land als „einsichtsvoll" beweihräuchert wird, und wenn ihm freundlichst bescheinigt wird, Entspannungsfeind etc. seien ja nur Etiketten, die ihm die bösen „Sozialimperialisten" angehängt haben.

Logischer als die Schmierer & Co. verhalten sich da schon gewisse „Marxisten-Leninisten", die sich nicht hinter der albernen Ausrede von „friedlicher Koexistenz" und „diplomatischen Gepflogenheiten" verstekken, sondern die offen (schwarze) Farbe bekennen – so z.B. die Gruppe „Frankfurter Marxisten-Leninisten" (Spaltprodukt der gleichfalls rechtsdralligen „KPD/ML"). Diese Vögel schreiben in einem Flugblatt offen: *„Im Unterschied zur Ostpolitik Brandts ist es positiv, daß Strauß vor der Gefahr gewarnt hat, von der heute Westeuropa am meisten bedroht ist, von dem Vorherrschaftsstreben der Sowjetunion".* Und ferner: *„Die Papageien des Sozialimperialismus spekulieren mit dem Mißtrauen der Völker gegen Deutschland (?), von dem zwei Weltkriege entfesselt worden sind. Deshalb setzen sie die heutige BRD mit Hitlerdeutschland gleich ..."* – Jedoch: ***„Die Hitler von heute heißen nicht Strauß, sondern Ford und Breschnew."*** – Wundern muß man sich da nur noch über die abschwächende Aussage: *„Strauß ist kein Vertreter der Arbeiterklasse".* Immerhin sind diese schrägen Vögel sicher authentischere Interpreten der gegenwärtigen chinesischen Außenpolitik als die Schmierer & Co. mit ihrem geradezu peinlichen Geschwätz von „diplomatischen Gepflogenheiten".

Nicht der China-Besuch von Strauß als solcher, wohl aber dessen nähere Umstände und die dabei zutage getretene Anbiederung und Verbrüderung muß von jedem Kommunisten, Antifaschisten und Demokraten der BRD als Schlag ins Gesicht empfunden werden. Gegenüber dieser Außenpolitik der VR China ist jede „solidarische" Zurückhaltung fehl am Platz. ●

Faschistische „Internationale"

Vier italienische Faschisten sind Mitte Januar festgenommen worden. Sie hatten an einer internationalen faschistischen „Gipfelkonferenz" vom 27. - 29. Dezember 1974 in Lyon (Frankreich) teilgenommen, auf der vor allem die kriminellen Aktivitäten des internationalen Faschismus koordiniert werden sollten. An diesem Treffen hatten auch Faschisten u.a. aus der BRD, Frankreich, Schweden, Belgien, Spanien und „Exil"-Faschisten aus der CSSR und Jugoslawien teilgenommen – über die aber bisher nichts bekannt wurde, abgesehen von den Verhaftungen in Italien.

Das internationale Zusammenspiel der Faschisten wird auch an einer weiteren Verhaftungs-Aktion in Italien deutlich: ebenfalls Mitte Januar wurde in Modena der Chef der Firma MGM („Im- und Export") zusammen mit fünf seiner „Mitarbeiter" festgenommen. Die MGM hatte – offensichtlich mit Duldung staatlicher Stellen – einen schwungvollen Waffenhandel in Höhe von Milliarden Mark organisiert; darunter u.a. ein Geschäft mit dem reaktionären afrikanischen Staat Ghana (Flugzeuge, Panzer u.a.!) im Wert von 3,6 Mrd. Mark! Die Gewinne der Gesellschaft waren neofaschistischen Banden und Putschumtrieben zugeflossen. Unter den Verhafteten sind:

- Parigini, ein der neofaschistischen Partei MSI nahestehender Anwalt;
- Rudolf Lenz aus Hamburg. Er fungierte offiziell als „Dolmetscher" der Firma und soll u.a. das Geschäft mit Ghana perfekt gemacht haben;
- Gian Marco Rogiani; er unterhielt Verbindungen zu wichtigen Personen der „sozialdemokratischen" Partei (PSDI), eine rechtsstehende, besonders pro-amerikanische und antikommunistische Partei. Seine Rolle in der Firma wird als Bestätigung der Tatsache angesehen, daß „illegale" Geschäfte dieses Umfangs nur mit Duldung staatlicher Stellen möglich waren, d.h. u.a. von Funktionären der PSDI.

Dieser Waffenhandel war natürlich international organisiert bis in die imperialistischen Staatsapparate hinein – wie an der Verschiebung von „Kleinigkeiten" wie Kampfflugzeugen und Panzern in Milliarden-Wert deutlich wird. Die „Ware" der MGM kam u.a. aus den USA und westeuropäischen Ländern.

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß der „Spiegel" (18.11.74) u.a. Einzelheiten über die Bonner Firma „Merex" veröffentlichte, gegen die lt. „Spiegel" bei der Bonner Staatsanwaltschaft eine geheime (!!) Anklageschrift wegen illegaler Waffengeschäfte vorliegt. Geheim deshalb, weil die „Merex" offenbar eng mit dem BRD-Geheimdienst BND verfilzt war. In diesem Zusammenhang wurde inzwischen ein Verfahren wegen Verdacht des „Geheimnisverrats" (!!) gegen den „Spiegel" eingeleitet.

Ungeklärte Affären und Skandale um illegale Waffengeschäfte hat es in der BRD schon in großer Zahl gegeben, und oft führten die Drähte zum BND oder auch MAD („Militärischer Abschirmdienst") einerseits und zur CDU/CSU andererseits. Der illegale Waffenhandel ist eine wichtige Klammer zwischen Rechtsradikalen und imperialistischen Geheimdiensten. ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Schießmeister Kiep?

Nur kurze Zeit nach der „Aktion Winterreise" (Großfahnung mit Razzien und Verhaftungen gegen „Anarchisten") wurde auf den CDU-Schatzmeister Kiep am 30.11.74 angeblich ein „Mordanschlag" verübt.

„Politische Motive möglich"

In der bürgerlichen Presse wurde erst – wenn auch mit gewisser Skepsis – die Sache den Linken in die Schuhe geschoben.

„Als für den Anschlag verantwortlich bezeichnete sich ... die Rote-Armee-Fraktion" („Frankfurter Rundschau", 2.12.74); *„politische Motive sind nicht auszuschließen"* („Hamburger Morgenpost", 2.12.74).

Kiep erklärte, er habe vorher Anrufe erhalten: *„Man beschimpfte mich wegen des Mordes an Allende"* („Hamburger Abendblatt", 2.12.74), und jetzt vertraue er darauf, *„daß es durch die Solidarität der Demokraten und den Einsatz der Polizei gelingen werde, mit dem politischen Terrorismus fertig zu werden ..."* („Frank-
und den Einsatz der Polizei gelingen werde, mit dem politischen Terrorismus fertig zu werden ..." („Frank-
furter Rundschau", 2.12.74).

Inzwischen fragte die „Hamburger Morgenpost": *„Waren Rechte die Attentäter im Fall Kiep?"* (15.1.75). Von einer *„Aktion '76" „fand die Polizei ein Rundschreiben ..."* mit dem Inhalt: *„Kiep, Befürworter der Ostverträge, muß weg."*

Der „Extradienst" hatte schon vorher von einem Flugblatt (kein „Rundschreiben"!) berichtet, in dem eine Faschisten-Gruppe die Ermordung von Kiep wegen seiner positiven Haltung zu den Ostverträgen angekündigt hatte.

Doch es gibt noch eine weitere Spur. Auf eine Anfrage eines SPD-Abgeordneten teilte man dem Bundestag mit, *„die Bundesregierung habe keine Kenntnis davon, daß die Ermittlungen gegen den unbekannten Attentäter auf den CDU-Schatzmeister Walther Leisler Kiep demnächst eingestellt werden sollen .."* („Süddeutsche Zeitung", 17.1.75).

Also eine von Kiep selbst inszenierte Schau zum Aufpolieren des gesunkenen Sterns?

Es spricht einiges dafür. Kiep berichtete nach dem „Attentat" darüber, *„sein Haus sei offenbar auch richtig ausgespäht worden"* („Hamburger Abendblatt", 2.12.74).

„In den vergangenen Wochen hatten sich Unbekannte auffällig (!) für Kieps Grundstück interessiert" („Morgenpost", 2.12.74). Dann hatte Kiep nach eigenen Aussagen Droh-Anrufe (siehe oben) bekommen.

Und trotzdem keinen Polizeischutz? ? !

Was bleibt, sind drei durch die Sauna-Tür abgegebene Schüsse und die entsprechenden Patronenhülsen. *„Der Versuch, ... Zeugen zu finden ... schlug fehl. Keiner der Nachbarn in den weit auseinanderstehenden Häusern hatte die Schüsse gehört, keiner war um die Tatzeit auf der Straße gewesen."* („Hamburger Abendblatt", 2.12.74).

Von den Linken als „Tätern" ist inzwischen kaum noch die Rede. Dafür scheint Kiep nach den Angriffen auf ihn wegen seiner „eigenmächtigen" DDR-Gespräche zunehmend aus der Schußlinie genommen zu werden. Somit scheint ein weiterer glänzender Stern verblichen. ●

Bezirkszelle St. Pauli des
KB/Gruppe Hamburg

KONTAKTADRESSEN des KB

Braunschweig:
P. Liebert
33 Braunschweig
Postlagerkarte 081368 A

Bremen:
Arnold Neugebohrn
28 Bremen 1
Postfach 604
Jeden Samstag am H-Bahnhof
Büchertisch

Bremerhaven:
F. Köpsell
285 Bremerhaven 1
Postlagerkarte 00 31 60

Eutin:
H. Lankau
242 Eutin-Großmeinsdorf

Flensburg:
Peter Petersen
239 Flensburg

Peter Petersen
239 Flensburg
Postlagerkarte A 02 25 83

Frankfurt:
Arbeiterkampf-Vertriebsbüro
6 Frankfurt/M. 90
Kurfürstenstr. 8
öffentl. Bürostunde: mittwochs 14.00 - 18.30 Uhr

Göttingen:
KAG in Buchladen „Rote Straße"
34 Göttingen
Rote Straße 10
Di. 17 - 19 Uhr

Hamburg:
Postadresse:
J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Hannover:
Alexander Rudnick
3 Hannover-Linden 1
Postlagernd

Hildesheim:
Postlagerkarte A 019 075

Kassel:
Florian Rohs
35 Kassel
Goethestr. 31

Kiel:
W.D. Scheel
23 Kiel 1
Postlagerkarte 098 831 A

Lübeck:
c/o Arbeiterbuch
24 Lübeck 1
Hüxstr. 68

Hüxstr. 68

Mölln/Ratzeburg
P. Wurzbacher
2410 Mölln
Postfach 1362

Oldenburg:
Th. Piepgras
29 Oldenburg
Postfach

Westberlin:
Florian Geyer
1 Berlin 21
Thomasiusstr. 2
Mo.+Do. 17-19 Uhr
Sa. 10-13 Uhr

und weitere Vertriebsgruppen

Westerland/Flensburg:

Nazi-Feier endgültig ohne Folgen!

Neo-Nazis ohne „Unrechtsbewußtsein

Wie im ARBEITERKAMPF Nr. 51 bereits berichtet, fand im April 1974 eine Feier eines Faschisten-Haufens anläßlich „Führers Geburtstag" in Westerland (Sylt) statt. Anläßlich dieser „Feier" war eine Kneipe mit Nazi-Plunder verunstaltet worden. Eine Strafanzeige gegen die Faschisten, wegen *„Durchführung einer Versammlung im Sinne der verbotenen Nazi-Partei"*, wurde von der Staatsanwaltschaft abgelehnt. Lediglich gegen den Wirt, in dessen Kneipe die Faschistenfeier stattfand, und gegen den Barkeeper sollte ermittelt werden, wegen der *„Verwendung verbotener nationalsozialistischer Kennzeichen"* (Hakenkreuzfahne).

Allerdings soll jetzt die „Feier" auch für diese braunen Brüder keine Folgen haben. *„Die I. große Strafkammer des Landgerichts Flensburg hat die Anklage der Staatsanwaltschaft vom 3. September 1974 nach Erhebung weiterer Beweise nicht zugelassen und die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt!"* („Kieler Nachrichten", 10.1.75)

Die Justizpressestelle des Landgerichtsbezirkes Flensburg teilte mit, daß die Strafkammer die Auffassung vertritt, *„den Angeschuldigten könne nicht widerlegt werden, daß ihnen das Unrechtbewußtsein gefehlt habe"*.

Schrieb der ARBEITERKAMPF Nr. 51 noch, daß gegen den Wirt und den Barkeeper ermittelt werde, um den Nazis einen Tip zu geben, daß sie bei künftigen Anlässen die Faschistenfahne eingerollt lassen sollten, muß die jetzige Entscheidung des Gerichts geradezu als Aufruf an alle Faschisten gesehen werden, wieder regelmäßig ihre faschistischen Gedenktage unter Nazi-Symbolen zu begehen. Bestraft werden können sie nach diesem Urteil nicht mehr, denn sie sind sich ja „keines Unrechts bewußt".

Dieses Urteil ging dann sogar der Staatsanwaltschaft in Flensburg zum heutigen Zeitpunkt zu weit. Die Staatsanwaltschaft legte Berufung ein. Allerdings kann man von diesem Scheingefecht wohl kein anderes Urteil erwarten. ●

KB/Ortszelle Mölln

Oldenburg:

Enttarnter Faschist „verteidigt" sich

Roland W e h l , Oldenburger Jungfaschist, läßt nicht locker in seinem Bemühen, sich als fortschrittlich zu profilieren! In AK 53 („Kein Pardon für Faschisten!") enthüllten wir bereits ausführlicher seine Versuche, in der „linken Bewegung" Oldenburgs Fuß zu fassen. W e h l Mitte Dezember 74 über sich selbst: „Trotz tagelanger Nachforschungen in fortschrittlichen Kreisen konnte mir niemand etwas über einen Faschisten Wehl mitteilen." Nun, wir wollen das hier ein zweites Mal tun.

Am 16.12.74 erreichte die AK-Redaktion eine „Gegendarstellung" Wehls zu o. g. Artikel in AK 53, die wir „aus Gründen der Objektivität gegenüber dem Leser ... umgehend" veröffentlichen sollten. In einem am 16.1.75 bei uns eingegangenen Schreiben drohte er „rechtliche Schritte" gegen uns an, falls der Abdruck nicht erfolgt – eine Drohung, die wir bisher nur vom KBW gewohnt waren.

Ebenso wie der KBW (der bisher keine seiner Drohungen mit „juristischen Schritten" gegen uns wahrgemacht hat!) wird sich auch Roland Wehl wohl hüten, auf seiner „Richtigstellung" gerichtlich zu beharren, da diese im Wesentlichen unserer Darstellung gar nicht widerspricht.

Wehl behauptet allerdings, nicht ein „Gesinnungskumpan" (wie wir geschrieben hatten), sondern ein *„DKP-Mitglied aus dem Ruhrgebiet"* sei es gewesen, den er in den Jugendarbeitskreis „Werkstatt" einschleusen wollte. Eine Stellungnahme und eventuelle Widerlegung dieser Behauptung Wehls überlassen wir der DKP.

Ansonsten legt Wehl Wert auf die Feststellung, er sei nie Mitglied der NPD gewesen. (wohl aber der JN, also der Jugendorganisation der NPD!) Wir hatten dies allerdings auch gar nicht behauptet, sondern nur eine Notiz aus der Oldenburger „Nordwestzeitung" („NWZ") vom 11.11.74 zitiert, in der von einem A u s t r i t t Wehls aus der NPD die Rede war (und damit natürlich auch seiner früheren Mitgliedschaft in der NPD). An der Sache ändert es u. E. nichts, ob Wehl „nur" Mitglied des NPD-Jungvolks, sondern auch der NPD war, zumal er selbst in seiner „Richtigstellung" die JN als „faschistisch" bezeichnet (aber angeblich noch nie etwas von einem „Faschisten Wehl" gehört hat? !).

Zum jüngsten Treiben von Wehl:

Im Januar 75 hat Wehl vor Oldenburger Gymnasien die Zeitungen einer sogenannten „Nationalrevolutionären Aufbauorganisation", „Rebell" (Nr. 2 – 4 / 74) und „Freiheitskampf" (1 / 74), verteilt. Dieselben Blätter versuchte er einem Angestellten der fortschrittlichen „Carl von Ossietzky-Buchhandlung" zwecks weiterer Verbreitung anzutragen.

Das sind „radikal" aufgemachte Pamphlete, mit denen rechtsradikales Gedankengut besser an den Mann, vor allem an die Jugend, gebracht werden soll, indem der Kampf nicht gegen den e i g e n e n Imperialismus orientiert wird, sondern in erster Linie gegen die Sowjetunion und das „multinationale Großkapital", mit der Propagierung der faschistischen „Volksgemeinschaft" nach innen.

Inzwischen ist Wehl auch aus der IGM-Jugendgruppe rausgeflogen, wo er sich hatte einschleichen wollen! Auf einer Sitzung der Gruppe im Dezember 74 wurde ausführlich über Bedeutung und Gefahr des Faschismus diskutiert und Wehls Ansichten als eine „linke" Variante faschistischer Ideologie entlarvt. Als er später dazu kam, wurde ohne Gegenstimmen beschlossen, ihn auszuschließen; die jungen Kollegen lehnten es auch ab, überhaupt noch eine „Stellungnahme" von ihm anzuhören.

Dies ist die gebührende Quittung für jemand, der zwar bereit ist, per Gericht gegen kommunistische Organisationen vorzugehen, um sich „Fortschrittlichkeit" bestätigen zu lassen, der auch andere „schlagende" Argumente gegen Kommunisten einsetzt, um seinen pseudo-fortschrittlichen, in Wahrheit faschistischen Plunder an den Mann zu bringen.

Nicht bekannt hingegen ist von Wehl, daß er von seinem reichen Anschauungsmaterial über die Gefährlichkeit der Faschisten Gebrauch gemacht hätte, um gegen des Faschismus zu kämpfen. ●

KB / Gruppe Oldenburg

Lüdenscheid:

Lüdenscheid:

Politische Prozesse gegen drei Antifaschisten

Am 1. Juni 1974 veranstalteten die NPD und die „Jungen Nationaldemokraten" eine Demonstration in Lüdenscheid. Vorher hatten sie ein einwöchiges Zeltlager am Stadtrand von Lüdenscheid durchgeführt, zu dem die Faschisten aus dem ganzen Ruhrgebiet kamen. Der etwa 100 Mann starke Demonstrationszug rief Sprechchöre gegen die Gewerkschaften, gegen Sozialdemokraten und Kommunisten und unter anderem den folgenden: „Chile muß auch Deutschland sein – Hoch die internationale Solidarität!"

Solidarität mit den chilenischen Mördern der Arbeiter. – Das zeigte das wahre Gesicht der NPD-Faschisten.

In der Innenstadt rief eine Gruppe von etwa 30 Jugendlichen, die verschiedenen politischen Organisationen angehörten, antifaschistische Sprechchöre. Ordner der NPD versuchten daraufhin, einem Kollegen ein Megaphon zu entreißen, zogen ihn dabei in den NPD-Demonstrationszug und prügelten auf ihn ein. Mehrere junge Arbeiter versuchten, dem Kollegen zu helfen. Dann schritt die Polizei ein; sie nahm allerdings nicht etwa die faschistischen Schläger der NPD fest, sondern 3 antifaschistische Gegendemonstranten, zwei Arbeiter und einen Studenten.

Jetzt, Mitte Januar 75, erhielten diese drei die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft Hagen.

Ihnen wird u. a. vorgeworfen, sich *„an Gewalttätigkeiten beteiligt zu haben, in der Absicht, einen nicht verbotenen Aufzug zu sprengen..."*

Bei der Schlägerei hatte ein Beamter der Politischen Polizei (K 14), Kriminaloberkommissar Werner von Wrede (aus Hagen), zusammen mit einigen Faschisten einen jungen Arbeiter angegriffen. Der Polizist von Wrede hielt ihn fest und die Faschisten schlugen und traten auf den Kollegen ein. Einer der Angeklagten versuchte ihm zu helfen und wird jetzt laut Anklageschrift beschuldigt, *„einen Beamten, der zur Vollstreckung von Gesetzen berufen ist, bei der Vornahme einer solchen Amtshandlung tätlich angegriffen zu haben"*.

In Lüdenscheid soll offensichtlich mit aller Macht – und mit Hilfe von zahlreichen Tatsachenverdrehungen – einigen jungen Antifaschisten der Prozeß gemacht werden. In einem Leserbrief in der Lokalpresse meldeten sich auch die „Nationalsozialisten" der NPD zu Wort. In diesem Leserbrief wird die dreiste Lüge verbreitet, die Gegendemonstranten hätten mit *„brachialer Gewalt ein Megaphon der NPD an sich gerissen"*. Hier folgt ein Auszug aus diesem Leserbrief, der für sich selbst spricht:

„Die Rot-Front-Kämpfer in Lüdenscheid bewiesen, daß sie nicht einmal die primitivsten Regeln eines Rechtsstaates beherrschen. Die geistige Auseinandersetzung scheuen die Kommunisten seit Jahren. Stattdessen knüppeln sie friedliche Nationaldemokraten nieder, verbreiten Verleumdungen und Tatsachenverdrehungen.
Die jungen Nationalsozialisten der NPD werden sich auch in Zukunft vom roten Terror nicht zurückschrekken lassen.
Heinrich Gerlach, Attern"

Den angeschuldigten Kollegen haben sich schon zahlreiche Entlastungszeugen zur Verfügung gestellt.

Zu ihrer Unterstützung muß eine breite Solidaritätskampagne begonnen werden. Nur wenn ein großer Teil Lüdenscheider Arbeiter sie unterstützt, wird es verhindert, daß sie verurteilt werden. Dabei muß auch ausführlich über den Faschismus im Ausland berichtet werden (Italien, Chile ...), zu dem sich die NPD-Demonstration in Lüdenscheid bekannt hat.

Wir werden weiter über den Prozeß gegen unsere Kollegen berichten.

Freispruch für die angeklagten Kollegen!
Unterstützt die Solidaritätsaktionen!
Nieder mit dem Faschismus! ●

Genossen aus Lüdenscheid

Todesstrafe für Verkehrsdelikte

Am 14.1.75 wurde in München der 18-jährige Ernst Wiesneth vom 32-jährigen Polizeiobermeister Peter Presse abgeknallt.

Nachdem Wiesneth, der ohne Führerschein fuhr und durch zu schnelles Fahren aufgefallen war, von mehreren Bullenwagen durch München gehetzt worden war, eine Straßensperre durchbrach und mehrere Ampeln überfuhr, wurde er schließlich eingekesselt und „gestellt". Nach dieser Jagd sollte das Wild dann ganz erlegt werden: Nachdem Wiesneth der Aufforderung, auszusteigen, nicht sofort nachkam (kein Wunder bei dem Anblick mehrerer schwerbewaffneter Bullen!), zerschlug der Bulle Peter Presse das Autofenster und schoß zweimal auf Wiesneth, beide Male Volltreffer: Wiesneth war sofort tot.

Da fiel selbst dem Bullenhauptquartier eine Rechtfertigung schwer. *„Auf die sonst übliche* (!! aha!!) *Formulierung ‚Notwehrsituation' verzichteten die Münchener im Polizeibericht."* („Hamburger Morgenpost", 15.1.75)

Die Erschießung von Ernst Wiesneth ist ein besonders krasses Beispiel für die Brutalität und Skrupellosigkeit des polizeilichen Straßenterrors, der Ergebnis der ständigen Aufhetzung der Staatsorgane und insbesondere der rechtslastigen „Ruhe- und -Ordnung" - Politiker ist.

Es gibt eine Menge ähnlicher Fälle in denen Verkehrsdelikte mit Erschießung oder dem Versuch dazu endeten.

- Im Mai 74 wurde in Nordrhein-Westfalen in der Nähe von Eschwege ein 14-jähriger Junge, der sich für eine heimliche Spritztour einen Wagen „ausgeliehen" hatte von einem Bullen bei einer Verfolgungsjagd erschossen. („FR", 6.5.74)
- Im Mai 74 hatten sich 3 Jungen und 1 Mädchen im Alter zwischen 13 und 15 Jahren einen Wagen für eine Spazierfahrt „ausgeliehen". Bullen wurden aufmerksam. Nach kurzer Zeit beteiligten sich bereits 4 Streifenwagen an einer wilden Verfolgungsjagd. Ein Bulle zerschoß dem VW-Bus die Reifen, dieser stürzte eine 4 m hohe Böschung hinab. Zufällig kamen die Kinder alle mit heilen Knochen davon. („FR", 3.5.74)
- Im August 74 mutmaßte eine Streifenwagenbesatzung auf der Autobahn Köln-Würzburg bei einem Fahrer Trunkenheit oder Fahrzeugdiebstahl. Sie jagte den Verdächtigen über die dicht befahrene Strecke und ließ weiter vorne per Funk eine Straßensperre errichten. Der verfolgte Fahrer, überrascht durch das plötzliche Hindernis, raste in den an der Straßensperre vorbeigeführten Fahrzeugstau. Zwei unbeteiligte junge Leute starben, weil ihr Wagen in Flammen aufging. („Spiegel", 34/74)
- Im November 74 durchfuhr in der Nähe von Neumünster ein 21-jähriger Arbeiter, der ohne Führerschein fuhr, eine Straßensperre auf auf der Autobahn. Bullen lieferten ihm daraufhin *„eine wilde Verfolgungsjagd über die Autobahn von Neumünster bis nach Rendsburg"* („Mopo", 11.11.74). Der Arbeiter konnte später sicherlich von Glück reden, daß er „nur" mit einem Oberschenkelschuß davonkam.
- Ähnliches „Glück" hatte im Dezember 74 ein 32-jähriger Autofahrer, der in der Nähe von Aachen durch einen Schuß in die Schulter gestoppt worden war. Auch er fuhr ohne Führerschein und schien den Bullen betrunken zu sein. ●

Betriebszelle Beiersdorf Werk I, KB/Gruppe Hamburg



Hamburg:

Gesinnungsurteil gegen drei antifaschistische Arbeiter

Am 13. Dezember letzten Jahres standen drei Arbeiter vor Gericht (vergl. AK 54). Ihnen wurde von der Staatsanwaltschaft u.a. „gefährliche Körperverletzung" und „Sachbeschädigung" vorgeworfen. Sie waren nach Auseinandersetzungen in den Hamburger Stadtteilen Eimsbüttel und Wandsbek verhaftet worden, in denen Antifaschisten versucht hatten, die Verbreitung der faschistischen Hetzpropaganda durch die NPD zu verhindern.

Der Prozeß verlief im Sinne der Faschisten. Alle drei Arbeiter hielt das Gericht für „überführt". Bei zweien wurde nur deswegen keine Strafe ausgesprochen, da keine ausreichenden Strafanträge gegen sie vorlagen. Das Bedauern darüber konnte bei dem Richter nicht überhört werden. Der dritte Kollege wurde zu 1.500 Mark Geldstrafe oder 75 Tage Haft, sowie zur Bezahlung der Gerichtskosten verurteilt. Der Kollege ist inzwischen in die Berufung gegangen.

Der Prozeß war von Seiten der Justiz sorgfältig vorbereitet: allein 13 Zeugen, darunter zehn NPD-Mitglieder, waren aufgeboten, um die „Schuld" der drei Arbeiter im Sinne der Anklage zu beweisen.

Den Vorsitz beim Prozeß führte Richter Mentz. Übrigens derselbe, der 1969 den Arbeiter Günther Schmiedel zu einem Jahr und neun Monaten Gefängnis verurteilte, um damit ein Exempel gegen die Studentenbewegung zu statuieren, mit der sich Schmiedel solidarisiert hatte. Wes Geistes Kind dieser Mentz ist, enthüllte 1969 ein „Stern"-Redakteur: auf Saufabenden von Richtern und Staatsanwälten (darunter auch Mentz) war Schmiedels Verurteilung zu „mindestens zwei Jahren" beschlossen und sinngemäß gesagt worden: *„Die APO erledige man am besten mit Maschinengewehren"* („Hamburger Klassenjustiz ohne Maske".
sten mit Maschinengewehren" („Hamburger Klassenjustiz ohne Maske",
hrsg. von Rechtshilfe und SDS Hamburg, November 1969, S. 29).

Der Vertreter der Anklage, Staatsanwalt Reumann, wird besonders gern auf politische Straffälle angesetzt, weil er sich durch seine besonders hohen Strafanträge schon mehrfach ausgezeichnet hat.

Zu Beginn des Prozesses zeigte Rechtsanwalt Günnemann auf, wie heute, genau wie in der Weimarer Republik, die Justiz fest auf Seiten der Reaktion steht. Als Beispiel führte er das Oberlandesgericht Kiel an, das vor kurzem einen bekannten Faschisten freisprach, der zwei Männer, die ihn wegen der Zerstörung von SPD-Wahlplakaten zur Rede stellten, mit dem Messer niederstach und beide erheblich verletzte (einen mit 40 % Erwerbsminderung!).

Die Zusammenarbeit zwischen Justiz und Faschisten wurde den Zuhörern auch in diesem Prozeß sehr anschaulich vorgeführt.

Die Zeugenvernehmung

Als erster Zeuge wurde der stellvertretende Landesvorsitzende der NPD, Sabrautzky, vernommen. Ihm war der Arbeiter H. schon deshalb verdächtig vorgekommen, weil er sich in der Nähe des NPD-Standes in Eimsbüttel/Osterstraße „in verdächtiger Weise aufhielt" und „ständig beobachtete". Sabrautzky gab an, daß H. ihn mit anderen zusammen verprügelte und seine Kamera entriß. Andere Faschisten sagten aus, daß der angeklagte Arbeiter den NPD-stand zertrümmerte, bzw. in eine Schlägerei mit dem NPDler Rosendahl verwickelt war. Da alle drei Vorfälle gleichzeitig und in mindestens 15 Meter Entfernung voneinander stattfanden, muß der Kollege über eine bisher unbekannte, aber durchaus bemerkenswerte Kampfestechnik verfügen!

Sehr aufschlußreich war, als der zweite Rechtsanwalt, Mäffert, einen älteren Faschisten fragte, ob er Mitglied der NSDAP war. Mentz und Reumann fuhren gleichzeitig hoch und beschworen den Faschisten, er brauche darüber keine Aussage zu machen. Man wisse zwar, so Mentz, daß „einzelne" NSDAP-Mitglieder in der NPD seien, aber daraus könne man keine Rückschlüsse auf den Charakter der NPD ziehen und im übrigen sei das für den Prozeß „völlig unerheblich" (!).

Die „Zeugen"aussagen um die Vorfälle in Wandsbek waren ähnlich widersprüchlich wie in dem Eimsbüttler Fall. Über den Arbeiter B. konnte keiner mit Gewißheit sagen, ob er überhaupt dabei war, hier genügte den Faschisten die Tatsache, daß sie ihn als ein Opfer bei ihrer Verfolgungsjagd gekidnapt hatten. Den Arbeiter R. hatte ein Faschist angeblich beim Farbbeutelwerfen beobachtet, (von der gegenüberliegenden Straßenseite bei lebhaftem Verkehr aus mindestens 25 Meter Entfernung!), ein anderer schwor, daß R. den Tisch mit den NPD-Hetzschriften umgeworden hat.

Die Plädoyers

Nach dieser, von Richter und Staatsanwalt „äußerst unparteiisch" geführten, Beweisaufnahme folgte das Plädoyer des Staatsanwaltes. Trotz der vielen offenkundigen Widersprüche sah er es als „erwiesen" an, daß der Arbeiter H. der „gefährlichen Körperverletzung" und „Sachbeschädigung überführt" sei. H. habe, so Reumann, „mit anderen zusammen gehandelt" und deshalb sei er für alles zu bestrafen, unabhängig von seinen tatsächlichen Handlungen. Gesinnungsurteil nennt man sowas für gewöhnlich.

Er forderte ein „empfindliches Strafmaß" von DM 2.400,– Geldstrafe oder 120 Tagen Gefängnis und vergaß dabei nicht die Drohung mit einer längeren Freiheitsstrafe im Wiederholungsfall.

Für den Arbeiter R. forderte Reumann DM 600,– Geldstrafe, da er sich durch die Gewaltanwendung gegen das faschistische Hetzmaterial „politisch disqualifiziert" habe.

Rechtsanwalt Mäffert wies während seiner Plädoyers nochmal auf die Methoden der Faschisten hin, mit denen sie die Arbeiter verfolgten, und zeigte auf, daß es die Inhalte und Methoden der NPD sind, die die Empörung von Antifaschisten immer wieder hervorruft, daß das eigentlich Bedenkliche des Prozesses das offensichtliche Zusammenwirken von NPD und Justiz war. „Dieser ideologische Zusammengang zwischen Klassenjustiz und NSDAP führte in der Weimarer Re-
„...mengang zwischen Klassenjustiz und NSDAP führte in der Weimarer Re-
publik dazu, daß das, was demokratisch war, zu Grabe getragen wurde."

Ein Urteil zur „Abschreckung"

Richter Mentz schloß sich im wesentlichen den Ausführungen Reumanns an. Er verurteilte den Arbeiter H. zu DM 1.500,– Geldstrafe, ersatzweise 75 Tage Haft, wegen „gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung" (§ 223 a StGB).

Die offensichtlich widersprüchlichen Aussagen der NPD-„Zeugen" (bewußte Falschaussagen, um einen Antifaschisten auf ‚Deubel komm 'raus' zu belasten?) scherten den Herrn Richter nicht im mindesten. Die Tatsache, daß der Angeklagte die von NPD-Faschisten behaupteten „Untaten" gar nicht begangen haben konnte, versuchte der unparteiische Richter im Namen des Volkes zu vernebeln, indem er lapidar meinte, daß das „alles so schnell gegangen" sei, daß sich „die Zeugen nicht mehr genau erinnern" könnten. Eben! Vielleicht hat der Angeklagte auch gar nichts getan, nur dabeigestanden und gegen die faschistischen Schmierblätter gesprochen? Was kümmerts. Der Richter „argumentierte", daß der Angeklagte „sicher dabei war" und da die Aktion gemeinschaftlich begangen sei (Indiz dafür war ein Pfiff, den ein Faschist gehört haben wollte und auf den hin einige Männer auf den NPD-Stand losstürmten), müsse er auch verurteilt werden.

Weiter sah es Mentz als erwiesen an, daß der Arbeiter B. einen Farbbeutel auf den NPD-Tisch (in Wandsbek) geworfen hat und der Arbeiter R. denselben Tisch umgeworfen hatte. Eine Begründung, für diese – nach den Zeugenaussagen – völlig unhaltbaren Behauptungen, versuchte Mentz erst gar nicht zu geben. Im Ton des Bedauerns fügte Mentz hinzu, daß wegen unzureichender Strafanträge die Verfahren gegen B. und R. aber eingestellt werden müßten.

Den Faschisten keinen Fußbreit

Das Urteil in diesem Prozeß unterstützt die Faschisten. Laut Gericht ist die faschistische Propaganda durchaus schützenswert und die Faschisten brauchen nicht zu befürchten, daß ihre brutalen Angriffe auf protestierende Antifaschisten von der Justiz geahndet werden.

Die Antifaschisten müssen demgegenüber verhindern, daß die faschistische Hetze wieder Fuß fassen kann. Das Gelingen hängt wesentlich davon ab, daß wir möglichst viele Menschen in diese Kampffront einbeziehen. ●

IKAH (Arbeiterhilfe) in Zusammenarbeit mit den betroffenen Kollegen

„Notwehr"bestimmung

— Ermunterung für schießwütige Bullen —

Ende letzten Jahres sind Erschiessungen, von Bullen durchgeführt, mal wieder mit der „Notwehr-Situation" legitimiert worden, obwohl sich aus Zeugenaussagen und Rekonstruktion des Tathergangs das Gegenteil ergab.

Hans-Jürgen Remiszko – In Mannheim von Zivilbullen erschossen

Im August 74 schrieben wir im ARBEITERKAMPF: *„Vor dem ‚Club 88' einer Arbeiterkneipe in Mannheim-Käfertal, hatten zwei Bullen in Zivil in der Nacht vom 17. auf den 18. Juli einen jungen Arbeiter wegen einer ‚Ausweiskontrolle' angemacht. Da sich die Bullen nicht ausweisen wollten, rief der Arbeiter um Hilfe. Einige Kollegen kamen daraufhin aus der Kneipe, um nachzusehen, was los war. Die Bullen schossen auf die Arbeiter. Ein Arbeiter bekam einen Schuß in den Oberschenkel, einen anderer in die Leber. Der Arbeiter Hans-Jürgen Remiszko wurde durch einen Schuß in den Hals getroffen und verblutete auf der Straße."*



Von der Polizei erschossen: Hans-Jürgen Remiszko

Einige Zeit später prangerten die Rechtsanwälte, die von den Eltern Remiszkos beauftragt worden waren, Anklage zu erheben, die Vernehmungsmethoden der Staatsanwaltschaft an: *„Die Ermittlungen werden mit den verschiedensten Methoden der Einschüchterung, Druck auf die Zeugen und Vorspiegelung falscher Tatsachen geführt."* („FR", 23.8.74). Letztendlich kam dann folgendes heraus:

Am 28.12.74 wurde das Verfahren eingestellt. *„Wie Oberstaatsanwalt Karl Müller mitteilte, handelten die beiden Beamten aus Notwehr, da sie bedroht worden seien. ‚Niemand ist verpflichtet, sich ohne Gegenwehr totschlagen zu lassen' heißt es in dem Abschlußbericht. ‚Recht braucht dem Unrecht nicht zu weichen'"* („FR" 9.12.74).

Wahrhaftig eine Ermittlung, die an verdrehten Tatsachen nichts zu wünschen übrig läßt.

Günter Jendrian – In München von Bullen des MEK erschossen

Am 21. Mai 74 wurde der Taxifahrer Günter Jendrian von Bullen des MEK in seiner Münchener Wohnung erschossen.

Von der Polizei erschossen: Günter Jendrian

Die Bullen stürmten mit vorgehaltener Maschinenpistole das Haus, in dem Jendrian wohnte, um Auskunft über einen Bankräuber zu erhalten, dessen Aufenthaltsort Jendrian angeblich gewußt haben soll.

Als die Tür von einem Zimmernachbarn Jendrians nur einen Spalt geöffnet wurde, feuerten die Bullen aus der MPi. Jendrian erschien daraufhin – einen Überfall vermutend – mit einem Kleinkalibergewehr in der Hand in seiner Zimmertür. Die Bullen schossen ihm zuerst das Gewehr aus der Hand und danach gezielt ins Herz. Jendrian war sofort tot. Daß keine Notwehr vorlag, geht eindeutig daraus hervor, daß Jendrian das Gewehr schon hatte fallen lassen, als die Bullen das erste mal schossen, er wurde auf dem Rücken liegend aufgefunden, das Gewehr unter sich.

Am 29.11.74 meldete die „Süddeutsche Zeitung", daß das Ermittlungsverfahren gegen die Bullen eingestellt worden ist. *„Sie befanden sich im Zeitpunkt der Schußabgabe in Notwehr"*.

Diese Urteile stellen eine Ermunterung an die Bullen dar, weiterhin daraufloszuballern und nicht groß zu fragen.

Dies ist ein Stück des geplanten und schon beschrittenen Weges, auf dem die Herrschenden auch künftig „Ruhe und Ordnung" garantieren wollen. ●

Betriebszelle Beiersdorf Werk I, KB/Gruppe Hamburg

Polizeiterror international

In Brüssel lieferte kürzlich die dortige Polizei ein besonders widerliches Beispiel staatlich legitimierten Mordterrors: dort wurde von zwei Mitgliedern der „Anti-Gang-Brigade" („unseren" MEKs vergleichbar) ein 13jähriger Junge niedergeschossen! Der Junge war aus einem Heim für psychisch gestörte Kinder ausgerissen. Die beiden Zivilbullen fanden den Jungen, der sich jedoch losreißen konnte und weglief, um sich in einem Park zu verstecken. Daraufhin eröffneten die Bullen das Feuer: 13 Schüsse wurden auf das Kind abgegeben, 2 davon verletzten es schwer!

Die Bullen gaben an, „in Notwehr gehandelt zu haben", da das Kind „eine Hand in der Jackentasche gehabt" habe, also hätte bewaffnet sein können! Tatsächlich jedoch hatten beide Schüsse den – natürlich unbewaffneten – Jungen von hinten getroffen!

Der Vorfall rief in der Brüsseler Bevölkerung ziemlichen Protest hervor, in der Presse ist von einer Demonstration mehrerer hundert Menschen unter Parolen wie „Nieder mit der Repression" und „Entwaffnet die Polizei" die Rede. ●

(nach „NZ" vom 18.1.75)

Genosse aus Bremerhaven

Philips-Röntgenmüller, Hamburg:

Vom Verfassungsschutz bezahlter Spitzel im Betrieb aufgeflogen

Im Dezember veröffentlichte unsere Betriebszelle bei Roentgenmüller in ihrer Zeitung METALLARBEITER einen Artikel unter der Überschrift: „Bei Roentgenmüller wie bei Valvo (beides Philips-Betriebe): Das Spitzelwesen funktioniert." In einer Reihe von Fällen der letzten Zeit ist es in diesen Betrieben zu Spitzeleien gekommen:

Eine IG-Chemie Vertrauensfrau, die wegen ihrer gewerkschaftlichen Arbeit gefeuert wurde, fing bei Roentgenmüller an und wurde nach zwei Wochen in der Probezeit gekündigt. Offensichtlich hatte man Nachforschungen angestellt.

Ein ehemaliger Betriebsrat von Springer, der dort aus politischen Gründen (ein Linker natürlich) gefeuert wurde, bekam mit der wahrlich schwachsinnigen Begründung „Arbeitsmangel" eine Dreiviertelstunde vor Ablauf der Probezeit seine Kündigung.

Bei Valvo spitzelten der Ausbildungsleiter Luthard und ein leitender Angestellter auf einer Demonstration zum Tod von Holger Meins hinter einem Lehrling her.

Uns war außerdem bekannt geworden, daß bei Roentgenmüller vermutlich vier Beschäftigte für den Verfassungsschutz arbeiten; zwei davon sind uns namentlich bekannt, ohne daß wir hierfür allerdings Beweise haben. Im METALLARBEITER schrieben wir dazu:

„. . . *den Kapitalisten (ist) jedes Mittel recht. Sie schicken ihre Spitzel hinter ‚verdächtigen' Kollegen her, um diese auch in ihrem privaten Bereich zu beobachten. Sie lassen andere Kollegen aushorchen über die ‚Verdächtigen'. Nicht zuletzt arbeiten sie mit dem Verfassungsschutz zusammen, bekommen von dort Informationen über politisch aktive Kollegen, lassen aber auch Spitzel des Verfassungsschutz im Betrieb arbeiten. Wir wissen, daß dies bei Roentgenmüller der Fall ist. Hier arbeiten Leute für den Verfassungsschutz mitten unter uns, um so die fortschrittlichen Kollegen im Auge zu behalten und zu denunzieren.*"

Die Wirkung dieses Artikels überraschte uns in einem Punkt:

Einer der Spitzel (von seinen ‚Aktivitäten' wußten wir bisher noch nichts) fühlte sich ertappt und bekam kalte Füße. Er „beichtete" uns, Spitzeldienste für den Verfassungsschutz geleistet zu haben. Es ist natürlich gut, daß auf diese Art und Weise solche Dinge ans Tageslicht geraten.

Wie der Verfassungsschutz auf den jungen Kollegen aufmerksam geworden ist, bleibt vorerst unklar. Bekannt ist nur, daß der Kollege beim Trampen von seiner Arbeitsstelle nach Haus an den Verfassungsschutzmann geriet, der ihn nach seiner politischen Meinung und nach seinem Elternhaus ausfragte. Da der Junge politisch nicht interessiert war und sein Elternhaus erzreaktionär ist, war er wohl zu gebrauchen. Er wurde jedenfalls zu einem Bier eingeladen und einige Tage später von diesem Typen abgefangen, als er von der Arbeit kam (damals arbeitete er noch nicht bei Roentgenmüller).

Diesmal war schon ein chinesisches Essen drin. Der Verfassungsschützer gab sich nun auch zu erkennen mit einem Ausweis der Behörde für Inneres. Der Typ war übrigens selber noch recht jung.

Jetzt erfuhr der Kollege auch, was man von ihm erwartete. Er sollte versuchen, sich in irgendeine linke Organisation einzuschleichen (!!). Begründet wurde das ihm gegenüber damit, daß „wenn die linken Organisationen erst verboten sind, der Verfassungsschutz schwerer an sie rankomme." „Die gehen dann in die Illegalität. Wir müssen versuchen, alles über sie zu erfahren, solange sie noch erlaubt sind."

Zuerst wurde der Kollege zum Hamburger Hauptbahnhof geschickt, um dort Kontakt zu Verkäufern linker Zeitungen aufzunehmen. Es klappte nicht. Dann versuchte er es in Wandsbek, auch nichts. In Barmbek endlich hat er Erfolg. Er trifft dort einen KB-Genossen, der den ARBEITERKAMPF verkauft und nimmt Kontakt zu ihm auf. Der Verfassungsschutz ist's zufrieden: „Im KB haben wir noch keinen." (? !)

Der mittlerweile ganz bewußt zum Spitzel avancierte „Kollege" kauft regelmäßig den ARBEITERKAMPF und trifft sich regelmäßig mit dem KB-Genossen. Er trifft sich auch regelmäßig (einmal in der Woche) mit dem Verfassungsschützer und bekommt pro Sitzung 50,- DM (!). Falls es ihm gelingt, in den KB aufgenommen zu werden, soll er monatlich 400 (!) DM bekommen.

Inzwischen hat er den Betrieb gewechselt. Er arbeitet jetzt bei Roentgenmüller. Dort gibt es eine Betriebszelle des KB, was dem Verfassungsschutz natürlich bekannt ist. Der Spitzel nimmt nach etwa einem halben Jahr Kontakt zu KB-Genossen im Betrieb auf. Er geht mit Genossen und Kollegen auf Veranstaltungen und Demonstrationen und trifft sich auch sonst mit ihnen, wobei er für all das kräftig kassiert.

Als der Spitzel dann einen Vertrag unterschreiben soll, ständiger Mitarbeiter des Verfassungsschutzes zu werden (offensichtlich war man mit seiner Arbeit zufrieden), bricht er angeblich seine Beziehungen zum Verfassungsschutz ab. Auf dem nächsten Termin sollten ihm außerdem Fotos von „höhergestellten" KB'lern vorgeführt werden.

Er hat in der ganzen Zeit seiner Spitzeltätigkeit, es war immerhin über ein Jahr (!), drei Leute vom Verfassungsschutz kennengelernt (der jüngere war sicher nur der „Catcher", die beiden anderen qualifiziert, ihn in seine „Arbeit" einzuweisen. Man kann sich auch ausrechnen, daß er, wenn er über ein Jahr lang für jedes Treffen, das zumeist wöchentlich stattfand, 50,- DM bekam, reichlich Kohle gemacht hat.

Wir sagen, daß er *angeblich* seine Beziehungen zum Verfassungsschutz abgebrochen hat. Sicher können wir da natürlich nicht sein, immerhin hat er uns lange genug, ohne daß wir auch nur den leisesten Verdacht hatten, bespitzelt.

Wir müssen davon ausgehen, daß der Verfassungsschutz Namen und Adressen der meisten unserer Genossen und der Kollegen, mit denen sie zusammenarbeiten, kennt. Diese Kollegen sind von uns über den Spitzel aufgeklärt. Wir haben den Namen des Spitzels bisher nicht veröffentlicht, da er sich in Worten bereit erklärt hat, „auszupacken". Dennoch werden wir ihn im Auge behalten und wenn nötig seinen Namen im Betrieb veröffentlichen, da Denunzianten mit ihrem schweinischen Verhalten nicht nur ein paar Kommunisten gefährden, sondern eine Gefahr für die gesamte Belegschaft sind. ●

Betriebszelle Roentgenmüller,
KB/Gruppe Hamburg

Von der Gesinnungsjustiz zur „seelischen Beihilfe"

An Demonstrationen, Hausbesetzungen u.ä. Aktionen Beteiligte können künftig *einzeln* für den *Gesamt*schaden haftbar gemacht werden. Die Gerichte bedienen sich dabei des „Beweises" der seelischen Beihilfe". Der Bundesgerichtshof (BGH) entschied, daß 3 von 108 an einer Hausbesetzung Beteiligten je 5.000,- DM Schadenersatz zu zahlen haben. Diese „Seelen-Justiz" ist eine wesentliche Ergänzung im Kampf des bürgerlichen Staates zur Einschränkung unserer Rechte.

Im Herbst '71 hatten in Hannover einige hundert Jugendliche ein leerstehendes Bürohaus besetzt. Sie wollten es als Jugendzentrum haben. Nach drei Tagen räumte die Polizei frühmorgens das Haus. 108 Jugendliche wurden vorläufig festgenommen. Die drei jetzt endgültig zu Schadenersatz Verurteilten wurden auf dem Dach eines benachbarten Gebäudes gefangen genommen, auf das sie sich geflüchtet hatten, als der Bulleneinsatz begann.

Bei dem Prügeleinsatz der Bullen bekamen auch die Bullen und ihre Autos einiges ab. Lediglich diese Drei wurden jetzt für den reklamierten Schaden haftbar gemacht (u.a. Dienstbezüge für die Zeit der „Dienstunfähigkeit" – Bullenurlaub auf Kosten kämpfender Jugendlicher!!).

Und das alles, obwohl die Drei im Strafverfahren freigesprochen wurden. Die bürgerliche Justiz hat sich hier ein bemerkenswertes Instrument geschaffen. Sie kann jetzt beliebige Teilnehmer oder Schaulustige bei politischen Aktionen in *Zivil*verfahren zu Schadensersatz verurteilen, selbst wenn diese zuvor in *Straf*verfahren ausdrücklich freigesprochen wurden.

Für die Schadensersatzpflicht genügt ein *„psychischer Tatbeitrag"*. Er bestand in diesem Fall darin, daß die Drei angeblich *„aktiven Widerstand mit seinen Schadensfolgen zumindest billigend in Kauf genommen"* haben.

Die Richter ‚argumentierten', daß bloße Anwesenheit bei einer Aktion den *„Mut der Akteure bestärkt"* und das sei *„Beihilfe zur Tat"*. Denn, so das Gericht, den *„eigentlichen Akteuren (werde) das Gefühl vermittelt, den offenen Rechtsbruch in der Anonymität der Masse ungeahndet begehen zu können ..."*

Zu allem Überfluß waren die drei Verurteilten beim Bulleneinsatz gar nicht anwesend, also nicht mal „Schaulustige" und konnten deswegen auch niemand – direkt, indirekt oder sonstwie – „ermutigt" haben. Das konnte die Hohen Richter auch nicht weiter erschüttern. Sie erkannten halt auf „seelische Beihilfe bei der Vorbereitung".

Mit demselben ‚Argumentationsstrickmuster ließen sich künftig auch drei „Wilde" aus dem brasilianischen Busch für den nächstbesten Ladendiebstahl in Hamburg „aburteilen". Und solche Leute sitzen über andere „zu Gericht", statt mit dieser Nummer beim nächsten Mainzer Karneval aufzutreten. ●

**IKAH
(Arbeiterhilfe)**

Mannheimer Knast Samthandschuhe für Folterer im Dienst

Im November/Dezember '74 standen vier Knastbeamte aus Mannheim, angeklagt der „Körperverletzung" und „Begünstigung" vor Gericht. Es ging um die Folterungen in der Pfingstnacht 2./3. Juni 74. Gefangene im Mannheimer Knast hatten Krach geschlagen, als ausgerechnet auch noch an einem Feiertag das Licht aus Schikane eine Stunde früher als sonst schon von den Knastbeamten ausgedreht wurde. Der Lärm war Anlaß für eine brutale „Strafexpedition" der Wärter gegen Gefangene. Es kam zu grauenhaften Folterungen an Gefangenen.

Im ARBEITERKAMPF Nr. 49 druckten wir dazu die Aussage des Gefangenen Otto W. ab: *„Es ist unwahr, daß nur drei Gefängniswärter an den Folterungen in der Pfingstnacht beteiligt waren. Insgesamt waren es fünf Mann. Sie trugen auch Waffen und in einigen Fällen sind sie auch mit vorgehaltenen Karabinern eingedrungen. Mir sind allein 15 Fälle von Bedrohung mittels Waffe bekannt geworden. Außerdem kenne ich noch gut zehn weitere Fälle. Da ich aber nur mit zehn Prozent aller Gefangenen überhaupt zusammenkomme, ist es nicht übertrieben, daß nicht nur diese 25 Opfer jener Blutnacht im Mannheimer Gefängnis waren. Mir wurde bekannt, daß drei Mitgefangene krankenhausreif gefoltert wurden und einer später an den Folgen der erlittenen Verletzungen verstarb".*

Im Prozeß wurde das auf drei mißhandelte Gefangene reduziert. Das dies der Untersuchungskommission des Stuttgarter Justizministeriums gelang, ist nicht verwunderlich wenn man weiß, welchen Drohungen Zeugen und Opfer im Knast ausgesetzt sind.

Ein Gefangener erzählte z.B. dem „Spiegel", daß ihm auf dem Weg zur Untersuchungs-Kommission von einem Wärter gedroht worden war: *„Paß auf, was du erzählst, wir zahlen dir alles heim"* („Spiegel" 35/74).

Einige der Folterungen kamen jedoch auch im Prozeß auf den Tisch: *„Er* (Knastbeamter Max Leo Drews) *soll zwei deutsche Untersuchungshäftlinge in ihren Zellen ins Gesicht, in den Magen und auf das nackte Gesäß geschlagen haben. Dann habe er in einer anderen Zelle einen Engländer an den Haaren aus dem Bett gerissen und einem Amerikaner, ‚um dessen passiven Widerstand zu brechen', eine brennende Zigarre auf die Wange gedrückt"*. („FR", 13.12.74).

Die ebenfalls angeklagten Horst Gaußmann und Norbert Dan Goike haben entweder danebengestanden oder sich mit ihrem Gummiknüppel an der „Gefangenen-Beruhigungs-Aktion" beteiligt.

Danach inszenierte man unter dem Vorsitz des Beamten Wolfgang Gräser eine „Probevernehmung" um alles schön zu vertuschen. Ins Wachbuch trug man natürlich auch nichts ein.

Angeklagter Aufseher Max Leo Drews, der Anführer des Pfingst-Rollkomandos

und seine Helfer: Angeklagter Aufseher Horst Gaußmann



Angeklagter Wolfgang Gräser

Die allzuwilligen Staatsdiener werden geschont

Die Urteile, die in diesem Prozeß gefällt wurden, kann man eher als Ermutigung begreifen:

Der Hauptschläger Max Leo Drews bekam wegen Körperverletzung im Amt in drei Fällen zehn Monate, die zur Bewährung ausgesetzt wurden!! Das heißt, er ist auf freiem Fuß! Horst Paul Gaußmann und Norbert Goike wegen Beihilfe zur Körperverletzung im Amt in drei Fällen müssen jeder 4.500 DM zahlen und Wolfgang Gräser zahlt wegen Begünstigung 900 DM.

Selbstverständlich ist es klar, daß diese Gefangenenmißhandlungen nicht allein zurückzuführen sind auf die Lust und Laune der Wärter. Der Alltag im bundesdeutschen Strafvollzug schließt Mißhandlungen mit ein, sie werden nicht nur von den Leitern der Strafanstalten geduldet, sondern teilweise angeordnet, wie der Frankfurter Gefangenenrat auch in der Mannheim-Affaire aufdeckte.

Die Urteile in diesem Prozeß sind allerdings dazu angetan, zukünftigen mißhandelnden Knastbeamten geradezu die Gewißheit zu geben, daß da schon nicht viel passiert. ●



und Norbert Dan Goike

**Betriebszelle Beiersdorf Werk I
KB/Gruppe Hamburg**

Rechtsanwalt Reinhard aus der Haft entlassen

Folgende Pressemitteilung der Verteidiger Reinhards erreichte uns nach dessen Haftentlassung:

„*Pressemitteilung*

Auf Veranlassung seiner Verteidiger ist Rechtsanwalt Reinhard heute entlassen worden.

Der Haftprüfungstermin hat ergeben:

Der Ermittlungsrichter des Bundesgerichthofes mußte den Haftbefehl gegen Rechtsanwalt Reinhard ohne jede Einschränkung aufheben. Wie die Gründe der richterlichen Entscheidung ergeben, hätte Rechtsanwalt Reinhard niemals verhaftet werden dürfen. Schon zu Beginn der Aktion „Winterreise" haben gegen ihn keine Ermittlungsergebnisse vorgelegen, die seine Verhaftung gerechtfertigt hätten. Daran haben auch die anschließenden Ermittlungen nichts geändert.

Wie der Ermittlungsrichter betonte, beruhen die gegen Rechtsanwalt Reinhard erhobenen Vorwürfe auf den Aussagen eines einzigen Zeugen, der noch dazu unter Mordverdacht steht. Dieser dürftigen Beweisgrundlage der Bundesanwaltschaft hat der Ermittlungsrichter ohne Rücksicht auf politische Emotionen und die öffentlich gesteuerte Kampagne gegen sogenannte linke Anwälte Rechnung getragen.

Und dies, ohne daß Rechtsanwalt Reinhard – wie vielleicht beabsichtigt – seine anwaltliche Verschwiegenheitspflicht seinem Mandanten gegenüber verletzt hat. Er hat sich zur Sache mit keinem Wort geäußert.

Mit der Aufhebung des Haftbefehls hat der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes vollen Umfangs bestätigt, was die Verteidiger bereits in ihrer Presseerklärung vom 5.12.74 festgestellt haben: Die Verhaftung Rechtsanwalt Reinhards ist zu Unrecht und offenbar mit dem Ziel erfolgt, durch die damit verbundene Durchsuchung von Wohnung und Büro Material zu finden, das die getroffenen Maßnahmen nachträglich rechtfertigt.

Hamburg, den 9. Januar 1975
Gottschalk-Solger,
Dr. Neß,
Niese.

Rechtsanwalt Reinhard, der vor einiger Zeit Mitglieder der „RAF" und andere politische Gefangene verteidigt hatte, wurde im Zuge der Aktion „Winterreise" am 26.11.74 im Morgengrauen verhaftet – es lagen bei der Verhaftung angebliche „Verdachtsgründe", keinerlei Beweise vor.

Diese Maßnahme, für deren Rechtmäßigkeit noch nicht einmal im bescheidenen Rahmen bürgerlicher Legalität eine Spur von Rechenschaft abgelegt wurde, steht im Zusammenhang mit dem Kesseltreiben gegen linke Rechtsanwälte, durch die auf die Dauer durch Verschärfung der Strafprozeßordnung, durch Einschüchterung (Anzeigen gegen die Anwälte, Verleumdungen, Verlust der beruflichen Existenz) und konkrete Maßnahmen (Haftbefehle, Hausdurchsuchungen) eine echte Verteidigung politischer Gefangener unterbunden werden soll. (vgl. ARBEITERKAMPF Nr. 53 und Nr. 51, S. 29).

Nachdem die Festnahme und die damit verbundene Hetze in der Presse die beabsichtigte Wirkung getan hatte, wurde Reinhard sang- und klanglos entlassen, ebenso die Sozialarbeiterin Zühlke in Westberlin. ●

IKAH (Arbeiterhilfe)

Fortsetzung von Seite 1

Marsch in den „Dritten Weltkrieg"

heißt eben auch, daß die US-Imperialisten beanspruchen, daß i h n e n in erster Linie die wichtigen Rohstoffe der Länder der „Dritten Welt" zur Verfügung stehen müssen, und daß diese Rohstoffe nicht etwa zuerst einmal für die e i g e n e Entwicklung dieser Länder nutzbar gemacht werden dürfen.

Die Kriegsdrohungen der US-Imperialisten stehen darüber hinaus in Zusammenhang mit einem verschärften Klima zwischen USA und Sowjetunion, mit einem verschärften Ringen um „Einflußgebiete" in der Welt, um die Sicherung von Rohstoffgebieten und Aufmarschgebieten auch in Hinblick auf eine globale militärische Konfrontation.

US-Aufmarsch in Nahost

Wie bekannt wurde, bestehen in den USA konkrete Pläne für eine Intervention im Nahen Osten. Wichtigstes Ziel soll ein Gebiet von 500 x 200 km zwischen Kuweit und Katar, im Osten der arabischen Halbinsel, sein. In diesem relativ begrenzten Gebiet liegen 600 von 670 Ölquellen Saudiarabiens. Der Intervention sollen Luftangriffe auf saudiarabische Flugplätze vorausgehen; ein Flugplatz soll für den US-Nachschub besetzt werden; US-Truppen sollen an der arabischen Küste landen; US-Kriegsschiffe sollen die Straße von Hormus (Zufahrt zu den Ölstaaten am Persischen Golf) sperren. Israel soll gleichzeitig „Entlastungsangriffe" gegen Syrien und Irak führen; durch einen Vorstoß gegen Jordanien soll eine Landverbindung zwischen Israel und Saudiarabien hergestellt werden.

Diese Pläne wirken zunächst recht abenteuerlich und unrealistisch, weil 1. die arabischen Staaten am Persischen Golf als Vasallen des US-Imperialismus zu betrachten sind; ihre militärische Ausrüstung stammt überwiegend aus den USA und ist auf deren Ersatzlieferung angewiesen ; die Armee Saudiarabiens ist von US-„Militärberatern" ausgebildet; die arabische Bourgeoisie hat einen Gutteil ihres Vermögens in imperialistischen Ländern angelegt und würde dieses riskieren, wenn sie sich jemals auf eine Kraftprobe mit demUS-Imperialismus einlassen sollte; und weil 2. die USA überhaupt nicht vom arabischen Öl abhängig sind, das nur einen sehr geringen Teil ihres Verbrauchs ausmacht.

Im Fall eines größeren und längeren militärischen Konflikts in die-

einen sehr geringen Teil ihres Verbrauchs ausmacht.

Im Fall eines größeren und längeren militärischen Konflikts in die-

ser Region jedoch würden die Ölquellen am Persischen Golf auch für die US-Imperialisten eine große Bedeutung gewinnen, vor allem für den militärischen Nachschub. Eine veränderte Situation könnte sich außerdem daraus ergeben, daß in Teilen der arabischen Halbinsel sich antiimperialistische Kräfte durchsetzen, wie z.T. in der Volksrepublik Südjemen und vor allem in der Befreiungsfront von Oman/Dhofar, die einen bewaffneten Kampf gegen den Sultan von Oman führt. Dies würde die US-Imperialisten zum einen mit selbständig auftretenden Staaten konfrontieren (statt mit Statthaltern, die allenfalls über ihren Preis verhandeln wollen), und es würde die Möglichkeit einer „Festsetzung" der Sowjetunion am Persischen Golf eröffnen, der bisher fest in der Hand der US-Imperialisten ist: vor allem durch die Aufrüstung des persischen „Subimperialismus" als pro-imperialistischer „Wächter" am Persischen Golf und als Quelle ständiger militärischer Provokationen gegen seinen antiimperialistischen Nachbarn, den Irak (allein 1972-74 verkauften die USA für 6 Mrd. Dollar Waffen an den Iran!); ferner durch die Existenz eines Marine-Stützpunkts der USA in Bahrein (am Golf), der als Verbindung zwischen den US-Flotten im Mittelmeer und im Indischen Ozean fungiert.

Schon im Oktober 74 besuchte überdies CIA-Direktor (!) Colby das Sultanat Oman und sagte US-„Hilfe bei der Stärkung der Verteidigung Omans" zu, d.h. bei der Bekämpfung der Befreiungsbewegung; schon jetzt sind iranische Truppen in Oman im Einsatz. Die USA wollen mit „Instrukteuren" beim Ausbau der konterrevolutionären Truppen Omans helfen; außerdem ist die Errichtung eines US-Stützpunktes in Oman angepeilt. Etwa gleichzeitig wie CIA-Chef Colby war sein Vorgänger Richard Helms (jetzt Botschafter im Iran!!!) auf Reisen – er besuchte Saudiarabien, Bahrein, Kuweit und ebenfalls Oman.

Insgesamt zeigt sich, daß der US-Imperialismus unter einem Rauchschleier von Kriegsdrohungen vorerst dabei ist, seinen Einfluß auf der arabischen Halbinsel auszubauen. Darüberhinaus ist er z.Z. dabei, seinen ohnehin gigangischen Stützpunkt im Indischen Ozean, Diego Garcia, weiter auszubauen.

In Palästina steigern zur gleichen Zeit die Zionisten ihre Kriegsprovokationen, vor allem mit Überfällen gegen den Südlibanon, die auch als Vorbereitung einer längerfristigen Invasion dienen könnten. Von den USA erwarten die Zionisten neue „Militärhilfe" in Milliardenhöhe.

Verschärfung der Beziehungen zur Sowjetunion

Die Kriegsdrohungen Kissingers stehen auch in Zusammenhang mit einer Verschlechterung der Beziehungen USA-Sowjetunion und stellen im Grunde auch eine direkte Provokation gegen diese dar. Allerdings war die Reaktion der sowjetischen Regierung doch recht schwächlich: die offizielle Nachrichtenagentur TASS schrieb allen Ernstes, „die Zeiten der Kanonenboot-Diplomatie und der Einschüchterungen" seien „überwunden, was nachweislich Unsinn ist. Sowohl der US-Imperialismus bedient sich dieser Methoden offenkundig nach wie vor, wie auch der Sowjetrevisisionismus selbst (siehe Besetzung der CSSR!). Hier sind offenbar Leute am Werk, die sich ihr Phantasiegebilde von „internationaler Entspannung" (d.h.: längerfristige Verständigung zwischen USA und Sowjetunion bei der Abgrenzung ihrer „Interessenssphären") durch Realitäten nicht kaputtmachen lassen wollen und lieber die Realitäten entsprechend zurechtbiegen.

Auf der anderen Seite hat die sowjetische Regierung mit der Aufkündigung des Handelsabkommens USA – Sowjetunion scheinbar einen konsequenten Schritt getan, mit dem sie sich gegen die brutale wirtschaftliche Erpressung durch den US-Imperialismus zur Wehr setzte. Die US-Imperialisten hatten, vor allem den Zionisten zuliebe, das 1972 geschlossene Handelsabkommen n a c h t r ä g l i c h von der Bedingung abhängig machen wollen, daß die Sowjetunion jährlich eine bestimmte Zahl jüdischer Bürger nach Israel „exportieren" muß.

Faktisch hatte allerdings die sowjetische Regierung dieser Bedingung zugestimmt, indem u.a. Breschnew ausdrücklich versichert hatte, daß Juden in der gewünschten Anzahl nach Israel ausreisen könnten. Ausserdem hat sich dieses Problem z.T. von selbst dadurch erledigt, daß die Zahl der nach Israel ausreisewilligen sowjetischen Juden beträchtlich gesunken ist (was dadurch bekräftigt wird, daß ein Drittel der ausgewanderten Juden von der Durchgangsstation Wien aus nicht nach Israel weiterreist).

In dieser Situation hat jedoch die US-Regierung die Sowjetrevisionisten dadurch provoziert, daß sie sich nicht mit deren s t i l l s c h w e i g e n d e m Zugeständnis zur Ausreise sowjetischer Juden zufriedengeben wollte, sondern dieses Zugeständnis lautstark ausposaunte und es öffentlich mit dem Handelsvertrag USA-Sowjetunion koppelte, was einen klaren Vertragsbruch von Seiten der US-Imperialisten darstellt und für die Sowjetrevisionisten vor allem unter dem Aspekt ihrer Beziehungen zu den arabischen Staaten und zum palästinensischen Widerstand nicht mehr erträglich war. Schon am 26.10.74 (!) hatte deshalb der sowjetische Außenminister Gromyko eine Warnung an Kissinger gerichtet – die aber von der sowjetischen Presse erst im Dezember (!!) veröffentlicht wurde; das ist ein deutliches Zeichen des Willens der Sowjetrevisionisten, die Angelegenheit „gütlich" zu regeln und nach Möglichkeit eine offene Konfrontation mit den US-Imperialisten zu vermeiden. Auch die Aufkündigung des Handelsvertrags wurde zuerst von K i s s i n g e r in die Öffentlichkeit getragen, und erst d a n a c h wurde die sowjetische Bevölkerung darüber informiert – zuerst in Form von Meldungen über die Bekanntgabe Kissingers. Das ist zweifellos eine bemerkenswerte Methode, die eigene Bevölkerung über politische Entscheidungen der Regierung zu informieren. Sie kennzeichnet das Bestreben der Sowjetrevisionisten, Konfrontationen mit den US-Imperialisten zu vermeiden und unvermeidliche Konflikte soweit wie möglich künstlich herunterzuspielen.

Längerfristig ist trotz dieser opportunistischen Haltung eine Verscharfung der Beziehungen USA – Sowjetunion unvermeidlich. Selbst in den Jahren der angeblichen Entspannung und der „Abrüstungspropaganda" ist in Wahrheit in den USA und der Sowjetunion das atomare Wettrüsten in noch g r ö s s e r e m Ausmaß fortgesetzt worden.

Einen klaren Hinweis enthalten die Äußerungen von US-Kriegsminister Schlesinger über die Möglichkeit eines „begrenzten" Atomkrieges zwischen den USA und der Sowjetunion. Schlesinger hatte diese Äußerungen schon in einem Geheimbericht an den Auswärtigen Ausschuß des US-Senats vom 12.9.74 (!!) getan – der aber erst jetzt, Mitte Januar '75, in einer zensierten Fassung veröffentlicht wurde. Es dürfte kaum ein Zufall sein, daß diese Äußerungen ausgerechnet wenige Tage nach den Kriegsdrohungen Kissingers an die Öffentlichkeit getragen wurden – vielmehr ist ihre Veröffentlichung wohl als gezielte „Begleitmusik" dazu zu verstehen. Schlesinger erklärte, daß im Fall eines „großen" Atomkrieges zwischen USA und Sowjetunion mit rund 100 Mio. Toten auf jeder Seite zu rechnen sei. Möglich sei aber ein „begrenzter" Krieg, bei dem jede der beiden Seiten sich darauf „beschränkt", mit gezielten Atomschlägen militärische Ziele des Gegzu treffen. Für diesen Fall gab Schlesinger verschiedene Schätzungen, die darauf hinausliefen, daß die USA dabei „höchstens" 5 Mio. Tote haben würden. Daraus ergebe sich, daß sich die USA stärker auf die Möglichkeit eines solchen „begrenzten" Atomkriegs einrichten müßten.

Daß solche Überlegungen überhaupt öffentlich angestellt werden, kennzeichnet die internationale Situation, die durch zunehmende Kriegsgefahr bestimmt wird. In diesem Zusammenhang gehören auch Überlegungen über ein neues „Engagement" des US-Imperialismus in Vietnam, wo die Thieu-Clique (mit Förderung der USA) immer noch die Verwirklichung des Pariser Abkommens blockiert und dafür in jüngster Zeit durch schwere militärische Niederlagen gegen die Befreiungskräfte eine Quittung erhalten hat.

BRD-Imperialisten an der Seite der Kriegstreiber

BRD-Imperialisten an der Seite der Kriegstreiber

Schon in der „Ölkrise" Ende '73/Anfang '74 wurde von den BRD-Imperialisten massive Kriegspropaganda vor allem gegen die arabischen Staaten betrieben (vgl. dazu: „Krieg gegen die ‚Dritte Welt'? " in AK 39). Die arabischen Völker wurden als „minderwertig" abgestempelt. Daß die „Ölscheichs" – wie jeder andere Kapitalist auch – ihre Ware so profitabel wie möglich verkaufen wollen, wurde als „Erpressung" hingestellt, gegen die „wir" uns wehren müßten. Von da war es nicht mehr weit zu eindeutigen Kriegsdrohungen. So meinte „Welt"-Chef Kremp, die *„Machtfrage"* (d. h. die Herrschaft über die Rohstoffe der Welt) müsse *„im Sinne der industrialisierten Systeme"* (d. h. der Imperialisten) gelöst werden („Welt", 24.12.73). Der auch sonst als Kriegshetzer aufgetretene Dieter Cycon schrieb in der „Welt" (16.11.73): *„Die Araber wissen ja genau, daß in der Geschichte wirtschaftliche Kriegserklärungen hundertmal mit militärischen beantwortet worden sind".* Deshalb müßten die westeuropäischen Imperialisten von „ihren" Völkern endlich *„die Milliarden erhalten, mit denen lange Kolonnen neuer deutscher Panzer und Flugzeuge und viele neue französische und britische Kreuzer und Atomraketen bezahlt werden"* – damit die westeuropäischen Imperialisten „endlich" mitspielen können im Konzert der Kriegsdrohungen und des militärisch untermauerten Kampfes um „Einflußgebiete", Rohstoffe und Absatzmärkte.

Heute ist es bereits soweit, daß Romane in reaktionären Illustrierten ausmalen, wie eine Aggression der Imperialisten z.B. gegen arabische Staaten vor sich gehen könnte. Ein „wirklichkeitsnaher" Roman unter dem Titel *„Die Perser kommen"* (!) im „Zeit-Magazin" (der einst als „liberal" geltenden Wochenzeitung „Die Zeit") vom 17. Januar schildert, **„wie der Schah von Persien die Welt erobert"**: *„Nach Rücksprache mit seinem Hofastrologen"* (!!) läßt der Schah in diesem Roman 1976 (!!!) die arabischen Ölquellen am Persischen Golf besetzen und erpreßt die „zivilisierte Welt". *„Binnen zweier*

Fortsetzung Seite 30

„Morgen beginnt der Krieg um's Öl"

Kriegspropaganda in Bauer-Illustrierten

Freitag, den 13. Dezember
Das ist die Lage:
Kurz vor 12.00 Uhr MEZ sind 3.500 amerikanische Fallschirmspringer an der Küste des arabischen Scheichtums Abu Dhabi gelandet. Die „Elitetruppe" hat die Küstenstraße gesperrt. Die vorbeikommenden Fahrzeuge werden auf Abstellplätze umgeleitet, die Fahrer interniert. Ein Teil der 7. amerikanischen Flotte erreicht wenig später mit 16 Kriegs-

zeuge werden auf Abstellplätze umgeleitet, die Fahrer interniert. Ein Teil der 7. amerikanischen Flotte erreicht wenig später mit 16 Kriegs-

schiffen die Straße von Ormuz.

Der König von Bahrain wird von einem CIA-Kommando ermordet. Ziel dieser militärischen Operation ist die „Internationalisierung" der unermeßlichen Ölvorräte unter dem Persischen Golf, als Mandatsmacht *treten die USA auf.*

Das sind bis jetzt noch keine echten Zeitungsmeldungen, sondern es ist der Inhalt einer Fortsetzungsserie in der „Bunten". Der Roman handelt mal am Persischen Golf, mal im Kanzlerwagen bei einem Gespräch zwischen Brandt und Schmidt, in dem Brandt die Amis bewundert: „Die handeln, anstatt viele Worte zu machen". Dann befindet man sich wieder im „Weißen Haus", wo Präsident Ford eine Rede an die Welt hält; er rechtfertigt den Überfall: *„Die USA waren in ihrer Geschichte immer ein Partner der Schwachen, ein Förderer des Rechts und der Gerechtigkeit. Wir wollen*

fall: *„Die USA waren in ihrer Geschichte immer ein Partner der Schwachen, ein Förderer des Rechts und der Gerechtigkeit. Wir wollen*

freie Menschen in freien souveränen Staaten. Die Freiheit ist erneut bedroht!

Nicht durch Stiefel und Gewehrkolben, sondern durch die brutale Ausnutzung eines Rohstoffmonopols! 13 Ölexportstaaten haben seit einem Jahr jedes Maß verloren. Sie haben der Welt Preise diktiert, die schamlos sind und ausbeuterisch . Wenn die USA nicht eingegriffen hätten, würde die westliche Welt verarmen, **bis wir unsere Frauen für Öl in arabische Harems verkaufen müßten ..."**

Der Roman ist so selbstverständlich und realistisch geschrieben, daß einen die Verwirklichung kaum überraschen würde, zumal angesichts der offenen Kriegsdrohungen Kissingers. – Propaganda für einen neuen imperialistischen Raubkrieg im Gewand einer Sience-Fiction-Serie. Der Leser soll an den Gedanken gewöhnt werden, daß es gerecht sei, wenn die Imperialisten zur Eroberung und Ausbeutung von Rohstoffen Krieg führen.

So wird systematisch auf eine Situation hingearbeitet, wo die Arbeiter der hochindustrialisierten imperialistischen Staaten alle Klassengegensätze vergessen sollen und stattdessen ihren Ausbeutern als williges Kanonenfutter für rassistisch verbrämte Ausplünderungs-Kriege gegen die Länder der „Dritten Welt" dienen sollen.

Ein Genosse aus der
Gruppe Winterhude,
Bezirksorganisation Eimsbüttel
KB/Gruppe Hamburg

Denken Sie doch einmal das Undenkbare:



Amerikanische Truppen werden einen Streifen Land am Persischen Golf besetzen, wo 60 Prozent der Erdölvorräte der Welt lagern — jenes Öl, das unsere Wohnungen heizt oder Autos antreibt, jenes Öl, das uns ermöglicht, anders als die Eskimos zu leben.

Der Gedanke an Krieg ist grauenvoll, doch die BUNTE hat ihn nicht aus blühender Phantasie geboren. Der mächtigste Mann der Welt, US-Präsident Gerald Ford, deutete die Möglichkeit kriegerischer Entwicklungen um das Öl in einer Fernsehrede an, als er sagte: „Während ihrer ganzen Geschichte haben die Nationen wegen solcher Naturschätze, wie Wasser oder Lebensmittel, oder wegen der Verbindungswege zu Lande und zur See Krieg geführt." Das angesehene amerikanische Nachrichten-Magazin „Newsweek" analysierte daraufhin, ob und wie es zu einer bewaffneten Intervention der USA an den arabischen Ölquellen kommen könnte. Auf dem Titelbild des Magazins „New York" zogen Präsident Ford und Außenminister Kissinger in Fallschirmjäger-Uniform an der Spitze amerikanischer Truppen in den Öl-Krieg und der „Spiegel" zitierte Aussagen amerikanischer Prominenter über Risiken und Chancen eines solchen US-Feldzuges.

In der BUNTE-Serie treten keine fiktiven Personen auf. Der deutsche Bundeskanzler heißt nicht Meyer, sondern Schmidt, der amerikanische Außenminister nicht Bissinger, sondern Kissinger und der UNO-Generalsekretär heißt nicht Kaltmann,

sagen amerikanischer Prominenter über Risiken und Chancen eines solchen US-Feldzuges.
In der BUNTE-Serie treten keine fiktiven Personen auf. Der deutsche Bundeskanzler heißt nicht Meyer, sondern Schmidt, der amerikanische Außenminister nicht Bissinger, sondern Kissinger und der UNO-Generalsekretär heißt nicht Kaltmann,

sondern Waldheim.

Die BUNTE-Serie will Ihnen zeigen, wie die Politiker, denen wir vertrauen, versuchen werden, einen Öl-Krieg zu meistern. Und die BUNTE-Serie soll Ihnen helfen, die Krise durchzustehen, die unser Land befällt, wenn am Persischen Golf geschossen wird. Sie werden keine reißerischen Schlagzeilen und keine schockierenden Bilder sehen von dem, was geschehen kann. Wir haben uns vielmehr dazu entschlossen, diese Serie zu veröffentlichen, da wir der Meinung sind, daß man mögliche Gefahren besser einschätzen kann, wenn man sie im voraus einmal durchdacht hat. Je mehr die Menschen von dem wissen, wovor sie Angst haben, desto vernünftiger können sie reagieren, wenn einmal das Undenkbare eintritt.

Morgen früh beginnt der Krieg ums Öl



Halbseitige Anzeige in Springers „Welt am Sonntag" (10.11.74)



Fortsetzung von Seite 29

Marsch in den „Dritten Weltkrieg"

Monate waren Italien und England bankrott", heißt es dann, und im Jahr 1984 muß sich die einst „zivilisierte Welt" kärglich vom Ackerbau ernähren ...

Die „Zeit" hat diesen Roman eines Herrn Paul Erdmann aus dem amerikanischen „New York"-Magazin nachgedruckt; in den USA erscheinen der „Zeit" zufolge jetzt viele solcher Geschichten.

Ganz klar ist hier die Absicht zu erkennen, die Völker der imperialistischen Staaten für die imperialistischen Kriegspläne zu mobilisieren – u.a. auch auf der Ebene der „subtileren" Propaganda, z.B. der scheinbar unterhaltsamen und spannenden Lektüre derartiger Geschichtchen und Romane, die ja ein traditionelles Instrument jeder Kriegspropaganda sind.

Es versteht sich von selbst, daß die Verwirklichung der imperialistischen Kriegspläne größte Opfer gerade für die Völker der „Industrie-Staaten" mit sich bringen würde und daß sie große Teile Europas, vor allem auch die BRD, als Trümmer- und Leichenwüste hinterlassen würde – als äußerste Konsequenz der Irrationalität und Menschenfeindlichkeit des Kapitalismus. Nur die sozialistische Revolution in den wichtigsten imperialistischen Staaten kann eine solche Tragödie verhindern, und gerade angesichts der wachsenden Abenteuerlichkeit und Aggressivität des Imperialismus tragen wir eine besondere Verantwortung, den Kampf für den Sozialismus verstärkt fortzusetzen, und immer mehr Menschen davon zu überzeugen, daß Kapitalismus letzten Endes Krieg bedeutet, daß Krieg jedoch zumindest für unser Land den Untergang bedeuten würde. •



aus "Lotta Continua"

„Der CIA ist keine Sonntagsschule"

Zu dieser zynischen Feststellung fühlte sich ein Schreiberling der „Welt" in seinem Kommentar zu der Aufdekkung des neuesten CIA-Skandals veranlaßt. Die „New York Times" hatte im Dezember letzten Jahres darüber berichtet, daß der CIA während der Regierungszeit von Nixon ihre Spitzelarbeit auch im amerikanischen Inland durchgeführt hat.

Nach offiziellen CIA-Angaben wurden in der Zeit von 1957 - 74 Akten über 10.000 Amerikaner angelegt. Es wurden 10 Agenten der Sicherheitsabteilung in linke Organisationen eingeschleust, um Informationen über geplante Demonstrationen, Protestaktionen u. ä. zu erhalten. Von 1951 - 67 wurden 21 mal Telefone abgezapft. Soweit die offiziellen Angaben ...

Diese illegalen Praktiken im Inneren der USA galten bisher als Privileg des FBI. Nach dem „Central-Intelligence"-Gesetz von 1949 ist nämlich die Bundeskriminalpolizei (FBI) für die Behandlung der „inneren Feinde" der amerikanischen Bourgeoisie zuständig.

Die jetzt bekanntgewordenen Tatsachen passen absolut in das Bild des CIA, des gefährlichsten und brutalsten imperialistischen Geheimdienstes. Ein kurzer Blick in seine Geschichte verdeutlicht dies: 1947 gegründet mit folgenden Aufgaben:
1. wissenschaftliche und technologische Arbeiten (z. B. das Überschall-Aufklärungsflugzeug U2, das jahrelang die Sowjetunion ausspionierte, wurde von CIA-Leuten entwickelt);
2. die Erstellung von Analysen und
3. die Sammlung von Nachrichten und Informationsmaterial.

In einem Interview der „Times" beschreibt CIA-Chef Colby die 4. Aufgabe so:

„die positive Beeinflussung einer Situation durch politische und paramilitärische Mittel"

(laut „Süddeutsche Zeitung", 24. 9.74).

Was darunter zu verstehen ist, haben zahllose Beispiele der letzten 30 Jahre gezeigt. Die antikommunistische Linie war schon unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg das wesentliche Kennzeichen der Arbeit. Als die imperialistischen Geheimdienste, mit dem CIA an der Spitze, in den sozialistischen Ländern nicht so erfolgreich waren, wie sie es sich gewünscht hatten, wurde Westeuropa das Hauptfeld der CIA-Tätigkeit, besonders die BRD. Es gab keinen führenden Politiker, Gewerkschafter oder Manager, der nicht von dem CIA „überprüft" worden wäre. Zahllose Vereine wurden von dem CIA über „gemeinnützige Stiftungen" finanziert und kontrolliert. (Darunter auch der Dachverband sozialistischer Jugendverbände, dem Jusos und Falken angehörten.) Die Zahl der Agenten stieg in den Jahren von 1950 - 55 von 5.000 auf 15.000 an. Jetzt sollen es 16.500 sein („Stern", 20.6.74).

Wie diese Leute vorgehen, zeigten sie zum erstenmal mit brutalster Gewalt, als sie 1953 den persischen Ministerpräsidenten Mossadegh stürzten, der die westlichen Ölgesellschaften verstaatlichen wollte. Kommentar des damaligen CIA-Chefs Allan Dulles:

„Wenn in einem Land eine kommunistische Machtübernahme droht, können wir nicht warten, bis man uns mit einer höflichen Einladung um Hilfe bittet." („Stern", 20.6.74).

Ähnliches ließ der jetzige Chef Colby zu dem Putsch in Chile verlauten, bei dem die Rolle des CIA sonnenklar ist: *„Erstens haben wir den Putsch nicht gemacht und zweitens war das Allende-Regime nicht demokratisch."* („Süddeutsche Zeitung", 24.9.74).

In einem solchen Putsch zeigt sich das Ergebnis jahrelanger Arbeit, er ist nur die Spitze eines Eisberges. Organisiert als politische, wirtschaftliche und militärische Untergrundorganisation stabilisiert der CIA reaktionäre Regimes und untergräbt fortschrittliche. Eingriffe in die Wirtschaft des Landes, Bestechung, Erpressung, Aufbau reaktionärer Organisationen, militärische Ausbildung, Versorgung mit Waffen usw. – das ist die tagtägliche Praxis des CIA.

Kontrolliert wird der CIA nur vom Weißen Haus direkt. Der erneute Skandal wird von den „Liberalen", die sich ja im Augenblick mehrheitlich im Kongreß aufhalten, dazu benutzt, eine demokratische Bewegung vorzutäuschen, die dem Präsidenten die Machtbefugnisse kürzen will. Auf jeden Fall stehen bestimmte Parteiinteressen dahinter, die Präsidentschaftswahlen stehen bevor.

Wahrscheinlich wird es nach dem Rücktritt leitender Männer aus der Spionageabteilung und dem Organisationsstab (Rocca, Agleton, Hood, Miller) einige Umstrukturierungen im CIA geben.

An der grundsätzlichen Politik des CIA, wahrscheinlich sogar an seinen Aktivitäten in den USA, wird sich nichts ändern. Der ehemalige CIA-Chef Helms, jetzt Botschafter im Iran (!), hat ganz klar zu verstehen gegeben, daß er die Aktionen für legal hält, weil die *„dramatische Zunahme des extremen Radikalismus von antiamerikanischen Subversionsmechanismen im Ausland inspiriert, koordiniert und finanziert worden seien"* (laut „Welt", 18.1.75).

Es ist anzunehmen, daß sowohl CIA-Chef Colby als auch der Untersuchungsausschuß (beide sind von Präsident Ford mit der „Untersuchung" – eher wohl: Vertuschung! – des Falles beauftragt worden) in ihren Ermittlungen zu wunschgemässen Ergebnissen kommen werden. Schon die Zusammensetzung des Ausschusses ist ein glatter Hohn:

– Vorsitzender N. Rockefeller, Vize-Präsident, von 1969 - 74 im Geheimdienst-Beratergremium des Präsidenten und enger Freund Kissingers, der als Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsrates für die Überwachung des CIA zuständig ist;

- Ronald Reagan, faschistoider Reaktionär und ehemaliger Gouverneur von Kalifornien;
- Lemnitzer, ehemaliger Nato-Oberbefehlshaber;
- Dillon, ehemaliger Finanzminister und Bankier;
- Connor, Handelsminister;
- Kirkland, Schatzmeister des Gewerkschaftsdachverbandes AFL/CIO.

USA-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Die Jusos

Im ersten Teil des Artikels (AK 54) haben wir, ausgehend von dem jüngsten „Anti-Juso-Beschluß" der SPD-Schiedskommission, die Aussichten der Juso-Doppelstrategie zur Verwirklichung eines „demokratischen Sozialismus" unter die Lupe genommen. Anschließend kennzeichneten wir die bürgerliche Staats„theorie" der Juso-Führer (Staat ist „formalisierte Totalität der Gesellschaft", Strasser) als Grundübel aller ihrer scheinsozialistischen „theoretischen" Verirrungen. In diesem 2. Teil nun folgt zunächst ein Nachtrag zur Staatsfrage, betreffend die praktisch-politischen Konsequenzen, die die Juso-Führer aus ihrer reformistischen Grundhaltung folgern. Anschließend wollen wir uns mit dem Theorieverständnis der Juso-Führer grundsätzlicher auseinandersetzen, wobei wir natürlich die Praxis der theoretischen Diskussion innerhalb des Juso-Verbandes dem Leser nicht vorenthalten wollen. Gemeint ist hier insbesondere die Behandlung der sogenannten „Stamokap-Fraktion" –, die den „freiheitlichen" Theorie-Prinzipien, die die Juso-Führer ja bekanntlich von den „Dogmatikern" der Linken unterscheidet, so merkwürdig entgegensteht. Sodann werden wir anhand einzelner Fragen noch einmal kurz vor dem Hintergrund des Gesagten auf die Rolle der Jusos in der sozialdemokratischen Bewegung eingehen.

„Demokratisierung der Wirtschaft" und „demokratische gesamtgesellschaftliche Planung" ...

Die *„aktuelle wirtschaftspolitische Situation"* macht nach Juso-Bundesvorsitzender Wieczorek-Zeul *„erneut die unabdingbare Notwendigkeit der Demokratisierung der Wirtschaft und der demokratischen gesamtgesellschaftlichen Planung deutlich"* („Das Da", 11.11.74).

Konkret bedeutet das *„die Forderung nach direkten Eingriffen in die Investitionstätigkeit und -entscheidungen der Unternehmen"* mit dem Ziel „ ... *durch eine langfristig demokratisch kontrollierte Planung wirtschaftlicher Macht, besonders der großen Konzerne, zu kontrollieren*

Das linke Mäntelchen zerreißt!

SPD, Schleswig-Holstein

Der SPD-Landesverband Schleswig-Holstein galt bisher immer als linker Flügel der SPD. Mittlerweile hat sich dies Bild beständig geändert. Ein neues Beispiel für den „Rechtsruck in der SPD" ist die Disziplinierung der Jusos in Schleswig-Holstein und das Parteiausschlußverfahren gegen das SPD-Landtagsmitglied Dr. Bünemann.

Jusos sehen Demokratie durch CDU/CSU-Politiker gefährdet

Die Jusos des Landes Schleswig-Holstein hatten auf ihrer Landeskonferenz die Resolution der Bremer Jusos übernommen (siehe AK Nr. 54), in der CDU/CSU-Politiker als „Gefahr für die Demokratie" dar-

54), in der CDU/CSU-Politiker als „Gefahr für die Demokratie" dar-

gestellt wurden. In der Resolution heißt es wörtlich: *„Nicht von einigen Kleinbürgern vom Format der RAF drohe die Hauptgefahr für die Demokratie, sondern von jenen Reaktionären, die mit dafür sorgen, daß Nazi-Verbrecher von unserer Justiz weitgehend verschont bleiben und gegen Entspannung und Frieden hetzen"*.

Hieß es in der Bremer Resolution schon, daß *„Dregger, Carstens, Strauß und der Publizist Löwenthal zur geistigen Verwandtschaft derjenigen (gehören), die einst in unserem Land Mord und Terror in den KZs haben ausüben lassen"*, so setzten die Jusos Schleswig-Holsteins konsequent noch den Namen des Ministerpräsidenten Stoltenberg in die Resolution, da er zum *„reaktionärsten Teil des Rechtskartells"* gehöre.

Einerseits ist es sicherlich ein beachtenswerter und mutiger Schritt, daß die Jusos in Schleswig-Holstein den Schritt der Bremer Jusos, die führenden CDU/CSU-Politiker als Gefahr für die Demokratie darzustellen, nachvollzogen haben und damit die Position der Bremer Jusos gegenüber Angriffen aus den Reihen der SPD gestärkt haben. Andererseits ist allerdings die unnötige Abgrenzung nach links in der Resolution nicht zu übersehen, mit der offenbar um das Wohlwollen der SPD-Oberen gebuhlt wird. Die RAF wird auf eine Stufe mit den Faschisten Strauß, Löwenthal usw. gestellt, wenn sie auch „weniger gefährlich" sei (gefährlich ... für wen?). Das Bundestagsmitglied Gansel, der für die Verabschiedung der Resolution sorgte, sprach sogar von *„einem objektiven Zusammenspiel der Terroristen und der CDU-Rechten"* („Kieler Nachrichten", 15.1.75). Doch trotz aller Abgrenzung nach links, gab es eine *„scharfe Rüge der SPD zu den Juso-Äußerungen"* („Morgenpost", 14.1.). *„Der SPD-Landesverband lasse es nicht zu, daß eine der im Parlament vertretenen Parteien in eine verfassungsfeindliche Position gedrängt werde"* („FR", 15.1.). *„Im übrigen begrüße es der Landesvorstand, daß die Jungsozialisten ... einen besonders aktiven Einsatz in der SPD im Landtagswahlkampf beschlossen hätten"*. („Morgenpost", 14.1.).

Für den Wahlkampf kann die SPD die Jusos also noch gut gebrauchen, aber nennen diese einmal die Dinge beim Namen, gibt es Senge von der Parteiführung. Doch so ganz kampflos wollten die Jusos das Feld nicht räumen. Der Juso-Landesvorsitzende Ebert meinte, die Jusos hätten keine CDU-Politiker in eine verfassungsfeindliche Position gedrängt, denn dort befänden sie sich schon.

Parteiausschluß gegen Bünemann

Der SPD-Landesvorstand hat ein Parteiordnungsverfahren gegen den Landtagsabgeordneten Bünemann eingeleitet, da Bünemann entgegen den SPD-Prinzipien mit Kommunisten zusammenarbeitet.

Bünemann ist Mitglied der Bürgerinitiative „Weg mit den Berufsverboten". Zunächst war diese Tätigkeit Bünemanns vom SPD-Landesvorstand unterstützt worden, doch als die Initiative immer eindeutiger von der DKP beherrscht wurde, wurde Bünemann erstmals Zusammenarbeit mi'

DKP beherrscht wurde, wurde Bünemann erstmals Zusammenarbeit mi'

Kommunisten „vorgeworfen". A. Bünemann sich aus der Bürgerinitiative nicht zurückzog, enthob die SPD ihn der Ämter im Landesparteivorstand.

Als Bünemann dann noch einen „Arbeitskreis Westeuropäischer Sozialismus e.V." gründete, hatte er den SPD-Landesvorstand endgültig gegen sich. Bünemanns Arbeitskreis hat das Ziel, eine föderative Westeuropäische Sozialistische Partei zu schaffen.

In dieser Partei sollten neben Sozialdemokraten, Sozialisten und Gewerkschaften auch Kommunisten mitarbeiten.

Daraufhin wurde gegen Bünemann ein Parteiausschlußverfahren eingeleitet. Begründung dafür ist, daß „Statut und Politik der SPD Aktionseinheit, Volksfront oder Einheitspartei mit Kommunisten ausschließt", (nach „Wir", sozialdemokratisches Mitgliedermagazin). Vorsitzender in der Landesschiedskommission wird Jochen Steffen (einst nannte man ihn den „Roten Jochen") sein. Steffen, der in letzter Zeit laufend bemüht ist, die SPD nach links abzugrenzen, wird jetzt sogar von Bünemann als ein „militanter, überzogener Antikommunist" („FR", 15.1.) bezeichnet.

Wie weit die SPD in Schleswig-Holstein schon nach rechts gerutscht ist, zeigt die Bürgerinitiative „Weg mit den Berfusverboten", wo der Bundesvorsitzende der Jungdemokraten, Theo Schiller, unbehelligt mitarbeitet, ein Sozialdemokrat aber bei Mitarbeit mit Ausschluß aus der SPD rechnen muß. Angesichts der bevorstehenden Landtagswahlen wird die SPD die Abgrenzungspolitik noch beschleunigen, um, wie es immer heißt, die „Wähler nicht zu verschrecken".

Angesichts dieser Lage und gewollten Entwicklungsrichtung der SPD (nach rechts), bleiben mutige Juso-Erklärungen gegen die allgemeine Rechtsentwicklung, gegen Strauß und Konsorten, eben doch nur ein Stück Papier ohne praktische Auswirkung. Man sollte wünschen (und hoffen), daß den Jusos langsam dämmert, daß ein anti-reaktionärer Kampf mit und in der SPD schlicht unmöglich ist. Das haben offenbar auch schon einige Juso-Führer „geschnallt" und in der ihnen eigenen Weise „gewendet": Auf der erwähnten Landeskonferenz beschlossen sie, sich mit dem Parteiordnungsverfahren gegen den Landtagsabgeordneten Bünemann erst gar nicht zu befassen! •

KB/Ortszelle Mölln

in der Zirkuskuppel, ratlos! Teil 2



und über sie gesellschaftlich zu verfügen."

Diese Vorstellungen verstehen die Juso-Führer nicht etwa im Rahmen eines Aktionsprogrammes o.ä. der Arbeiterbewegung, wonach das Proletariat sich die gesellschaftliche Verfügung über die Produktion erkämpfen muß etc., nein, sie verstehen es als Vorschlag an die R e g i e r u n g, um der „*wachsenden Ratlosigkeit*", die J. Strasser der SPD-Spitze bescheinigt („ED", 22.1.74), mit „*konkreten Vorstellungen der Jungsozialisten*" zu begegnen!

Vor lauter „Ratlosigkeit" hat im übrigen die SPD-Spitze kürzlich mit ihrem Konjunkturprogramm beschlossen, in der Zeit vom 1.1.-30.6.75 den Kapitalisten eine Staatsbeteiligung an ihren Investitionen in Höhe von 7,5% und eine Beteiligung an den Lohnkosten jedes neueingestellten Arbeiters zu gewähren. Auf kommunaler Ebene werden diese Maßnahmen außerdem reichlich „flankiert". In Hamburg z.B. mit dem „Sparprogramm" des Senats (Streichungen im „Sozialen Sektor" von 1,625 Milliarden DM bis 1978, um so an zusätzliche Kapitalisten-Unterstützung heranzukommen, nach „Welt", 29.11.74) oder in Hessen, wo der sozialdemokratische Ministerpräsident Albert Osswald der Industrie regional aufgegliederte Investitionszuschüsse bis zur Höhe von 32,5% (!!) zusicherte („FR", 15.1.75).

Die Bodenlosigkeit der Juso-Illusionen von der „Investitionslenkung" wird allein schon vor dem Hintergrund dieses Ausschnittes offizieller SPD-Politik sichtbar, wenn man bedenkt, daß die Jusos entgegen ihren großspurigen Beteuerungen keinerlei Einfluß auf diese Politik haben. Vom Widerstand, den die Kapitalisten derartigen Vorstellungen entgegensetzen würden, ganz zu schweigen!

Immerhin sieht Juso-Vorsitzende W.Z., daß die „demokratische Planung und Investitionslenkung" sich wohl bei den gegenwärtigen Machtverhältnissen nicht so ohne weiteres verwirklichen ließe und schreibt im eingangs zitierten Artikel:

„*Ein Konzept der Investitionslenkung* (wird) *im Interesse der Beschäftigten erst voll wirken können, wenn die entscheidenden Bereiche des Industrie-, Dienstleistungs- und Handelskapitals sowie des Finanzsektors vergesellschaftet (nicht verstaatlicht!)* (hervorgehoben von Wieczorek-Z. – Red.) *sind".*

Wer nun voreilig die scheinbare Konsequenz dieser Aussage lobt, der sie daraufhingewiesen, daß die Juso-Führer ein ganz merkwürdiges Verständnis von „Vergesellschaftung" haben: „*Vergesellschaftung kann und darf nicht einfach Verstaatlichung sein. Es geht nicht um die Ersetzung der Profitbürokratie durch eine Staatsbürokratie* (!). *Notwendig ist, daß die folgenden Gruppen an Verwaltung und Kontrolle der Unternehmen beteiligt sind: Arbeitnehmer des jeweiligen Unternehmens, Gewerkschaften, Verbrauchergruppen (?), Kapitaleigner (!!!), staatliche Ebenen(!!)*" („Juso", 3/74, Hamburg, Antrag des Bundesvorstandes an den letzten Juso-Bundeskongreß, 25.-27.1.74).

Es geht also erklärtermaßen nicht einmal darum, mittels einer „sozialistischen SPD" den Kapitalisten über das Konzept der „Investitionslenkung" etc. die Verfügungsgewalt wegzunehmen, sondern die Juso-Führer wollen sich mit diesen an einen Tisch setzen, und so „... *verhindern ..., daß die Entwicklung in den einzelnen Branchen ungeplant vor sich geht* (!) *und sich zu Lasten der Arbeitenden auswirkt.*" (W.Z. in „Das Da", 11.11.74).

Auf diesem Wege könne man gar die „*wirtschaftliche Entwicklung unabhängig von den bisherigen Konjunkturzyklen machen*" u.v.m. (ebenda)

Sollte etwa ein Kapitalist Widerstand gegen die „demokratische Planung" leisten, so werden die Juso-Führer diesem Schlingel schon beikommen: „ ... *unter dem Gesichtspunkt zu verhindern, daß durch Unternehmensentscheidungen Investitionsplanungen unterlaufen werden, ist die paritätische Mitbestimmung außerordentlich wichtig...*" (ebenda).

Oder deutlicher „Professor" Strasser: „*Mitbestimmung dient dazu, den souveränen Bereich unternehmerischer Entscheidungen einzuengen, indem ihnen die Gegenmacht der Unternehmer (konkret: die gewerkschaftliche Organisation)* (Einschub von Strasser – Red.) *entgegengestellt wird.*" („FR", 21.8.74)

Läßt man einmal beiseite, daß die Juso-Vorstellungen von der „demokratischen Planung und Investitionslenkung" schon an der ersten Klippe hängenbleiben, nämlich an der Durchsetzung in der eigenen Partei, und fragt man dennoch nach den Chan-
kratischen Planung und Investitionslenkung" schon an der ersten Klippe hängenbleiben, nämlich an der Durchsetzung in der eigenen Partei, und fragt man dennoch nach den Chan-
cen einer derartigen Politik, so ist es damit nicht gerade rosig bestellt. Zunächsteinmal ist in dem ganzen Konzept elegant die bescheidene Frage nach den Möglichkeiten und Bedingungen der Realisierung umschifft worden. Die Juso-Führer wollen dem ohnehin unglaublich verniedlichtem Widerstand der Bourgeoisie gegen eine etwaige „Investitionslenkung" die paritätische Mitbestimmung „konkret: die gewerkschaftliche Organisation" (Strasser) entgegensetzen.

Zunächsteinmal wird es diese paritätische (!) Mitbestimmung, nach der jüngsten Entwicklung zu urteilen, nicht einmal in dem ohnehin schon verstümmelten Entwurf (Vertreter der leitenden Angestellten etc.) der Bundesregierung geben – eben wegen des massiven Widerstands der Bourgeoisie!

In wessen Händen aber befindet sich die „gewerkschaftliche Organisation", die die Juso-Führer – gesetzt den Fall einer Realisierung paritätischer Mitbestimmung – dem Widerstand der Bourgeoisie gegen ihre „Investitionslenkung" etc. entgegensetzen wollen?

Sind es nicht eben jene Leute aus der „ratlosen" SPD-Führung, die mit ihren Konjunkturprogrammen vor den Kapitalisten auf den Knien herumrutschen, die derzeit die Kontrolle über den gewerkschaftlichen Apparat haben? Was aber, bitteschön, nützt es der Arbeiterklasse, wenn diese Leute die Posten im Aufsichtsrat mit ihren „Unteroffizieren" bzw. mit sich selbst besetzen?

Und selbst wenn einmal ein ehrlicher Kandidat sich in den Aufsichtsrat verirren sollte, so sind ihm nach dem Aktiengesetz, das völlige Schweigepflicht und ausschließliches Handeln im „Interesse des Unternehmens" auferlegt, bei Zuwiderhandlungen Haftung „für den entstehenden Schaden" mit dem persönlichen Eigentum verfügt etc., nahezu gänzlich die Hände gebunden.

Fortsetzung Seite 32

Die Taten erschlagen die schönen Worte!

Die rechten SPD-Vorstände gingen bald dazu über, die Juso-Organisation wieder schärfer an die rechte Kandarre zu nehmen, nachdem sie – vor allem zu Ende der 60iger Jahre – die Zügel etwas lockerer ließen, um die „Integrationsfähigkeit" der Jusos gegenüber linken Gruppen der damaligen „Außerparlamentarischen Opposition" (APO) zu erweitern. Hierbei nahmen die SPD-Führer gern die rechtsdemagogische Hetze von CDU und Teilen der rechten Presse in Anspruch, die vor „Volksfronttendenzen" innerhalb der SPD, vor „Verfilzung mit der DKP" usw. „warnte".

Die SPD-Führer bastelten die „Theorie" zusammen, daß „linke Jusos die Wähler vertreiben" würden, was seitdem von der von ihr beeinflußten Presse auch massiv propagiert wurde, mit dem schier unglaublichen Erfolg, daß diese „These" mittlerweile gar von großen Teilen der Jusos selbst geglaubt („verinnerlicht") wird.

Ein wichtiger Meilenstein bei der Juso-Disziplinierung war die Kampagne und (weitgehende) „Erledigung" der sog. „Stamokap"-Fraktion, einer linken Minderheits-Gruppierung bei den Jusos („Stamokap" = Staatsmonopolistischer Kapitalismus), die bei ihrer Gesellschafts-Analyse auf
gung" der sog. „Stamokap"-Fraktion, einer linken Minderheits-Gruppierung bei den Jusos („Stamokap" = Staatsmonopolistischer Kapitalismus), die bei ihrer Gesellschafts-Analyse auf
bestimmte marxistische Theorie-Elemente – allerdings in weitgehend revisionistischer „Verzerrung" – zurückgriff und in der Praxis Aktionseinheiten mit Kommunisten (speziell der DKP) befürwortete (um diese zu „schwächen" und sich selbst zu „stärken"). Die „Stamokap"-Fraktion kritisierte den blinden Antikommunismus der Juso-Mehrheit.

Die Anhänger des „Stamokap" sind der Auffassung, daß der Staat ein „Instrument der Monopole" ist, der nur durch ein breites „antimonopolistisches Bündnis" aller durch die Monopole und ihren Staat unterdrückten Menschen seines reaktionären Charakters mittels „Zurückdrängung" der Monopole etc. beraubt werden könne.

Diese Theorie entspricht weitgehend den DKP-Auffassungen, abgesehen von der Orientierung auf die SPD, und führt naturgemäß an gemeinsame Aktionen etc. mit den Revisionisten heran. Die „Stamokap"-Theorie stellt damit die konsequenteste, geschlossenste Anschauung im politischen Spektrum der Jusos dar (vergl. Teil 1, Staatsauffassung der „Bundesmehrheitslinie").

Als sich die Anhänger des „Stamokap" nun anschickten, im Frühjahr '73 stärkeren Einfluß auf die Juso-Organisation zu gewinnen (in Form von Anträgen auf den Bundeskongressen, Eroberung von Vorstandsplätzen etc.) und auch in einigen SPD-Ortsverbänden Positionen für sich verbuchen konnten, da holte die SPD-Führung (und in ihrem Gefolge die Juso-Führung!) zu vernichtenden Schlägen aus.

Hauptschauplatz der Auseinandersetzung a la „Freiheit des Geistes" war der „linke" Frankfurter Ortsverband.

Kurz vor den anstehenden Jahreshauptversammlungen der Frankfurter Ortsvereine und dem für den 17./18.2.73 anberaumten Unterbezirksparteitag mit Vorstandswahlen gab eine Gruppe von acht Mitgliedern (von 15) des Unterbezirksvorstandes ein Papier heraus, in dem sie die Delegierten dazu aufforderten, „*mit dem Stimmzettel*" klarzumachen, „*daß ihre Auffassungen (der dortigen „Stamokap"-Gruppe um Dr. Rainer Eckert) in der sozialdemokratischen Partei keine Chance zur Durchsetzung haben*" („FR", 13.1.73).

Das scheinbar kuriose an dieser Sache ist, daß die Verfasser nicht in den „rechten Kreisen" beheimatet sind, sondern an ihrer Spitze sämtlich Vertreter der „L i n k e n" stehen, so u.a. Oberbürgermeister Rudi Arndt, der parlamentarische Staatssekretär im Bildungsministerium, Fred Zander, DGB-Landesvorsitzender Armin Claus u.a.m. Sie betonen ausdrücklich in dem Pamphlet, daß sie die „*maßgebenden Vertreter der Linken in der Bundespartei*" sind und sich auf „*eine maßgebliche Gruppe der Jusos*" stützen können, „*die sich bemüht, die Mehrheit bei den Jungsozialisten zurückzuerobern*".

In welchem „freiheitlichen Geiste" diese Leute ihre Auseinandersetzung mit den „Stamokaps" führten, mag folgende irre Demagogie in ihrem Pamphlet exemplarisch verdeutlichen:
diese Leute ihre Auseinandersetzung mit den „Stamokaps" führten, mag folgende irre Demagogie in ihrem Pamphlet exemplarisch verdeutlichen:

„*Die progressive Politik dieses linken Flügels in der gesamten Partei* (die Verfasser meinen ihre eigene „progressive" Politik – Red.) *wird entscheidend dadurch gehemmt, daß die Eckert-Gruppe als Teil der Frankfurter Partei politische Auffassungen vertritt, die mit den Grundsätzen linker* (!!) *Politik nicht zu vereinbaren sind* (!!!)". („FR", 13.1.73)

Für die Juso-Führung verfaßte Chefideologe „Professor" Strasser eine „Agitationsschrift", in der der „schöpferische Marxist" sich mit einem Male über „*überflüssige Fraktionskämpfe*" etc. beschwerte. Außerdem sei die „*organisatorische Trennung*" notwendig geworden, denn eine „*Vereinheitlichung der Standpunkte* (!!) ... (ist) ... *nicht erreichbar gewesen.*" („FAZ", 27.3.73)

Die hier plötzlich postulierte Forderung nach Standpunkt-Vereinheitlichung steht scheinbar im Widerspruch zur ansonsten breitgetretenen „Freiheit des Geistes". Aber eben nur scheinbar. Bei Licht betrachtet, bedeutet die „Freiheit des Geistes" innerhalb der SPD (und Jusos) bloß die Freiheit des Antikommunismus und zwar in allen seinen Spielarten; ausgeschlossen bleibt die Freiheit, diesem entgegenzutreten.

In Frankfurt traten angesichts dieser Entwicklung 30 Jusos aus der SPD aus, davon 21 anschließend in die DKP ein. In Essen folgten vier Wochen später 21, alle ebenfalls vom „Regen in die Traufe" – sprich in die DKP. Dann als vorläufig letzter größerer Schub folgte noch ein Dutzend Juso-Austritte in München. Die verbleibenden „Stamokaps" in der SPD waren ersteinmal entscheidend geschwächt, und hatten zudem noch „*unmißverständlich zu erklären, ob ihr Verständnis einer sozialistischen Gesellschaft noch übereinstimmt mit der Konzeption eines demokratischen Sozialismus, wie er von der SPD angestrebt wird*" („FR", 29.3.73).

Das Juso-Verständnis von Theorie, die zum Programm erhobene Unverbindlichkeit, das scheinbar unbehelligte Nebeneinander unterschiedlicher Auffassungen in der Juso-Organisation, entlarvt sich damit sowohl theoretisch wie praktisch als Alibi für die ständige Anpassung der Juso-Führer an die jeweils herrschende Meinung d.h. eben letztenendes an die des P a r t e i v o r s t a n d e s!

Wohlgemerkt, die Kritik an der „Stamokap"-Kampagne der SPD und Juso-Führer meint n i c h t die Tatsache, daß einige „U-Boote" der DKP vor die Tür gesetzt wurden. Das würde bei der DKP (oder auch bei uns selbst) kaum anders gehandhabt werden. Der entscheidende Punkt war die allgemeine Disziplinierung und Einschüchterung der Juso-Basis überhaupt, das Verbot marxistischer Positionen und die allgemeine Verordnung des Anti-Kommunismus als Standard-Ausrüstung eines Jung-SPD'lers.

Großes Maul und nichts dahinter!

Großes Maul und nichts dahinter!

Die ständige Anpassung der Juso-Führer an die jeweilige Auffassung der SPD-Parteiführung, um nicht „*reihenweise ins offene Messer zu kaufen*" o.ä. (siehe 1. Teil), die stets nach einigem Gerangel mit dem „Establishment" vollzogen und noch dazu seitens der Juso-Führung meist „links" begründet wird, steht im direkten Gegensatz zu dem großmäuligen Geschrei, daß meistens vor bzw. zwischen den einzelnen Zusammenstößen über die „Stärke" der Jusos usw. usf. erhoben wird: So sprach J. Strasser vor dem letzten SPD-Parteitag beispielsweise davon, daß die Jusos sich „***auf die Machtfrage vorbereiten***" müßten („Spiegel", 13/73). Oder Karsten Voigt, damals Juso-Vize: „***Bisher meinten die Jusos, sie sind die Partei der 80'er Jahre. Ich glaube, wir sind schon früher dran.***" (!!)

Später, nachdem die Juso-Anträge fast vollständig abserviert waren, der Parteitag aber als scheinbares Zugeständnis in Sachen Berufsverboten beschlossen hatte, den Erlaß zu „*präzisieren*", da war dieser schlechte Scherz von einem Beschluß für Juso-Vorsitzenden W. Roth Grund genug, auf einer Hamburger „*Konferenz gegen Berufsverbote*" zu erklären, damit sei der Berufsverbote-Erlaß „*vom Tisch gewischt*" (!!) („SZ", 14. 5. 73).

Inzwischen ist die Entwicklung soweit gediehen, daß nicht nur beständig gegen Jusos, die in Initiativen gegen die Berufsverbote mitarbeiten, Parteiordnungsverfahren und Ausschluß-Anträge angestrengt werden (zuletzt gegen den Plöner Landtagsabgeordneten R. Bünemann, Dez. 74 – vergl. dazu Artikel in diesem AK), sondern die Juso-Führer selbst den „***Kampf gegen reaktionäre, dogmatische*** (!) ***und chaotische*** (!!) ***Organisationen***" aufgenommen haben. (Juso-Hochschulgruppen Schleswig-Holstein, laut „Welt", 30.5.74).

Hatte man früher noch z.B. erklärt: „**Nach wie vor streben wir das Bündnis mit allen Gruppen und Einzelpersonen an, die wie wir auf eine sozialistische Umgestaltung hinarbeiten**", (nebst anderen, A. Salzer in einem Interview mit der „UZ", 1970), so grenzen sich die Juso-Führer inzwischen laut und deutlich selbst von der DKP ab: „*Eine enge Zusammenarbeit sowohl der Arbeitnehmer, als auch der Jusos mit der DKP bedeute eine Desorientierung*" (Wieczorek-Zeul, „Welt", 18. 11. 74).

Juso-Führer – Zutreiber der Sozialdemokratie und nichts weiter!

Die Juso-Führer bewegen sich mit ihrer Politik rasant auf das zu, was die Parteioberen unter einer sozialdemokratischen Jugendorganisation verstehen. Selbst Bruno Friedrich, der Urheber des jüngsten Statutenverfahrens zur Rolle der Arbeitsgemeinschaften in der SPD ist ja für „*eine starke Jugendorganisation*" allerdings gegen „*Sektierergruppen, die die Jusos kaputtmachen*" („Spiegel", 4. 2. 74).

Jene anfänglich vorhandenen „Sek-
gendorganisation" allerdings gegen „Sektierergruppen, die die Jusos kaputtmachen" („Spiegel", 4. 2. 74).

Jene anfänglich vorhandenen „Sek-
tierergruppen", die aus der ehemaligen „APO" gegen Ende der 60'er Jahre in die Juso-Organisation unter dem Motto „Marsch durch die Institutionen" eingesickert waren, und den „Linksrutsch" der Jusos auf dem Bundeskongreß '69 verursachten, sind schon weitgehend herausgesäubert worden – die meisten wurden „angepaßt"!

Allerdings darf man „*nicht jede linke Äußerung ernst nehmen*", so SPD-Vize Heinz Kühn und weiter auf die Frage, ob die Spannungen zwischen Jusos und Parteiführung für den Bestand der Partei gefährlich sind: „***Darin stecken Risiko und Chance zugleich. Wenn es uns gelingt... die jüngere, auf Theorie orientierte Generation in die Partei zu integrieren und den anderen die Notwendigkeiten eines stärker entwickelten Theorieverständnis beizubringen – dann könnte das eine großartige Verstärkung der Aktionskraft der Partei (!) sein***". („Spiegel", 13/73).

Es geht den Herren vom SPD-Parteivorstand und ihrer Gefolgschaft in der Juso-Führung eben darum, fortschrittliche Menschen durch Integration in die Sozialdemokratie vom konsequenten Kampf um ihre Rechte abzubringen, es geht ihnen um eine „linke" Politik als „Alternative", die die Demokratisierbarkeit des Kapitalismus und seiner Institutionen anbietet, und den Blick für die Notwendigkeit einer revolutionären Erhebung verkleistert, es geht ihnen schließlich darum, mit Integration und Förderung der „jungen Theoretiker" (soweit sie auf Linie sind) für die reaktionäre, arbeiterfeindliche Politik der Sozialdemokratie (jeweils) eine „linke" – sprich sozialdemagogische „Theorie" zu finden, um das Volk insgesamt noch besser verarschen zu können ! •

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Forts.: JUSOS in der Zirkuskuppel

In der Montanindustrie, wo seit Mitte der 50er Jahre die paritätische Mitbestimmung realisiert ist, haben die „Arbeitnehmervertreter" im Aufsichtsrat den einzelnen Schritten der ungeheuren, bis heute anhaltenden kapitalistischen Rationalisierung das Alibi in der Regel dadurch geliefert, daß sie das Lied von der „Unvermeidbarkeit" dieser oder jener Zechenstillegung o.ä. gegenüber den betroffenen Belegschaften angestimmt haben.

Weiter ist in dem Konzept der Juso-Führer die Frage des Eigentums an den Produktionsmitteln elegant ausgeklammert. Ausdrücklich erheben sie den „Kapitaleigner" zum „Betroffenen", der mit anderen „Betroffenen" (Arbeitern, Verbrauchern etc.) gemeinsam die wirtschaftliche Entwicklung durch ihre Planung „unabhängig von den bisherigen Konjunkturzyklen machen" sollen.

Tatsächlich aber kann es, was die „Planung" der Produktion angeht, nur zwei einander ausschließende Möglichkeiten geben:

Entweder man plant im Sinne des Privateigentums, dann plant man konsequenterweise Rationalisierung, man plant Stillegungen, weil die betroffenen Produktionsstätten unrentabel sind; Investitionen im Ausland, weil sie rentabler als im Inland sind; plant Lehrstellenverknappung, weil Facharbeiter nicht im bisherigen Maße benötigt werden und Hilfsarbeiter billiger sind usw. usf..

Dann aber gerät die Planung vieler einzelner Eigentümer notwendig aneinander (Konkurrenz), periodische Krisen sind unausweichlich, der Monopolisierungsprozeß ruiniert das Kleineigentum etc. – Gegenstand der Planung wird mehr und mehr, wie die Auswirkungen der kapitalistischen Krise am besten und umfassendsten auf die Werktätigen abgewälzt werden können. (Siehe Konjunkturprogramm der Bundesregierung!!)

Oder aber man plant im gesellschaftlichen Sinne, koordiniert die Produktion und produziert zum Zwecke des gesellschaftlichen Nutzens, nicht zur Förderung des Profits – dann wird man nicht daran vorbeikommen, jegliches Privateigentum an Produktionsmitteln abzuschaffen.

Wie die Juso-Führer aber die „Kapitaleigner" für eine Planung „im Interesse der Arbeitnehmer" gewinnen wollen, wird wohl ihr Geheimnis bleiben!

Die tatsächliche Funktion des ganzen Geredes von „demokratischer Planung und Investitionslenkung" ist es, angesichts einer stets reaktionärer werdenden SPD-Politik, einer die werktätige Bevölkerung stets brutaler zur Ader lassenden „Konjunkturpolitik" zur Finanzierung der Großmachtpläne der westdeutschen Imperialisten, in den demokratischen Teilen des Volkes trotzdem die trügerische Hoffnung auf den sozialdemokratischen, „dritten" Reform-Weg zur „menschlichen Gesellschaft" wachzuhalten. Man muß es nur mal „anders" versuchen, muß sich für die Durchsetzung der „richtigen" Politik in der SPD abrackern usw. usf., soll diesen Betrügern (den Führern der SPD) bloß nicht den Rücken kehren!

Es lebe die „Freiheit des Geistes" – oder das Theorieverständnis der Jungsozialisten

Kurt Schumacher, militanter Vorkämpfer der Umwandlung der SPD von einer (nach eigener Behauptung) „sozialistischen Arbeiterpartei" in eine „Volkspartei" formulierte schon 1946 folgenden „theoretischen" Anspruch an die Gesinnung eines Sozialdemokraten: *„Es ist gleichgültig, ob jemand durch die Methoden marxistischer Wirtschaftsanalysen, ob er aus philosophischen oder ethischen Gründen oder ob er aus dem Geist der Bergpredigt Sozialdemokrat geworden ist. Jeder hat für die Behauptung seiner geistigen Persönlichkeit und für die Begründung seiner Motive das gleiche Recht in der Partei."* (nach: „Der Auftrag des demokratischen Sozialismus", 1972, S. 53).

Im Godesberger Programm der SPD von 1959, das schließlich die endgültige „Reifung" der SPD zur „Volkspartei" programmatisch zum Ausdruck bringt, findet man dann entsprechend Schuhmachers Direktive neben dem Bekenntnis zum „Privateigentum an Produktionsmitteln", zur „freien Unternehmerinitiative" etc. auch scheinbar gegensätzliche Äußerungen: *"Mit ihrer durch Kartelle und Verbände noch gesteigerten Macht gewinnen die führenden Männer der Großwirtschaft einen Einfluß auf Staat und Politik, der mit demokratischen Grundsätzen nicht vereinbar ist. Sie usurpieren Staatsgewalt. Wirtschaftliche Macht wird zu politischer Macht."* Deswegen wird *„wirksame öffentliche Kontrolle"* gefordert und es heißt z.B. auch: *„Gemeineigentum ist eine legitime Form der öffentlichen Kontrolle ..."* (Zitate nach „Kleine Geschichte der SPD", Bd. 2, S. 119-23).

Diesem doppeldeutigem Charakter des Godesberger Programms, der im Grunde nur der Verschleierung der hundertprozentig prokapitalistischen Politik der SPD-Führung dient, sind die Jusos in völliger Verkennung eben dieser Funktion auf den Leim gegangen.

Eindeutig bekennen sich die Juso-Führer zum Godesberger Programm und J. Strasser scheute sich sogar nicht davor, anläßlich der Gedenkfeiern „15 Jahre Godesberger Programm" diesem ***„als gemeinsamen Ausgangsboden für alle Sozialdemokraten eine wichtige integrierende Funktion*** (!!!)" zu attestieren und die SPD als **„Partei der Freiheit des Geistes"** hinzustellen! („Berliner ED", 19.11.74).

Die „linken" Jusos, einmal angetreten, die SPD in eine „sozialistische Partei" umzuwandeln, paßten sich zunächst einmal dem „freiheitlichen" Theorieverständnis Schumacher'scher Prägung an (was bei einem Teil von ihnen ohnehin der „liberalen" Gesinnung entsprach, bei anderen taktisch begründet wurde) und beteuerten „hoch und heilig", niemals den (doppelten) Boden des Godesberger Programmes zu verlassen.

Ja, die Juso-Führer haben Schumachers Theorie vom kunterbunten „Sammelbecken SPD" sogar noch um einige „goldene Prinzipien" speziell für die „Linken" erweitert.

So dürfe, nach N. Gansel (Bundestagsabgeordneter der SPD), eine Theorie *„keine letzten Wahrheiten verkünden wollen"* („Überwindet den Kapitalismus", S. 80), wobei er diese Formulierung ausdrücklich an die Aussagen des Godesberger Programms anlehnt.

Der Marxismus darf nach Ansicht dieses großartigen „Sozialisten" *„nicht etwa einen theoretischen Alleinvertretungsanspruch* (!!) *geltend machen."*

Und: *„Nie könnte eine ... Theorie durch Beschluß als für die Partei verbindlich erklärt werden".* (ebenda)

Nun ist Gansel im Rahmen der diversen „Strömungen" in der Juso-Organisation ein „gemäßigter" Vertreter, und wir wollen hier, der Vollständigkeit halber, den „Chefideologen" der „Bundesmehrheitslinie", „Professor" Strasser, zum gleichen Problem zitieren, um zu zeigen, daß sich in dieser Frage die Jusos weitgehend einig sind: *„Der Marxismus muß eine schöpferische (?) Methode bleiben, er darf nicht zum geschlossenen System von Weisheiten degradiert (!!) werden."* („Süddeutsche Zeitung", 25.6.74).

„Nur in einem Grundsatz müßte (die) Theorie stur und entschlossen sein", meint N. Gansel, *„in der radikalen Parteinahme für Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität, gegen Unterdrückung und Ausbeutung und gegen die Vergewaltigung der im Menschen angelegten schöpferischen Möglichkeiten (?!)."* („Überwindet ...", S. 80).

Wie „radikal" eine Parteinahme für „Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit ..." tatsächlich ist, sagte schon Lenin seinerzeit deutlich, als er schrieb:

„Solange die Klassen nicht abgeschafft sind, muß bei jeder Betrachtung über Freiheit und Gleichheit die Frage gestellt werden: Freiheit für welche Klasse und zu welchem konkreten Gebrauch? Gleichheit welcher Klasse mit welcher und in welcher Hinsicht? Die Losung der Freiheit und Gleichheit ist, wenn diese Fragen und das Privateigentum an Produktionsmitteln mit Stillschweigen übergangen werden, eine Lüge und Heuchelei der bürgerlichen Gesellschaft, die mit der formalen Anerkennung der Freiheit und Gleichheit die tatsächliche, die ökonomische Unfreiheit und Ungleichheit für die Arbeiter, für alle Werktätigen und vom Kapital Ausgebeuteten, d. h. für die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung aller kapitalistischen Länder verschleiert." (Werke, Bd. 31, S.388).

Ganz im oben beschriebenen Sinne existieren in der Juso-Organisation die unterschiedlichsten Theorien, setzte seit dem „Linksrutsch" der Jusos vom Bundeskongreß 1969 in München, verursacht durch die hereinströmenden Linken der niedergehenden Studentenbewegung, ein abgehobenes „Herumtheoretisieren" ein, das von der Parteiführung zunächst einmal geduldet wurde, da es sich aufgrund seiner intellektuellen Hochgestochenheit, verbunden mit mangelnder Aussagekraft, als ungeeignet erwies, nennenswerten Einfluß auf die SPD-Basis zu erlangen. ●

Neumünster

Verbot der unzensierten Gefangenenzeitung „Trallenkieker"

Am 31. Oktober wurde der „Trallenkieker", bislang „unzensierte Gefangenenzeitung aus der Justizvollzugsanstalt Neumünster" von der Anstaltsleitung verboten. Bis dahin erschien sie monatlich in Neumünster, Itzehoe und Flensburg.

Der unmittelbare Anlaß für das Verbot war ein Artikel in der Septemberausgabe, in dem glossenartig die Zeremonie einer Geburtstagsgratulation durch einen „Himmelskalfaktor" (Pfaffe) beschrieben, die ganze Heuchelei und Falschheit dieser „Menschlichkeitsprediger" gezeigt wird. Die Reaktion des „Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands, Ortsverband Neumünster": Dem Verfasser des Artikels wird in einem Brief *„niedrige Gesinnungsart"* ... und *„abgrundtiefe Menschen- und Gottesverachtung"* bescheinigt, zu einer *„objektiven Beurteilung"* sei er nicht fähig. Schließlich sei es völlig unverständlich, *„wie sich das Redaktionsteam mit dieser ... Meinung identisch und einverstanden erklären kann".* Um *„solche Rufmorde"* (???) künftig zu verhindern, kündigt man *„weitere – gegebenenfalls auch gerichtliche Schritte"* an; das heißt im Klartext: Verbot, bzw. Zensur der Zeitung!

Gegen diesen Eingriff in die Pressefreiheit und wegen Beleidigungen hat ein Gefangener Strafanzeige gestellt.

Was steht hinter dem Verbot?

Die Gefangenen in Neumünster hatten begonnen, in ihrer Zeitung verstärkt die ungeheuren Mißstände im Strafvollzug anzuprangern. So wurde in der Septemberausgabe des „Trallenkiekers" beschrieben, wie der sogenannte „Gnadenerlaß" tatsächlich gehandhabt wird. Nur wer sich allen Schikanen der Aufseher beugt, nicht aufmüpft, Briefzensur zuläßt und freiwillig unbezahlte Arbeiten übernimmt, kommt für den „Gnadenerlaß" in Frage. Die Beurteilung bleibt natürlich ausschließlich den Aufsehern und der Gefängnisleitung überlassen! Demgegenüber forderten die Gefangenen, ihren eigenen Standpunkt vor den dafür zuständigen Stellen selbst vortragen zu können. Hier haben Gefangene also versucht, mit Hilfe der Zeitung ihre Interessen zu artikulieren und ihre Forderungen anzumelden. Als der „Trallenkieker" auf diese Weise „drohte", zum wirklichen Organ der Inhaftierten zu werden, setzte das Verbot ein.

Seit Dezember erscheint die Zeitung zwar wieder, aber inzwischen hat die Anstaltsleitung das Statut des „Trallenkiekers" selbstherrlich geändert, die politische Zensur dieser Zeitung also legalisiert.

Unter Punkt 5 des Statuts heißt es:

„Das schließt insbesondere solche Beiträge aus, die mit den Grundsätzen der freiheitlich - demokratischen Grundordnung unvereinbar sind, die bestimmte Personen verunglimpfen, hinsichtlich deren der Anstalt eine bestimmte Fürsorgepflicht obliegt (Bedienstete, ehrenamtliche Mitarbeiter, Insassen), die die Sicherheit der Anstalt oder gewichtige Belange der Anstaltsordnung gefährden (z.B durch Aufrufe zu ordnungswidrigem Verhalten oder zum Hungerstreik) oder die den Tatbestand einer strafbaren Handlung oder Ordnungswidrigkeit erfüllen".

Zusätzlich wurden die Mittel für den „Trallenkieker" drastisch eingeschränkt. In der Dezemberausgabe heißt es unter „redaktionelle Mitteilung": *„Die Redaktion hat sich gegenüber der Gefängnisleitung verpflichtet, die Dezemberausgabe „entschärft" zu bringen. Aus diesem Grunde können wir in dieser Ausgabe auf die Geschehnisse um den „Trallenkieker" nicht eingehen. Deshalb verzichten wir auf den Abdruck der zahlreich eingegangenen Leserbriefe. Auf den Seiten 5/6 haben wir das von der Anstaltsleitung vorgegebene neue Redaktionsstatut abgedruckt. Wir bitten unsere Leser eindringlich, uns ihre Meinung mitzuteilen, wie sie sich eine unzensierte Arbeit unter so einem Diktat vorstellen. Übrigens: Aufgrund der Herabsetzung der finanziellen Mittel werden wir uns über den zukünftigen Umfang des „Trallenkiekers" Gedanken machen müssen."* ●

Eine Genossin aus Neumünster

Weiter so !

Jedes Ding hat bekanntlich zwei Seiten. So auch die Schießwütigkeit westdeutscher Bullen:

- Im März 74 tötete in Nürnberg ein 27-jähriger Polizeimeister einen 40-jährigen Polizeihauptwachtmeister im Übungsraum beim Pistolenübungsschießen.

„Die Kugel hatte sich aus der Pistole des Beamten gelöst, der demonstriert hatte, wie in bestimmten Situationen die Pistole zu halten sei." („Süddeutsche Zeitung" vom 2.11.74).

Diese Haltung sollte häufiger geprobt werden.

- In Essen knallte ein 20-jähriger Bulle seinen Kumpan im Duschraum des Polizeireviers nieder, als er nach der Rückkehr von einem Streifengang *„plötzlich verdächtige Geräusche aus dem Duschraum hörte".* („Frankfurter Rundschau" 13.11.74). Er dachte, es wären Einbrecher und schoß. Der getroffene Bulle schwebte in Lebensgefahr.



- Im Zuge der sogenannten Anarchistenjagd vom November vorigen Jahres war ein Bulle, der den bayerischen Staatssekretär Erich Kiesl „schützen" sollte so schußgeil gemacht worden, daß er einem anderen Bullen, der sich ihm näherte, einen lebensgefährlichen Bauchschuß verpaßte.

Laut „Frankfurter Rundschau" vom 29.11.74 *„löste sich versehentlich aus der Maschinenpistole des Bereitschaftspolizisten ein Schuß"*! (natürlich!)

Alle reden von Abrüstung – wir betreiben sie! Bravo! ●

Betriebszelle Beiersdorf Werk I
KB/Gruppe Hamburg

Inhalt